Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Oeffentliche politische Versammlungen.

Freitag, den 29. Auguſt, abends 8 Uhr:

Groſſe Volksverſammlung

in der „Neuen Welt", Haſenheide 108–114.

Fortſetzung der Verſammlung, in der die Genoſſin **Klara Zetkin** über das Thema:

„Gegen den Gebärſtreik"

geſprochen hat.

Die Berliner Frauen ſind zu dieſer Verſammlung beſonders eingeladen.

Die Eröffnung des Saales erfolgt erſt um 7 Uhr.

In Anbetracht des überaus wichtigen Themas erwartet zahlreichen Beſuch

Verband ſozialdemokr. Wahlvereine Berlins u. Umg.

J. A.: Eugen Ernſt, Lindenſtr. 2.

No. 4

Karin Kramer Verlag
Berlin

Inhalt

Geburtenrückgang - Gebärstreik.
Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin

Ruhr-Universität Bochum

Die Seidenklöster

Die Grenzen proletarischer Theoriebildung in England vor 1850

PAβt b

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Diese Zeitschrift bietet denjenigen, die sich mit der Geschichte des Widerstandes und der Arbeit beschäftigen, die Möglichkeit, sowohl ihre Ausarbeitungen, Materialien und Skizzen zu publizieren als auch in einen Diskussions- und Arbeitszusammenhang einzutreten.
Manuskripte (möglichst 30 Zeilen à 60 Anschläge) an die Redaktionsadresse.

Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Jörg Hausmann, Johannes Materna, Gottfried Mergner, und in Kooperation: Forschungsgruppe 'Soziale Integration und Widerstandsformen' der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg

Anschrift der Redaktion: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Straße 121
4630 Bochum
Tel. 0234/74685 (c/o Helga Friedhoff)

Umschlagentwurf: Renate Schürmann

Preis des Abonnements für die ersten 4 Hefte (incl. Porto): 48.- DM. Für Arbeitslose, Kriegsdienstverweigerer, Auszubildende kostet das Abonnement 32.- DM. Bei Überweisungen bitte Kennwort »ARCHIV« angeben. Auf das Postscheck-Konto: Karin Kramer Verlag Berlin, Berlin-West, Nr. 244053-104.

CIP Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Archiv für die Geschichte des Widerstandes
und der Arbeit. — Berlin. Kramer.
Erscheint unregelmäßig.
No. 4 ff. — 1980 ff.

© Karin Kramer Verlag Berlin
Braunschweiger Str. 22 — Postfach 106
1000 Berlin-Neukölln (44)
1. Auflage 1981
Satz und Druck: Druckladen Bochum-Hamme GmbH
ISBN 3-87956-138-9

Archiv

für die Geschichte
des Widerstandes und der Arbeit

Inhalt

Zu diesem Heft 4

Anneliese Bergmann
Geburtenrückgang - Gebärstreik.
Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin 7

Alexander Brandenburg / Wolfgang Braunschädel / Jörg Hausmann / Johannes Materna
Ruhr-Universität Bochum 57

Dominique Vanoli
Die Seidenklöster 85

Gareth Stedman Jones
Die Grenzen proletarischer Theoriebildung
in England vor 1850 105

Karin Kramer Verlag
Berlin

Zu diesem Heft

I.
Das bisherige Redaktionsmitglied Alexander Brandenburg, das an der Erstellung des vorliegenden Heftes noch beteiligt war, ist aus der Redaktion ausgeschieden und gibt dazu folgende Erklärung ab:

Bochum, 25. März 1981
Aufgrund der Vorfälle in der Herner »Jugend-, Konflikt- und Drogenberatung« (Entlassung von 7 Mitarbeitern) - Vorfälle, für die ich als Geschäftsführer zu einem großen Teil die Verantwortung trage - erkläre ich auf eigenen Wunsch meinen Austritt aus der Redaktion des »Archiv«. Ich bin zur Zeit mit einer selbstkritischen Analyse der Vorfälle (Frage von Sach- und Handlungszwängen und Identität) beschäftigt, die zu gegebener Zeit im »Archiv« veröffentlicht wird. Sobald ich Klarheit gefunden habe, werde ich meinen Eintritt in die Redaktion zur Diskussion stellen.

Alexander Brandenburg

II.
Anneliese Bergmann geht es in ihrem Aufsatz um eine kritische Überprüfung der sozialdemokratischen Argumentation für und gegen den Gebärstreik. Die »Gebärstreikdebatte«, die 1913 von der SPD initiiert worden war, steht somit im Mittelpunkt des Aufsatzes. Das zentrale Anliegen der Verfasserin ist es, aufzuzeigen, vor welchem Hintergrund dieses »Ereignis« stattfand und vor allem, welchen selbständigen Anteil Frauen an dem Stattfinden dieser hauptsächlich von Männern geführten Diskussion hatten.
Wurde auf der einen Seite der Gebärstreik von einigen sozialdemokratischen Ärzten als ein »drittes revolutionäres Kampfmittel« proklamiert, das für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse nutzbringend eingesetzt werden kann, so wurde diese politische Vorstellung auf der anderen Seite von der Parteileitung der SPD als ein reaktionäres und falsches Kampfinstrumentarium abgelehnt.
Beide Positionen werden von der Verfasserin in Frage gestellt. Der Lebensalltag von Frauen, die Bedingungen unter denen sie Kinder gebaren, aufzogen und massenhaft gegen gesellschaftlich gesetzte Normen eine Geburtenkontrolle praktizierten, werden dem entgegengestellt. Wenn Frauen sich weigerten, dem Ruf nach einer maximalen Kinderproduktion nachzukommen, stand mehr auf dem Spiel als vordergründig zugegeben wurde. Daß sich hier subversiv praktizierter Widerstand mit dem Ergebnis des Geburtenrückgangs ausdrückte, der mit den Zielen der Sozialdemokratie nichts gemein hatte, ist eine der zentralen Thesen des vorliegenden Aufsatzes.
Damit unterscheidet sich dieser Beitrag in der Fragestellung und Bearbeitung von den bisher zur »Gebärstreikdebatte« erschienenen Texten von U. Linse, K. Nemitz und K.-H. Roth, in denen die »Gebärstreikdebatte« entweder als ein parteipolitischer Skandal für sich stehen gelassen bleibt oder Standpunkte der männlichen Diskutanten übernommen werden, die doch meist über die Bedürfnisse und Interessen der »gebärstreikenden« Frauen hinweggingen.
Der Beitrag über die **Ruhr-Universität in Bochum** ist ein Versuch, den Kontext der Entstehung und Vermittlung von Wissenschaft zu erhellen. Dabei geht es nicht um die theoreti-

sche Durchdringung und Ableitung von Wissenschafts- und Ausbildungsprozessen, sondern um die visuelle Erfassung dessen, was vordergründig als Architektur, letztlich jedoch als alle Sinne erfassender Lebenszusammenhang wirkt.

Dominique Vanoli beschäftigt sich mit den auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Lyoner Seidenindustrie in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts erfolgten Auslagerungen dieser Industrien in ländliche Gebiete. Diese ausgelagerten Industrien etablierten ein patronales Unterdrückungssystem, in dessen Rahmen die hauptsächlich weiblichen Arbeitskräfte (vor allem junge Mädchen) eingeschlossen waren. Die Autorin verfolgt die Entwicklung des spezifisch weiblichen Widerstandes, der sich gegen diese fest umrissenen Stukturen herausbildete, und der um die Jahrhundertwende selbst in der organisierten Arbeiterbewegung auf Unverständnis bis Ablehnung stieß.

III.

Der Beitrag von **Gareth Stedman Jones** hat in der Redaktion folgende Fragen aufgeworfen:

— Können wir es uns heute noch erlauben, soziale Bewegungen unter dem Blickpunkt einer logisch sich entfaltenden Theorieentwicklung zu beurteilen?
— Können wir die Realität der Klassenauseinandersetzungen mit einer Kontinuität sozialistischer Theorieentfaltung in Verbindung bringen?

In der Herangehensweise von Gareth Stedman Jones scheinen folgende, zu problematisierende Implikationen festgeschrieben:

— Ebenso wie die Gesellschaft, so ist auch der Widerstand einer gesetzmäßigen Entwicklung unterworfen.
— Die Emanzipation der Unterklassen entspricht der objektiven Gesellschaftsentwicklung, und das politische Bewußtsein der Unterklassen ist ihr mehr oder weniger richtiger Ausdruck.
— Widerstand wie Anpassung sind Resultat eines in seinen Inhalten durch die objektive Entwicklung festgelegten Lernprozesses; Politik wird zur 'richtigen Strategie' und ihrer didaktisch geschickten Verallgemeinerung.

Es ist unzweifelbar wichtig zu fragen, warum die organisierte Arbeiterbewegung in ihren wichtigen Teilen seit ihrer Frühphase bis heute in der Sprache ihrer Führer und in den Ordnungen ihrer Organisationen ihre politische, gedankliche und kulturelle Lebendigkeit immer wieder aufs neue einsperren, vergegenständlichen, erstarren ließ, warum sie es zugelassen hat, ihre Vorstellungen, Hoffnungen, Ideen, Wünsche durch die Formulierungen, durch die Begriffe, durch die Definitionsgewalt ihrer Führer reduzieren, verkürzen, liquidieren und dann durch ihre Funktionäre verwalten zu lassen.

Es geht also keineswegs darum, die Okkupationsgewalt der 'Theoretiker', der Ideologen und der Funktionäre zu leugnen oder naiv als Täuschung und Verrat zu enthüllen.

Sie gehören schon zusammen, die Organisationen und ihre Anhänger. Die Mechanik der Reduktion und die Kontinuität der Anpassung und Integration ist Teil und Ausdruck von Herrschaftsgeschichte, gehört zur Entfaltung der Unterdrückung der Neuzeit. Aber Aufsätze wie der von Gareth Stedman Jones suggerieren immer wieder, daß die 'ungewünschten' Folgen der Arbeitsteilung zwischen Organisationsfunktionären und Basis, zwischen der generellen Sprache und den vielen ungehörten und zum Verstummen gebrachten Einwendungen von unten, zwischen herrschender oder zur Macht drängender Interpretationsgewalt von Theoretikern und denen, die ihrer Interpretation (pädagogisch oder gewaltmäßig) unterworfen werden sollen, immer nur das Ergebnis schlechter Theorie, falscher Inter-

pretationen, ungenauer Begrifflichkeit, nicht erkannter Realität gewesen seien und sind, daß an der Geschichtsproduktion nur der Konkurrenzkampf der Interpreten miteinander und um die Sozialbewegung wichtig gewesen sei. Ihre Wissenschaft zementiert eine scheinbare Notwendigkeit von Theorie, die die lebendige Wirklichkeit der unteren Klassen im allgemeinen Begriff »des Arbeiters« abtötet, die die Arbeiter und ihren Widerstand nur dort leben läßt, wo sie als folgsamer Schüler vorformulierter Theorie und Erkenntnis vorab bestimmbare organisatorische Konsequenzen ziehen bzw. gezogen haben.
Der widersprüchliche geschichtliche Prozeß erscheint im Nachhinein als mehr oder weniger umwegige Entfaltung von Begrifflichkeiten. Geschichtsschreibung erstarrt zur empirischen Hermeneutik. In den Kategorien von falsch und richtig feuern diese Theoretiker auf den Zuschauerbänken die sich blind abhetzenden Läufer der Basis an, je nachdem welche Partei sie ergriffen haben – nach dieser oder jener Kategorie, mit diesem oder jenem Slogan, schneller im Wettlauf des geschichtlichen Fortschritts zu lernen, zu kämpfen, sich zu organisieren usw. So erstaunt (wirklich oder nur rhetorisch) es den Autor, daß »trotz der Intensität der Klassenfeindschaft gegenüber der 'steam-producing class' (also den industriellen Unternehmern) niemals gefordert wurde, die Fabriken zu verstaatlichen und ihre Besitzer zu enteignen«.
Vielleicht, weil viele der Chartisten dem Staat mißtrauten, wie Jones ja vorher – kritisch gegen die Unreife der Theorie gewendet – es selbst feststellt? Vielleicht weil sie selbst kollektiv die Produktionsmittel besitzen wollten?

Anneliese Bergmann

Geburtenrückgang - Gebärstreik. Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin[1]

I.

Das spezifische Gebärverhalten von Frauen, dessen Resultat in hochindustrialisierten Ländern als Geburtenrückgang wahrgenommen wird, ist nicht erst in der Neuzeit Gegenstand von Diskussionen und staatlicher Politik.

Das bekannteste Beispiel aus dem Altertum erzählt die Geschichte der Lysistrata, die von Aristophanes niedergeschrieben wurde, und sicherlich mehr als nur eine literarische Erfindung ist.

Auch heute ist die Geburtenentwicklung nicht nur Spekulationen der Boulevardpresse überlassen (»Sterben die Deutschen aus?«)[2], sondern Sujet ausgedehnter parlamentarischer Debatten im Bundestag.[3]

Primär geht es in den politischen Auseinandersetzungen um staatliche Maßnahmen, die zur Erhaltung der Funktionalität der Familie dienen, genauer um die generative Aufgabe der Ehe. Seit dem erstmaligen Auftreten des Geburtenrückgangs um die Jahrhundertwende werden staatliche Interventionsziele gegenüber der Familie da formuliert, wo der Geburtenrückgang gesellschaftliche Auswirkungen gezeigt hat oder wo solche prognostiziert werden. Damit sind Probleme verbunden, die allein durch den Staat gelöst werden können: Ob es sich heute z.B. um die Frage der Rentensicherung, die Integration von ausländischen Familien oder eine langfristig planbare Bildungspolitik handelt, die sich jeweils an der Zahl der Schulabgänger und der Einschulungen zu orientieren hat - zur Lösung dieser staatlichen Problem- und Aufgabenbereiche könnte eine stabile und voraussehbare Geburtenentwicklung beitragen.

Für dieses angestrebte Ziel, das heute zunächst einmal eine Hebung der nationalen Geburtenziffer bedeuten würde, sind spezielle Kenntnisse über das Reproduktionsverhalten und dessen Steuerungsmöglichkeiten erforderlich.

Dieses spezielle Wissen sammelt seit Ende des 19. Jahrhunderts die Demographie, die sich parallel mit dem ersten großen Geburtenrückgang im Kapitalismus als eigenständiger Wissenschaftszweig entwickelte.

Schon zu dieser Zeit versuchte der Staat mit den gewonnenen Kenntnissen dieser sich konsolidierenden Wissenschaft in die Geburtenentwicklung einzugreifen. Die erhofften Erfolge der staatlichen Politik blieben jedoch bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges aus. Der Geburtenrückgang gewann von Jahr zu Jahr an Brisanz und kulminierte im Jahre 1913 in einer breiten öffentlichen Diskussion, die unter der Bezeichnung »Gebärstreikdebatte« monatelang für Schlagzeilen sorgte und von der Sozialdemokratie initiiert worden war.

Die Gebärstreikdebatte kann nur vor dem Hintergrund der Geburtenentwicklung um die Jahrhundertwende verstanden werden. Wird die Diskussion dagegen als ein Ereignis isoliert betrachtet, so gleitet die Interpretation und Bewertung der Gebärstreikdebatte in die eines parteipolitischen Skandals innerhalb der SPD ab.

An der Gebärstreikdebatte können Grundsatzprobleme patriarchalischer Herrschaftsansprüche, die gegen die Selbstbestimmung der Frau gesellschaftlich abgesichert sind, exemplarisch nachvollzogen werden. Die thesenhaft vorangestellten Gedanken sollen zum Verständnis der Gebärstreikdebatte beitragen und auf den Gesamtzusammenhang der sich in

dieser Diskussion wiederspiegelnden Probleme hinführen.
Das Gebärverhalten von Frauen soll unter dem Aspekt diskutiert werden, ob sich darin Widerstand in dem Sinne ausdrückt, als es ein nicht der »gesellschaftlichen« Norm entsprechendes Verhalten widerspiegelt.
Es mag überraschen, daß in der Behandlung der Gebärstreikdebatte die von Männern entwickelten Argumentationsstränge im Vordergrund stehen. Der Grund dafür liegt darin, daß es nicht Frauen waren, die den Geburtenrückgang in die öffentliche Diskussion stellten, sondern daß es Männer waren, die mit der »Debatte« auf den Geburtenrückgang reagierten. Insofern war die Gebärstreikdebatte die Verarbeitung männlicher Erfahrung mit dem Gebärverhalten der Frauen, sowohl in ihren Inhalten, als auch in ihren Formen durch männliches Politikverständnis geprägt.
Weibliche Aktionen bzw. Widerstandsformen werden deshalb nur indirekt behandelt, insofern als die männlichen Aktionen als Gradmesser des stattfindenden Geschlechterkampfes herangezogen werden.
Die Rekonstruktion der Geschichte von Frauen unterliegt der besonderen Schwierigkeit, daß die von unorganisierten Frauen verfaßten Quellen eine Rarität darstellen und daß die vor allem von Männern, unter männlichen Fragestellungen, verfaßte Sekundärliteratur nur einen begrenzten Zugang zur Realität und zum Alltag von Frauen bietet. Kämpfe von Frauen, insbesondere von proletarischen Frauen, die sich gegen die männlich-gesellschaftlichen Normen auflehnten, lassen sich entweder in Kriminalstatistiken dokumentieren oder finden sich in statistischen Aufstellungen z.B. über Müttersterblichkeit, Fehlgeburten und Gebärverhalten wieder. D.h. nicht, daß männliche Geschichtsschreibung diese Kämpfe gänzlich ignoriert; sie sind aber in einer Materialfülle derart kodifiziert, daß weiblicher Widerstand als solcher nicht benannt wird.
Die Aufarbeitung von Quellenmaterial und Sekundärliteratur ist von daher als ein Versuch zu sehen, aus den männlichen Darstellungen und ihren Problemstellungen die Realität von Frauen zu rekonstruieren.
Von daher gibt der vorliegende Text weniger über die stattgefundenen Kämpfe und konkreten Bedingungen, unter denen Frauen Widerstand leisteten, Auskunft - vielmehr ging es zuerst darum, das historische »Phänomen« der Gebärstreikdebatte aus weiblicher Sicht zu rekonstruieren und zu bewerten.
Bevor ich aber auf dieses Ereignis eingehe, vorab einige theoretische Überlegungen zum Problem des Gebärstreiks oder des Frauenwiderstands und den gesellschaftspolitischen Implikationen, die sich aus dem weiblichen Gebärverhalten ergeben. Auch wenn dieser Teil sehr pauschal gehalten ist, ist damit beabsichtigt, einen Gesamtrahmen der weitfassenden Problematik herzustellen.
Unabhängig von den zugrundeliegenden Inhalten und Organisationsformen der Arbeit einer Gesellschaftsformation muß diese aufgrund ihres Interesses an ihrem Fortbestehen für ihren Nachwuchs sorgen. Denn nur so kann die Alterssicherung der lebenden Gesellschaftsmitglieder als auch die Erhaltung der Gesellschaft gewährleistet werden. D.h. jede Gesellschaft hat zwei unabdingbar notwendige Formen und Inhalte von Arbeit zu leisten: die eine besteht in der Produktion der zu ihrem Leben notwendigen Güter, die andere in der Produktion ihres Nachwuchses, damit ihre gegenwärtige und zukünftige Reproduktion gesichert ist.
Während sich an der Produktion der für das tägliche Leben notwendigen Güter prinzipiell alle arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder beteiligen können, ist die Kinderproduktion al-

lein durch das »Funktionieren« des weiblichen Organs, des Uterus, möglich, womit der Frau eine spezifische Arbeitsfunktion durch ihre Fähigkeit des Austragens eines neuen Gesellschaftsmitgliedes durch Schwangerschaft, Geburt und Stillen zukommt.
Über diese besondere Fähigkeit haben Frauen ein Bewußtsein. Sie können steuern, ob und wann sie ein Kind gebären, und sie können
»... *ihren ganzen Körper als produktiv erfahren (...), nicht nur ihre Hände und ihren Kopf. Aus ihrem Körper produzieren sie neue Menschen und die erste Nahrung für diese Menschen. Es ist von entscheidender Bedeutung für unsere Fragestellung, daß der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren als echt menschliche, d.h. bewußte, historisch-gesellschaftliche Tätigkeit gesehen wird.*«[4]
So wie sich die Produktion von Gütern nicht naturwüchsig regelt, sondern in Abhängigkeit von den jeweiligen historischen Bedingungen steht, ist auch die Kinderproduktion, d.h. die spezifische Arbeit der Frau, an die konkret historische Produktionsweise einer Gesellschaft gebunden.[5]
Diese Tatsache - die Produktion von Menschen als Arbeit der Frau auf der einen Seite, sowie die historische gesellschaftliche Bedingtheit dieses Prozesses auf der anderen Seite - wurde weder von den Nationalökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts in ihren Analysen der gesellschaftlichen Arbeit mit aufgenommen noch spielt dieses Faktum in der heutigen Bevölkerungswissenschaft eine wesentliche Rolle. Allein die letzten 3000 Jahre Menschheitsgeschichte widerlegen anhand der Phänomene Geburtenrückgang, Bevölkerungsexplosion oder gar des Aussterbens ganzer Völker die Unterstellung einer »sich von selbst regelnden« Bevölkerungsentwicklung[6], wie dies z.B. mit dem heute verwendeten terminus technicus »natürliche Bevölkerungsbewegung« in der Demographie und Bevölkerungswissenschaft suggeriert wird.
Vor dem Hintergrund der parallellaufenden Prozesse von Kapitalakkumulation und relativer Bevölkerungsexplosion[7] weist Polda Fortunati zu Recht darauf hin, daß die Entwicklung des Kapitalismus und seines Arbeitsmarktes grundsätzlich vom »*Prozeß der Akkumulation von Arbeitskraft*«[8] abhängt. Die hierfür notwendige klassenspezifische Bevölkerungsexpansion im Proletariat regelte sich weder von allein noch wurde sie durch das Kapital selbst betrieben. Dafür war und ist eine besondere Regulierungsinstanz nötig, die mit spezifischen Methoden die gesellschaftliche Arbeit der Kinderproduktion organisiert und steuert. Dieses Regulationsinstrument ist durch den Staat verkörpert, der, wie Fortunati feststellt, in diesem Sinne bereits im Mittelalter für die ursprüngliche Kapitalakkumulation Vorarbeiten geleistet hatte, indem er zu blutigen Maßnahmen griff:
»... *einerseits zu einer gesetzlichen Geburtenkontrolle und zu einer Reglementierung der Sexualität; und andererseits ist im Bund mit der Kirche das größte geschlechtsspezifische Massaker inszeniert worden, das die Menschengeschichte kennt, nämlich die Hexenverfolgung.*«[9]
Die Bevölkerungspolitik des Staates setzt voraus, daß die Frauen das freie Verfügungsrecht über ihr »Produktionsmittel«, den Uterus, verlieren. Bevölkerungspolitik im Kapitalismus besteht in dem ständigen Bemühen, die Notwendigkeiten der kapitalistischen Ökonomie mit der Menschenproduktion zu koordinieren. Dies geschieht darüber, daß die Frau als sich selbst bestimmendes Subjekt eliminiert wird. Von daher ist Bevölkerungspolitik immer in erster Linie an bzw. gegen die Frau gerichtet.
Die seit Beginn des Patriarchats bis heute bestehende Organisationsform der Kinderproduktion ist die Ehe, der die Funktion der Vermehrung der Gesellschaftsmitglieder inner-

halb des Familienverbandes zukommt. Wie die Bezeichnung Patriarchat (Vaterherrschaft) bereits ausdrückt, geht es auch um die Kontrolle über die Gebärarbeit der Frau, die über die gesellschaftliche Herrschaft von Männern und die des einzelnen Mannes in der Ehe ausgeübt wird.

Den Übergang zwischen Mutterrecht und Vaterrecht, der parallel lief mit der Einrichtung der Ehe als patriarchalisches Machtinstrument über die Frau, erklärt Bornemann folgendermaßen:

»Da die Mutter sowieso stets wußte, welches Kind von ihr stammte, benötigte sie allerdings im Gegensatz zum Vater niemals die Institution der Einehe. Monogamie drückt Männerherrschaft aus, selbst wo matrilineare Deszendenz besteht, denn nur der Mann hat ein Interesse daran, daß 'seine' Frau sich ausschließlich mit ihm paaren möge; es gibt nur den harten ökonomischen Grund, daß sie ihm 'treu' sein muß, wenn sie von ihm ernährt werden will. Solange sie aber selbst den Löwenanteil in allen Lebensnotwendigkeiten erzeugt, ist sie von diesem Motiv glücklicherweise frei.«[10]

Hiermit ist der Kontrollmechanismus der väterlichen Macht vollständig erklärt: die Frau ist ökonomisch entrechtet und unterliegt folglich dem Ehezwang, der gesellschaftlich sanktionierten Unterordnung der Frau unter den Mann.

Doch wie sieht nun die Ehe und die damit verbundene Funktion der Kinderproduktion für die Frau konkret im Kapitalismus aus?

Auch und gerade im Kapitalismus ist die Ehe das entscheidenste Instrument der »Menschenökonomie« und die gelungenste Mystifikation der Unterdrückung und Entrechtung der Frau. Über die unterstellte Identität von Sexualität und Kinderproduktion, gefaßt mit dem Begriff Liebe, wird die Ehe als unhinterfragbare sittliche Grundform[11] des Zusammenlebens von Mann und Frau nunmehr staatlich reglementiert. Diese Eingriffe werden ideologisch verschleiert, indem die private familiäre Sphäre zum Refugium erklärt wird, wo zwischen Mann und Frau ausschließlich Liebe ihre Verwirklichung finden würde. Gleichzeitig unterliegen dadurch alle Arbeiten, die auf dem privaten Terrain der Ehe geleistet werden, besonderen Bewertungskriterien. Die Arbeit der Frau in der Ehe wird zur unsichtbaren, unbezahlten privaten Dienstleistung an Mann und Kindern, die, definiert als Erscheinungsform von Liebe, direkt der Natur der Frau entspringen würde. Diesen Zusammenhang haben Gisela Bock und Barbara Duden treffend zusammengefaßt:

»Hausarbeit sei, so unterstellt man, so alt wie die Menschheit selbst bzw. wie der biologische Unterschied zwischen Mann und Frau ... sie sei immer die gleiche, ihrem Wesen nach eine naturgeschichtliche Konstante, hierin am ehesten der Sexualität vergleichbar.«[12]

Die Arbeit der Frau in der Ehe

»... entstammt der Liebe und wird durch Liebe entlohnt...«[13]

Im Gegensatz zu der Arbeit des Mannes geht die Arbeit der Frau in der Ehe mit ihrer gesellschaftlichen Nichtbewertung einher. Daraus resultiert, daß die auf die Frau konzentrierten Arbeiten - Kinderproduktion, Kinderaufzucht und Reproduktion des Mannes - nicht bemessen werden nach den sonst der Gesellschaft zugrundeliegenden und auf Geld basierenden Arbeitsbewertungsmaßstäben, sondern moralisch im Wert der 'Mutterwürde' geschätzt werden. Der Staat erzwingt die Hausarbeit der Frau einerseits über Ehegesetzgebung bzw. 'Familienpolitik', indem er dem Ehemann die Macht über die Familie, z.B. durch die Gehorsamspflicht der Frau, überträgt und ihm damit alle Mittel zur Verfügung stellt, die er als Herrscher (Patriarch) über die Frau und Familie benötigt. Diese Machtkonstellation ist über die Ernährerfunktion des Mannes materiell abgesichert und legitimiert.

Damit einhergehend erhält der Mann durch den Staat die Kontrolle über das Gebärverhalten der Frau, indem ihm die Verfügungsgewalt über den weiblichen Körper rechtlich zugestanden wird. Gleichzeitig werden alle sexuellen Beziehungen, die nicht auf Kinderproduktion hin orientiert sind, durch Gesetze reglementiert. Über die normative Festlegung von Heterosexualität überhaupt, die durch den Ehezwang in der Ehe mündet, und durch die Reglementierung aller außerehelichen sexuellen Beziehungen in Form gesetzlicher Verbote oder materieller Diskriminierung sichert sich der Staat die Kontrolle über die Kinderproduktion. Darunter fällt z.B. die Homosexualität, die Diskriminierung unverheirateter Frauen, »allein«-stehender Mütter, die Diskriminierung unehelicher Kinder und die Reglementierung der bezahlten Prostitution.

Im Zentrum der staatlichen Reglementierungsmaßnahmen, im Rahmen der »Menschenökonomie«, steht der weibliche Körper bzw. der Uterus der Frau, dessen Funktionieren kalkulierbar gemacht werden soll, einerseits durch die Machtübertragung an den Mann und andererseits durch Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Frau über Mutterschaft mittels staatlicher Gesetzesregelungen über Sterilisation, Abtreibung und Verhütung. Der Staat handelt somit nicht nur als Bevölkerungspolitiker, sondern Inhalt und Methoden dieser Politik fußen auf patriarchalisch-kapitalistischer Interessendurchsetzung schlechthin.

Allein die Existenz von Bevölkerungspolitik deutet auf die Dringlichkeit für das Eingreifen des Staates hin, um das Gebärverhalten an die spezifischen Bedürfnisse kapitalistischer und patriarchalischer Interessen anzupassen, und widerlegt die von allen Seiten unterstellte Naturwüchsigkeit der Bevölkerungsentwicklung. Bevölkerungspolitik wird gerade da notwendig, wo das massenweise Gebärverhalten von Frauen mit den kapitalistisch-patriarchalischen Interessen kollidiert.

Das Dilemma jeder bevölkerungspolitischen Überlegung besteht darin, daß in die Privatsphäre eingegriffen wird, in der scheinbar individuelle, freie Entscheidungsmöglichkeit herrscht. Die Aufrechterhaltung der Trennung zwischen privatem und öffentlichem Bereich zwingt zu spezifischen Methoden, die den politischen Charakter bzw. die Einflußnahme auf die »intimsten Angelegenheiten« nicht offenbar werden lassen. Der Widerspruch zwischen der Mystifikation der Arbeit der Frau (das »natürliche« Gebärverhalten, der »natürliche« Kinderwunsch), und der Notwendigkeit für den Staat, in die unterstellte naturwüchsige Kinderproduktion der Frau einzugreifen, soll also durch Bevölkerungspolitik nicht erheblich zum Vorschein kommen. Die Methoden müssen dergestalt sein, daß die Frauen letztendlich nicht merken, daß und wie mit ihnen Politik gemacht wird, weniger, um »Fehlentwicklungen« zu vermeiden, sondern vielmehr um Möglichkeiten des Widerstandes weitestgehend auszuschließen.

Bevölkerungspolitik unterliegt insofern nicht nur spezifischen Anwendungsmethoden, wenn es darum geht, Frauen zu motivieren bzw. zu zwingen, ein bestimmtes Quantum an Kindern zu gebären, sondern sie muß gleichzeitig den potentiellen Machtfaktor Frau als sich selbst bestimmendes Subjekt verschleiern.

Damit stellt sich für die Durchführung von Bevölkerungspolitik ebenso die Aufgabe der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau, die ihre Verfügbarkeit in ihrer Funktion als Gebärende erst möglich macht. Diese Aufgabe kann zwar durch die Einrichtung der Institution Ehe und allen damit verbundenen Sanktionierungen abgesichert werden, aber dennoch sind Unsicherheitsfaktoren damit noch lange nicht ausgeschlossen.

So groß das Ausmaß der spezifischen Unterdrückung der Frau auch sein mag, ihre Gebärfä-

higkeit birgt einen Machtfaktor in sich, der sich potentiell durch Strukturveränderungen verschiedenster Art in der gesellschaftlichen Konstitution bemerkbar machen könnte. Alle Bewegungen, die auf die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper hinstreben, müssen bedrohlich auf die patriarchalisch-kapitalistische Herrschaft wirken, weil deren scheinbare Flexibilität und Unabhängigkeit von der Frau als Gebärerin dadurch in Frage gestellt wird. Unter diesem Aspekt wird auch die Terminologie und Methode der Bevölkerungswissenschaft allzu verständlich. Deren derzeitiges Hauptmeßinstrument, die »*Nettoreproduktionsrate*«[14] erweckt den Anschein, als könne mit mathematischen Rechenoperationen die Zahl der zukünftigen Uteri geplant werden, ohne die Frau als Subjekt einzubeziehen. Die sich ständig aufs neue erweisenden Fehlprognosen, oder die bereits in das Kalkül miteinbezogenen Fehlerquoten demographischer Erhebungen, stellen einen von den Bevölkerungswissenschaftlern selbst akzeptierten Bestandteil ihrer Forschung dar.
Dennoch wird der Bevölkerungswissenschaft und -politik ein so hoher politischer Stellenwert beigemessen, daß nicht nur Unsummen für deren Forschung ausgegeben werden, sondern weltpolitische Organisationen[15] über die sonstigen politischen Differenzen hinaus für diesen Zweck einheitlich zusammenarbeiten. Die Brisanz und immerwährende Aktualität dieser Frage drückt der Bevölkerungswissenschaftler **Schubnell** so aus:
»*Die Entwicklung einer Bevölkerung und die Veränderungen ihrer Struktur gehören zu den Grundbeständen von Staat und Gesellschaft.*«[16]
Aber es erscheint weder das Zielobjekt Frau in der demographischen Literatur, noch steht die Frau als Hauptakteurin bzw. -beteiligte im »öffentlichen Bewußtsein«, wenn es um das Thema Bevölkerungspolitik geht.
Dagegen werden »Fehlentwicklungen« z.B. mit Begriffen wie Baby-Boom, Geburtenrückgang oder Pillenknick bezeichnet, die die Beteiligung der Frauen an dem Prozeß unsichtbar machen. Die Verwendung dieser Terminologie resultiert daraus, daß die Frau als politisch Handelnde oder gar als Widerstand-Leistende im starken Kontrast zu den über sie verbreiteten Mystifikationen steht.
Die potentielle Macht der Frau in ihrer Arbeitsfunktion als Gebärende, die für jede Gesellschaft unverzichtbar ist, deren Gebärverhalten außerdem eine ganze Gesellschaft mitstrukturieren kann, ist schon durch die zwingende Notwendigkeit der Politik der »Menschenökonomie« unter Beweis gestellt; allerdings unterliegt sie solch immensen Verschleierungen, daß »Unfälle in der Bevölkerungspolitik« nicht als Ausdruck von Frauenwiderstand begriffen werden können.
Auch werden Verweigerungen von Frauen (hier im weitesten Sinne verstanden), ihr Kind »psychisch anzunehmen«, was zur Säuglingssterblichkeit sowie zu Früh- und Totgeburten führen kann, allein in medizinisch-biologische Kategorien gepreßt, mit dem Effekt, daß das Bewußtsein der Frau über die Schwangerschaft und ihre eigenen Steuerungsmöglichkeiten verdunkelt werden. Daß sich gerade die Medizin als Kontrollinstanz der Schwangerschaft und dem Gebären so perfekt angenommen hat, ist somit kein Zufall. Dadurch wird die besondere Produktivität von Frauen in den Bereich der Krankheit verlagert und auch als solche behandelt. Die Handlungsspielräume der Frau werden dabei so stark eingegrenzt, daß der Krankenhausaufenthalt während und nach der Geburt, die Narkotisierung der Frau während der Geburt, es kaum noch zulassen, bewußt eigene Produktivität zu erleben. Damit werden positive und negative Einstellungen der Frau zu ihrer Gebärfähigkeit gleichermaßen unter ein Tabu gestellt, wodurch ihr Sein mystifiziert ist und ihrer Bewußtwerdung ungeheure Barrieren entgegenstehen. Schwangerschaft und Gebären scheinen so

der Naturhaftigkeit der Frau zu entsprechen, die eine eigene Kontrolle darüber auszuschließen scheinten.
Nur folgerichtig ergibt sich aus der Mystifikation der Arbeit der Frau in ihrer Funktion als Gebärende und Mutter die gesellschaftliche Tabuisierung weiblichen Widerstandes innerhalb der Privatsphäre Familie. So läßt der Begriff »Gebärstreik« fast nur die Assoziation an eine organisierte und in aller Öffentlichkeit ausgetragene, massenhafte Frauenrebellion zu. In diesem Sinne ist der Gebärstreik auch heute von Frauen aus der Öko-Bewegung gemeint. Diese Vorstellung ist deshalb naheliegend, weil uns der Begriff des Streiks aus dem Arbeitskampf vertraut ist und ausdrückt, daß mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung ein Kampf um eine Verbesserung bzw. Änderung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt wird. Unter diesem Aspekt betrachtet erscheint ein Gebärstreik jedoch mehr als eine historische Kuriosität oder phantastische Utopie, weil der Begriff einen **organisierten** Kampf der Frauen, vergleichbar mit einem Streik der Arbeiterklasse, suggeriert und nicht als eine Form des Widerstandes, der sich gegen die gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen innerhalb der Privatsphäre richtet und sich durch das Ergebnis des Geburtenrückgangs bemerkbar macht. An dieser Stelle wird vor allem deutlich, daß die Kämpfe von Frauen als Gebärende und Mütter nicht mit den männlichen gesellschaftlichen Maßstäben - und folglich auch nicht mit denen der Arbeiterbewegung - zu messen sind. Wenn Frauen sich entgegen gesellschaftlich gesetzte Normen und Gesetze verhalten, wenn sie sich weigern, gegen ihren Willen Kinder zu gebären, sei es über die illegale Abtreibung oder sei es über die sexuelle Verweigerung, so liegt es auf der Hand, daß es sich um Widerstand gegen die ihnen auferlegten Normen handelt, der außerdem gesellschaftlich sichtbare Ergebnisse zeigt.
Frauen treten nun in der Geschichtsschreibung in ökonomischen und politischen Kämpfen kaum mit eigenständigen Interessen in Erscheinung, weil nämlich ihre Interessen als Hausarbeiterinnen unter die der gesellschaftlich-öffentlichen Arbeit ohne Differenzierung subsumiert werden. So drücken auch Geschichtsschreiber der Arbeiterbewegung Frauen den Stempel der »politisch Desinteressierten« auf. Sie charakterisieren die Haltung von Frauen gegenüber ihrer Arbeits- und Lebenssituation als lethargisch, so daß eine Auseinandersetzung über Frauenkämpfe von vornherein hinfällig erscheint. Diese »Erkenntnisse« schöpfen sie allerdings nicht aus einer vorausgegangenen Analyse, sondern übernehmen unhinterfragt Standpunkte, die innerhalb der männlichen Arbeiterbewegung entwickelt und durch theoretische Begründungen verfestigt wurden.[17] Derartige Untersuchungen bleiben nicht nur lückenhaft, sondern sind dogmatisch, weil sie mit der gleichen diskriminierenden Haltung die Realität von Frauen und deren Kämpfe verzerren, wie dies durch die Perpetuierung patriarchalischer Normsetzung in unserer Gesellschaft schlechthin der Fall ist. Übrig bleibt dann das Bild einer lethargischen Frauenmasse, die sich für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse als schwer mobilisierbar und für deren Ziele als unbrauchbar erwiesen hat.
So ist es auch kein Wunder, daß mit dieser Sichtweise die Arbeit von Frauen in der Reproduktionssphäre und Verweigerungen gegen diese Arbeit immer in der Versenkung gesellschaftlicher Realität bleiben müssen und infolgedessen auch nicht analysiert werden können und theoretisch unbearbeitet bleiben.
Der Geburtenrückgang soll im folgenden unter dem Gesichtspunkt weiblichen Widerstandsverhaltens problematisiert werden. Zwar wird die Geburtenentwicklung in ihren wichtigsten Merkmalen kurz skizziert, aber allein angesichts der mangelnden Forschungsla-

ge muß unter dieser Fragestellung auf ihre Ursachen vorwiegend spekulativ eingegangen werden.
Dem um die Jahrhundertwende langsam einsetzenden Geburtenrückgang war eine Bevölkerungsexplosion vorausgegangen, die als eine für die Industrialisierungsphase typische »Bevölkerungsweise« gekennzeichnet wird. Das Proletariat, das sich als Klasse in den Städten mit der Entwicklung der industriellen Produktion bildete, war maßgeblich für diese Bevölkerungsentwicklung verantwortlich. Durch das Wegfallen von Heiratsbeschränkungen entstand in dieser Klasse die proletarische Frühehe. Das Heiratsalter hatte sich so enorm gesenkt, daß damit ein spezifisches Gebärverhalten verbunden war. Charakteristisch für das Proletariat war der Kinder»reichtum«, wie bereits die Bezeichnung »proletarii« andeutet, was übersetzt Vermehrung heißt.
Der Grund für die starke Geburtenhäufigkeit, eben die Tatsache, daß Frauen mit Beginn ihrer Ehe ein Kind nach dem anderen gebaren, lag darin, daß Präventionsmittel und -methoden weder bekannt noch erhältlich waren, denn das Verhütungswissen war fast gänzlich ausgerottet. Heterosexuelle Beziehungen waren mit dem sehr hohen Risiko einer Schwangerschaft verbunden; die Fruchtbarkeit der Frauen war beinahe vom Gebäralter an bis zur Menopause »ausgeschöpft«.
Es handelte sich also bei der massenhaften Kinderproduktion nicht - wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen könnte - um das Ergebnis einer laissez-faire-Entwicklung, sondern in erster Linie wurde sie durch kapitalistisch-patriarchalische Zwänge erpreßt, ohne die insbesondere die Kapitalakkumulation in dem erfolgten Ausmaß nicht möglich gewesen wäre. Aus der Belastung der Erwerbs- und Hausarbeit, zu der nahezu alle Proletarierinnen gezwungen waren, ergaben sich für die Frauen Anforderungen, denen sie nicht gewachsen waren bzw. die sie nicht, wie erwartet, erfüllten. Diese historische Phase des Massenelends wird auch als *»Auflösungsprozeß der Familie«* gekennzeichnet.[18] Diese begriffliche Verwendung bleibt jedoch ungenau, denn die Bedeutung der Hausarbeit für den patriarchalischen Kapitalismus wird hiermit nicht ausgedrückt.
Verfallserscheinungen, die generell wahrgenommen wurden, waren zu einem großen Teil auf schlechte Reproduktionsbedingungen in den unteren Schichten zurückzuführen. Ernährungsschäden, eine sehr hohe Säuglingssterblichkeit, fehlende Sauberkeit in den Wohnungen, Kinderverwahrlosung - all das waren Anzeichen für die unzureichend geleistete Hausarbeit.
Als politisches Problem trat die männliche Unzufriedenheit mit der Frauenerwerbsarbeit hinzu. Der organisierte Kampf gegen die »Schmutzkonkurrenz« der Frauen, der verknüpft war mit dem Kampf um ein »wohnliches Heim« für den Arbeiter, brachte erhebliche politische Unruhen in den Produktionsablauf.
Der fortschreitende Industrialisierungsprozeß im auslaufenden 19. Jahrhundert war mit neuen Anforderungen im Produktionsprozeß verbunden, wodurch eine zunehmende Qualifizierung der Arbeitskraft notwendig wurde. Dies konnte nur über eine parallel laufende Verbesserung der Reproduktionsverhältnisse erreicht werden.
Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunders wurde in kleinen Schritten damit begonnen, die Reproduktionsbedingungen zu verbessern, und zwar zunächst von privatkapitalistischer Seite aus. Der weibliche Beschäftigungsgrad im industriellen Sektor sank von 50% bis 1880 auf ein Drittel[19] und die durchschnittliche Arbeitszeit wurde von 14 auf 11 Stunden (1850 - 1880) herabgesetzt, während die um die Hälfte niedrigeren Frauenlöhne konstant blieben. In dem Maße, in dem staatliche Aufgabenbereiche generell anwuchsen und der kapitalisti-

sche Staat für diese historische Periode seine spezifische Ausformung gewann, wurden Maßnahmen von staatlicher Seite ergriffen, um den negativen Folgeerscheinungen der doppelten Frauenarbeit entgegenzuwirken. Mit einer Reihe »sozial«politischer Maßnahmen wurde eine Entwicklung eingeleitet, die tendenziell auf einen Qualifizierungsprozeß der Hausarbeit, insbesondere in den unteren Schichten, hinauslief. Ansatzpunkte boten sich in der Verbesserung der Familienhygiene und den ernährungsphysiologischen Bedingungen in den Haushalten. Voraussetzung für diese Bestrebungen war, daß Frauen ein entsprechendes Zeitpensum zur Verfügung gestellt bekamen, sowie die Gewährleistung einer bestimmten physischen Konstitution, damit sie die von ihnen geforderten Arbeiten überhaupt leisten konnte.

Die Komplexität dieser Entwicklung über einen langen Zeitraum hinweg kann hier nur angedeutet werden. Einige Beispiele sollen den Charakter dieser Politik anzeigen:

Im Jahre 1887 setzte in Deutschland mit den Arbeiterinnenschutzbestimmungen auf diesem Gebiet eine Form staatlicher »Sozial«politik ein. Die gesetzlichen »Schutz«-maßnahmen liefen u.a. darauf hinaus, die Arbeit der Frau als Mutter, trotz ihrer Erwerbsarbeit, sicherzustellen. Zu diesen Bestimmungen gehörten das Verbot von Schwerarbeit für Frauen (»Uterus«schutz), Arbeitsurlaub von drei Wochen nach der Geburt (»Wöchnerinnen«-schutz) und das Verbot von gesundheits- und »sittlichkeits«-gefährdenden Arbeiten, also alles Gesetze, die weniger in der Absicht erlassen wurden, Frauen vor harter Arbeit zu schützen, als vielmehr zielgerichtet auf eine Minderung der negativen Folgeerscheinungen auf die Leistungen der Frauen im Reproduktionsbereich hinausliefen.

Weitere »Schutzbestimmungen« lehnte die Regierung mit der Begründung der Konkurrenzminderung Deutschlands auf dem Weltmarkt ab.[20] 1891 wurde der Arbeiterinnenschutz erweitert, indem der außerhäusliche Arbeitstag gesetzlich auf 11 Stunden beschränkt und der Arbeitsurlaub nach der Geburt eines Kindes um eine Woche verlängert wurde.[21] Der Arbeiterinnenschutz galt jedoch nicht für Heim- und Landarbeiterinnen.

Auch hierfür wird das Interesse im Vordergrund gestanden haben, die Relation zwischen der industriellen Frauenarbeit und der Reproduktionsarbeit zugunsten letzterer zu verschieben. So wurde z.B. im Reichstag der positive Zweck des Arbeiterinnenschutzes damit begründet,

»... *daß der veredelnde Geist des Familienlebens des häuslichen Herdes, der heute ernstlich bedroht erscheint, dem Arbeiter und den Seinigen gesichert bleibt.*«[22]

W. Thönessen bemerkt, daß diese Schutzbestimmungen keine Profitminderung zur Folge hatten:

»*Vielmehr wurden Beschränkungen der extensiven Arbeitsgröße (maximale Arbeitszeit) und Verbot gewisser Arbeiten für Frauen und Kinder durch die Steigerung von Intensität und Produktivität der Arbeit kompensiert.*«[23]

Neben dem Arbeiterinnenschutz war das Verbot von Kinderarbeit als Maßnahme gegen die hohe Kinderverwahrlosung (im Zusammenhang mit dem Schulzwang, der bereits Mitte des 19. Jahrhunderts in Preußen gesetzlich eingeführt wurde) für die angedeutete Entwicklung von hoher Bedeutung.

Ein weiteres Feld für reproduktionspolitische Maßnahmen stellte das Gebiet der Säuglingspflege und -ernährung dar. Die Entwicklung der Medizin spielte in diesem Zusammenhang eine außerordentlich große Rolle. Die Anwendung ihrer gewonnenen Erkenntnisse und die ärztliche Praxis konzentrierten sich auf die Verbesserung der »Familienhygiene« sowie auf die spezifisch-mütterlichen Ernährungsaufgaben. Die staatliche Politik bediente

Kaiserin Auguste Victoria Haus
Reichsanstalt
zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit
Entbindungsabteilung
Berlin-Charlottenburg 5, Heubnerweg 6
Fernsprecher: Sammel-Nr. 30 02 11

Verhaltungsmaßregeln für Wöchnerinnen im Spätwochenbett

Das Wochenbett ist beendet mit der 5. Woche nach der Entbindung.

1. **Allgemeines Verhalten:** Körperliche Anstrengungen (schweres Heben, Tragen, Sport) sind zu vermeiden. Geschlechtsverkehr ist während des Spätwochenbetts verboten.

2. **Bekleidung:** Die Wickel-Leibbinde ist 6 Wochen nach der Entbindung zu tragen. Um das Hochrut zu vermeiden, sind die Strumpfhalter mit Sicherhe.. nadeln am unteren Rand der Binde zu befestigen.

3. **Bäder und Waschungen:** Verboten sind Bäder jeglicher Art, da der keimhaltige Wochenfluß für die Brustwarzen eine Ansteckungsgefahr bedeutet. Angeraten sind lauwarme Ganzwaschungen oder warme Duschen. Scheidenspülungen sind nur auf ärztliche Verordnung vorzunehmen. Bleibt der Ausfluß blutig, ist ein Arzt aufzusuchen.

4. **Brustpflege:** Die in der Anstalt durchgeführte Pflege der Brustwarzen sowie die genaue Befolgung der Regeln beim Anlegen des Kindes sind in der gleichen peinlichen Weise zu beachten, so lange das Kind genährt wird. Während der Stillzeit sind die Brustwarzen wie offene Wunden zu betrachten. Bei Schmerzen oder Rötung an der Brust ist sofort ein Arzt aufzusuchen.

5. **Ernährung:** Wie in normalen Zeiten. Es ist Wert auf viel Suppen und sonstige Flüssigkeitsaufnahme zu legen.

6. **Ernährung des Kindes:** Die natürlichste Ernährung für das Kind ist die Frauenmilch. Daher soll es solange wie möglich gestillt werden. Ca. 3 Wochen nach der Geburt ist das Kind einem Arzt vorzustellen, der den Gewichts- und Gesundheitszustand kontrollieren soll.

7. **Nach Ablauf des Spätwochenbetts,** d. h. also 6 Wochen nach der Entbindung, soll die Mutter einen Arzt aufsuchen, damit festgestellt wird, ob die Organe sich normal zurückgebildet haben.

sich für diesen Zweck propagandistischer Methoden und setzte vor allem Ärzte als Handlanger für diese Interessen ein. Die Säuglingssterblichkeit wurde auf die unzureichende Stillung der Säuglinge durch die Mütter zurückgeführt:

»*Vielmehr setzte man die Hoffnungen im Rahmen der Kampagnen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vor allem auf ein allmähliches Durchschlagen der städte-hygienischen infrastrukturellen Maßnahmen (Abwässer-Beseitigung etc.), auf Verbesserung der Wohnungshygiene, auf die Sozialversicherungspolitik, die Säuglings- und Mütterfürsorge und besonders: auf die Kombination von Stillpropaganda einerseits, Ratschlägen zur optimalen künstlichen Ernährung andererseits. Da angemessene künstliche Ernährung mit nicht unbeträchtlichen Kosten verbunden war, wurden die breiten Massen von den Amtsärzten (bei den Impf-Terminen), von verschiedensten caritativen Vereinen (z.B. in Mütterberatungsstellen, durch Flugblätter, Wanderlehrer, Presseberichte usw.) und von den Behörden (z.B. bei der Beantragung von Mutterschutz, Still-Prämien oder dergleichen) zum Stillen ermahnt.*«[24]

Im Rahmen der Stillpropaganda sollte nicht nur die Stillfähigkeit der Frauen im physiologischen Sinne erreicht werden, sondern es ging ebenso darum, die psychische Bereitschaft zum Stillen durch moralisches Unterdrucksetzen zu erzwingen.

Unter diesen Aspekten wurde von Medizinern eine neue Hebammenordnung konzipiert[25], in der die Ausbildung auf genaue Kenntnisse in der Säuglingspflege ausgedehnt wurde, damit Hebammen eine Anlernfunktion gegenüber Müttern übernehmen könnten. Im Rahmen dieser Kampagne erhielten Mütter nicht nur selbst Stillprämien für besonders hohe Stilleistungen, sondern in verschiedenen Provinzen wurden auch Hebammen für hohe Stillfrequenzen in ihrem Zuständigkeitsbereich materiell prämiert[26].

Hebammen und auch Ammen wurden zunehmend unter die ärztliche Aufsicht gestellt[27]. Damit war gleichzeitig die staatliche Kontrolle gewährleistet: So waren es auch Ärzte, die auf eine gesetzliche Neuregelung des Ammenwesens drängten. Da Ammen meist nicht verheiratete Mütter, sehr oft Dienstbotinnen, waren, die ihre selbst produzierte Nahrung gegen Entlohnung an Frauen höherer Schichten verkauften, wurde das Ammenwesen unter dem Gesichtspunkt seiner Vereinbarkeit mit der Stillpropaganda in den unteren Schichten diskutiert. Es sollte verhindert werden, wie es ein Mediziner auf dem Zweiten Deutschen Kongreß für Säuglingsfürsorge 1910 in München ausdrückte, daß

»... *ein Kind geopfert wird, um ein anderes zu erhalten.*«[28]

Die gesetzliche Neuregelung sah ein Einstellungsverbot von Ammen bis drei Monate nach ihrer eigenen Entbindung vor, damit nicht die Gesamtsäuglingssterblichkeit zuungunsten der Säuglinge unterer Schichten reduziert wurde.

Diese Beispiele verweisen darauf, daß mit einer Vielzahl von Maßnahmen gegenüber der Reproduktionsarbeit von Frauen, sehr oft vermittelt über die Medizin, strukturelle Veränderungsprozesse eingeleitet wurden, die mit Neuanforderungen an die Hausarbeit verbunden waren und die Überlebenschancen der Säuglinge sowie die Reproduktion der Arbeitskraft sichern sollten. Hier soll lediglich eine Tendenz angedeutet werden. Der Prozeß, mit dem eine Veränderung mütterlicher Aufgaben in der Familienhygiene und -ernährung angestrebt wurde, vollzog sich vielseitig und in sehr kleinen Schritten.

Welche Auswirkungen und Veränderungen diese Entwicklung auf die konkrete Arbeitssituation der Frauen zeigte, kann hier nicht ausführlich untersucht werden. Es liegt die Vermutung nahe, daß sich die Einstellung der Frauen gegenüber der Hausarbeit änderte. Ein Indiz dafür ist das Gebärverhalten, das sich in demselben Zeitraum entscheidend verän-

Haute volée.

„Schau, Arthur, das ist unser Kind!“
„Woran kannst du das erkennen?“
„An der Amme.“

Gratis-Proben des verbesserten
☐ Nestle'schen Kindermehles ☐

versendet frei

Nestle's Kindermehl G. m. b. H., Berlin W. 57
Bülowstrasse 55

derte. Parallel zu dem Beginn staatlicher Intervention setzte auch langsam der Geburtenrückgang ein.
Die allgemeine Geburtenrate sank in der Zeit von 1876 mit 39,5 Geburten (auf 1000 Einwohner) bis 1915 auf 26,3[29]. Diese Entwicklung war begleitet von einer rückläufigen Tendenz der Sterberate, d.h. die allgemeine Lebenserwartung war gestiegen, was einen Ausgleich zur sinkenden Fruchtbarkeitsziffer bedeutete. Auch schließt der Prozeß des Geburtenrückgangs in keinem Fall ein Bevölkerungswachstum aus, sondern besagt nichts anderes, als daß durchschnittlich pro Frau weniger Kinder geboren werden.
Wird die Geburtenentwicklung differenziert betrachtet, so bestand ein auffälliger Unterschied zwischen der rückläufigen Tendenz der Geburtenziffer zwischen Stadt und Land. Der Geburtenrückgang wurde in dem Moment zu einer Massenerscheinung und als solche wahrgenommen, als vor allem proletarische Frauen den für ihre Klasse charakteristischen Kinder»reichtum« einzuschränken begannen.
In den Großstädten fand eine Annäherung des Gebärverhaltens zwischen Frauen aus oberen und unteren Schichten statt. D.h. daß in bürgerlichen Schichten die sogenannte »2-3-Kinder-Ehe« die Norm war, während die durchschnittliche Kinderzahl in Arbeiter/innen-Ehen bei 6 Kindern und darüber lag. Die Annäherung kam dadurch zustande, daß sich die durchschnittliche Kinderzahl in proletarischen Ehen allmählich reduzierte.
Die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzende Geburtenabnahme scheint im Widerspruch zu den Versuchen des Staates zu stehen, mit den unterschiedlichsten Mitteln die Haus- und Mütterarbeit funktionaler zu machen, indem auch Verbesserungen, z.B. durch den Arbeiterinnenschutz, durchgesetzt wurden. Diese geringe Verbesserung der Lage der Frau könnte mit der Erwartung verbunden gewesen sein, daß diese minimalen Entlastungen die Anzahl der Geburten zumindest stabil halten, wenn nicht sogar eine Steigerung gewährleisten könnten.
Die Bedeutung der um die Jahrhundertwende begonnenen »Verbesserungsmaßnahmen« für die Situation der Arbeiterinnen im Produktionssektor ist m.E. darin zu sehen, daß die Frauen z.B. durch die Arbeitszeitverkürzung in der industriellen Erwerbsarbeit die Möglichkeit erhielten, diese gewonnene Zeit im Haushalt zu investieren. Dies hatte aber nicht

in erster Linie eine vermehrte Kinderproduktion zur Folge. Die Erwartung, daß Frauen nach der Erwerbsarbeit ihren Arbeitstag außerdem verlängerten, erfüllte sich u.a. deswegen nicht, weil die gewonnene Zeit auch dazu benutzt werden konnte, sich bewußt mit den Arbeiten im Haushalt auseinanderzusetzen. Der Geburtenrückgang kann deshalb als ein Indiz dafür gelten, daß Frauen damit begannen, ihre Interessen an dem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz zur Geltung zu bringen und sich nicht mehr ausschließlich, wie gewünscht und erwartet, als Objekt verhielten. Auch in diesem Sinne kam die Zeit, die Frauen weniger im Produktionssektor leisteten, der Hausarbeit zugute.
Erklärungsmodelle für den Geburtenrückgang, die sowohl in der damaligen Diskussion wie auch heute noch vertreten werden, wie die »Wohlstandstheorie« oder die »Mentalitätentheorie«[30], stellen die allgemeine Lebensstandardverbesserung in den Vordergrund und leiten daraus einen Wandel der Bedürfnisse in Richtung »rationaleres Denken und Verhal-

ten« ab. Der Kostenfaktor durch eine hohe Kinderzahl in Verbindung mit Zukunfts- und Planungsdenken wird für eine bewußte Geburteneinschränkung als eine wichtige Komponente für den Geburtenrückgang als Erklärung herangezogen.
Diese Herangehensweise geht von einem gemeinsamen Elterninteresse aus, ohne eine Differenzierung zwischen der Arbeit der Frau und den damit verbundenen Einstellungen zu dieser Arbeit und den familialen Aufgaben des Mannes vorzunehmen, die aber m.E. einen ganz erheblichen Stellenwert für eine differenzierte Betrachtung des Geburtenrückgangs einnehmen müßte. Derartige Erklärungsmuster ignorieren die Tatsache, daß Frauen von vornherein eine ganz andere Beziehung zur Schwangerschaft und der damit verbundenen Arbeit haben, als dies bei Männern der Fall ist, deren Interesse an einer Geburtenbeschränkung vorrangig von materiellen Aspekten her bestimmt ist.
Diese Untersuchungen ziehen außerdem den Beruf des Ehemanns (z.B. Beamte, gelernte und ungelernte Arbeiter) für ihre Analysen über die Schichtenspezifität und das Gebärverhalten heran (männliche Fruchtbarkeitsziffer) und treffen dabei notwendigerweise auf zunächst unerklärbare Phänomene, weil sie die Erwerbsstruktur der Frauenarbeit nicht zum eigentlichen Ausgangspunkt ihrer Untersuchung machen, die m.E. jedoch ein ausschlaggebender Faktor für die Arbeitssituation der Frau und damit auch für ihre Haltung gegenüber Geburtenkontrolle gewesen sein dürfte.
Von einem spezifischen Fraueninteresse ist auch deswegen auszugehen, weil sich die männliche Sexualität und das eheliche Machtverhältnis im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht wesentlich geändert haben dürften, so daß männliche Bedürfnisse nicht den entscheidenden Anstoß für diese Entwicklung gegeben haben können. Dagegen bestand für Frauen eine direkte Beziehung zwischen der Anzahl ihrer Kinder und dem Arbeitsaufwand, der sich mit jedem Kind potenzierte; ihre Existenz- und Lebensbedingungen wurden hierdurch entscheidend geprägt.
Es stellt sich von daher die Frage, welche Möglichkeiten die Frauen besaßen, eine Minderung der Kinderzahl durchzusetzten, wenn davon auszugehen ist, daß sie von allen Seiten (Kapital, Staat, Ehemann) zu einer gegenteiligen Haltung getrieben wurden. Dabei ist zu bedenken, daß das Wissen über die Verhütung und die natürlichen Möglichkeiten der Konzeptionsverhütung nahezu gänzlich ausgerottet waren.
Wollten die Frauen ihr Bedürfnis an einer eigenen Kontrolle über ihren Körper durchsetzen, so standen ihnen in erster Linie zwei Möglichkeiten zur Verfügung: entweder praktizierten sie sexuelle Abstinenz oder sie übertraten das Gesetz (§ 218). Beide Möglichkeiten setzten Willen und Kraft zum Widerstand voraus und waren mit lebens- und existenzgefährdendem Risiko verbunden.
Die Abtreibung und ihre strafrechtliche Verfolgung sowie die Praxis der Geburtenprävention wurden im Kontext mit dem Geburtenrückgang in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung diskutiert und gesehen. Die von Frauen ergriffenen Selbsthilfemaßnahmen wurden ebenso als Massenphänomen mit internationaler Tragweite gewertet wie der Geburtenrückgang selber. So charakterisiert der sozialdemokratische Arzt A. Grotjahn die besondere und eigene Beziehung von Frauen gegenüber den juristischen Rahmenbedingungen folgendermaßen:
»Die merkwürdige Gleichgültigkeit des weiblichen Gewissens gegenüber der Abtreibung der Leibesfrucht wird in allen Ländern beobachtet.
Die meisten Frauen, darunter hochgebildete und sehr feinfühlige, die gegen ihren Wunsch schwanger geworden sind, denken ohne die geringsten Gewissensbisse an die Her-

Klinisch erprobt. - In ständigem Gebrauch erster Krankenhäuser:

LENICET-Praeparate: Original schwerlösliche essigsaure Tonerde.

Wundsein der Säuglinge: **Lenicet-Kinder-Puder**

Beutel 0,25 Mk., Dose 0,60 Mk. und 1,75 Mk.

Für Erwachsene, auch bei Kinder-Gonnorrhoe:

Lenicet-Wund- und Schweiss-Puder (20%)

Dose 75 Pfg.

Dieser Puder ist klinisch bewährt in der Frauenheilkunde zur **Trockenbehandlung** an Stelle der Spülungen (z. B. bei Fluor alb.)
auch **LENICET-BOLUS** genannt: (Fluor alb., Gonnorh. Münch. Med. Wochenschr. 1912, 11. Dr. Nassauer).

Geg. wunde Brustwarzen stillender Mütter, Wundliegen, Sonnenbrand:

Peru-Lenicet-Salbe

Dose 50 Pfg. und M. 1.—.

Rheumasan zum Einreiben bei **Rheumatismus**

Literatur und Proben kostenlos. Aerzte, Anstalten, Säuglingsheime erhalten Vorzugspreise.

Dr. R. Reiss' Rheumasan- u. Lenicet-Fabrik, Berlin-Charlottenburg 4.

vorrufung künstlicher Fehlgeburt und oft wissen sie nicht einmal, wie die Kirche, die Gesetze und die Medizin diesem Verfahren gegenüberstehen«[31]

Das fehlende bzw. geschlechtsspezifische Rechtsempfinden der Frauen wurde auch von dem Berliner Arzt Marcuse beklagt:

»*Was aber hier von besonderem Interesse ist, das ist die Selbstverständlichkeit und Unbefangenheit, mit der die Frauen die kriminellen Eingriffe zugaben. ... Die völlige Ungeniertheit, mit der alle die verschiedenen Eingriffe eingestanden wurden, ist meines Erachtens charakteristisch für den Mangel an Rechtskenntnissen und vor allem Rechtsvorstellungen hinsichtlich der Fruchtabtreibung. Die 'Frauen aus dem Volk' begreifen ihre Strafbarkeit nicht. Sie kennen sie als etwas Alltägliches, 'Notwendiges' und empfinden sie deshalb nicht im entferntesten als etwas Unsittliches. Zu einer Unterscheidung zwischen Recht und Moral ist die Frau schon von Natur wenig befähigt, die 'einfache' Frau vollends außerstande, und was 'alle' machen, kann nichts 'schlechtes' sein.«*[32]

Eindeutige Aussagen über die jährlichen Abtreibungsquoten lassen sich heute nicht mehr treffen. Aber die jährlichen Verurteilungen von Frauen, die abgetrieben hatten oder auch nur den Versuch unternommen hatten, stiegen von Jahr zu Jahr. Die Dunkelziffer über jährlich vorgenommene Aborte wurde von Medizinern außerordentlich hoch eingeschätzt. Die bis heute bestehende spezifische Funktion des § 218, die massenhafte Kriminalisierung von Frauen, diente weniger der tatsächlichen Bestrafung aller Frauen, die hier rechtsbrüchig wurden. Die Effizienz der Strafverfolgung wurde schon damals in Frage gestellt,

dafür wurde aber mit dem besonders hohen Kriminalisierungsgrad des § 218 der Anschein erweckt, als handele es sich um eine gesellschaftliche Randgruppe, die durch dieses Gesetz reglementiert werden solle. Der Rahmen individueller Selbsthilfe bietet sich für diese Art der Angstmache geradezu an. Die Realität aber war, daß sich Frauen über alle Klassenschranken hinweg massenweise durch diese »Strafhandlung« gesellschaftlich schuldig machten. Diese allgemein bekannte Tatsache veranlaßte aber nicht zu einer Auseinandersetzung über den offensichtlich fehlenden Kinderwunsch. Statt dessen wurden diese Frauen als potentielle Mörderinnen behandelt.
Ähnlichen Bewertungsmaßstäben unterlag die Bereitschaft der Frauen, Verhütungsmittel anzuwenden. Die Gebärunwilligkeit wird von Marcuse auch in diesen Zusammenhang gestellt:
»..., *es (ist) zu bemerken, daß nicht etwa die Fruchtabtreibung regelmäßig erst später als Ersatz für den Präventivverkehr betrieben wird, sondern oft schon sehr frühzeitig das Mittel der Wahl (Hervorh. A.B.) darstellt, derart, daß daraus hervorgeht, wie für die Eheleute, insbesondere die Frauen, vielfach nicht zwischen Empfängnisverhütung oder Kind, sondern wie S. van Houten zutreffend bemerkt, nur zwischen Präventivverkehr oder kriminellem Abort eine Alternative besteht.*«[34]
Zwar war die Herstellung von Präventivmitteln nicht verboten, aber der Handel unterlag mit Ausnahme des Kondoms gewissen Einschränkungen; z.B. war das öffentliche Anprei-

sen dieser Mittel strafbar. Diese gesetzliche Einschränkung war für die Hersteller zweckdienlich, weil dadurch alle möglichen Mittel und Gifte auf dem Markt erscheinen konnten, auch solche, die zwar keine Wirksamkeit, aber Absatz garantierten. Die gesetzliche Tabuisierung der Präventivmittel bzw. das Verbot, für sie zu werben, öffnete dem Mißbrauch der Hersteller Tür und Tor. Die Mittel wurden in Inseraten als »*Chirurgische Bedarfsartikel*« oder »*antiseptischer Frauenschutz*« angepriesen bzw. unter der Rubrik für »*die Reinlichkeitserhaltung der Frau*« geführt. Auf dem Lande fand der Verkauf durch Hausierer statt, in den Städten auch durch Friseur- und Zigarettenläden. Außerdem wurden Ärzte, Hebammen und Wochenbettpflegerinnen von den Herstellerfirmen angesprochen, Propaganda für ihre Fabrikate zu betreiben.
Einen hohen Anwendungsgrad hatten Irrigatoren und die Mutterspritze, weil sie vom Arzt gegen Unterleibserkrankungen verschrieben wurden und dann weiter benutzt wurden. In

die Irrigatoren wurden Lysolspülungen, Seifenlösungen oder auch essigsaure Tonerde gefüllt. Die Muttherspritze und der Intrauterinpessar riefen das Ausbluten der Gebärmutter hervor, sie dienten also weniger zur Empfängnisverhütung, vielmehr hatten sie eine abortive Wirkung. Ihre Anwendungen waren von Vergiftungen, Entzündungen und Gewebezerstörungen begleitet.
Die Brutalität, der Frauen hiermit massenweise ausgeliefert waren, hatte ihre Gründe. Sie hatte den Charakter einer öffentlichen Bestrafung der weiblichen Wünsche und Bedürfnisse, aus denen aber außerdem Profit zu schlagen war.
Als Frauen damit begannen, sich entweder den Männern sexuell zu verweigern oder eine Trennung zwischen ihrer Sexualität und ihrer Gebärfunktion vorzunehmen, so hieß dies, daß sie sich dasselbe Recht nahmen, das auch dem Mann zugesprochen war, oder wie M. Marcuse diesen Prozeß bezeichnet: Frauen begannen, ihren *»intellektuellen Anteil«* durchzusetzen.
In diesem Kontext wurde auch die weibliche Sexualität diskutiert, nicht zuletzt deswegen, weil sie nicht mehr ausschließlich und zweckgebunden auf die Kinderproduktion orientiert war. Für Bornträger, einem preußischen Medizinalrat, der 1910 damit beauftragt worden war, einen Bericht über den Geburtenrückgang und mögliche Bekämpfungsstrategien zu verfassen, war die Geburtenentwicklung gleichbedeutend mit einem *»Zerfallsprozeß der Ehe«*; er zog daraus den Schluß, daß sich die *»eheliche Wohnung«* zu einem *»Privat-Bordell«* und die *»ehrbare und sittsame Jungfrau«* zu einer *»Privat-Prostituierten«* verwandelt hätten.[34] Erotische Bedürfnisse der Frau wurden dabei entweder völlig geleugnet oder aber in die Späre des Krankhaften geschoben:
»... von einem Stimmungsextrem ins andere fallend, in der Liebe schwer zu befriedigen... Das Wort 'Pflicht' in seiner beugenden Bedeutung erweckt ihr die stärksten Unlustgefühle, ... Kinder, wenn sie solche hat, müssen sich meist eine Vernachlässigung gefallen lassen. ... Öfters kommt es zu Gewaltszenen, wobei die Frau selbst vor dem letzten schrecklichen Schritt, Gattenmörderin zu werden, nicht zurückscheut. Der Verfasser plädiert für eine dauernde Internierung derartiger Rechtsbrecherinnen in geschlossener Anstalt, ...«[35]
So wurde eine *»hysterische Ehefrau«* beschrieben, deren Weiblichkeit in dem Sinne zerstört sei, daß sie einen für den Mann zu strapaziösen Sexualtrieb habe, ihre Kinder vernachlässige und schließlich für den Mann ein Maß an Bedrohlichkeit annehme, daß er seines Lebens nicht mehr sicher sei. Die Gebärunlust der Frau wurde so in Verbindung mit allen von ihr zu leistenden Arbeiten gebracht, die nach dieser Logik bei einem eigenen weiblichen Sexualbedürfnis umfassend gefährdet zu sein schienen. Als eine der wichtigsten »Gefährdungen« für den 'Mutterberuf' und mit als Ursache für den Geburtenrückgang wurde die Berufstätigkeit der Frau erachtet, die gleichzeitig mit dem Begriff der »Frauenemanzipation« identifiziert wurde. Die weibliche Berufstätigkeit wurde mit als Haupthemmnis für eine erhöhte Geburtenentwicklung gesehen, deren Auswirkungen, wie Bornträger schildert, sich in einem Zirkelschluß bewegten.
»Der seelische Konflikt zwischen den Pflichten des Berufs und dem instinktiven Wunsche nach Mutterschaft hat ja auch schon zu der Aufstellung des Ideales von der 'ledigen Frau mit Beruf und einem Kind' geführt, von dem schwer zu sagen ist, ob es mehr nichtswürdig oder mehr töricht ist.
Wird so die Fortpflanzung der berufstätigen Frauen verhindert..., so entsteht auch noch indirekt der Volksvermehrung der größte Schaden, indem auch die Fortpflanzung der nicht berufstätigen mehr und mehr eingeschränkt wird. Dadurch, daß die Frauen dem

München, 16. März 1914 18. Jahrgang Nr. 51

SIMPLICISSIMUS

Abonnement vierteljährlich 3 Mk. 60 Pfg.
In Oesterreich-Ungarn vierteljährlich K 4.40

Alle Rechte vorbehalten

Begründet von Albert Langen und Th. Th. Heine

Copyright 1914 by Simplicissimus Verlag G. m. b. H. & Co., München

Zum Kampf für die Konzeption

(Th. Th. Heine)

Man muß dem Gott die Pfeile schleifen,
Die Kinderzahl soll um sich greifen!

Manne wirtschaftliche Konkurrenz machen, solche Posten einnehmen, welche sonst der Mann innehatte, seinen Lohn drücken, machen sie ihm die Ehe, die Familiengründung, immer schwieriger. ...«[36]

Bornträger formulierte die potentielle Möglichkeit der Frauen, durch ihre gewonnene ökonomische Unabhängigkeit nicht zur Ehe und auch nicht zur Aufzucht ehelicher Kinder gezwungen zu sein. Dies hätte eine allgemeine Verringerung der Geburten zur Folge. Außerdem sah er als Folge der Etablierung weiblicher Berufsarbeit die Entwertung der männlichen Arbeitskraft, wodurch väterliche *»Familiengründungen«* wiederum erheblich eingeschränkt wären:

»Je mehr Frauen in Berufe eintreten, die bisher dem Manne allein zugänglich waren, desto mehr wird diesem das Selbständigwerden erschwert, desto schwieriger kann er also eine Ehe gründen.«[37]

In den Jahren zwischen 1910 und 1914 erreichte die Problematisierung des Geburtenrückgangs ihren Höhepunkt. Unzählige Publikationen hatten dieses Phänomen zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzung. Die Notwendigkeit für eine Bekämpfung des Geburtenrückgangs wurde in zweierlei Hinsicht begründet: einerseits wurde die *»Gefahr«*, daß Deutschland sich zum Einwanderungsland entwickelte, gesehen, und in diesem Zusammenhang vor allem auf die daraus folgende »Rassenvermischung« hingewiesen. Dies hätte nicht nur eine allgemeine »Qualitätsminderung« der deutschen Kultur zur Konsequenz, sondern ebenso sei die nationale Machtkonstellation gefährdet. Erbbiologen und Rassenhygieniker pochten auf die »Gesund- und Reinerhaltung« der deutschen Rasse und forderten eine dementsprechende Rassenpolitik. Dazu im Gegensatz standen die expansionistischen Kriegsziele. Unter militärischen Gesichtspunkten wurde die Forderung nach einer maximalen quantitativen Ausweitung des deutschen Volkes erhoben.

Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen der Demographen zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs befinden sich Berechnungen, wie sie auch heute noch in ähnlicher Form (Nettoreproduktionsrate) durchgeführt werden. Ein Beispiel dafür liefert der Münchener Medizinalrat Graßl, nach dessen Aufstellung jede verheiratete Frau zur Sicherung der *»deutschen Rasse«* 3,31 Kinder zu gebären hätte. Die Anzahl der zu gebärenden Töchter, *»als Ersatz für die Frau«*, errechnete Graßl folgendermaßen:

»Jede verheiratete Frau hat zu gebären als Ersatz für die Frau:

a) 1 Kind als Ersatz für die Mutter;

b) 0,30 Kind als Ersatz der vor dem Eintritt der Gebärzeit abgestorbenen Frauen. Dieser Ansatz wird sich verkleinern im Laufe der Zeit;

c) 0,25 Kind als Ersatz für den Ausfall durch die nicht verheirateten Frauen;

d) 0,10 Kind als Ersatz für die sterilen Frauen und jene Frauen, die nach der Ehe absterben oder durch Krankheit unfruchtbar werden;

e) 0,005 Jahreszuwachs;

1,655.

Diese Zahl auf das männliche Geschlecht übertragen gibt somit Bedarf 3,31 Kind pro Ehe.«[38]

Ausgehend von dieser Berechnung kommt Graßl zu dem Schluß, daß ein großer Teil der Ehen diesen Anforderungen nicht mehr gerecht werde.[39] Da, wie er meint, die *»Hauptursache der ... Entvölkerung Deutschlands bei der Frau liege«*[40], setzten seine Bekämpfungsstrategien, wie auch die seiner Kollegen, hier an.

Das weite Spektrum der Vorschläge, die mit unterschiedlichen Mitteln auf dasselbe Ergebnis abzielen, läßt sich in drei Kategorien zusammenfassen:
- moralische Absicherung
- materielle Vergünstigungen bzw. Benachteiligungen
- gesetzliche Strafmaßnahmen.

Der Staat machte sich weniger die »sozial«-politischen Vorschläge zu eigen, er konzentrierte sich in seiner Politik gegen den Geburtenrückgang vor allem auf eine intensivere Ausschöpfung der Möglichkeiten, welche die Gesetze schon boten. Die Bespitzelung, z.B. die polizeiliche Auflösung wilder Ehen, nahm zu[41] - auch die Verurteilungen nach den §§ 218 - 220 stiegen an. Eine der Hauptaktivitäten des Staates bestand in der Gewinnung von Ärzten, die bereit waren, an den Bespitzelungen teilzunehmen, und die in ihrer Praxis erhaltenen Informationen über etwaige Rechtsbrecherinnen an höhere Instanzen weiterzuvermitteln. Seit 1910 erhielten Ärzte Fragebögen[42] über die Ärztekammern, und es wurde von ihnen *»umfangreiches tatsächliches Material«* zusammengestellt.[43]

Seit 1910 gab es Auseinandersetzungen im Reichstag und in den Länderparlamenten über die Verschärfung des sogenannten »Unzuchtparagraphen« (§ 184 m Ziffer 3 StGB). Die öffentliche Anpreisung von Verhütungsmitteln stand zwar unter Strafe, doch entstanden Kontroversen über die Effizienz dieses Gesetzes. Der 1910 vorgelegte Gesetzesentwurf sah ein generelles Verbot des Handels und der Herstellung, wiederum mit Ausnahme des Kondoms, empfängnisverhütender Mittel vor.

»In der Begründung des Entwurfs hieß es dazu sehr deutlich, daß ***nicht gesundheitliche*** *Bedenken zu diesem Paragraphen Anlaß gegeben hätten,* ***sondern 'volkswirtschaftliche'****, d.h. die Alarmierung der Regierung durch den Geburtenrückgang.«*[44]

II.

Im Laufe der Auseinandersetzung über diese Gesetzesmodifikation kam es im Reichstag und in den Länderparlamenten zwischen der Sozialdemokratie und den restlichen Parteien zum Eklat. Obwohl die Sozialdemokratie, so wie alle anderen Parteien auch, gegen den Geburtenrückgang Stellung bezog, wurde sie für die Geburtenentwicklung besonders verantwortlich gemacht. Und zwar bezogen sich die Vorwürfe gegen die SPD darauf, daß in den Arbeiter/innen-Wohnbezirken, in denen diese Partei besonders stark verankert war, die Fruchtbarkeitsziffer die stärkste rückläufige Tendenz aufwies. Damit war der eigentlich hergestellte Konsens in der Einschätzung des Geburtenrückgangs unter den Parteien in Frage gestellt. Die Kritik der bürgerlichen Parteien war auch mehr gegen das Gebärverhalten der Anhängerinnen der Sozialdemokratie als gegen die Parteileitung selbst gerichtet. Die SPD repräsentierte aber die proletarische Massenpartei, die nach Meinung der Parteien für eine allgemeine Geburtenanhebung zu sorgen hätte.

Gegen diese Vorwürfe im preußischen Landtag nahm der SPD-Abgeordnete Ströbel im Februar 1913 Stellung:

»Daß der Geburtenrückgang dort groß ist, wo die Sozialdemokratie besonders stark vertreten ist, beweist nur, daß diese Gegenden von einer besonders stark industrialisierten Bevölkerung bewohnt sind, und daß bei der industriellen Bevölkerung der Geburtenrückgang stärker ist, bestreiten wir gar nicht. (...) Auch wir beklagen den Geburtenrückgang, aber ihm ist nur abzuhelfen dadurch, daß den breiten Massen ausreichende Lebensbedingungen gewährt werden.«[1]

Über die Bewertung des Geburtenrückgangs bestand also keine Meinungsverschiedenheit, nur schlug die Sozialdemokratie andere Mittel für seine Bekämpfung vor. Sie plädierte für einen Ausbau des Mutterschutzes, verbesserte hygienische Wohnverhältnisse – kurzum, sie forderte positive bevölkerungspolitische Maßnahmen, die von der Regierungsmehrheit nicht zur Kenntnis genommen wurden. In der Begründung dieser Konzeption wurden auch gleichzeitig die Ursachen des Geburtenrückgangs genannt. So wurden im »Vorwärts« die parlamentarischen Auseinandersetzungen z.B. mit folgender Erklärung kommentiert: *»... was den Rückgang der Geburtenzahl und der Fruchtbarkeitsziffer anbelangt, so gibt es auch hier eine Reihe von Faktoren, die von dem Willen des Individuums ganz unabhängig sind.«*[2]

Unter diese Ursachen fallen nach Meinung des Verfassers Seuchen, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus und *»die Degeneration des Volkes«* sowie die ungesunde Lebensweise. All diese Erscheinungen seien durch die Bedingungen des kapitalistischen Systems hervorgerufen. Insofern sei das bewußte Moment für die Anwendung von Verhütungsmitteln in der Arbeiterklasse zu relativieren, denn ihre Anwendung sei durch *»die objektiven sozialen Umstände«* erklärbar und weniger aus dem wirklichen Bedürfnis nach einer Einschränkung der Kinderzahl. Die *»sozialen Mißstände«* sollten entsprechend durch eine adäquate »Sozial«politik behoben werden, dann würde auch die Fruchtbarkeitsziffer wieder steigen. Folglich wird in den Interpretationen und den theoretischen Erklärungen des Geburtenrückgangs die willentliche Entscheidung zur Geburtenkontrolle geleugnet und letztendlich auch der Geburtenrückgang als ein naturwüchsiges Phänomen innerhalb der kapitalistischen Verfallserscheinung aufgefaßt.

Die Attacken gegen die Sozialdemokratie waren außerdem auf Aktivitäten einiger sozialdemokratischer Ärzte bezogen, die seit 1910 Kampagnen zur Aufklärung über Verhütungsmittel in Berliner Arbeiter/innenwohnvierteln durchführten. Ihre Position zum Geburtenrückgang unterschied sich von der ihrer Partei grundsätzlich, weil sie für eine bewußte Geburtenverweigerung eintraten. Außerdem wiesen sie auf die politische Dimension der Geburtenkontrolle hin, indem sie ihre Aufklärungsarbeit mit dem Aufruf zum *»Gebärstreik«* untermauerten. War die SPD bisher diesen Aktivitäten mit Ignoranz begegnet, so wurde sie durch die bevorstehende Entscheidung über den § 184 und die Anklagen im Reichstag zunehmend gezwungen, sowohl zu den Ärzten als auch zu dem Gebärverhalten ihrer Anhängerinnen Position zu beziehen. Sie mußte sich einerseits von der Geburtenpolitik ihrer Basis distanzieren, aber auf der anderen Seite konnte sie die Interessen prolerarischer Frauen nicht völlig verleugnen.

Die zunehmende Publizität der Gebärstreikpropaganda hatte sowohl unter der sozialdemokratischen Basis als auch in der Öffentlichkeit an Resonanz gewonnen. Die Sozialdemokratie sah sich mehr oder minder gezwungen, dagegen öffentlich Stellung zu beziehen. Im August 1913 berief sie aus diesem Grunde eine Versammlung unter dem Titel *»Gegen den Gebärstreik«* ein, mit dem Ziel, dieses *»Syndrom«* aus der Partei zu eliminieren.

Ähnlich wie sich hauptsächlich Mediziner mit dem Geburtenrückgang in der öffentlichen Diskussion befaßten, waren es auch die sozialdemokratischen Ärzte Julius Moses und Alfred Bernstein, die den Geburtenrückgang zur politischen Fragestellung erhoben und mit diesem Verständnis Probleme der Empfängnisverhütung und Abtreibung zum Thema parteipolitischer Auseinandersetzung machten.

Ihre berufliche Erfahrung war durch die Konfrontation mit den Alltagsproblemen proletarischer Frauen entscheidend geprägt: Die Lebensbedingungen, unter denen Frauen Kinder

gebaren, die Mütter- und Säuglingssterblichkeit, die Probleme der Abtreibungen und der Verhütungsmittelanwendung waren Teil ihres eigenen Erfahrungshorizontes. Moses teilte seine Betroffenheit folgendermaßen mit:

»*Er urteile vom Standpunkt des Arztes, der mitten zwischen der Arbeiterbevölkerung wohne und tagtäglich knietief im Elend waten müsse. Jetzt habe er das Kind einer 39jährigen Frau in Behandlung, welche 18 lebende Kinder geboren hat und 5 Fehlgeburten gehabt habe.*«[3]

Zwischen dem Alltag der Frauen und deren Interessen und den staatlichen Forderungen im Rahmen der Bekämpfung des Geburtenrückgangs stehend, war jeder Arzt individuell gezwungen, sich in die eine oder andere Richtung hin zu verhalten:

»*... Moses kritisierte, den Ärzten mute man zu, 'sich zu Denunziationen und Spitzeln der Polizei zu erniedrigen, um die Verhütung der Geburten einzudämmen.'*«[4]

Die eigene Betroffenheit sowie ihre politische Gesinnung waren ausschlaggebende Momente, sich eher für die Interessen der proletarischen Frauen einzusetzen als an der staatlich geforderten Verfolgungsjagd teilzunehmen. Der Kinder»reichtum«, dessen Auswirkung sich bei den Arbeiterinnen in physischer Verelendung äußerte, der in der Öffentlichkeit aber als »Realisierung des Mutterglücks« begrüßt wurde, veranlaßte die Ärzte, ihre Erfahrung als gesellschaftliche Massenerscheinung wahrzunehmen, dies in der Parteiöffentlichkeit als Politikum bewußt zu machen und die Tabuisierung dieses Themas zu durchbrechen. In der gesellschaftlichen Bedeutung des Geburtenrückgangs sahen die Ärzte die Möglichkeit eines Kampfes gegen den vom kapitalistischen Staat ausgeübten Gebärzwang. Sie organisierten Veranstaltungen für Arbeiterinnen, auf denen sie über Verhütungsmethoden informierten und bewußt machen wollten, daß Frauen durch ihre Gebärleistung für die Gesellschaft unverzichtbare Werte erbrachten. Die Gebärfähigkeit der Frau stellten sie somit als ein Druckmittel heraus, bei dessen Verweigerung der Staat zu anderen Reaktionen als bisher gezwungen sein würde.

Der Impuls für die Verwendung des Begriffs des Gebärstreiks kam aus Frankreich, wo um die Jahrhundertwende von französischen Anarcho-Syndikalisten der »*Grève des Ventres*« als das effektivste Mittel für eine sozialistische Revolution ohne Blutvergießen propagiert wurde. Aus Mangel an Soldaten und Arbeitskräften würde der Kapitalismus ganz von selbst zugrunde gehen.

Der Schweizer Sozialdemokrat und Arzt Fritz Brupbacher übernahm diesen Begriff und legte seine Vorstellung in der Broschüre »*Kindersegen – und kein Ende? Ein Wort an denkende Arbeiter*« nieder.[5] Sie fand auch in Deutschland ihre Verbreitung und erreichte nach Brupbachers Aussage eine Auflage von rund 500.000 Exemplaren.[6] Sein Motiv für die Proklamation des Gebärstreiks war von ähnlichen Vorstellungen und Erfahrungen geprägt wie die Beweggründe der Berliner Ärzte. Die Voraussetzung für die Beteiligung der Frauen am Klassenkampf wäre zunächst die Befreiung der Frauen vom »*Gedanken an die Gebärmutter*«. Die weittragende politische und ökonomische Bedeutung der Geburtenverweigerung im kapitalistischen Ausbeutungssystem verlieh ihr nach Brupbacher revolutionären Impetus.

Als 1913 der § 184 im Reichstag debattiert wurde, verlangten die Ärzte von ihrer Partei eine Stellungnahme. Bernstein drohte mit der Aufgabe seines Berufes, sollte eine Gesetzesverschärfung eintreten:

»*Den Staatsanwälten will man noch mehr Opfer ausliefern, indem man die Ärzte anhalten will, Anzeige zu erstatten, wenn der Verdacht eines kriminellen Abortes vorliegt. Wenn*

das zu einer Gesetzesbestimmung verdichtet werden soll, dann lege ich meine ärztliche Tätigkeit nieder. Denn ich bin nicht dazu da, Arbeiterfrauen ins Gefängnis zu bringen.«[7]
Das Zusammentreffen von beruflicher Erfahrung und Parteimitgliedschaft scheint das wesentliche Moment zu sein, das diese Ärzte veranlaßte, den Gebärstreik als Parole aufzugreifen.
Die Gebärstreikforderung gewann sehr schnell an Popularität. Und dies ist weniger darauf zurückzuführen, daß hier ein neuer Kampfmodus für die Arbeiterklasse gefunden worden war, vielmehr ließ der seit Jahrzehnten praktizierte subversive Widerstand die Aktivitäten der Frauen transparent werden. Die Gebärstreikparole war mehr als eine Provokation gedacht, um eine Diskussion in der Partei in Gang zu setzen, die sich mit der gesellschaftlichen Brisanz des Geburtenrückgangs auseinanderzusetzen hatte. Dieser gewünschte Effekt trat auch ein.
Im August 1913 erlebte die deutsche Sozialdemokratie erstmals in ihrer Geschichte einen so massiven Massenandrang von Frauen zu einer von ihr einberufenen Veranstaltung – und dies ohne den obligatorischen Ablauf einer vorausgegangenen Agitations- und Propagandaarbeit durch die Partei.
Der Andrang war für die Sozialdemokraten um so erstaunlicher, weil die SPD seit ihrem Bestehen immer wieder dieselbe Erfahrung mit der politischen Arbeit unter Frauen gemacht hatte: Diese galten gegenüber politischen Fragen als »indifferent«, waren nicht für die Politik der Partei zu mobilisieren; ihre politische »Rückständigkeit« wurde mit einem defizitären Bewußtsein gegenüber dem der männlichen Mitglieder erklärt.[8]. Die politische Arbeit unter den Frauen und die Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung sollte hauptsächlich darin bestehen, das Frauenbewußtsein dem »Niveau« der Männer anzugleichen. Aber die Gewinnung von Arbeiterinnen erwies sich als beinahe unmöglich – größtenteils war die Sozialstruktur der Arbeiterinnenbewegung durch ein Gros nichterwerbstätiger *»Ehefrauen der Parteigenossen«* geprägt.[9] Das Frauenbild geriet mit diesem Ereignis jedoch erheblich ins Wanken, als nämlich die Kampfforderung des Gebärstreiks auf proletarische Frauen eine ungeheure Anziehungskraft ausübte und sie in die politische Kampfarena zu locken vermochte.
In der Berliner Tagespresse wurde die Überfüllung des Versammlungsraums in der »Neuen Welt« dokumentiert. Dort fanden sich an die 4000 Menschen ein:[10]
»Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt; besonders zahlreich hatten sich Frauen eingefunden. Die Tische wurden entfernt, aber trotzdem konnten die Massen der Versammlungsbesucher nicht untergebracht werden und Hunderte mußten umkehren, nachdem der Saal wegen Überfüllung von der Polizei gesperrt worden war.«[11]
Führende Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung erschienen zu dieser Veranstaltung, um die Position ihrer Partei eindeutig darzulegen. Darunter befand sich Clara Zetkin als Vertreterin der Frauenbewegung, und auch Rosa Luxemburg wurde zu diesem Zweck eingeladen, obwohl sie von ihrem Selbstverständnis her keine Expertin für Frauenfragen repräsentierte. Der große Andrang von Frauen wurde von den Rednerinnen nicht gerade positiv aufgenommen:
»Genossin Rosa Luxemburg empfindet es als ein beschämendes Zeichen dafür, wieweit die sozialdemokratische Aufklärung in Berlin zurück ist, daß eine solche Losung, wie sie u.a. Moses ausgegeben habe, solchen Beifall finden konnte. Moses habe nur ein Verdienst, nämlich das, die Rückständigkeit der Aufklärung an die Oberfläche zu fördern und zu zei-

gen, wieviel wir noch zu tun hätten. - Jene Losung appelliere an die ***Oberflächlichkeit, Dummheit und Denkfaulheit*** *in den Massen und sei nichts als eine Ablenkung der Gedanken von dem Kampf für die politische Befreiung der Arbeiterklasse. Nicht Selbsthilfe, sondern Massenhilfe sei unser Standpunkt. Mit Beschämung müsse man sich fragen, wo denn die großen Massen, die heute da seien, gewesen wären, als es darauf ankam, gegen den Militarismus zu protestieren.«*[12]

Eine Klärung über die Frage des Gebärstreiks, wie sie die Partei mit dieser Veranstaltung erreichen wollte, kam nicht zustande. Die beabsichtigte Resolution konnte nicht verabschiedet werden, und der an die Oberfläche getretene Konflikt zwischen Parteileitung und den Frauen zwang zu einer Fortsetzung der Diskussion durch weitere Veranstaltungen.

Nach den Presseberichten war *»der Andrang noch größer als das erstemal«*, wiederum bestand die Mehrheit aus Frauen, und der Saal mußte dieses Mal noch früher polizeilich gesperrt werden.[13]

Diese neue Erfahrung mit der politischen Interessenbekundung der Frauen führte jedoch zu keinem Umdenkungsprozeß über die Problematik der Geburtenverweigerung. Statt dessen hatten sich die Argumentationsweisen der Führung noch verfestigt. Auf die Marxsche Malthuskritik zurückgreifend, wurde der Geburtenrückgang als eine dem Kapitalismus »eigene Populationsentwicklung« erklärt, hervorgerufen durch die rücksichtslose Ausbeutung und Einbeziehung der Frau in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Alle Motive für eine bewußt praktizierte Geburteneinschränkung durch die Frau wurden mit den unerträglichen Ausbeutungsverhältnissen begründet; andere Beweggründe wurden dagegen tabuisiert oder als »unproletarisch« zurückgewiesen. So erklärte Zetkin in ihrer Anfangsrede:

»Der Kapitalismus nehme keinerlei Rücksicht auf die natürliche Veranlagung der Frau als Gebärerin der kommenden Generation. Die maßlose Ausbeutung sei Schuld an der Verminderung der Fruchtbarkeit. Die Gifte der Tabakindustrie und der chemischen Industrie töten die Frucht bereits im Mutterleibe. - Die zweite Ursache des Geburtenrückgangs sei die immer weiter um sich greifende Seuche der Geschlechtskrankheiten, besonders die Syphilis. Der Seuchenherd sei vor allem die Prostitution. - Die dritte Ursache die Steigerung der Lebenshaltung und schließlich auch die Zollwucherpolitik. (...)

Der Geburtenrückgang beweise, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten dem Untergang entgegengehe.«[14]

In der Frage der bewußten Geburtenkontrolle wurde ein Klassengegensatz zwischen bourgeoisen und proletarischen Frauen aufgebaut. Die Verweigerung der Gebär- und Aufzieharbeit von Kindern wurde als eine bourgeoise Eigenschaft typisiert, weil sie aus egoistischen Beweggründen heraus erfolge. Auf diese Weise wurde die Geburtenverweigerung bei proletarischen Frauen mit sexistischen Kategorien abgewertet, denn es paßte nicht in das Frauenbild, daß Frauen zu allererst an sich selbst dachten und nicht in erster Linie an »die Klasse«. So Kautsky und Zetkin:

»Bisher waren es vornehmlich die Besitzenden, die ihre Kinderzahl beschränkten, (...) weil die Damen trachteten, alle Arbeit von sich abzuwälzen. Da es nicht anging, die Mühen der Schwangerschaft und Geburt Dienstsklavinnen zuzuweisen, blieb nichts anderes übrig, als die Zahl der Empfängnisse einzuschränken.«[15]

»Für die proletarische Frau handele es sich nicht darum, die Zahl der Kinder zu beschränken, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft alles das zu erringen, was nötig sei in bezug auf den Haushalt, die Versorgung der Kinder usw. Daß die proletarische Frau überbür-

det werde durch die Kinderzahl, daran sei nicht der Kapitalismus an sich schuld, sondern der Umstand, daß der Kapitalismus ihr nicht genügend gebe von dem, was die faulenzenden Weiber der Bourgeoisie verschwenderisch hätten.«[16]

Die mit jedem Kind »mehr«-werdende Arbeit, die von proletarischen Frauen zu leisten war, wurde zwar von den Gegner/innen des Gebärstreiks als gesellschaftliche Realität wahrgenommen, aber nicht als Grund für eine Geburteneinschränkung akzeptiert. Statt dessen wurden die Folgen des Geburtenrückgangs auf den Klassenkampf negativ beurteilt, mit der Begründung, daß sie eher der Verschleierung kapitalistischer Zustände dienten.

»Daß mit der Zahl der Kinder für die proletarischen Eltern und namentlich für die Mütter die Mühen und Schwierigkeiten des Existenzkampfes wachsen, ja zermalmende Wucht erreichen, wer möchte das bestreiten? Jedoch gefährlich wäre es, wollten sich die Proletarier durch die Binsenweisheit den Blick für den einzig schuldigen trüben lassen, der den Kindersegen als Fluch empfinden läßt: den ausbeutenden Kapitalismus.«[17]

Die starke Resonanz auf die Gebärstreikforderung wurde zwar als eine verständliche Reaktion verziehen und wurde mit der »Not des Individuums« erklärt. All das gab aber der Gebärstreikparole und ihrer gewonnenen Popularität noch lange keine politische Daseinsberechtigung. C. Zetkin wies auf den individuellen, und damit identisch, unpolitischen Charakter der Geburtenregelung hin: *»... die Frage, ob etwa eine einzelne Frau keine Kinder haben soll, (könne) nur eine persönliche Frage sein ..., die mit dem Arzt zu besprechen ist, aber niemals ... 'Klassenprogramm' sein könne.«*[18]

Weibliche Erfahrungen und Interessen waren auf diese Weise mit dem Klasseninteresse des Proletariats nicht in Einklang zu bringen. *»Die stürmische Parteinahme der Proletarierinnen für den Gebärstreik...«* käme *»... nicht aus Begeisterung für den Klassenkampf, aus Haß gegen den Militarismus ..., wenn irgendwo, so liegt gerade nur ein individuelles, nicht ein Klasseninteresse vor.«*[19]

Für eine klassenbewußte Kämpferin wurden »Charakterstärke« und »Idealismus« gefordert - - Eigenschaften, die sich nach sozialdemokratischem Verständnis durch eine besonders hohe Kinderzahl auszeichneten:

»Niemand wird leugnen, daß die Mutter einer zahlreichen Familie die größten Schwierigkeiten überwinden muß, wenn sie im Befreiungskampf ihrer Klasse teilnehmen will. Allein ob sie das tut und in welchem Umfang, das hängt letzten Endes weniger von ihrer Kinderzahl ab als von der Einsicht, dem Idealismus, der Charakterstärke, kurz den persönlichen Eigenschaften, die sie beseelen. Die Praxis zeigt nicht wenige Proletarierinnen, die dank 'kluger Mittel' kinderlos sind oder höchstens das von den Neomalthusianern erlaubte Kinderpärchen zu betreuen haben, die aber nichtsdestoweniger an Interesse an der sozialistischen Bewegung und erst recht mit ihrem Wirken für sie beschämt hinter Klassengenossinnen zurücktreten müssen, die trotz ihrer sechs, acht und zehn Kinder zu den eifrigsten und opferfreudigsten Kämpferinnen zählen. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg...«.[20]

Diese Äußerungen, wie sie in den Versammlungen zum Gebärstreik immer wieder anzutreffen waren, besiegelten die offene Absage der Partei an einer aktiven Beteiligung von Frauen am »Klassen«kampf, weil das vordringlich formulierte Interesse in einem funktionstüchtigen Uterus bestand:

»Wir wollen es offen aussprechen, daß wir den Parteigenossen höher schätzen, der fünf Kinder zu tüchtigen Menschen heranzieht, zu Arbeitern, wie er selber ist, als den, der sein einziges kümmerliches Sorgenkind studieren läßt.«[21]

»Aber wir wollen, daß der Proletarier, der sich zum höchsten Zukunftsglauben, zum Sozia-

lismus bekennt, möglichst viele gesunde Kinder habe, wir rechnen dies dem Arbeiter und der Arbeiterin als hohes Verdienst an, schätzen den darin verkörperten Aufwand an Mut und Kraft als ein hohes Werk im Dienst der Zukunft. Darum sind wir Gegner des Zweikindersystems.«[22]

»Natürlich bleibt keine Energie zum Kämpfen oder auch zum Denken, wenn eine Proletarierin zehn oder fünfzehn Kinder aufziehen soll. Aber darum dreht sich die Diskussion nicht. (...)

Verstehen wir uns also dahin, daß es sich nicht um Beschränkung oder Nichtbeschränkung, sondern um den Grad der Beschränkung handelt, so wüßte ich nicht einzusehen, warum die Eltern von einem oder zwei Kindern gerade kampftüchtiger und kampffroher sein sollten als solche mit drei und fünf. Im ganzen wächst der Mensch mit den Aufgaben, die er sich stellt.«[23]

Die sozialdemokratische Argumentationsweise war von Widersprüchlichkeiten geprägt. Denn während auf der einen Seite das Gebären und Aufziehen von Kindern zur Sache der Partei erklärt und zur Pflichtleistung proletarischer Frauen erhoben wurde, wurde auf der anderen Seite die Geburtenregelung als eine von der Partei nicht diskutierbare Privatangelegenheit in die Ecke des »Unpolitischen« abgedrängt. Diese ambivalente Argumentation deutet gerade auf das hohe Interesse an der Frauenarbeit dieser Partei hin. Sie deckt sich mit dem bürgerlichen Schema – nur wird der von der Frau zu erbringende Liebesdienst nicht nur gegenüber Mann und Kindern, sondern zusätzlich gegenüber der Partei verlangt. Das konkrete parteipolitische Interesse an einer möglichst hohen Geburtenzahl wurde mit der notwendigen quantitativen Stärke des Proletariats für seine politische Schlagkraft begründet:

*»Die Arbeiterklasse dürfe nicht vergessen, daß für ihren Befreiungskampf die große Masse von ausschlaggebender Bedeutung sei. Ein Blick in die Geschichte zeige, daß die aufstrebenden Klassen **nicht durch ihre Qualität**, sondern **durch ihre Masse** gesiegt hätten. Es sei der Kinderreichtum ein gesunder Reichtum gewesen.(...) Der Kampf werde nicht erleichtert, indem man der Natur hinterrücks eine Nase drehe, sondern indem man mit aller Energie den Kampf als Klasse aufnehme. (...)*

*Wir wollten nicht **Feigheit und Kleinmut** ein Ruhebett bereiten. **Klassenaktion**, das sei die Losung.«*[24]

So auch Kautsky:

»Die erste Wirkung der Verkleinerung der proletarischen Familien dürfte nur eine günstige sein, die Vermehrung der Kampffähigkeit und Energie der einzelnen Proletarier, namentlich der proletarischen Frauen, also ihrer Qualität. (...)

Aber freilich, die schönsten Qualitäten nützen dem Proletariat nichts, wenn ihm die nötige Massenhaftigkeit fehlt. Eine Erhöhung der Qualität auf Kosten der Quantität wäre noch schädlicher als das Umgekehrte.«[25]

Um die Quantität des Proletariats zukünftig zu gewährleisten, sollten die Ursachen des Geburtenrückgangs durch eine entsprechende Sozialpolitik beseitigt, die Frauen wieder funktional im Interesse der Partei gemacht werden. Der reformistische Charakter dieser Konzeption wurde nicht erkannt – statt dessen wurde die Gebärstreikforderung mit diversen politischen Diffamierungsbegriffen negativ belegt, worunter eben auch der Reformismusvorwurf fiel. Zetkin beispielsweise bezeichnete die Bewegung des Gebärstreiks als eine

»... bürgerliche, individualistische, anarchistelnde Auffassung, denn sie betrachtet nicht das Proletariat als Klasse, sondern die einzelne Familie, und schlägt statt der Massenaktion

eine bestimmte individuelle Lebensgestaltung vor.«[26]
Hier offenbart sich das beinahe traumatische Verhältnis, das die Sozialdemokratie gegenüber dem Gebärstreik als vorgeschlagenes Klassenkampfmittel entwickelt hatte. Für die Situation der einzelnen Frau und »ihrer Not« wurde zwar ein gewisses Verständnis entgegengebracht, sie wurde aber gemaßregelt, indem ihr das »richtige« Gebärverhalten normativ vorgegeben wurde. Damit wurde aber die von der Partei zugestandene persönliche Entscheidungsfreiheit zur Farce.
Die einerseits bezogene Haltung der *»Nichteinmischung in die intimsten Angelegenheiten ihrer Mitglieder«* vermittelte zunächst den Anschein, als hätte die Partei einen neutralen Standpunkt gewahrt. In diesem Sinne wird auch in Kommentaren und Aufsätzen die Position der SPD zur Geburtenkontrolle interpretiert.[27]
Daß die SPD keine neutrale Haltung zum Geburtenrückgang beziehen konnte, wird darin offensichtlich, daß ein Gebärstreik als ein erheblicher Störfaktor im politischen Konzept für die Machteroberung angesehen wurde, der im Widerspruch zu dem formulierten Parteiinteresse stand. Aus den Forderungen an die Gebär- und Reproduktionsarbeit der Frauen ergaben sich für die SPD weitreichende Konsequenzen. Die »bürgerliche« Kleinfamilie wurde zum klassenbewußten proletarischen Muß erklärt und die Mutterpflicht mit all den von der patriarchalischen Herrschaft statuierten Ideologemen verknüpft. Frauen, die sich gegen diese Ideologie auflehnten, das Gebären zu einem »falschen« Politikum machten oder zum Mittel der »individuellen Selbsthilfe« griffen, wurden aus den Reihen »klassenbewußter« Frauen ausgestoßen, zur egozentrischen Feindin erklärt und als dumm diffamiert, und überhaupt war ihre Klassenzugehörigkeit in Frage gestellt.
Ob Kapitalismus, Sozialismus oder Kommunismus - Frauen hatten nach diesem Verständnis unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsordnung widerstandsfrei als Nachwuchslieferantinnen zur Verfügung zu stehen. Diese Maxime wurde mit dem Heineschen Vers *»Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder«*[28] immer wieder neu fundamentiert. Wenn auch nur scheinbar, so wurde dann die »Bevölkerungsfrage« von der Frage der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau losgelöst diskutiert. Diese Vorgehensweise lief auf dieselbe Mystifikation und damit verbundene Sicherstellung der von Frauen zu erbringenden Arbeiten hinaus wie sie in dem Muster »bürgerlicher« Herrschaftssicherung angelegt war. Nur wurde das Klasseninteresse zum »Allgemein«interesse erhoben, weibliche Interessen dagegen unsichtbar gemacht und unterdrückt.
Die Konsequenzen eines länger andauernden Gebärstreiks auf die politischen und ökonomischen Bedingungen des Klassenkampfes wurden im Laufe der Diskussion noch konkretisiert und in den unterschiedlichsten Nuancierungen ausgemalt.
Zetkin hob anklagend hervor, daß dann Frauen damit aufhörten, *»Soldaten für die Revolution zu stellen«*, und dies sei mit einer Selbstvernichtung der eigenen Klasse gleichbedeutend.[29] In dem Artikel über *»Die Ökonomie des Gebärstreiks«*[30] wurde das Schreckensbild eines *»proletarierleeren Europas«* konstruiert und in Zusammenhang mit dem dadurch hinfälligen Kampf für den Sozialismus gebracht. Der gesellschaftliche Selbsterhaltungstrieb sei durch einen Gebärstreik schlechthin in Frage gestellt. Im Grunde genommen würde er der Arbeiterklasse nur ins eigene Fleisch schneiden. Dagegen verfüge das Kapital über genügende Ausweichmöglichkeiten, um fehlende Arbeitskräfte auszugleichen, indem sie durch ausländische ersetzt würden. Während also Kompensationsmöglichkeiten für das Kapital offenstünden und die Lieferung von »Maschinenfutter« reibungslos gewährleistet blieb, hätte der Gebärstreik nur negative Folgen auf die Klassenkampfsituation des

Proletariats. Der von den Vertretern der Gebärstreikparole gewünschte Effekt der Lohnverbesserung durch Arbeitskräftemangel bliebe aus, dafür ändere sich aber die Sozialstruktur der Arbeiterklasse, sie würde durch unterschiedliche Nationalitäten in ihrer Einigkeit gespalten:

»*Das industrielle Proletariat hört damit nicht auf, aber seine Zusammensetzung ändert sich. An Stelle 'begehrlicher' Arbeiter treten bedürfnislose Kulis, unterwürfig und kampfunfähig, da fremd, ohne Rückhalt und ohne Rechte. National gespalten, verfügen diese ausländischen Arbeiter über keine Presse oder wenigstens über keine freie, da sie ganz von der Gnade der Verwaltungsbehörden abhängen; über kein Koalitionsrecht und unter allen Umständen kein Wahlrecht.*«[31]

Es springt ins Auge, daß die hier den Fremdarbeitern zugeordneten Eigenschaften und Unfähigkeiten, mit den sonst auch Frauen unterstellten Attributen wie Bedürfnislosigkeit und Unterwürfigkeit identisch sind. All diese Wesensmerkmale wurden als Grund für eine mindere politische Kampfpotenz herangezogen.

Die Fremdarbeiter wurden als Spalter der Arbeiterbewegung angesehen, die auch nicht integrierbar seien. Sie ähnelten also in dieser Beziehung den Frauen (Schmutzkonkurrentinnen), deren Einbeziehung in den Klassenkampf bisher auch nicht gelungen war. Der Unterschied zwischen den Fremdarbeitern und den Frauen ist darin zu sehen, daß die Einbeziehung der Frau in den Klassenkampf hinter ihrer Funktion als Kinderproduzentin für den Klassenkampf sowieso zurückzustehen hatte. Im Unterschied zu den Fremdarbeitern hatten die Frauen nach sozialdemokratischem Verständnis also immerhin noch eine, wenn auch indirekte, positive Aufgabe für den Klassenkampf.[32]

Aber nicht nur in der durch die Fremdarbeit hervorgerufenen Spaltung der nationalen Arbeiterbewegung sah die SPD die negativen Folgen eines Gebärstreiks. Daneben wurde auch die »Gefahr« gesehen, daß ein Geburtenrückgang im Proletariat zur Herausbildung einer Arbeiteraristokratie führte. In diesem Sinne äußerte der Berliner Sozialdemokrat Otto Paatz:

»*Die Parteileitung befürchtet vielleicht, daß es den Arbeitern zu gut geht, sie **bürgerlich** werden und die Parteimitglieder verlieren könnte.*«[33]

In eine ähnliche Richtung argumentierte auch der SPD-Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann, der in der »Berliner Volkszeitung« folgendermaßen wiedergegeben wurde:

»*Hoffmann wandte sich gegen die Propaganda des Gebärstreiks vor allem aus dem Gesichtspunkt heraus, **daß dadurch die Verelendung der Massen abgehalten werde.***

*Wenn eine Arbeiterfamilie alle Mittel auf die Erziehung eines einzigen Sohnes wenden könne, dann werde dieser Sohn **später von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen**, während eine große Kinderschar naturgemäß dem Kampfheer des Proletariats erhalten bleibe.*«[34]

Die Ablehnung der Gebärstreikforderung wurde mit dem Besipiel Frankreichs, als ein Land, das mit dem Geburtenrückgang an der Spitze lag, untermauert. Die Sonderstellung Frankreichs in der europäischen Geburtenentwicklung habe weder zu einer Besserstellung der französischen Arbeiterklasse beigetragen noch dazu geführt, den Staat zu Konzessionen gegenüber der Arbeiterklasse zwingen zu können. Die Folge der Verringerung des »Kanonenfutters« sei lediglich die Erhöhung der Zeit der Wehrdienstverpflichtung auf drei Jahre gewesen.[35]

Die Auswirkungen eines Gebärstreiks auf die staatlichen und kapitalistischen Interessen wurden bagatellisiert, während die sozialen Folgeerscheinungen auf die Kampfbedingun-

gen der Arbeiterklasse um so mehr aufgebauscht wurden. Auch wurde die soziale Situation »der Klasse« wiederum ausschließlich an männlichen Ansprüchen gemessen. Von der »sozialen« Situation der Frau und ihren konkreten Arbeitsbedingungen war dagegen nicht die Rede.

Mit Ausnahme von R. Luxemburg, M. Wurm und C. Zetkin, deren Positionen mit denen der Männer identisch waren und die von der Parteileitung zielgerichtet als Vermittlungsinstanz zwischen der proletarischen Frauenbewegung und der Partei eingesetzt wurden, erörterten sozialdemokratische Frauen den Gebärstreik weit mehr unter dem Aspekt der konkreten Arbeitsbedingungen, denen Frauen ausgesetzt waren, als dies in der männlichen Diskussion der Fall war. Auch wenn das vorliegende Material die Argumente aus der Elite der proletarischen Frauenbewegung wiedergibt, so können dennoch Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der inhaltlichen Auseinandersetzung zu dieser Thematik festgestellt werden. In der »Gleichheit«, dem Organ der sozialistischen Frauenbewegung, erschienen im Oktober 1913 Diskussionsbeiträge zum Geburtenrückgang. In den Kommentaren von Frauen wird die Lebens- und Arbeitssituation proletarischer Frauen konkret zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht, und zwar unabhängig von ihrer sonstigen Position zur Frage der Geburtenregelung. So begründet z.B. Luise Eichhoff als scharfe Gegnerin des Gebärstreiks die Motive der Arbeiterinnen für die Geburtenkontrolle damit, daß *»die Frau anfängt, sich auf sich selbst zu besinnen, als sie nicht nur höhere Magd des Mannes und Gebärapparat sein will.«*[36]

Unter dem Blickwinkel der Alltagssituation der proletarischen Frauen wird nicht nur der »Geburtsakt« als solcher und die physische Entkräftigung der Frauen durch die Schwangerschaft in Betracht gezogen, sondern auch die Hausarbeit problematisiert. Die primäre und damit de facto alleinige Aufgabe der Frau, als »Gebärapparat« und als »Magd des Mannes« zu arbeiten, verunmögliche die Teilnahme am Klassenkampf. Die Trennung zwischen Klassenkampf und Befreiung der Frau von der Hausarbeit ist zwar hiermit gedanklich vollzogen, nur wurde der Klassenkampf als primäre Emanzipation und die der Frau als sekundäre beurteilt. Die logische Konsequenz dieser Argumentation und in ihr bereits angelegt ist ein genereller Verzicht auf die Teilnahme proletarischer Mütter am Klassenkampf.

Von vielen sich artikulierenden sozialdemokratischen Frauen wurde das Recht auf Geburtenkontrolle[37] als eine legitime Privatangelegenheit anerkannt, nur wurde der politische Stellenwert und Charakter dieses Bereichs in Zweifel gezogen.[38]

Aus vielen Äußerungen sozialdemokratischer Frauen, die zwar meist nur über die Zensur zu Worte kamen und auch gegen den Gebärstreik Stellung bezogen, konnte ein gewisser Einfluß von der schweigenden Mehrheit der Frauen nicht ganz geleugnet werden. Minna Güldner stellte beispielsweise die eigene Identifikation vieler Frauen mit dem Gebärstreik fest, als sie darauf hinwies, daß sie *»so manche Arbeiterfrau freudestrahlend«* über den Gebärstreik berichten gesehen habe.[39]

Bevor aber auf die Artikulationsmöglichkeiten der eigentlich betroffenen Frauen in der Gebärstreikdebatte eingegangen wird, soll zunächst die inhaltliche Bestimmung des Gebärstreiks, wie sie von den Ärzten Moses und Bernstein gegeben wurde, konkretisiert werden.

Den Vorstellungen der Ärzte lag keine zusammenhängende Konzeption über den Gebärstreik zugrunde. Es muß davon ausgegangen werden, daß die durch sie in Gang gesetzte Diskussion eine Verarbeitung und das Ergebnis ihrer vielschichtigen Erfahrungen in erster

Linie mit der gynäkologischen »Versorgungs«situation proletarischer Frauen und den staatlichen Reaktionen war. Nun befanden sie sich allerdings in einem Hin- und Hergerissensein zwischen ihrer Partei und den Interessen der Frauen. Konnten sie einerseits als Sprachrohr für diese Frauen dienen, so erfüllten sie diese Funktion nur, indem sie den von ihnen wahrgenommenen subversiven Frauenwiderstand mit seinen Inhalten für die Partei und ihre Ziele utilitaristisch einsetzten, ohne auf die Interessen und die Form des Gebärstreiks aus der Perspektive der Frauen gesondert einzugehen. Die öffentliche Politisierung der Geburtenkontrolle konnte nur nach einem der Partei entsprechenden Politikverständnis erfolgen; der politische Gehalt der Geburtenkontrolle wurde so von den Ärzten nur mit den sozialistischen Zielen der Partei selbst begründet. Von daher vermischten sich in der Diskussion jeweils die Begründungszusammenhänge für den Gebärstreik: wurde einerseits die Effizienz des Gebärstreiks für die sozialistische Revolution herausgetellt, so wurden gleichzeitig die Interessen der Frauen als Begründung mit eingebracht, ohne daß eine deutliche Trennung noch erkennbar wurde. Eine Differenzierung ist jedoch gerade deswegen unbedingt notwendig, weil das Ziel des Gebärstreiks, der Kampf um Selbstbestimmung, keine Interessenidentität zwischen »der Arbeiterklasse« und den proletarischen Frauen bzw. den Proletarierinnen und der Sozialdemokratie beinhaltete, wie dies von den Ärzten so selbstverständlich vorausgesetzt wurde.

Die folgende Darstellung der vorgebrachten Argumente für den Gebärstreik nimmt deshalb eine Trennung nach diesen beiden Gesichtspunkten vor. Die Argumente für den Gebärstreik werden unter diesen zwei Aspekten behandelt, und zwar einmal unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung des Gebärstreiks für den Klassenkampf und zum anderen nach seiner Bedeutung für den Frauenkampf.

In der Gebärstreikversammlung in der »Neuen Welt« grenzten Bernstein und Moses ihr Verständnis von Ausmaß und Ziel des Gebärstreiks schon ein, als sie darauf hinwiesen, daß sie darunter keineswegs verstehen würden,

»... *daß die Arbeiterfrauen überhaupt nicht mehr gebären sollten, (das) wäre* ***Selbstmord. Einen solchen Gebärstreik können wir nicht anwenden, aber eine vernünftige Geburtenbeschränkung im Sinne des Sozialismus.***«[40]

Vielmehr beriefen sie sich auf die Praxis der Vergangenheit und betrachteten ihre Propaganda für den Gebärstreik nicht als ein von ihnen erdachtes Novum im Spektrum politischer Widerstandsformen. So wies Moses Zetkins Vorwurf zurück, er hätte den Gebärstreik als eine »*dritte revolutionäre Waffe*« in die politische Diskussion eingebracht:

»*Dies sei gar nicht nötig, denn das Proletariat praktiziere diese Methode in steigendem Maße seit vielen Jahren. (Lebh. Zustimmung). Wenn also hier jemand angeklagt ist, sind es die Arbeitermassen selbst!*«[41]

Auch die heftige Reaktion von Staat und Kapital auf den Geburtenrückgang, wie sie sich in der Vergangenheit gezeigt habe, könne als Indiz dafür gelten, daß der Gebärstreik »*zwar nicht das einzige, aber eine der Waffen im Klassenkampf sei.*«[42] Seine Schlagkraft sei allein durch den sehr begrenzten Handlungsspielraum des Staates, gegen die Praxis der Geburtenprävention effektiv vorzugehen, garantiert.

»*Hier ist die Regierung, hier sind die herrschenden Klassen am Ende ihres Lateins.*«[43]

Bernstein hielt die potentielle Macht, die von einem konsequent geführten Gebärstreik ausgehen konnte, für noch umfassender als Moses; er definierte ihn als Mittel für die direkte Machteroberung der Arbeiterklasse:

»*Der Geburtenrückgang, wie er jetzt eingeleitet ist, trifft den Kapitalismus in seinem Le-*

bensmark. Wenn wir die Ausbeutungsobjekte nicht rekrutieren, wenn wir das Heer nicht vermehren, dann geht der Kapitalismus seinem Ende entgegen.«[44]

Den Gebärstreik begriff er als eine *»geschlechtliche Tat«* – seine mit den Frauen gewonnenen Erfahrungen in der Propaganda mit dem Gebärstreik hätten ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß die Bereitschaft und das Widerstandspotential unter den Frauen so immens seien, daß der Gebärstreik den Weg zum *»reinen Sozialismus«* eröffne:

»Ihr Arbeiterfrauen, in deren Schoß unsere Zukunftshoffnungen ruhen, ihr Gedrückten und Geknebelten, ihr habt die Siegespalme in der Hand, wenn ihr euch weigert, weiter als Gebärmaschinen zu fungieren. Der Gebärstreik, der unblutige, er wird den Kapitalismus auf die Knie zwingen.«[45]

Aber nicht nur für das Endziel des Klassenkampfes sei der Gebärstreik in seiner positiven Wirkung zu erkennen, ebenso bewirke er durch die Kindereinschränkung eine aktuelle Lebensstandardverbesserung, die mit einem Kulturaufstieg in der Arbeiterklasse verbunden sei.

»Wir wollen die Arbeiter kampffähig machen. Es wird doch niemand behaupten, daß eine Arbeiterfrau mit 10, 12 und mehr Kindern in der Lage ist, den Kindern eine gute Erziehung zu geben und sich selber an dem Klassenkampf zu beteiligen. Eine Arbeiterfamilie mit 2 und 3 Kindern kann einen ganz anderen Haushalt führen und ist auch in der Lage, sich am Klassenkampf zu beteiligen.«[46]

Anstelle des Kinder»reichtums«, der in der Arbeiterklasse mit einem zu hoch bezahlten Energieverschleiß verbunden sei, propagierten die Ärzte die 2-3-Kinderehe. Das kulturelle Niveau könne auf diese Weise verbessert werden, wovon schließlich auch der Klassenkampf durch die Voraussetzung für eine *»klügere Durchführung«* profitiere:

»Friedrich der Große hat gewissermaßen mit einer Handvoll Soldaten ganz Europa bezwungen. Es kommt eben nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Menschen an.«[47]

Ein weiter praktizierter Gebärstreik werde eine staatliche Politik erzwingen, die auf eine materielle Absicherung der Mutterschaft abzielen müsse. Provokativ formuliert heißt dies: die Kinderproduktion sollte von der Massenproduktion auf eine Qualitätsproduktion umgestellt werden:

»Entweder gibt der Staat dem Arbeiter die Möglichkeit, seine Kinder einigermaßen ernähren und erziehen zu können, oder es bleibt diesen Ausgebeuteten nichts anderes übrig als zu streiken«[48].

Der Gebärstreik wurde von Moses also als Druckmittel gegenüber dem Staat verstanden, um eine *»positive«* Bevölkerungspolitik in Form von materieller Zuwendung zu erreichen:

»..., ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn der Geburtenrückgang im Proletariat noch weiter stärkere Fortschritte macht, die Regierung aus bevölkerungs-technischen und menschen-ökonomischen Gründen dieselben Maßnahmen zum Ausbau des Säuglings- und Mutterschutzes, die ins Leben zu rufen sie bisher abgelehnt und großmütig der privaten Fürsorge überlassen hat, wird ergreifen müssen, um den Ausfall in der Bevölkerungszunahme zu decken, der durch einen weiteren Geburtenrückgang eintreten müßte.«[49]

In ihren Zielvorstellungen unterschieden sich Bernstein und Moses letztendlich. Während beide die Effizienz des Gebärstreiks gegenüber Staat und Kapital herausstellten und die Ziele des Gebärstreiks deshalb unter die des Klassenkampfes subsumierten, erklärte ihn nur Bernstein auch zum Mittel für die proletarische Machteroberung. Beide abstrahierten jedoch von den subjektiven Interessen der Frauen, die im Gebärstreik zum Ausdruck kamen,

und ignorierten, daß dieser Kampf nicht direkt gegen das Kapital gerichtet war und nicht direkt aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zu erklären war.
Der Gebärstreik, wie er von Moses und Bernstein hier inhaltlich gefüllt wurde, funktionalisierte den Frauenkampf und entfremdete ihn. Der essentielle Unterschied zwischen Gebärstreik und sozialistischem Kampf wurde nivelliert, die Inhalts- und Zielbestimmung leugnete patriarchalische Unterdrückung und stellte den Gebärstreik in den Dienst männlicher Emanzipationsbestrebungen, aus deren Konzeption Frauen sonst ausgeschlossen waren.
Nur auf der Grundlage dieses patriarchalischen Verständnisses von Gebärstreik kommt der durch und durch lächerliche Kommentar eines »Geschichtsschreibers der proletarischen Frauenbewegung«, Richard Evans, zustande, der den spezifischen Beitrag der Frauen am Klassenkampf folgendermaßen zu würdigen weiß:
»Die Idee des Gebärstreiks ermöglichte es den Frauen der Arbeiterklasse nämlich, auf eine ausgesprochen dramatische und durchaus spezifische Weise zum Kampf für eine demokratische Revolution in Deutschland beizutragen.«[50]
Die von Moses artikulierte Zukunftshoffnung auf staatliche Bevölkerungspolitik in Form materieller Absicherung der Mutterschaft stellt nicht die Vergesellschaftung der Gebärfunktion der Frau in Frage, sondern sollte sie, nach seinen Vorstellungen, für Frauen erträglicher und für die Klasse perfekter machen. In diesem Sinne würdigt auch K. Nemitz in seinem Aufsatz Moses, weil er die historisch sich abzeichnende Notwendigkeit staatlicher Aktivitäten gegenüber der Mutterschaft so früh bereits erkannte:
»Die eigentliche Bedeutung der Gebärstreikkampagne mag wohl darin zu sehen sein, daß sie die alte Debatte über die Alternative 'Quantität oder Qualität des Bevölkerungswachstums' auf den maßgebenden Bezugspunkt der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaftsordnung fixierte und die Regulierung der Geburten-Zuwachsrate als eine Voraussetzung für die Wohlstandsmehrung und den Kulturaufstieg des Proletariats ansah.«[51]
Die Voraussetzung für das hier angegebene Ziel ist aber nach wie vor der »stets-zum-Gebären-bereite-Frauen-Prototyp«, der sich unter sozialstaatlichen Bedingungen zum Gebären und für die weitere »qualitative« Reproduktion zur Verfügung stellt. Der Funktionsmechanismus geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, die Kleinfamilie und die Wertlosigkeit der Hausarbeit bleiben bestehen und werden nur in ihrer Absicherung stabilisiert. Denn die Grundüberlegung setzte nicht an der Frage nach dem gesellschaftlichen Machtverhältnis zwischen Mann und Frau und seiner Beseitigung an, auch nicht, wie weibliche Selbstbestimmung über den Körper und die Sexualität erreicht werden kann. Statt dessen wurde eine Rentabilitätsrechnung aufgestellt, die an eine Produktionsumstellung von Verschleiß- auf Qualitätsproduktion erinnert. Genau an diesem Punkt fand aber die Gebärstreikparole, wenn überhaupt, Anklang in den Reihen männlicher Parteigenossen. Die wenigen Männer, die sich auf der Gebärstreikversammlung in der »Neuen Welt« den von den Ärzten erhobenen Forderungen anschlossen, wie z.B. Paatz, Randler, Klingler, Schulz und Barth, erhofften sich mit dem Gebärstreik eine höhere Qualität in ihrer Klasse, also eine »bessere« Frauenarbeit, und daraus resultierend bessere Bedingungen im Klassenkampf.[52]

Der zweite Aspekt in der Argumentation von Moses und Bernstein, die Aufnahme der konkreten Alltagssituation proletarischer Frauen, tritt zwar in der Konsequenz der Politik hinter die Einbeziehung des Gebärstreiks in den Kampf für die sozialistische Revolution zurück, hatte aber einen erheblichen Stellenwert für die Popularität der Gebärstreikforderung unter Frauen. Moses und Bernstein sahen die gesellschaftliche Funktionalisierung des

Uterus und die damit verbundenen Zwänge für die Frauen, die von Brupbacher in ihrer Bedeutung folgendermaßen analysiert wurden:
»Jeder kleinsten Störung der Periode (Menstruation) schenkt die stets geängstigte Frau in Furcht vor neuer Befruchtung die größte Aufmerksamkeit. Der Gedanke an die Gebärmutter, an die Schwangerschaft beherrscht schließlich ihre ganze Seele, alle ihre Gedankengänge. (...) Da ist all ihr Interesse und nur da. Das zeigt sich auch in der Unterhaltung dieser Frauen. Ihr ganzer Inhalt ist: Periodenstörung und Abhilfe dagegen. (...) Die Frau ist dann eine herumwandelnde Gebärmutter, die mit der Gebärmutter denkt.«[53]
Als Voraussetzung für ihre Entwicklung zur Klassenkämpferin wurde die Befreiung der Frau von *»Gebärmuttergedanken«* angesehen. So forderte Moses:
»Viele Tausende Frauen möchten teilnehmen am proletarischen Befreiungskampf. Sie können es aber nicht, weil die Last der Gebärmutter auf ihnen lastet.«[54]
Bernstein ging so weit, daß er das Recht auf Selbstbestimmung forderte, als er auf einer Versammlung meinte:
»Ich bin der Ansicht, daß jeder mit seinem Körper machen kann, was er will.«[55]
Wenn die Doppelarbeit der Frauen, also auch *»die Last der Gebärmutter«* als Hindernis für ihre aktive Interessenvertretung innerhalb des Klassenkampfes gesehen und die Kinderbeschränkung direkt in diesen Begründungszusammenhang gestellt wurde, so war der Widerspruch zwischen Klassenkampf und Gebärstreik zur Kenntnis genommen. In ihren Aussagen behandelten Moses und Bernstein die Befreiung der Frauen gesondert von den Klassenkampfzielen, -inhalten und -formen.
Nur stellt sich die Frage, wie ernst diese Überlegung gemeint war und welche Konsequenzen möglicherweise daraus gezogen wurden. Wie bereits in den Worten Moses deutlich wird, stützten sich seine Argumente für eine Befreiung der Frau von dem *»Gebärmuttergedanken«* auf das Ziel, sie *»frei zu machen«*, um sie für den Klassenkampf zu befähigen und nicht in erster Linie um ihrer selbst willen, zunächst völlig unabhängig von den Zielen seiner Partei betrachtet. Die Widersprüche blieben unbehandelt und wurden letztendlich in der Praxis einseitig zugunsten des proletarischen Klassenkampfes, d.h. gegen die Frauen, gelöst.
Trotzdem kann die Funktion der Ärzte für das Öffentlichmachen der Probleme von Arbeiterinnen und für das Stattfinden der Gebärstreikdebatte nicht hoch genug bewertet werden. Aber ob es auch das Verdienst dieser Männer war, wie es K.-H. Roth vermutet, als *»Stützpunkte in jenem Kontaktnetz der Proletarierinnen«* gewirkt zu haben, *»mit dessen Hilfe die Frauen gegen die unter dem Männer-Proletariat üblichen wie sozialdarwinistisch ausgiebig legitimierten Formen sexistischer Gewalttätigkeit sich zur Wehr gesetzt haben«*[56], sei m.E. dahingestellt. Diese Frauen waren seit Jahrzehnten vor die Situation gestellt, zuallererst auf sich selbst verwiesen zu sein - es sei in diesem Zusammenhang nur nochmal an die Kontrollfunktion der Medizin, speziell die der Gynäkologen, erinnert. Ohne Zweifel wird ein Informationsnetz unter den Frauen bestanden haben. Nur ist davon auszugehen, daß es von den Frauen selbst getragen wie benutzt wurde, also genauso ein Teil des subversiven Frauenwiderstandes war, wie z.B. die »individuelle« Vornahme einer Abtreibung. Frauen wandten sich in erster Linie an Hebammen, meist unter Ausschluß des Ehemanns und unter Ausschluß von Medizinern, wie dies auch aus den von M. Marcuse erstellten Interviews der Ehemänner aus Berlin zu entnehmen ist.[57] Männer, insbesondere Ärzte, dürften es eher schwer gehabt haben, in dieses Kontaktnetz als Verbündete oder gar als »Stützpunkte« aufgenommen zu werden.

Das Schicksal Alma Wartenburgs, einer sozialdemokratischen »Schlosserfrau« aus Hamburg, verdeutlicht, unter welch unterschiedlichen Bedingungen sie im Gegensatz zu den Ärzten für den Gebärstreik initiativ werden konnte und vor allem auch mit welchen Inhalten sie den Gebärstreik füllte. Sie ist die einzige Frau aus den mir auffindbaren Quellen, die in der Öffentlichkeit den Gebärstreik propagierte und damit bekannt wurde. Etwa seit 1911 richtete sie ihre Aktivität darauf, in Frauenversammlungen neue Erkenntnisse über Präventionsmöglichkeiten zu vermitteln. Mit ihrer feministischen Position unterschied sie sich von den sozialdemokratischen Ärzten, indem sich ihre Argumentation auf den folgenden Punkt konzentrierte:

»*Wenn der Staat auch noch so viel Gesetze gegen den Rückgang der Geburten schaffe, so müsse die Frau doch Herrin über ihren eigenen Körper bleiben. Das Recht, sich gegen Geburten zu schützen, stehe ihr selbst gegen den Willen ihres Ehemannes zu!*«[58]

So, wie von ihr der Gebärstreik verstanden wurde, unterschied sie sich von der inhaltlichen Zielsetzung der Ärzte, weil sie den wesentlichen Akzent ihrer Begründung auf die Selbstbestimmung der Frau legte. Sie sah ihre Aufgabe darin, »... *Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen über die Verhütung des Kindersegens aufzuklären...*«[59] Ihr Eintreten für eine selbstbestimmte Kontrolle über den Körper und auch gegen den Willen des Mannes in der Öffentlichkeit brachte sie nicht nur mit der SPD, sondern auch mit der Justiz in Konflikt.[60]

Die Partei distanzierte sich von ihr, und wegen eines Lichtbildervortrages wurde sie aufgrund des § 184 RStGB zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.[61]

Auch hierin werden die Unterschiede zwischen Alma Wartenburg und den Ärzten deutlich; dies gilt sowohl für die von ihnen jeweils öffentlich vertretenen Positionen als auch für die Reaktionen, die sie von staatlicher und sozialdemokratischer Seite her auslöste. Die Strafanträge gegen Moses beispielsweise endeten entweder mit Freispruch oder wurden bereits vorher eingestellt.[62]

Die Bedingungen, unter denen Alma Wartenburg als einzelne Frau für eine selbstbestimmte Geburtenkontrolle öffentlich eintrat, zeigen die begrenzten Möglichkeiten für Frauen, sich überhaupt öffentlich zu äußern. Der Grund für ihre überregionale Bekanntheit lag weniger in ihrer Popularität unter Frauen als vielmehr darin, daß sie demonstrativ, stellvertretend für proletarische Frauen öffentlich beschimpft, bestraft und kriminalisiert wurde. Charakteristisch für die Behandlung Alma Wartenburgs sind die Sätze des Freiherrn von Steinaecker im Haus der Abgeordneten:

»*Können Sie es mir übelnehmen, wenn ich erkläre, daß diese Frau eigentlich gefährlicher ist als ein wildes Tier, das auf die menschliche Gesellschaft losgelassen wird, und daß die Frau daran schuld ist, wenn die gesunde Sinnlichkeit, die sittlichen Grundlagen ihrer Genossinnen durchaus verdorben werden?*«[63]

Das aktive Engagement von Frauen in der Gebärstreikdebatte läßt sich nur indirekt dokumentieren. Hierfür sind einmal der Massenandrang zu den Veranstaltungen, der »*stürmische demonstrative Beifall*«, unter dem die Ärzte auftraten, die »*heißen Redeschlachten*« und die Stimmung im Saal in der »Neuen Welt« indikativ, zum anderen aber auch die Bemühungen der SPD, den Folgen, die aus der Gebärstreikdebatte entstanden waren, mit Repression zu begegnen um in der ganzen Sache wieder die Oberhand zu gewinnen.

In einem Zeitungsartikel wird die Atmosphäre der Veranstaltung in der »Neuen Welt« wiedergegeben:

»... *die Arbeiterfrauen lehnen nicht ohne Erbitterung ab, sich Kinder des Elends in den*

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 23. September, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110.

Tagesordnung:

Die Geburteneinschränkung.

Referentin: Genossin **Luise Zietz.** Korreferent: Genosse **Dr. Alfred Bernstein.**

Unsere Genossinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

850/5 **Der Vorstand.**

Bauch reden zu lassen. (...) Gegen diese am Leibe, buchstäblich am eigenen Leibe gemachte Erfahrung läßt sich die Arbeiterin nicht durch Reden blenden. (...) Das Gebiet des Kindersegens ist diesen zuhörenden Frauen und Männern allzu persönlich und genau bekannt, als daß man ihnen mit erbaulichen Predigten das Gehirn umnebeln könnte. (...) Neun Zehntel der großen Versammlung wiesen die ihnen zugemutete Lehre mit gerechter Entrüstung von sich.«[64]

Die öffentliche Rebellion gegen die Forderung der Partei bekundet die Selbstsicherheit, mit der die Frauen gegen die Partei-Prominenz den Gebärstreik vertraten. Der Effekt war eine öffentliche Blamage der Parteileitung, die durch die Tagespresse ging. Moses sah alle Versuche der Partei, die Verbreitung der Gebärstreikdiskussion zu verhindern, als *»vergebliche Liebesmüh!«* an. *»Das Wort 'Gebärstreik' ist nicht mehr totzuschlagen. Es lebt im Proletariat, es hat sich bereits Heimatberechtigung erworben. Es ausrotten zu wollen, ist ein Kampf gegen Windmühlen.«*[65]

So auch Minna Güldner auf der Veranstaltung in der »Neuen Welt«, als sie betonte, daß *»... die hinter ihr stehenden Genossinnen aus dem Norden Berlins...«*[66] mit den Positionen der Partei durchaus nicht übereinstimmten. Die Diskussion über den Gebärstreik war gerade nach den beiden Veranstaltungen in der »Neuen Welt« ins Rollen gekommen, auch wenn sich die Partei als Diskussionsforum nicht mehr zur Verfügung stellen wollte. Ein Komitee, bestehend aus zehn Frauen wurde gegründet, um die Diskussion über den Gebärstreik und seine Weiterverbreitung selbst in die Hand zu nehmen.

Die SPD versuchte, die Gebärstreikdebatte totzuschweigen, oder reagierte, soweit dies nicht möglich war, mit Disziplinierungen.[67] Dennoch erhielt auch ohne den Rückhalt der SPD die Gebärstreikdiskussion weitere Publizität, indem sie aus der Partei heraus verlagert wurde. Die Versammlungen mit den Berliner Ärzten fanden wieder im Rahmen des Berliner Hausarztvereins statt, und in anderen Städten Deutschlands wurden Veranstaltungen zum Thema Gebärstreik weiter durchgeführt.

Deshalb unternahm die Partei wohl auch einen letzten Versuch, die Bewegung mit Bernstein und Moses für die Interessen der Partei zu kanalisieren, indem eine Verhandlung zwischen dem Parteivorstand und den Ärzten aufgenommen wurde. Das Ergebnis war eine letzte gemeinsame Veranstaltung, die allerdings nicht mehr unter dem Thema »Gebärstreik«, sonder »Geburteneinschränkung« einberufen wurde. Nach der Berichterstattung

des »Vorwärts« scheint es zu einem Kompromiß gekommen zu sein, doch letztendlich bezog keine der beiden »Fraktionen« einen anderen Standpunkt als zuvor. Pointiert wurde von den Vertretern des Parteivorstands nochmals hervorgehoben, daß eine Privatangelegenheit nicht zum Thema der parteilichen Auseinandersetzung gemacht werden könne.[68] Nach weiteren Veranstaltungen von Moses und Bernstein im Berliner Hausarztverein, über die auch in der Berliner Tagespresse berichtet wurde, erschienen mehrere Artikel zum »Geburtenrückgang« in sozialdemokratischen Parteiorganen. Dabei wurde insbesondere in der »Gleichheit«, in der nie ein Artikel über die Gebärstreikdebatte selbst erschienen war, der Begriff des Gebärstreiks vermieden.

Der Verlauf der Gebärstreikdebatte bis zu diesem Punkt wirft einen Spiegel auf das, was die SPD von Frauen wirklich haben wollte: Nach dem Motto »Kinder - Küche - Partei« hatten Interessenbekundungen von Frauen und vor allem die massenhafte Verweigerung der ihnen zugewiesenen Arbeit keinen Platz in dieser Partei. Im Gegenteil: Nahmen die Frauen »ihre« Partei beim Wort, nämlich für die Befreiung und Emanzipation des Menschen zu kämpfen, d.h. also konsequent auch für die Aufhebung des Machtverhältnisses zwischen Mann und Frau und der spezifischen Ausbeutungssituation, unter der Frauen arbeiteten, einzutreten, so konnten sie mit der Sozialdemokratie nicht rechnen. Statt dessen erwartete sie eine massive Repression, eine tiefe Verachtung und Disziplinierungen, engagierten sie sich innerhalb der SPD für ihre Interessen.

Die Partei war durch den Gang dieser Diskussion auf einem empfindlichen Nerv getroffen worden, weil sie zu Rechtfertigungen ihrer Position gezwungen war, die ein demaskierendes Licht auf das warfen, was den sozialistischen Frauenemanzipations»gedanken« betrifft. Die Interessen und Bedürfnisse der SPD-Anhängerinnen waren durch die Diskussion über den Gebärstreik erst richtig an die Oberfläche der Parteiöffentlichkeit getreten und konnten nun nicht mehr gänzlich ignoriert werden, als es im Reichstag 1914 um die Verschärfung des § 184 ging. Die Gebärstreikdebatte zeigte hier ihre konkreten Auswirkungen auf die Politik der SPD. R. Evans schätzt auch den Einfluß dieser Diskussion so ein, daß

»... *die Massenversammlungen, die 1913 in Berlin stattfanden und auf denen Tausende von Frauen von der Partei verlangten, daß sie, was sie bislang nicht getan hatte, öffentlich zugunsten der Geburtenkontrolle eintreten und dem für das Jahr 1914 vorgesehenen Gesetz zu einer Beschränkung empfängnisverhütender Mittel stärksten Widerstand entgegensetzen solle.*«[69]

Die Situation, in der sich die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag befanden, war davon gekennzeichnet, daß diese einerseits von allen anderen Parteien als Befürworter und sogar als Katalysatoren für den Geburtenrückgang angesehen wurden und daß sie sich andererseits nicht gänzlich vom Engagement ihrer Massen distanzieren konnten, ohne dabei ganz offensichtlich ihre Mitglieder/innen zu diffamieren. Dieses Dilemma versuchte die SPD zu lösen, indem sie einerseits den Vorwurf zurückwies, für den Geburtenrückgang verantwortlich zu sein und sich von der Propaganda für den Gebärstreik distanzierte, andererseits aber eine Verschärfung des § 184 als einzige Partei mit folgender Begründung ablehnte:

»*Wenn Sie der Erscheinung des Geburtenrückgangs Herr werden wollen, müssen Sie ihre Ursachen beseitigen, aber nicht nur über Unsittlichkeit schreien. (...) Es ist hier behauptet worden, daß die Sozialdemokratie eine Agitation für die Geburteneinschränkung geduldet und gefördert habe. Tatsache ist aber, daß in dem Augenblick, wo diese Agitation einen größeren Umfang annahm, die Parteileitung in Berlin Versammlungen gegen diese Agita-*

Oeffentliche politische Versammlungen.

Dienstag, den 3. März, abends 8½ Uhr, in den Konzert- und Festsälen (Inhaber Obiglo), Koppenstr. 29:

Gr. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Referenten: Reichstagsabgeordneter August Brey, Genossin Luise Zietz, Stadtverordneter Dr. R. Silberstein. 199/4

Genossen! Genossinnen! Auf zum Protest!

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

tion einberufen hat. (...) Der Staat muß aber (...) energischer als bisher den Kampf gegen die aus sozialen Ursachen entstehenden und sich verbreitenden Volkskrankheiten führen.«[70]

Nachdem der § 184 gegen die Stimmen der SPD verschärft werden sollte, initiierte die Partei Anfang März 1914 eine Kampagne unter der Parole: *»Gegen den staatlichen Gebärzwang!«*

Die staatlichen Reglementierungsversuche gegenüber der Anwendungspraxis empfängnisverhütender Mittel wurden als eine *»scharfe Klassenmaßregel«* [71] gegen die Interessen der Arbeiterklasse gekennzeichnet und als ein Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit, der die Frau zur »Gebärsklavin« erniedrige, abgelehnt.

»Wenn die Sozialdemokratie diesen Kampf aufnimmt, so tut sie das nicht - wie manche Gegner lügnerisch behaupten, weil sie den Geburtenrückgang zu fördern bestrebt ist, sondern weil sie Respekt hat vor der persönlichen Freiheit des Weibes, das nun und nimmer durch staatliche Zwangsgesetze zur Gebärsklavin erniedrigt werden darf. Der eheliche Verkehr ist kein Gegenstand der gesetzlichen Reglementierung.«[72]

Der Arbeiterklasse bliebe angesichts dieser Gesetzgebung nichts anderes übrig, als auf *»die primitiven Mittel der Konzeptionsverhütung, allen voran auf das schon im Alten Testament ausführlich beschriebene«*[73] zurückzugreifen.

»Wenn es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich gemacht wird, empfängnisverhütende Mittel zu bekommen, dann werden die Eheschließungen eingeschränkt werden, die Prostitution aber wird sich noch weiter ausbreiten.«[74]

In der Reaktion der SPD auf die Verschärfung des § 184 scheinen sich zwei Positionen herauszukristallisieren. Die Partei bekämpfte grundsätzlich den Geburtenrückgang, während sie gleichzeitig auch eine weitere Reglementierung der Anwendung empfängnisverhütender Mittel ablehnte. Bezog sich hier die Argumentation auch auf die Entscheidungsfreiheit der Frau, so wurde doch in der Diskussion um den § 184 kein Frauen- oder zumindest Klassen-, sondern ein eindeutiges Männerinteresse zum Ausdruck gebracht.

Neben der Abtreibung und der Verwendung der schädlichen und meist unsicheren Verhütungsmittel wurde die Gebärweigerung von Frauen vorrangig durch den coitus interruptus oder durch sexuelle Abstinenz durchgesetzt. Letztere Praktiken sind in den Begründungen gegen die Gesetzesverschärfung mit aufgenommen, weil sie eine »Verschlechterung« bzw. einen Einschnitt in die männliche Lustbefriedigung bedeuten. Ohne freie Verfügung über Verhütungsmittel, so die sozialdemokratische Argumentation, war die Ehefrau nicht so oh-

ne weiteres ins Bett zu bekommen. Als Alternative wurde der teure Weg zur Prostituierten oder die »primitive« Methode aus dem Alten Testament geboten.
Die authentisch wiedergegebenen Auskünfte von proletarischen Frauen und Männern aus einem Berliner Arbeiterbezirk, die von dem Gynäkologen M. Marcuse in der Zeit von 1911 bis 1914 in seiner Praxis durch Interviews gesammelt worden sind, legen ein Zeugnis über die Praxis der Geburtenverweigerung und damit zusammenhängend über den Verlust männlicher Lustempfindung ab. Keine Seltenheit sind Äußerungen von Frauen, die auf das vorrangige weibliche Interesse an der Geburtenprävention hinweisen:
»Wegen der Sache gibt es immer Krieg mit meinem Mann. Er braucht die Kinder ja nicht zu kriegen.«[75]
Eine Frau, die ein Pessar trug, äußerte: *»Wenn das einmal nicht drin ist, kann sich der Mann auf den Kopf stellen, ich lasse ihn nicht zu mir.«*[76]
»Ich lasse meinen Mann überhaupt nicht mehr zu mir. Er will mich deswegen schon rausschmeißen, aber das ist mir egal.«[77]
Von Männern wird auf die Frage nach ihren Verhütungspraktiken fast immer der coitus interruptus angegeben. Aber auch sind Antworten, die Aufschluß über sexuelle Verweigerungen der Ehefrauen geben, herauszufinden: *»Seit 5 Jahren geht Patient auf Wunsch seiner Frau, die 'in Ruhe gelassen sein will', nur noch zu fremden Weibern.«*[78] Damit es nicht zuviele Kinder würden, *»... Kohabitation meist nur in der 2. Woche nach der Menses.«*[79]
»...wenn ich zu meiner Frau gehe, hackt's immer.«[80]
»Ist nur 1 1/2 Jahre verheiratet gewesen, dann geschieden worden. Mann (Potator) allein schuldig: grobe Mißhandlung. Während der ganzen Ehe nur ca. 6mal Koit., weil der Mann 'eine andere gehabt hat'.«[80a]
Der Zusammenhang zwischen der Ablehnung männlicher Sexualität und der Praxis der Geburtenverweigerung kam nicht nur in diesen Interviews zum Vorschein. In der Behandlung des Gebärstreiks, sei es in der parteiinternen Auseinandersetzung oder in den Presse-Kommentaren, beschränkten sich die Argumente nicht allein auf offensichtlich »politsche« Fragestellungen. Wurde zwar besonders darauf Acht genommen, die *»intimsten Angelegenheiten«*[81] der Parteimitglieder nicht zum Thema parteipolitischer Auseinandersetzung zu machen, so gelang es nicht, diesen Vorsatz einzuhalten. Wenn auch nicht beabsichtigt und offen zugegeben, wurde im Laufe der Diskussion der Gebärstreik mit einem Sexualstreik gleichgesetzt. So versetzte W. Pieck die Versammlung mit folgendem Vorschlag in Panik:
»...wenn Sie konsequent sein wollten, dann müßten Sie überhaupt für die Beschränkung des Verkehrs eintreten. (Stürmische Unterbrechung, großer Lärm)(...) dann würde es sich empfehlen, einmal dafür zu wirken, daß fünf Monate lang der Verkehr unterbleibt.«[82]
Joseph Sontheimer, der sich in Süddeutschland für den Gebärstreik einsetzte, äußerte:
»Es gibt nur ein Mittel, den Staat aufzuräumen, dieses ist, daß die Frauen den Beischlaf vermeiden, den Gebärstreik ankündigen...«[83]
Diese Beispiele sprechen dafür, daß der Gebärstreik mit einem weiblichen »Sexualstreik« inhaltlich gleichgesetzt wurde oder ihre Identifikation zumindest naheliegend war.
In der Zeitschrift »Jugend« erschien im Herbst 1913 ein Gedicht, aus dem diese implizite Gleichsetzung deutlich hervorgeht.[84]

Der Gebärstreik

Oftmals wird der Blick gelenkt
Auf ein ganz Verständnisloses -
Etwa jenen Doktor Moses,
Der den Ehestreik verhängt.

Meint er's wirklich gut und nett?
Oder sollt er ihrer spotten,
Dieser Doktor, der boykotten
Wiege will und Ehebett.

Als Prophet, so steht er da
Stolz auf seinem Rednerstuhle
Und verspult die alte Spule
Weiland der Lysistrata!

Und ihr Fall hätt' doch gelehrt,
daß in dieser einen Frage
Alle Disziplin versage
Weil sie allzuviel begeht!

Weil Gott Eros stärker ist
Als der schönste Doktor Moses,
der den Streik des Frauenschoßes
Proklamiert als Utopie!

Er blamiert sich dorch und dorch -
Sieghaft über den Parteien
Schwebt trotz allem Veto-Schreien
Nach wie vor der liebe Storch!

Der von Moses und Bernstein verstandene Gebärstreik transformiert sich von Vers zu Vers. Der Gebärstreik wird im ersten Vers mit einem »Ehestreik« identifiziert, der übergeht in einen Boykott des Ehebetts und sich schließlich zur breit organisierten Sexualverweigerung durch die Frauen zuspitzt.

In der Analogie zur Lysistrata scheint sich der von Moses verstandene Gebärstreik als eine Variante eines Klassenkampfinstruments in einen von Frauen offensiv geführten Geschlechterkampf zu verwandeln. Verkörpert doch dieses Beispiel aus der griechischen Mythologie die potentielle Rebellion von Frauen, die mit einem »Sexual-Gebär-Streik« die patriarchalische Herrschaft in zweierlei Hinsicht angriffen: einerseits mit der Verweigerung, Menschen für den Krieg zu produzieren und andererseits mit der Verweigerung sexueller Verfügbarkeit. Diese Rebellion greift also sowohl den Mann als Individuum in seiner Intimsphäre als auch patriarchalische Herrschaft auf gesamtgesellschaftlich-politischer Ebene an. Die scharfe Trennung zwischen privater und öffentlicher Ebene ist durch dieses Kampfmittel aufgehoben.

In dem vorliegenden Gedicht wird nun zwar die Existenz dieser weiblichen Waffe zugestanden, ihre Umsetzung in die Praxis aber als fixe Idee ausgegeben.

Die männliche Stärke sei so abgesichert, daß sich der Gebärstreik schließlich als Utopie herausstelle und zu keiner realen Bedrohung männlicher Sexualität werde. Der Mann geht in diesem Kampf als Sieger hervor - der männliche Triumpf wird durch das Resultat der Kin-

deszeugung ausgedrückt, im Gedicht symbolisiert und mystifiziert im *»lieben Storch«*. Damit wird die Macht des Mannes über den »Frauenschoß« in zweierlei Hinsicht statuiert: er verfügt über den weiblichen Körper als sexuelles Lustobjekt genauso wie über das Organ Gebärmutter (Frauenschoß)! Die Verquickung zwischen Sexualität und Kinderproduktion kommt in diesem Gedicht ganz unübersehbar zum Ausdruck: die Gleichsetzung des Gebärstreiks mit dem »Boykott des Ehebetts« zeigt, wie eng für den Mann seine Sexualität mit der Gebärfähigkeit der Frau verbunden ist.Es geht nicht allein um die Verfügbarkeit über einen begehrten Frauenkörper, sondern genauso um die Verfügbarkeit über einen gebärfähigen Körper.

Ähnliche Andeutungen zu demselben Thema fanden sich in dem in der »Post« erschienenen Bericht über die Gebärstreikdebatte in der »Neuen Welt«:

»Die Rosa (Luxemburg) war eine der ersten Frauen, die sich vor einen Saal von Männern hinstellten und redeten. Die Stöcker, die Zetkin, die Schreiber, die Cauer und andere folgten. Eine unsympathischer als die andere. Lauter Rednerinnen, die durch politischen Fanatismus zu ersetzen suchten, was ihnen an Schönheit und Feinsinn und Geschmack versagt war. (...) Heute treten die politischen Rednerinnen bereits rudelweise auf. Die Zahl der Frauenrechtlerinnen ist mehr und mehr gewachsen, alle Mißratenen, Benachteiligten, Schlecht-Weggekommenen, Ehrgeizigen, denen kein Lorbeer blühen wollte, haben sich gesammelt. (...) Im übrigen: Ist der neue Gedanke erst einmal ins Rollen gekommen (Gebärstreik'gedanke'), so ist es nicht mehr an den Frauen, ihm seine Richtung zu geben. Noch überwiegen die Männer in der Sozialdemokratie, und ihr Einfluß dürfte größer sein, selbst auf Frauen. (...) Ob hier eine Frau dagegen ist und dort ein Mann dafür oder umgekehrt, darauf kommt es wenig an. Der Gedanke selber ist das Verbrechen. Er mußte kommen. Er überrascht uns nicht. Er liegt zu sehr im Bereich der Entwicklung unserer Frauenbewegung, als daß er hätte ausbleiben können. Daß die Scham fehlt, ihn in aller Öffentlichkeit zu behandeln, das ist das Traurige.«[85]

Ob es sich nun um eine Gegnerin oder Befürworterin des Gebärstreiks handelte, trat für den Autor völlig in den Hintergrund. Ausschlaggebend war vor allem die Tatsache des öffentlichen Auftritts von Frauen. Ihre Weiblichkeit ist dahin, sie verwandeln sich in ein obskures Etwas, das vom Wesen her zerstörerisch ist und einem Raubtier mehr als einem Menschen gleicht. Mit der Analogie zwischen einem Rudel und den auftretenden Frauen werden Assoziationen an Wölfe geweckt. Dabei sei an die Charakterisierung Alma Wartenburgs erinnert, die im preußischen Abgeordnetenhaus mit einem »wilden Tier« verglichen wurde.

Die von den Frauen ausgehende Macht wird in dem Artikel durch die Übermacht der Männer in der SPD relativiert. Damit wird die innerparteiliche Machtkonstellation zwischen Männern und Frauen zum Gradmesser der realen weiblichen Bedrohung. Ein entscheidendes Moment im Artikel für die Verurteilung des Gebärstreiks scheint das Durchbrechen der Intimsphäre zu sein, die Öffentlichmachung des privaten Machtbereichs des Mannes und womöglich die öffentliche Bekundung eines Machtverlustes, der durch das Ergebnis offenkundig wird. Daß und wie sozialdemokratische Männer sich durch eine bewußte Geburtenkontrolle betroffen fühlten, zeigt die Diskussion über die Geburtenprävention. Zwar trat die SPD im Parlament gegen die Reglementierung von Verhütungsmitteln durch den Staat auf, doch wurde gleichzeitig von einem Teil der männlichen Parteigenossen der Präventivverkehr mit moralischen Begründungen abgelehnt.

So berichtete Kautsky:

»Zu meinem Erstaunen wiesen meine Parteigenossen jede derartige Geburtenregelung schroff zurück. Viele, unter ihnen vor allem Liebknecht, bekämpften sie als unsittlich und widerlich.«[86]

Schon in den von Marcuse durchgeführten Befragungen war von den Männern erklärt worden, sie empfänden die Anwendung von Präventivmitteln und -techniken als einen Verlust. Dazu die Antwort einer Frau:

»Mann will sich nicht 'schützen', weil er dann kein Vergnügen davon hat.«[87]

Oder die Begründung eines Mannes für den Verzicht auf Sexualität mit seiner Frau:

»...eine zeitlang nicht mehr, weil man damit zuwenig vom Geschlechtsverkehr hat.«[88]

Oder auch folgendes Zitat, das aus der sozialdemokratisschen Zeitschrift »Volksgesundheit« stammt und unter der Überschrift *»Ist eine willkürliche Beschränkung der Kinderzahl notwendig, um einer Überbevölkerung vorzubeugen?«* erschien.

»Die Awendung von Mitteln zur Verhütung der Schwangerschaft kann leicht das ästhetische Gefühl eines Ehegatten verletzen, ihm den Geschlechtsakt verleiden und ihn auf den Weg des außerehelichen Geschlechtsverkehrs führen.«[89]

Noch deutlicher drückte sich Quessel in seiner Skepsis über den Präventivverkehr aus. Er sah in der Entwicklung zur massenhaften Anwendung von Präventivmitteln einen »Intellektualisierungsprozeß«, dem er nicht *»ohne innere Unruhe entgegensehen«* konnte.[90] Das Leben Schopenhauers diente ihm in diesem Zusammenhang als ein plastisches Beispiel für Männer, die Kindeszeugung ablehnen und deshalb im psychischen Siechtum landen:

»Die zeugungsfähigen Jahre seines Lebens verbrachte er in der Gesellschaft seines treuen Pudels und einer alten mürrischen Haushälterin; und er starb kinderlos.«[91]

Auch hier wird also wieder die Bedeutung der Kindeszeugung für den Mann sichtbar. Neben der Befürchtung, einen Verlust männlichen Lustempfindens durch die Anwendung des Präventivverkehrs zu erleben, trat als Argument die lebenszerstörende Wirkung durch Kinderlosigkeit.

Schopenhauer kompensierte demnach seine Ehe- und Kinderlosigkeit, also sein Liebesbedürfnis, mit einem *»treuen Pudel«* und wurde von einer nicht mehr gebärfähigen Frau reproduziert, einer *»alten mürrischen Haushälterin«*.

Auch Eduard Bernstein wies darauf hin, daß das alte Sprichwort: *»Kinder machen ist dem armen Mann sein Kuchen«*[92] nicht mehr mit der Realität des Geburtenrückgangs übereinstimmte.

Mit der Charakterisierung dieses Vorgangs als *»Intellektualisierungsprozeß«* offenbaren sich die männlichen Befürchtungen. Augenscheinlich ist mit dem Begriff »Intellektualisierung« die Persönlichkeitsentwicklung der Frau gemeint, deren Basis in dem veränderten Verhältnis zu sich selbst und damit einergehend zur Sexualität und zum Mann liegt.

Diese Äußerungen weisen auf den Zusammenhang zwischen der sexuellen Verfügungsgewalt über den weiblichen Körper und dem männlichen Herrschaftsanspruch hin. Ein Gebärstreik bringt insofern dieses Machtverhältnis sowohl in der Privatsphäre für das Individuum Mann als auch auf gesamtgesellschaftlich politökonomischer Ebene ins Wanken. Darauf weist ein Artikel in der Zeitschrift »Sexual-Probleme« hin:

»... im Schmucke aller Künste ist das römische Weltreich dem Untergang verfallen, weil seine Frauen nicht 'Gebärmaschinen' sein wollten, und seine Männer zu dumm und schwach geworden waren, um ihnen die Köpfe zurecht zu setzen...«[93]

Interessant sind auch die Versuche, die von männlicher Seite unternommen wurden, die Geschlechtsspezifität eines Gebärstreiks zu negieren oder den Gebärstreik gar als männli-

che Kampfmöglichkeit auszugeben, womit der Anschein erweckt wurde, als läge in der Gebärfähigkeit der Frau gar kein von ihnen unabhängiges Machtpotential. Wenn ausdrücklich vom *»proletarischen Gebärstreikler«*[94] gesprochen wurde oder ganze Artikel sich damit befaßten, welche Motive »beim Arbeiter« für oder gegen einen Gebärstreik eine Rolle spielen könnten, so wurde hierdurch die weibliche Gebärfähigkeit unsichtbar gemacht und dem Mann der aktive Part in der praktischen Umsetzung eines Gebärstreiks beigemessen. Ähnlich der Versuch Franz Pfempferts, der den von Moses propagierten Gebärstreik durch den Begriff Zeugungsstreik ersetzt wissen wollte.

»...was Doktor Moses propagiert, ist ja nicht der Gebärstreik (hier könnte ein nervöser Staatsanwalt einhaken); es ist der Zeugungsstreik. Und ein Zwang, Kinder zu schaffen, kennt das Gesetz noch nicht. Übrigens wird dieser Streik von den gutbürgerlichen Schlafzimmerinhabern längst geführt.«[95]

Erst bei näherem Hinschauen wird ersichtlich, was Pfempfert mit dieser Wortdifferenzierung eigentlich meint: Frauen gebären, Männer zeugen. Der Zeuger oder der Erzeuger ist nach dem »Volksmund« der Vater - ein äquivalenter Ausdruck wie z.B. »die Erzeugerin« dagegen ist uns nicht bekannt, genausowenig wie »der Gebärer«. In diesen Sprachbegriffen spiegelt sich das gesellschaftliche Machtverhältnis zwischen Mann und Frau wieder: dem Mann der aktive, der Frau der passive Part. Pfempfert versucht in seiner Vorstellung, dieses Machtverhältnis auch für die Durchführung des Gebärstreiks zurechtzurücken.

In diesem Kontext ist m.E. auch die im Jahre 1912 erlassene polizeiliche Verfügung zu sehen, die anordnete, daß *»im Interesse der Sittlichkeit«* Moses und Hirschfeld ihre Aufklärungskampagnen über Verhütungsmittel *»ausschließlich vor erwachsenen männlichen Personen«*[96] abhalten dürften. Die Begründung scheint absurd, ist aber, unter zwei Aspekten betrachtet, erklärbar: einerseits sollten Frauen daran gehindert werden, ihr Verhütungswissen zu erweitern, sie sollen in ihrem ohnehin schon sehr begrenzten Selbstentscheidungsspielraum eingeschränkt bleiben. Zum anderen bedeutete das weniger ausgeprägte männliche Interesse an Verhütungswissen keine Gefahr, weder für einen forcierten Geburtenrückgang noch für die Einschränkung männlicher Sexualbedürfnisse. Aber immerhin durften sich die Ärzte an die Männer wenden, ihnen blieb das Privileg, über Verhütungswissen zu verfügen.

Die dargestellten Äußerungen von Männern demonstrieren, daß durch den Geburtenrückgang und den Gebärstreik mehr in Frage gestellt war als nur das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft. Die hysterischen Reaktionen deuten darauf hin, daß von der Gebärstreikforderung eine Bedrohung männlicher Macht und Werte ausging, die ihr Austragen in der Öffentlichkeit noch eskalierte. Denn hier wurde potentielle weibliche Macht durch ihre Diskussion als weibliches Kampfmittel aus der Privatsphäre in die Öffentlichkeit getragen.

Der Begriff des Gebärstreiks potenziert diese Bedrohung, indem er die Aktivität der Frau herausstellte. Symptomatisch für männliche Reaktionen, die durch den Gebärstreik provoziert wurden, sind die Worte Ludwig Quessels:

»Das Gespenst geht um in Europa; das Gespenst des Gebärstreiks. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen das Gespenst verbündet, der Papst, und der Kaiser, Herr von Bethmann-Hollweg und Poincaré, französische Imperialisten und deutsche Fortschrittler. Mit diesen Worten könnte ein Neomalthusianer, der eine Programmschrift für den Gebärstreik verfassen wollte, seine Darlegungen einleiten, ohne daß man ihn einer Übertreibung zu beschuldigen brauchte. Das Gespenst des Sozialismus, von

dem das Kommunistische Manifest berichtet, ist heute in der Tat durch das Gespenst des Gebärstreiks in den Hintergrund gedrängt worden.«[97]

Eine Erklärung für die männliche Panik bietet Phyllis Chesler an, die den Zusammenhang zwischen der männlichen Gebärunfähigkeit und dem männlichen Machtstreben über die Frau erklärt.

»Da Männer nicht schwanger werden können und den Wunsch nach einer Schwangerschaft vollkommen verdrängt haben, wird es für sie wichtig, sicherzustellen, daß aus ihrem Orgasmus eine Schwangerschaft hervorgegangen ist, ein besonders 'sichtbarer Beweis' der Potenz, Aktivität und Existenz ihres Penis. Die Angst von Männern vor ihrem eigenen Tod wird dadurch beschwichtigt, daß sie einen Mutterleibmann besitzen und schwängern, um Kinder zu besitzen, die sie als Hervorbringung ihres eigenen Samens, als Beweisstücke ihrer Orgasmen sehen können.«[98]

An Beispielen aus der Mythologie und der Religion weist sie auf den »Uterusneid« des Mannes hin, durch den die Gebärfähigkeit der Frau entweder tabuisiert wird oder die Realität so auf den Kopf gestellt wird, daß der Mann als Gebärender auftritt. Hier seien nur zwei Beispiele herausgegriffen:

»Gott Vater brachte Adam zur Welt, und aus dem Menschen Adam entstand Eva; Gott Vater war es, der Christus schuf.«[99]

»Zeus brachte Athene zur Welt, indem sie seinem Haupte entsprang...«[100]

In diesem Sinne drückt sich in den Reaktionen auf den Geburtenrückgang die Bedrohung männlicher Herrschaft über den weiblichen Körper aus, ein traumatisches Verhältnis zur Gebärfähigkeit der Frau, dessen Konsequenz ein Herrschaftssystem ist, das nicht spezifisch an den Kapitalismus gebunden ist, sondern die gesellschaftliche Beziehung zwischen Mann und Frau in patriarchalischen Gesellschaften dominiert.

Offen bleibt die Frage, mit welchen Begriffen bzw. Kategorien das, was Frauen in ihrer Praxis als Hausarbeiterinnen äußerten, zu beschreiben ist.

Der Verlauf des Geburtenrückgangs im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland und die Geschichte der Gebärstreikdebatte sind Zeugnisse für einen realen Frauenwiderstand gegen männliche Dogmen wie »mütterlicher Kinderwunsch«, »Muttertrieb«, »Mutterliebe« und »-fürsorge«, die als Umschreibungen für die festgelegte und gesellschaftlich abgesicherte Arbeit der Hausarbeiterin dienen.

Eine Diskussion über den Gebärstreik als Waffe und Kampfmittel für den Sozialismus heißt den stattgefundenen Frauenwiderstand nach festgeschriebenen männlichen Kampfformen und Kriterien zu messen.

Der Versuch, eine politische Strategie und Taktik des Gebärstreiks zu entwickeln, verschleiert den dem Geburtenrückgang immanenten politischen Widerstand von Frauen, ignoriert, entfremdet und mißachtet ihn.

Das Einbringen des Gebärstreiks als drittes revolutionäres Kampfmittel der Arbeiterklasse für den Sozialismus gibt ihm den Anschein, als handelte es sich um eine fiktive Idee, die für die Zukunft des proletarischen Kampfes als neuer Weg konzipiert wird. Diese Herangehensweise verdeckt die männlichen Erfahrungswerte mit dem Geburtenrückgang, der keine zeitliche Neuerscheinung und erst recht keine Idee der Männer war, sondern bereits eine längere Geschichte hinter sich hatte.

Es würde aber dem Kampf nicht gerecht werden, ihn als triumphale Machtdemonstration einzuordnen. Der Kampf war nicht nur geprägt von Not, Elend, Unterdrückung und Demütigungen, sondern die private, individuelle Konfrontation der Frauen mit der Gewalt

des Patriarchats (Ehemann, Arzt, Justiz und schließlich auch die Partei etc.) charakterisieren die Bedingungen weiblichen Widerstands.
Das Hineintragen des subversiven weiblichen Widerstands in die öffentliche Diskussion durch die Gebärstreikdebatte bot eine Möglichkeit, die Mauern der individuellen Selbsthilfe zu brechen. Ob und inwieweit die sich hier bietenden Möglichkeiten von den Frauen ergriffen wurden, bleibt jedoch offen.

Anmerkungen

I.

1 Der vorliegende Aufsatz ist die gekürzte Fassung einer im Frühjahr 1980 geschriebenen Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin bei Elmar Altvater und Gisela Bock.
2 Vgl. Der Spiegel, Mehr Sex - weniger Babies. Sterben die Deutschen aus? 29. Jg., Nr. 13, v. 24.3. 1975
3 Vgl. Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung. Drucksache 803121, v. 20.8. 1979, S. 96 ff.
4 Maria Mies, Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Frauen und »dritte« Welt, Beiträge 3 zur feministischen Theorie und Praxis, München 1980, S. 64
5 So unterlag z.B. die Regelung der Kinderproduktion in matristischen Gesellschaften einem anderen Mechanismus als im Patriarchat. Vgl. Ernst Bornemann, Das Patriarchat. Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems, Frankfurt a.M. 1975
6 So hat z.B. der Verfall des griechischen Reiches bis heute ein nicht durch Außenfaktoren wie etwa Kriege, Seuchen oder Naturkatastrophen erklärbares geschichtliches Vakuum hinterlassen. Vgl. Bornemann, a.a.O., S. 128 f.
Auch der Untergang des römischen Imperiums wird mit dem nicht mehr aufhaltbaren Geburtenrückgang in Zusammenhang gebracht.
Vgl. Gunnar Heinsohn, Rolf Knieper, Otto Steiger, Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1979, S. 24 ff. und A. Niedermeyer, Geburtenrückgang und Sozialgesetzgebung in Geschichte und Gegenwart, in: Sonderheft Ethik Nr. 1, 1913, S. 5 f.
Alle Versuche des römischen Staates, die darauf abzielten, den Geburtenrückgang z.B. durch die besondere Sklavenzucht der »proletarii« aufzuhalten, deren alleinige gesellschaftliche Aufgabe in der, wie die Wortbedeutung übersetzt aussagt - Vermehrung - lag, scheiterten. Auch die Bekämpfungsmittel gegen die Stagnation der Bevölkerungsentwicklung durch besondere Ehegesetze oder durch die Aufstellung von Leibwächtern für schwangere Frauen, zwecks Verhinderung von Abtreibungsversuchen, erwiesen sich als wirkungslos. Vgl. Theo Stamm (Hrsg.), Grundbegriffe der politikwissenschaftlichen Fachsprache, Nördlingen 1976, S. 240
7 Vergl. G. Heinsohn u.a., a.a.O.
8 Polda Fortunati, Frauen, Staat und Widerstand in den Anfängen des Kapitalismus, in: Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte, Berlin 1978, S. 197
9 ebd.
10 E. Bornemann, a.a.O., S. 79
11 Vgl. Ute Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1978, S. 170 ff.
12 Gisela Bock/Barbara Duden, Arbeit aus Liebe - Liebe aus Arbeit, Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft, Berlin 1977, S. 121

13 ebd.

14 Vgl. Heinz Wewer, Bevölkerungswissenschaft - Instrument zur Bevölkerungskontrolle?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 33/34, 17. August 1974, S. 12 ff.

15 ebd.

16 Hermann Schubnell, Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rainer Mackensen/Heinz Wewer (Hrsg.), Dynamik der Bevölkerungsentwicklung. Strukturen - Bedingungen - Folgen, München 1973, S. 40

17 Vgl. Richard Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin/Bonn 1979

18 Vgl. Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Berlin 1964, S. 197

19 Jürgen Kuczynski: Frauenarbeit. Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus, Bd. 18, Berlin 1963, S. 67

20 ebd., S. 143

21 Vgl. Werner Thönnessen, Frauenemanzipation, Frankfurt a.M. 1976, S. 45

22 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 8. Legislaturperiode, 1. Session, Sitzung vom 20.5.1890, zitiert nach: J. Kuczynski, a.a.O., S. 154, Anmerk.

23 Thönnessen, a.a.O., S. 45

24 Reinhard Spree, Strukturierte soziale Ungleichheit im Reproduktionsbereich. Zur historischen Analyse ihrer Erscheinungsform in Deutschland 1870 bis 1913, in: Jürgen Bergmann/Klaus Megerle/Peter Steinbach (Hrsg.), Geschichte als politische Wissenschaft, Stuttgart 1979, S. 87

25 Vgl. Rott, Die Heranziehung der Hebammen zur Säuglingspflege, Annalen für das gesamte Hebammenwesen, Bd. V, Heft 1, 1914

26 ebd., S. 44 ff.

27 Vgl. Zeitschrift für Säuglingsschutz, II. Jg. 1910, Heft 6/7, S. 194 - 203

28 ebd., S. 198

29 Vgl. John E. Knodel, The Decline of Fertility in Germany 1871-1939, Princeton/New Jersey 1974, S. 4

30 Vgl. L. Brentano und J. Wolf, Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens unserer Zeit, Jena 1912

31 A. Grotjahn, Geburtenrückgang und Geburten-Regelung, Berlin 1921, S. 56

32 Eisenstadt, Sozialpolitik oder Ehereform im Kampfe gegen den Geburtenrückgang, in: Sexual-Probleme, Zeitschrift für Sozialwissenschaft und Sexualpolitik, Hrsg. Max Marcuse, Nov.1913, S. 774 f. (Hervorhebungen im Original)

33 Max Marcuse, Der eheliche Präventivverkehr, Stuttgart 1917, S. 110 f. (Hervorhebung im Original)

34 Vgl. Jean Bornträger, Der Geburtenrückgang in Deutschland. Seine Bewertung und Bekämpfung, Würzburg 1913, S. 96

35 Sexual-Reform, 8. Bd., Beiblatt zu »Geschlecht und Gesellschaft«, 6. Heft, Juni 1913, S. 65

36 Bornträger, a.a.O., S. 56

38 Josef Graßl: Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Ursachen und seine Bedeutung, Kempten/München 1914, S. 145

39 Vgl. ebd., S. 146 f.

40 ebd., S. 206

41 Vgl. Sexual-Probleme, a.a.O., S. 423

42 Vgl. Sexual-Probleme, Jg. 1913, S. 705/706

43 Vgl. Sexual-Reform, 11. Heft, Nov. 1913, S. 161/162

44 Ulrich Linse, Arbeiterschaft und Geburtenentwicklung im Deutschen Kaiserreich von 1871, in: Archiv für Sozialgeschichte, XII. Bd., Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 259 (Hervorhebung von mir, A.B.)

II.

1 Vorwärts, 30. Jg., Nr. 34 v. 9. Februar 1913
2 Vorwärts, 30. Jg.,Nr. 45 v. 22. Februar 1913, 2. Beilage
3 Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 24. August 1913
4 Vgl. U. Linse, a.a.O., S. 241 f.
5 ebd., S. 238 f.
6 ebd.
7 Vorwärts, 30. Jg., Nr. 225, III. Blatt v. 31. August 1913, u. Polizeiberichte der 2. Neue-Welt-Versammlung; zitiert nach U. Linse, a.a.O., S. 243
8 Vgl. Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, Frankfurt a.M. 1971, S. 142
9 Vgl. ebd., S. 206
10 Vgl. An einen sozialdemokratischen Arzt und Reichstagsabgeordneten, S. 47/48, Aus: Nachlaß Dr. Julius Moses (im Folgenden: Nachl. Moses: An einem...) (Ich danke Herrn Dr. K. Nemitz für seine Hilfe durch die Bereitstellung des Materials aus dem Privatnachlaß von Julius Moses.)
11 Berliner Volkszeitung, 61. Jg., Nr. 394 v. 23. August 1913
12 Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 24. August 1913
13 Vgl. Berliner Volkszeitung, 61. Jg., Nr. 406 v. 30. August 1913
14 Nachl. Moses: An einen ..., a.a.O., S. 48
15 K. Kautsky, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 239v. 14. September 1913
16 C. Zetkin, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 24. August 1913
17 C. Zetkin, in: Die Gleichheit, 24. Jg., 1. Oktober 1913
18 C. Zetkin, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 225, 3. Beilage, v. 21. August 1913
19 Wally Zepler, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 3, 18.-26. Heft, 1913, S. 1644
20 C. Zetkin, in: Die Gleichheit, 24. Jg., 1. Oktober 1913
21 Oda Olberg, Zur Stellung der Partei zum Gebärstreik, in: Die Neue Zeit, 32. Jg., Bd. 1, Nr. 2 v. 10. Oktober 1913, S. 52
22 ebd., S. 53
23 ebd., S. 50
24 C. Zetkin, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 24. August 1913
25 K. Kautsky, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 239 v. 14. September 1913; vgl. Gleichheit Nr. 3 v. 29. Oktober 1913
26 C. Zetkin, in: Leipziger Volkszeitung Nr. 197, 3. Beilage, v. 26. August 1913
27 U. Linse, a.a.O., S. 247
28 Die Volksgesundheit, 24. Jg., Nr. 4, April 1914, S. 66
29 Vgl. Luiese Zietz, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 14. September 1913
30 Ludwig Quessel, Die Philosophie des Gebärstreiks, in: Soz. Monatshefte, 1913, 3. Bd., 18. bis 26. Heft, S. 1609 ff.
31 Karl Kautsky, in: Die Neue Zeit, 31. Jg., Nr. 52 v. 26. September 1913, Bd. 2, S. 1027
32 Daß über die Frage der Fremdarbeiter in der SPD keine einheitliche Position vertreten wurde, soll hier nur erwähnt werden. So vertrat z.B. Eduard Bernstein eine von der Position der Parteimehrheit abweichende Auffassung. Vgl. Eduard Bernstein, in: Soz. Monatshefte, 3. Bd., 1913, S. 1496 ff.
33 Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 240 v. 30. August 1913
34 in: Berliner Volkszeitung, 61. Jg., Nr. 394 v. 23. August 1913 (Hervorh. im Original)
35 Vgl. C. Zetkin, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 218 v. 24. August 1913
36 in: Gleichheit Nr. 3 v. 29. Oktober 1913
37 Vgl. Gleichheit, 24. Jg., 1. Oktober 1913 und 29. Oktober 1913
38 Vgl. Zietz, Schlesinger, Güldner
39 M. Güldner, in: Gleichheit, 24. Jg., v. 1. Oktober 1913

40 A. Bernstein, in: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 250, 1. Beilage, v. 25. September 1913
41 J. Moses, in: Leipziger Volkszeitung Nr. 197, 3. Beilage, v. 26. August 1913
42 Berliner Volkszeitung, Abendausgabe, 61. Jg., Nr. 394 v. 23. August 1913
43 Julius Moses, Der Gebärstreik (Falsche Apostel!) (unveröff. Manuskript), Nachlaß Dr. Julius Moses, S. 6
44 ebd., S. 54
45 Alfred Bernstein, Wie fördern wir den kulturellen Rückgang der Geburten? Ein Mahnruf an das arbeitende Volk, Berlin 1919 (1. Auflage 1913), S. 3 - 11, zitiert nach: U. Linse, a.a.O., S. 244
46 Berliner Tageblatt, 42. Jg., Nr. 427 v. 23. August 1913, Abend-Ausgabe
47 Alfred Bernstein, in: Frankfurter Zeitung, 58. Jg., Nr. 240, v. 30. August 1913, Abendblatt
48 J. Moses, Manuskript, a.a.O., S. 5
49 ebd., S. 7
50 R.J. Evans, a.a.O., S. 250
51 Kurt Nemitz, Julius Moses und die Gebärstreikdebatte 1913, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Tel Aviv, 2. Jg. 1973, S. 333
52 Vgl. Berliner Volkszeitung, 61. Jg., Nr. 406 v. 30. August 1913, Abendausgabe, und Vorwärts, 30. Jg., Nr. 225 v. 31. August 1913
53 Fritz Brupbacher, Kindersegen - und kein Ende? Ein Wort an denkende Arbeiter, verbesserte Ausgabe, München, 1922, S. 7, zitiert nach: U. Linse, a.a.O., S. 239
54 Nachl. Moses: An einen ..., a.a.O., S. 51
55 Frankfurter Zeitung, 58. Jg., Nr. 240., v. 30. August 1913
56 Karl-Heinz Roth: Kontroversen um Geburtenkontrolle am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Autonomie, Nr. 12, 9/78, S. 82
57 Max Marcuse, Der eheliche Präventivverkehr ..., a.a.O.
58 Zeitschrift für Medizinalbeamte. Zentralblatt für das gesamte Gesundheitswesen, XXVI. Jg. 1913, S. 108
59 ebd.
60 Vgl. U. Linse, a.a.O., S. 236
61 Vgl. Berliner Volkszeitung, 61. Jg., v. 16. Oktober 1913
62 Vgl. K. Nemitz, a.a.O., S. 322
63 Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Zweiten Kammer, 2. Session. Stenographische Berichte 23. Februar 1914, 22. Legislaturperiode, S. 2783/84
64 Welt am Montag, XIX. Jg., Nr. 35 v. 16. Oktober 1913
65 J. Moses, Manuskript, a.a.O., S. 4
66 U. Linse, a.a.O., S. 250
67 Vgl. Nachl. Moses, An einen ..., a.a.O., S. 47
68 Vgl. Vorwärts, 30. Jg., Nr. 250, 1. Beilage, v. 25. September 1913
69 R.J. Evans, a.a.O., S. 321
70 Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch im Haus der Abgeordneten, 34. Sitzung, am 23.2.1914, zitiert nach: Hamburger Echo, 28. Jg., Nr 46 v. 24. Februar 1914
71 Vgl. Vorwärts, 31. Jg., Nr. 63, 1. Beilage, v. 5. März 1914
72 Vorwärts, 31. Jg., Nr. 53, v. 23. Februar 1914
73 Vorwärts, 31. Jg., Nr. 67, v. 3. März 1914
74 Vorwärts, 31. Jg., Nr. 63, v. 5. März 1914
75 Max Marcuse, Der eheliche Präventivverkehr ..., a.a.O., S. 183
76 ebd., S. 189
77 ebd., S. 197
78 ebd., S. 88
79 ebd., S. 73
80 ebd., S. 75

80a ebd., S. 181
81 Vgl. Leipziger Volkszeitung, Nr. 201, 1. Beilage, v. 30. August 1913
82 Frankfurter Zeitung, 58. Jg., Nr. 240, v. 30. August 1913
83 Vortrag Sontheimers am 16. Mai 1914, in: Staatsarchiv für Oberbayern (München), Pol.Dir.Mü., Verz. 24b, Fasc. 17, Nr. 102; zitiert nach: U. Linse, a.a.O., S. 253
84 Das Gedicht ist abgedruckt bei U. Nemitz, a.a.O., S. 332
85 Post, Nr. 395 v. 24. August 1913
86 Karl Kautsky, Erinnerungen und Erörterungen, Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung III. Hrsg. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdaam, s'Gravenhage, 1960, S. 309
87 M. Marcuse, Der eheliche ..., a.a.O., S. 195
88 ebd., S. 54
89 Volksgesundheit, 24. Jg., Nr. 5, Mai 1914, S. 67
90 Ludwig Quessel, Die Philosophie des Gebärstreiks, in: Sozialistische Monatshefte, 1913, 3. Bd., 18. bis 26. Heft, S. 1614
91 ebd., S. 1611
92 E. Bernstein, a.a.O., S. 1494
93 Sexual-Probleme, Mai 1914, S. 352 (Hervorhebung von mir, A.B.)
94 Vgl. L. Quessel, a.a.O., S. 1609
95 Die Aktion, 3. Jg., v. 15. November 1913 (Hervorhebung von mir, A.B.)
96 Vgl. Kurt Nemitz, a.a.O., S. 322
97 Ludwig Quessel, Ökonomie des Gebärstreiks, in: Sozialistische Monatshefte, 3. Bd., 18. bis 26. Heft, S. 1319
98 Phyllis Chesler, Über Männer, o.O., o.J., S. 248 (Anm. 1)
99 ebd., S. 61
100 ebd., S. 65

Bildmaterial

Umschlag: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 223 v. 29. August 1913
S. 16: Merkblatt des Kaiserin Auguste Victoria Hauses
S. 18: Der wahre Jacob, Jg. 1906, S. 5208
S. 19: Zeitschrift für Säuglingsschutz, IV. Jg. 1912, Heft 7
S. 20: ebd.
S. 22: ebd.
S. 23: Der wahre Jacob, a.a.O.
S. 25: Simplicissimus, 18. Jg. 1914, Nr. 51
S. 42: Vorwärts, 30. Jg., Nr. 248, 3. Beil. v. 21. September 1913
S. 44: Vorwärts, 31. Jg., Nr. 59 v. 1. März 1914

UNIVERSITÄTS
OPEL-Jubilarfeier

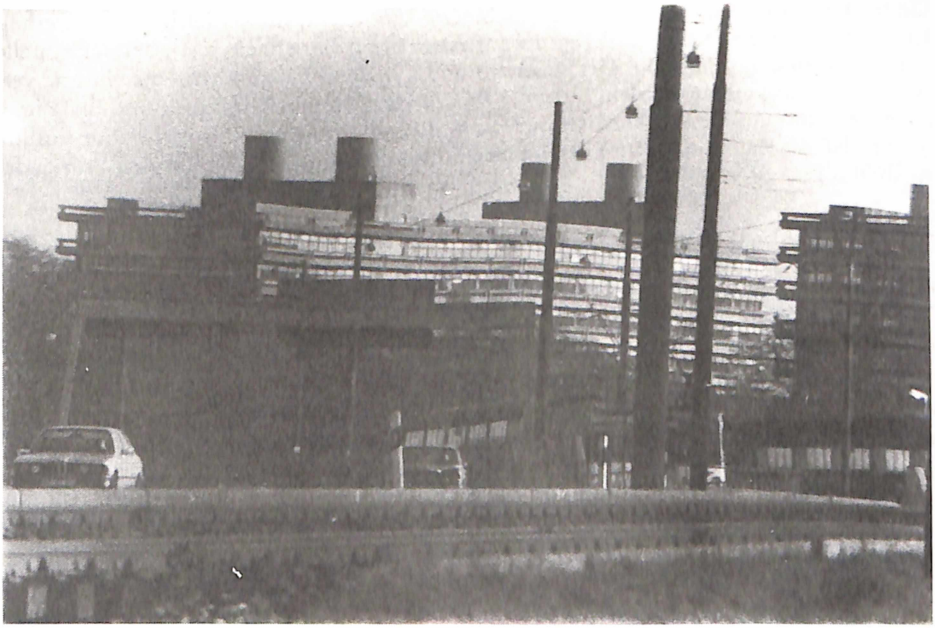
Alexander Brandenburg, Wolfgang Braunschädel,
Jörg Hausmann, Johannes Materna

Ruhr-Universität Bochum

»Die jetzige Standard-Architektur ist wie die Pseudo-Baukunst des 19. Jahrhunderts attrappenhaft, und es ist eine monomane Architektur. Sie besteht nicht innerhalb der gleichen Zeit wie die Menschen: sie kann nicht älter werden, nur herunterkommen. Sie besteht nicht innerhalb des gleichen Raumes: sie stößt natürliche Umgebung und Lebensbeziehungen von sich ab. Sie erscheint vorteilhafter aus dem Auto, photographiert, gefilmt, im Modell: sobald sie nicht umgebende, eigene, sondern gegenüberstehende, fremde, bildhafte Wirklichkeit ist, nur ästhetisch und statistisch vorhanden. Mehr nur abstrakt vorhanden sind Bewohner und Benutzer auch dem 'neuen bauen': dessen Hauptgedanke, daß aus den Funktionen sich die Formen ergeben, ist einlösbar erst auf einer Ebene von Abstraktion. (...) Funktional - gebrauchbar ist diese Architektur nicht für Wohnen, Leben, sondern als Reklame, Unterdrückung und zum Profitmachen.«[1]

1.

Die Universität, wie jeder gesellschaftliche Ort, ist ein Tatort: stellt sich die Frage nach der Tat, dem Täter, nach dem oder den von der Tat Betroffenen und nach möglichen Antworten; nicht darum geht es jedoch im folgenden, diese Komplexität in der Reflexion ökonomischer, politischer und soziologischer Aspekte zu entschlüsseln, um daraus das Bild eines



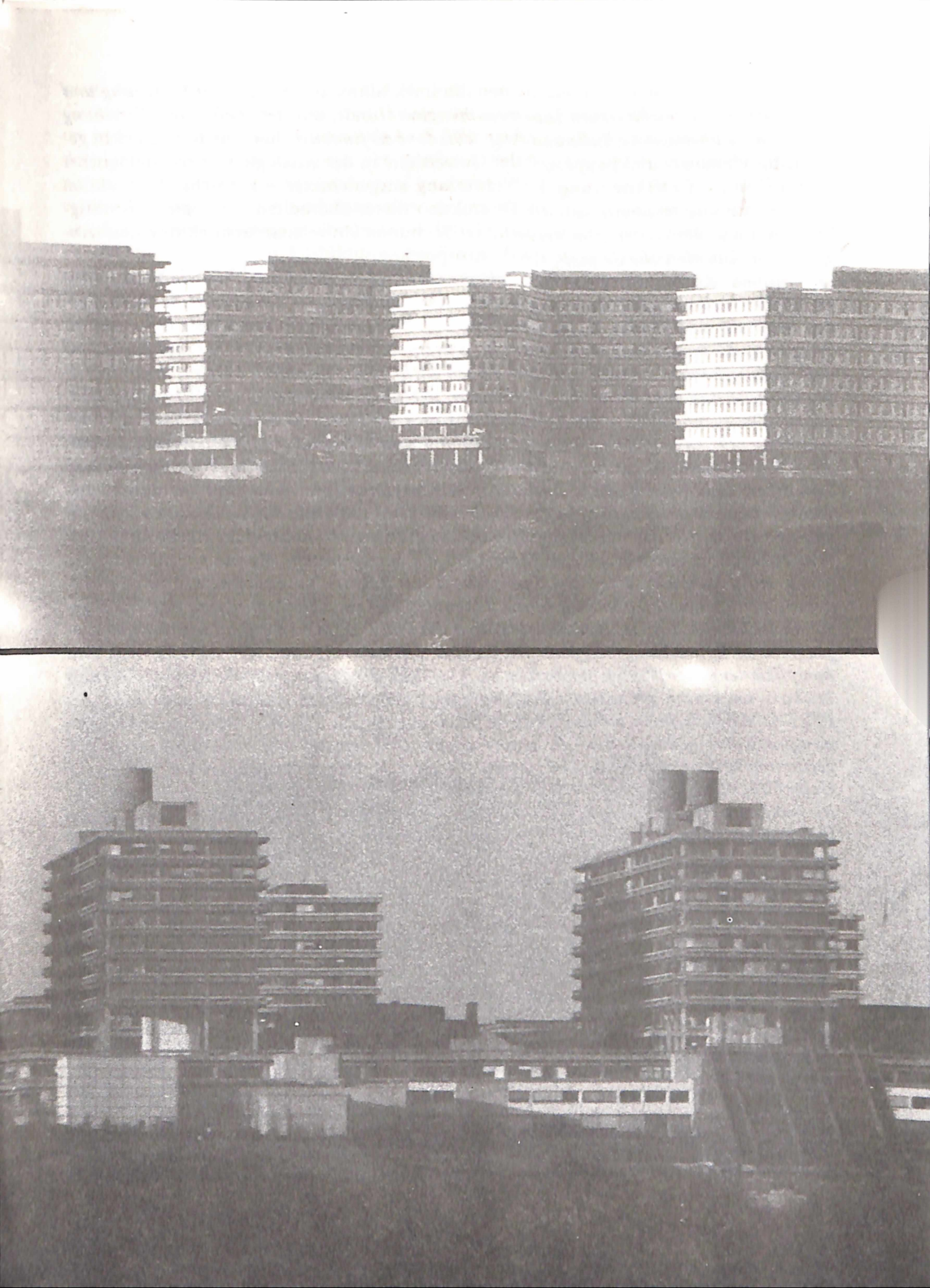
logischen Kausalzusammenhangs (der durchaus nicht bestritten wird) zu entwickeln. Das Kommunikationsverhalten der Betroffenen, die psychische Verelendung etc. werden somit nicht aus einem gesamtgesellschaftlichen Kausalnexus abgeleitet; das geschriebene Wort, der schriftlich niedergelegte, in sich abgeschlossene sprachliche Erklärungszusammenhang wird aufgegeben zugunsten einer bildlichen Erfassung dessen, was vordergründig als Architektur, letztlich jedoch als alle Sinne erfassender Lebenszusammenhang wirkt. Das Anliegen besteht darin, ein Indiz herauszugreifen und dieses Indiz aus sich heraus sprechen zu lassen: die Architektur, deren Gewaltförmigkeit in ihrer Öffentlichkeit zu verschwinden scheint.

Die ursprüngliche Idee bestand darin, die architektonische Struktur der Universität von außen und innen her zu erfassen; sie von außen her einzukreisen, ausgehend von den Zufahrtsstraßen, den Parkplätzen, den Studentenwohnheimen, den beschilderten Fußwegen etc.: die Universität als eine scheinbar willkürlich, in totalem Widerspruch zur ursprünglichen Landschaft, zur ursprünglichen Architektur, zu den kleinen, idyllisch wirkenden Häusern der Bergbausiedlung am Rande, ins freie Feld gesetzte Ansammlung von Betonklötzen — Spielzeuge in der Hand der Architekten; ein Bruch, der durch den gelungenen Versuch, diese Betonarchitektur auf die Umgebung auszudehnen (Uni-Center, Hustadt) nicht etwa aufgehoben, sondern verstärkt wird. Auf der anderen Seite die Einkreisung von innen: die weiten leeren Gänge, die durchnumerierten Räume, die stilisierten Hinweisschilder, die den Studenten die Orientierung erleichtern sollen; und, in dieses Gefüge eingeordnet, die Orte des Zusammentreffens, die Hörsäle, die Cafeterien, die Mensa, die Fußwege.

Diese ursprüngliche Idee wurde dahingehend abgeändert, die visuelle Vielfalt, die sich ergeben hätte, zugunsten des Versuchs aufzugeben, die Architektur in relativ wenigen Bildern zu erfassen. Die Texte, die die Bilder begleiten, haben nicht die Aufgabe, die abgebildete Architektur unmittelbar zu kommentieren; sie sollen vielmehr, indem sie einen Eindruck von der Planungs- und Baumaschinerie vermitteln, die Bilder begleitend erhellen. Die Montage aus Bild und Text ist auf Assoziation hin angelegt, wobei der visuelle Aspekt im Vordergrund steht. Der äußere Kontext, in dem Wissenschaft entsteht und vermittelt wird, soll erhellt werden, nicht der Prozeß von Wissenschaft selbst, und daß dieser äußere Kontext auf die Wissenschaft und die Wissenschaftsvermittlung nicht ohne Einfluß bleibt, daß die Kälte und Glätte der äußeren Umstände zurückschlägt auf den Prozeß der Ausbildung.

2.

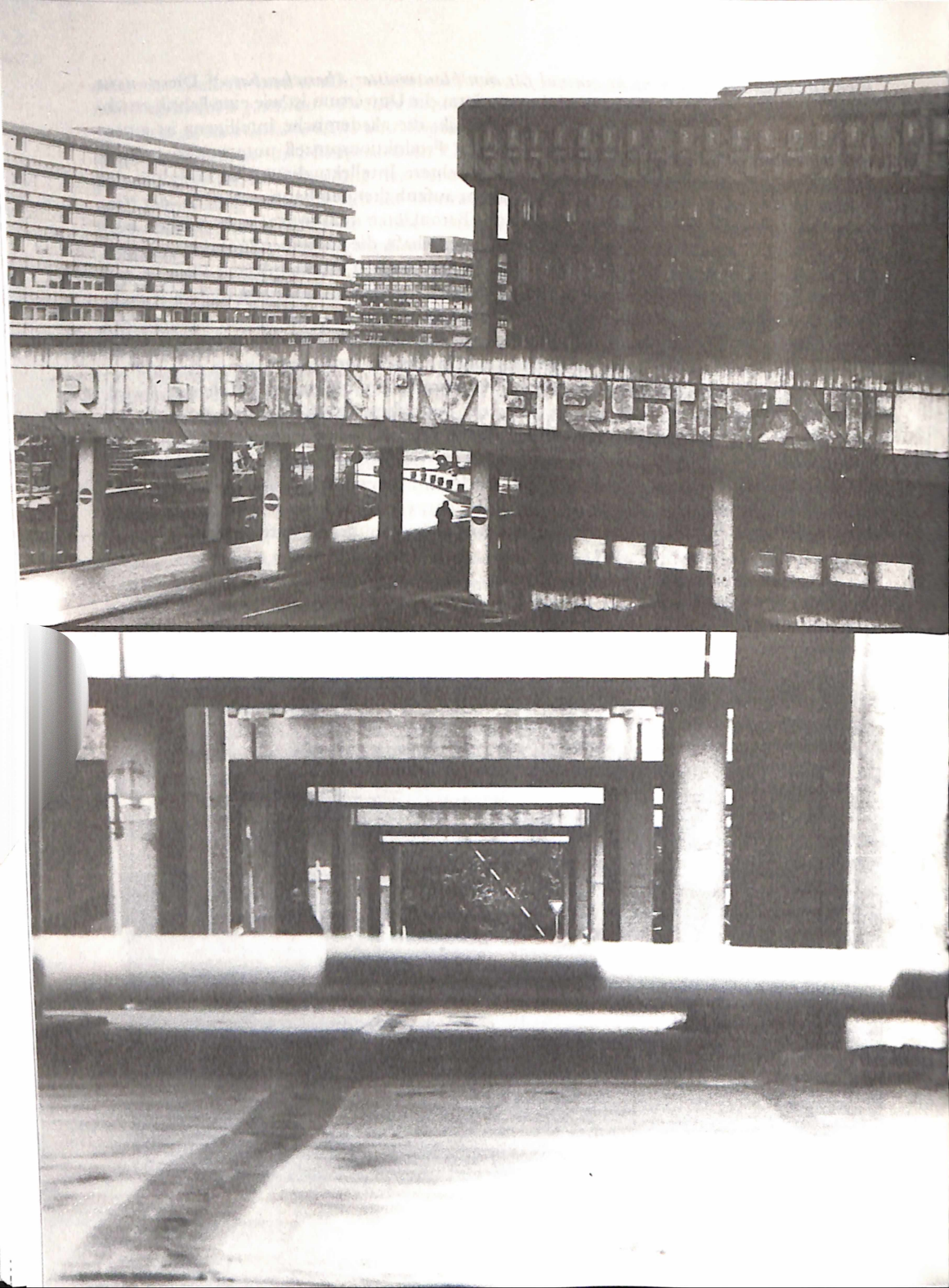
Auf dem Hintergrund des »deutschen Wirtschaftswunders« und der darin implizierten Notwendigkeit der verstärkten Einbeziehung von ausgebildeter Arbeitskraft in den ökonomischen Prozeß konnte man das Verdikt des letzten Kaisers vergessen, das Ruhrgebiet von einer Universität, aufgrund der befürchteten Explosivität eines eventuellen Zusammenwirkens von Arbeitskraft und Intelligenz, freizuhalten; gerade im Ruhrgebiet kam die Notwendigkeit einer Integration von qualifizierter Arbeitskraft in die Produktion voll zum Ausdruck. In dieser Situation wurde die Ruhr-Universität als eine Mischung aus Reform- und Massenuniversität geplant; dessen, was man in Gang setzte, war man sich jedoch offensichtlich zu Anfang noch nicht ganz bewußt; die ersten Texte und Dokumente sind geprägt von einem Humboldtschen Ideal der Einheit von Lehre und Forschung, das ange-



sichts der Realität einen anachronistischen Eindruck hinterläßt. Einen *»der Forschung und Lehre dienenden geschlossenen Lebensraum«*, eine *»Insel«*, auf der *»Lehre und Forschung ... die für sie unerläßliche Ruhe und Abgeschiedenheit finden«*[2], hatte man in Aussicht gestellt. Im Planungs- und Bauprozeß der Universität, in der Analogie von technologischer Planung und auf Effektivierung der Verwertung ausgerichteter Wissenschaftsproduktion und -vermittlung realisierte sich die Destruktion dieser überholten Ideologie; was übrigblieb, war u.a. der verzweifelte Versuch, der Bochumer Universitätsarchitektur einen *»Anspruch auf künstlerische Einmaligkeit«*[3] zuzusprechen.

Der frühen Kritik an *»einer architektonischen Abscheulichkeit, die ihre Benutzer frustriert«*[4], war die Entwicklung weit voraus. *»Der Bauherr, hier der öffentliche Auftraggeber, muß sich* ***produktionsgerecht*** *verhalten, d.h. die Bauaufgabe ist zu normieren und zu typisieren, die Programme sind auf wenige Systeme zurückzuführen. Die Programme sind vor Planungsbeginn einzufrieren und dürfen nicht mehr geändert werden. Individuelle Bauwünsche sind zugunsten einer typisierten, allerdings flexiblen Massenfertigung aufzugeben. Die Planhersteller, die Architekten, Konstrukteure und Fachingenieure der Ausbaufächer müssen in gleicher Weise produktions- und betriebstechnische fertigungstechnische Gesichtspunkte zum Ausgangspunkt des Projektes erheben. Es muß produktionsnah entworfen, industriell gedacht und entwickelt werden.«*[5] Der Anschluß an industrielles Denken ergab sich sozusagen aus der Sache selbst; nur mit Hilfe von *»neuartigen Überwachungsmethoden«*[6], eines *»Planungsüberwachungssystems«*[7] konnte das Projekt Ruhr-Universität bewältigt werden: *»Als im Jahre 1958 die amerikanische Marine vor der Aufgabe stand, auf schnellstem Wege ein Unterseeboot mit Raketen zu entwickeln, um den Vorsprung der Russen aufzuholen und die Rakentenlücke zu schließen, wurde das PERT-System entwickelt.*[8] *(...) Die Amerikaner haben das PERT-System in erster Linie für ihre umfangreichen Entwicklungsaufgaben im Bereich des Raketenbaues, der Atomtechnik und komplizierter neuer Waffen geschaffen. (...) Im Falle der Planung für die Ruhr-Universität Bochum kann nach gründlicher Prüfung gesagt werden, daß sich die Anwendung des PERT-COST-II-Systems lohne.«*[9] Präzise zusammengefaßt: *»Eine zentral gelenkte Planungsmaschine gewährleistete die größte direkte Übersetzung von oben nach unten mit geringsten Reibungsverlusten. Die Installation einer derartigen Maschine mit dem Ziel, die Universität in einem Baukomplex, in einem befristeten Zeitraum und ohne Reibungsverluste fertigzustellen, impliziert die Orientierung an dem Bau von Produktionsanlagen der Industrie mit einer perfektionierten Programmierung vor Beginn der Baumaßnahmen und die Zentralisierung und effektive Kontrolle der Baudurchführung entsprechend diesem Programm.«*[10] Für die Verantwortlichen stellte sich die Umsetzung einer dermaßen bis ins letzte Detail totalisierten Planung durchaus positiv dar: *»Die Bauten und Anlagen der neuen Universität schaffen für den in ihnen tätigen Studenten und Wissenschaftler eine komprimierte, spannungsvolle und erlebnisreiche Stadtlandschaft, mit den Gegensätzen von Enge und Weite, Härte und Zartheit, insgesamt überschaubar und begegnungsfreundlich. Nach außen hin eine klare unverwechselbare Silhouette ...«*[11] Die *»unverwechselbare Silhouette«* dieser *»Lehrbaustelle für industrielle Fertigung«*[12] verbirgt in ihrem Innern jedoch durchaus nicht die beschworene Stadtlandschaft, sondern *»eine neue Gesellschaft in Architektur,«*[13] einen gebauten Lebensraum. *»Eiskalt, jeden Kontaktwillen zerstörend, vereinzelt von vornherein eine autoritätsgläubige Architektur jeden Studierwillen. (...) Ein Korridorlabyrinth, ein technologisch bestimmtes Monster, in dem sich nur Bürokraten wohlfühlen können, öffentlichkeitsfeindlich, überhaupt menschenfeindlich — und in seiner gehei-*

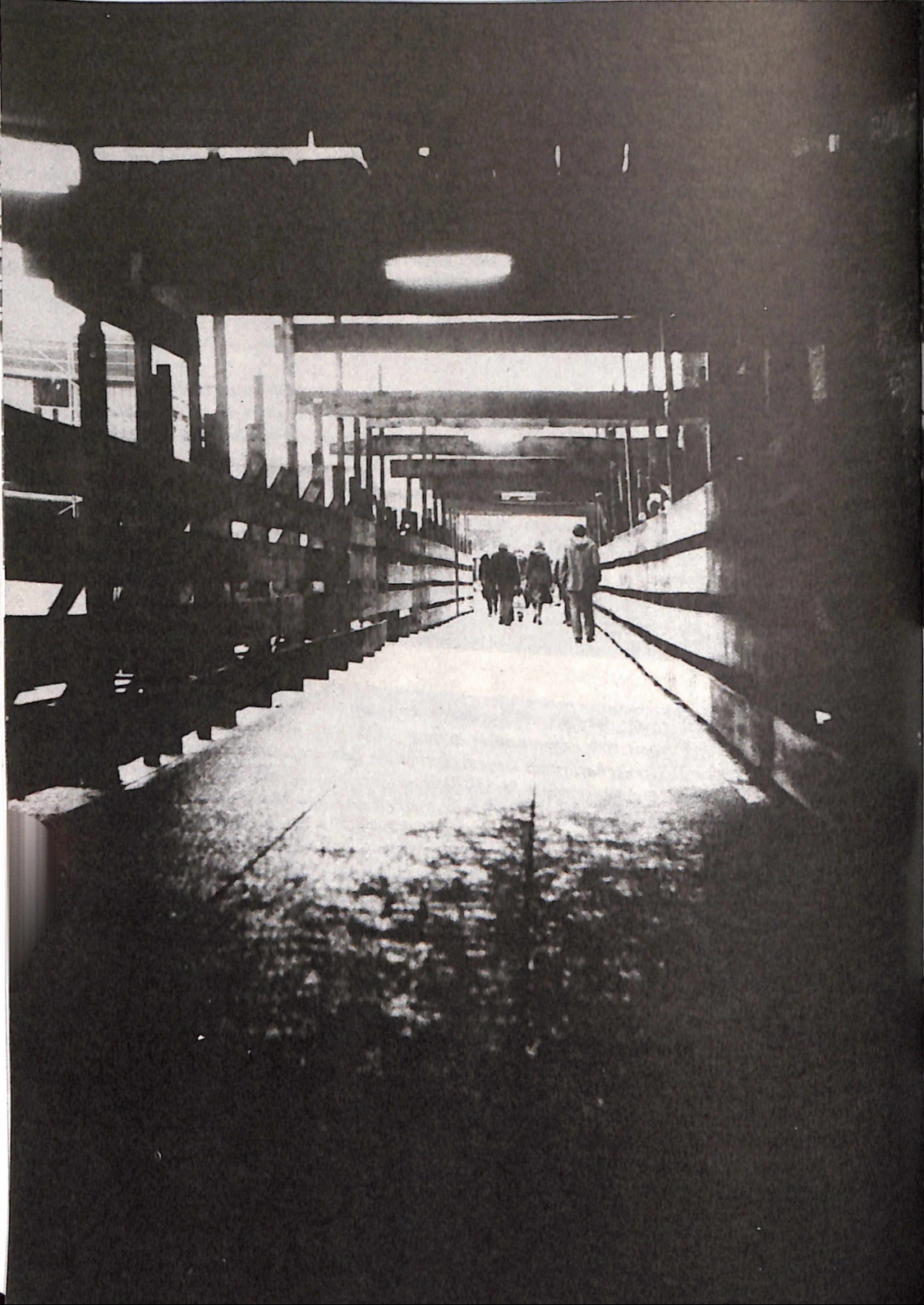
men, technischen Logik nicht einmal für den Hausmeister überschaubar.«[14] Diese *»neue Gesellschaft in Architektur«* ist Produktionsstätte; die Universität ist wie eine Fabrik errichtet worden, und sie funktioniert wie eine Fabrik: die akademische Intelligenz ist einem dem industriellen Produktionsprozeß analogen Produktionsprozeß unterworfen; produziert wird eine zerstückelte, funktional ausgerichtete Intellektualität. Die Brutalität der einmal in Gang gesetzten und dann nicht mehr aufzuhaltenden Baumaschinerie, der Niederschlag dieses Prozesses in dem Ghetto der Betonklötze muß in Analogie gesehen werden zu einer Realität von Ausbildung, von Wissenschaft, die auf reines Funktionieren ausgerichtet ist. Die zielstrebig durchgeführte Produktion von Studienplätzen führt in den Mauern dieser Architektur zu einem funktionalisierten Wissenschaftsbetrieb, dem eine inhaltliche Beliebigkeit immanent ist; nicht Inhalte stehen zur Diskussion, sondern der Selbstlauf einer Wissenschaftsproduktion, dem die konkreten Individuen überantwortet sind. Intellektueller Widerstand, als theoretischem Wissen immanent, wird in diesem Produktionsprozeß von funktionalem Wissen von vorneherein ausgespart; Widerstand wird verdrängt, marginalisiert. Vergewaltigt wird der Betroffene jedoch nicht erst durch die ihren äußeren Bedingungen entsprechenden, formalisierten und pädagogisierten Lehrinhalte; die Gefangennahme desjenigen, der sich dieser Architektur nähert, realisiert sich nicht erst im Eingeschlossensein, sondern bereits in der erdrückenden Monumentalität des Äußeren. Diese Architektur, die den Anspruch erhebt, ein *»Beitrag zu unserer Kultur«*[15] zu sein, denunziert jegliche kontemplative Haltung ihr gegenüber als Mittäterschaft.



»Es ist eigentlich ungerecht, daß eine so wichtige Region sich ihre Führungskräfte nicht selbst heranziehen kann. Dazu bedarf es allerdings einer hohen Schule. Außerdem geht es darum, den jungen Talenten in der Arbeiterbevölkerung eine Aufstiegschance zu geben. Ihre Intelligenz ist erwiesen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben aber gezeigt, daß mehr als 2/3 der Studenten einer deutschen Universität jeweils aus der näheren Umgebung dieser Hochschule stammen. Das Vorhandensein einer jeden Universität wirkt auf den engeren Bezirk stimulierend. Was für Bürgersöhne gilt, das gilt erst recht für Arbeiterkinder: in den wenigsten Fällen sind sie in der Lage, eine entfernte Universität zu besuchen. Sie verzichten und gehen der Nation mit ihren Gaben verloren.«[16]

»Für die Wahl Bochums zum Standort einer der neu zu gründenden Universitäten war ein entscheidender Faktor die zentrale Lage im dichtbesiedelten Ruhrgebiet. In einem Umkreis von 50 km wohnen 8,3 Mio. Einwohner. In diesem am meisten verdichteten Lebensraum der Bundesrepublik beträgt die Zahl der Studenten aus Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, gemessen an dem Hundertsatz, anteilig nur zwischen 8% und 12%. Mit der Gründung einer Universität an einem zentralen Standort, der von den äußersten Punkten maximal in einer Stunde erreicht werden kann, bietet sich die Chance der Mobilisierung einer unverbrauchten Intelligenz, wie sie in Amerika und Rußland seit Jahren mit großem Erfolg genutzt wird.«[17]

»In einigen Stichworten sei die Reformidee des Gründungsausschusses aufgezeigt: 1. Wiederherstellung der Einheit von Lehre und Forschung, d.h. ungeteilte Darstellung des Gesamtgebäudes der Wissenschaften in einem Gebäude oder auf einem überschaubaren Komplex. 2. Freiheit und Einsamkeit für die Wissenschaften, d.h. für den Plan: Ausweichen in die Isolation des Campus, in die Ungestörtheit von den Störeinflüssen der funktionsbezogenen Gesellschaft. 3. Kooperation der Wissenschaften, Teamarbeit innerhalb der Forschung und Lehre — Departmentsystem an Stelle der hierarchischen Institutsgliederung — interdisziplinäre Zusammenarbeit, d.h. engste Nachbarschaft der Institute, Begegnung der Disziplinen sowie der Lehrenden und Lernenden. 4. Abteilungsgliederung an Stelle der Fakultätsgliederung, um so die tatsächlichen Wissensgebiete wieder erkenntlich zu machen! In vier Abteilungsgruppen — den Geisteswissenschaften, den Naturwissenschaften, der Medizin und den Ingenieurwissenschaften — werden 18 Abteilungen, und zwar solche, die in der Region des Reviers als Wissens- und Forschungsgebieten besondere Bedeutung erlangen werden, zusammengefaßt. Diese 18 Abteilungen sind zu ordnen um die 19., die Zentralabteilung. Diese Abteilung enthält Einrichtungen, die allen Abteilungen zugleich dienen, wie Bibliothek, Hörsaalzentrum, Verwaltung, musisches Zentrum, Mensa und Sport. Das heißt für den Plan, daß die Universität in einem Gebäude von Fußwegdimensionen darzustellen ist, in dessen Mitte die zentripetalen Einrichtungen des 'Forums' liegen, das zugleich Stätte der 'Begegnung' wird. 5. Eingliederung der Ingenieurwissenschaften in die Universität.«[18]



»Das Engagement der Planer, die eine neue Gesellschaft in Architektur ausdrücken und eine neue Wertvorstellung vermitteln wollten, nüchtern unterkühlt, ja, so sind wir angetreten. (...) Bochum war und ist geradezu eine Lehrbaustelle für industrielle Fertigung...«[19]

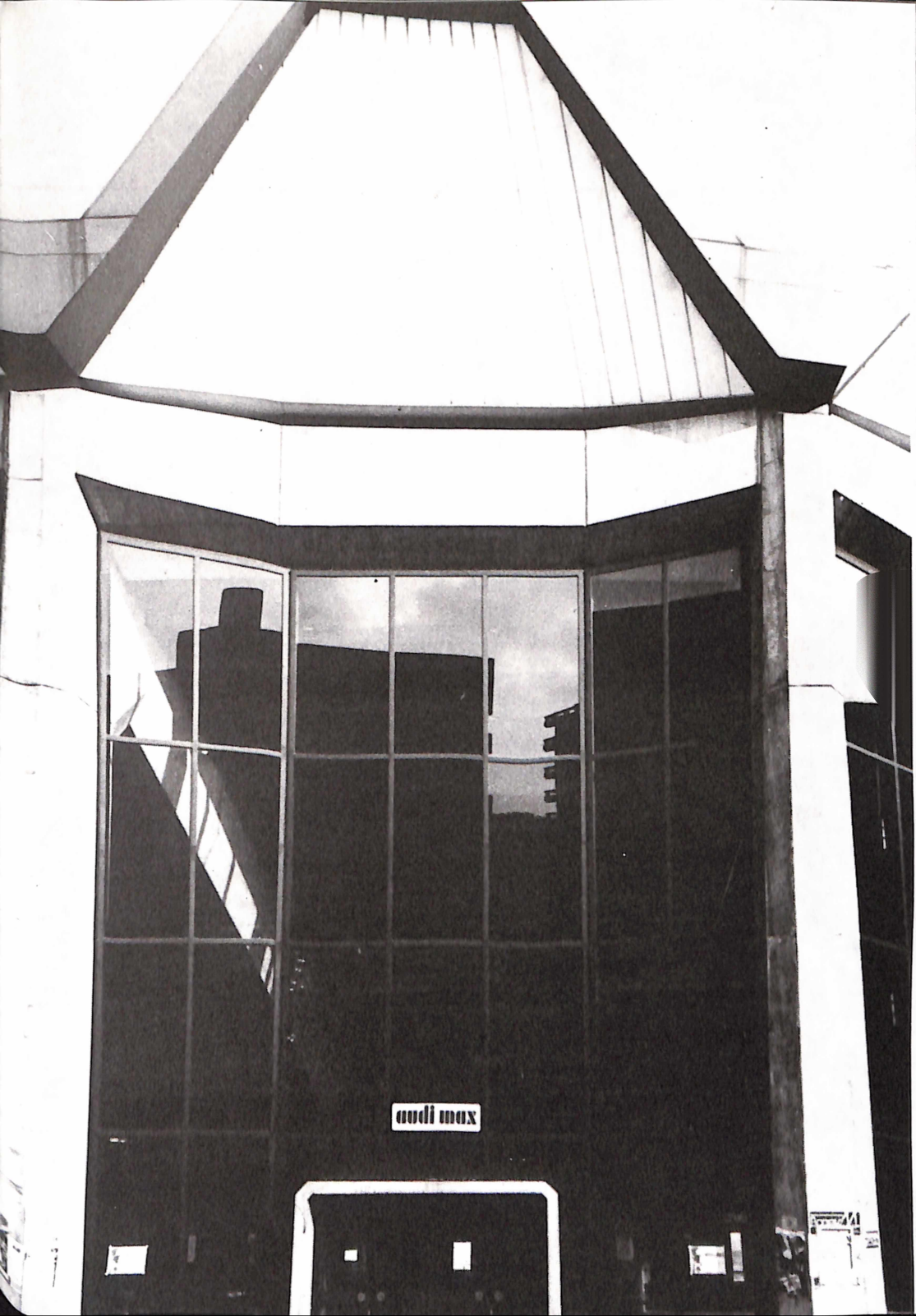
»Wenn es (...) um das geistige Gesicht und um das normative Leitbild der Universität geht, so sollten diejenigen, welche das materielle Bild dieser 'Hochschule neuen Typs' zu formen haben, sehr wohl auf die Töne dieser Reformideen hören, damit das äußere Bild dem inneren Sein entspricht.«[20]

»Gibt es eine eigene Universitätsbaureform – ist die Bochumer Bauidee ein Ansatz in diese Richtung? ... Die Idee geht von dem Gedanken des einen Baukörpers aus, nicht von einer Stadt. Dieser Baukörper als Breitfuß mit städtischen Dimensionen – 1000 x 500 m – ist das Grundgefüge, auf dem die Hochbauten der Institute städtebauliche Quartiere bilden und Ausdruck der vier Abteilungsgruppen sind. Die Mitte bildet das Forum, die Dächer sind die Fußgängerwege, der Verkehr liegt eine Ebene tiefer, unsichtbar und hoffentlich unhörbar für den Fußgänger. Dem ruhenden Verkehr steht unter dem Forum ausreichender Raum zur Verfügung; keine größeren Entfernungen als sieben Minuten von Institut zu Institut und genauso vom Parkplatz zum Arbeitsplatz. Die Universität Bochum soll vom Äußeren her eine zukunftsweisende Stätte der Forschung und Lehre werden mit idealen Arbeitsbedingungen, ein geistiges Zentrum des Reviers. Das ist der Wunsch der Planer.«[21]

»Die 'Fußläufigkeit' war ein entscheidendes Kriterium der Planung. Maßstab für die Fußläufigkeit ist die Wegstrecke von etwa 500 Metern, die in den schließlich verbleibenden sieben bis acht Minuten einer 15-minütigen Vorlesungspause zurückgelegt werden kann. Die Kooperation aller Disziplinen und die Darstellung der Universität als Einheit kommt nur dann zum Tragen, wenn die persönliche Begegnung, die durch kein anderes Kommunikationsmittel ersetzt werden kann, nicht durch große Entfernungen oder Separation erschwert wird. Vielmehr muß die Maßgabe für die Planung Konzentration, Zusammenführung und Überschaubarkeit sein.«[22]

»Es kam hier viel weniger auf romantische Formensprache oder die Bildung von intimen Räumen an als vielmehr auf den reibungslosen Ablauf eines gigantischen Programms.«[23]

»Die eben angedeuteten Ziele – Erhaltung der Landschaft, typisierte Baustruktur, Unterstützung der Kooperation – zeigten unter verschiedenen Aspekten die Vorteile einer Konzentration und baulichen Verdichtung. Daß aus der Summe dieser Überlegungen ein zusammenhängendes Bauwerk mit mehreren Versorgungs-, Erschließungs- und Nutzungsebenen entstand, war nicht nur logische Konsequenz, sondern auch architektonische Absicht. Wir sahen keinen vernünftigen Grund, ein so großes und wichtiges Unternehmen wie die Ruhr-Universität durch irgendwelche Schrebergartentricks zu verharmlosen oder zu verniedlichen. Gerade in einer kleinmaßstäblich zersiedelten, suburbanen Zone des Ruhrgebiets wollten wir einen neuen Maßstab, eine städtische Dimension vorgeben als Anstoß zu einer allmählichen Umwandlung.«[24]


audi max

HNC

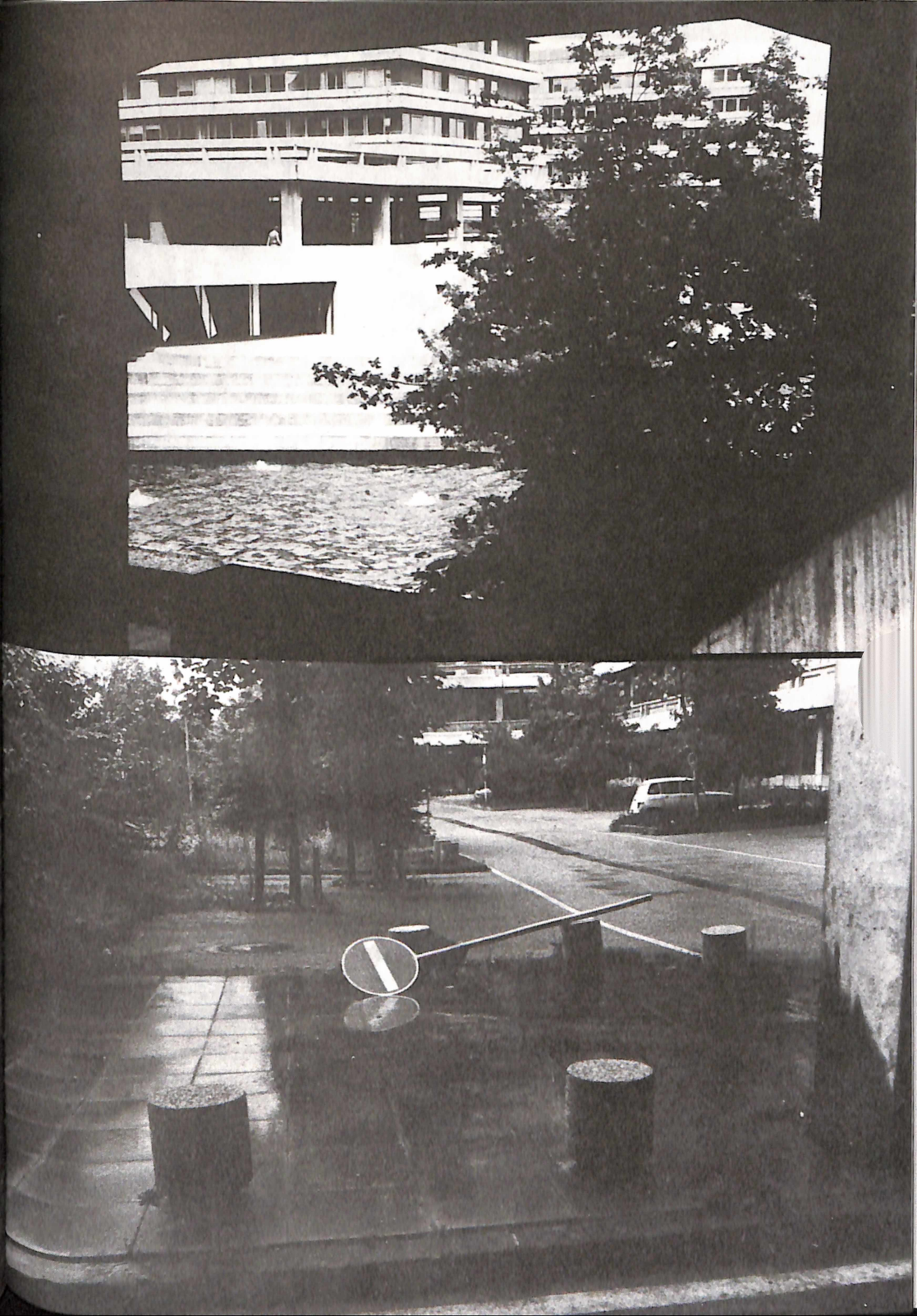
LAGE DER NATION
KAMPF DEM SCHAH-REGIME UND SEINEN DEMOKRATISCHEN FREUNDEN IN DER BRD !
DEMONSTRATION

ND

NC
NB

»Die Freiraumplanung an der Ruhr-Universität Bochum ist nur ein Rädchen in der Maschinerie der einzelnen Gewerke, gemessen aber an der städtebaulichen und psychischen Bedeutung ein ausgewachsenes Riesenrad, ohne das diese Universität nicht denkbar und nicht erträglich wäre. Durch die Größenordnung der Universität Bochum (volumenmäßig 60000 Einwohner) ist das Grün nicht nur schmückendes Beiwerk oder erforderlicher Freiraum, sondern städtebaulich und medizinisch notwendig.«[25]

»So hat die Universität Bochum eine Verdichtung erfahren, wie man sie sich ein zweites Mal wohl kaum vorstellen kann. Diese Universität ist noch im Bau, und schon werden Bedenken angemeldet, die sicher ihre stichhaltigen Begründungen haben. Es wird von Brutalität der Architektur gesprochen, von Intoleranz dem lehrenden und lernenden Menschen gegenüber, und doch läßt sich heute schon erkennen, daß die Verdichtung des Lehr-, Forschungs- und Lernablaufs die für die Zukunft notwendige Form sein wird, um das Gesamtprogramm erfüllen zu können. (...) Wir Gartenarchitekten werden in diesem Zusammenhang ganz besonders aufgefordert, der Brutalität die Humanitas entgegenzusetzen, also den Ausgleich zu schaffen zwischen der absoluten Architektur und dem vom Menschen her akzeptablen Freiraum. Die wenigen himmeloffenen Räume im internen Bereich dieses verdichteten Gebäudekomplexes müssen so stark erholungswirksam sein, daß selbst der kürzeste Weg von einem Hörsal zum anderen, von einem Seminar zum nächsten entspannend, auflockernd und zu neuer Aktivität anregend wirkt. Die Freiräume haben demnach diese ganz besondere Funktion zu erfüllen und sind nicht allein mehr, wie bei 'Opas Universität', aufschmückende Zutaten und dekoratives Grün. (...) Diese ersten Leitgedanken sollen nicht dem reinen Funktionalismus das Wort reden, sondern deutlich machen, daß die künstlerische Emotion nicht mehr allein den Primat haben kann und darf. Die Funktion, entwickelt aus Aufgabenstellung, technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Möglichkeit, wird durch eine künstlerische Form verstärkt und eine optimale Wirkung erreichen. Lehrende und Studenten sowie die beherbergende Gemeinde werden zu einer ausgewogenen und damit funktionierenden Gesellschaft zusammenwachsen. (...) Der von uns zu gestaltende Freiraum hat also in erster Linie die Funktion der Verbindung zu erfüllen, um dem Universitätsbenutzer in verschiedenen Ebenen bei starker Komprimierung kurze Wege zu ermöglichen. Selbst der kürzeste Weg soll erholsam sein, frische Luft, Licht und Bewegung sowie dem Auge Entspannung bringen. Für Freistunden und Pausen sollen Möglichkeiten im Freien vorhanden sein und zum Verweilen reizen. Schöpferischer Müßiggang, erholsame Zwiegespräche oder Gruppendiskussionen sollten in unmittelbarer Nachbarschaft der Hörsäle animiert werden.
(...) Auch aus einem weiteren Gesichtspunkt ist der Planung der Freiräume besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn man sich vorstellt, daß drei-, fünf- oder zehntausend Studenten auf engstem Raum tagtäglich versammelt sind und mit jugendlichem Temperament ihrem Ziel des Studiums nachstreben, sollte man als Grünplaner Abstand von Dekoration, von der reinen Aufschmückung nehmen, denn diese ist bei einer so hohen Frequentierung nicht zu halten. Verbote und Gebote sind für den aufgeklärten und progressiven Studenten keine Schranke mehr, wenn nicht die Überzeugung, daß Verbotenes und Gebotenes berechtigt sind, die Selbstbeschränkung bewirkt. Eine Vegetationsfläche wird nur dann respektiert, wenn sie dem Bewegungstrend in diesem 'Ameisengewimmel' gerecht wird und ihm nicht entgegensteht. Trampelpfade beweisen nur das Unvermögen des Planers.«[26]

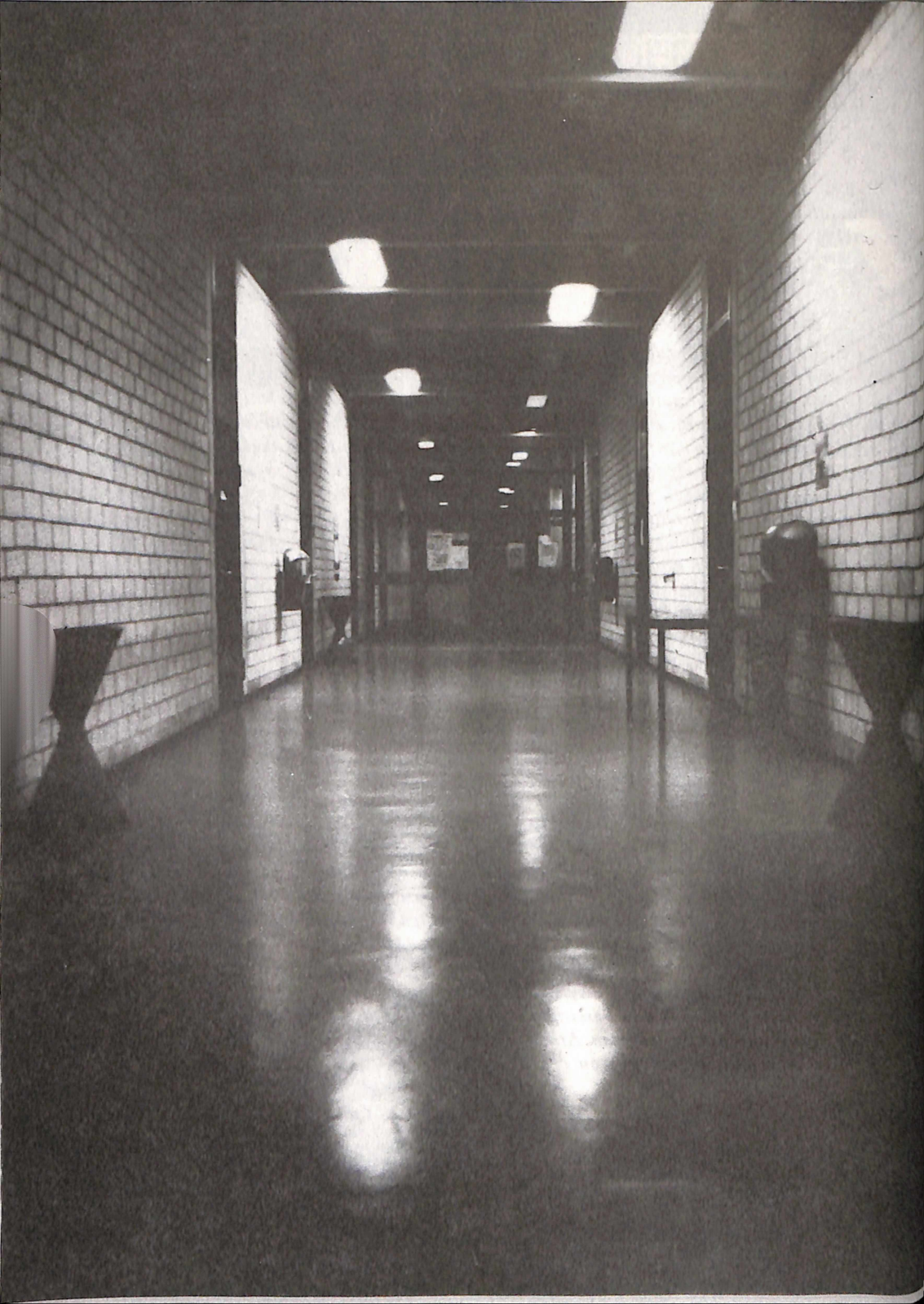


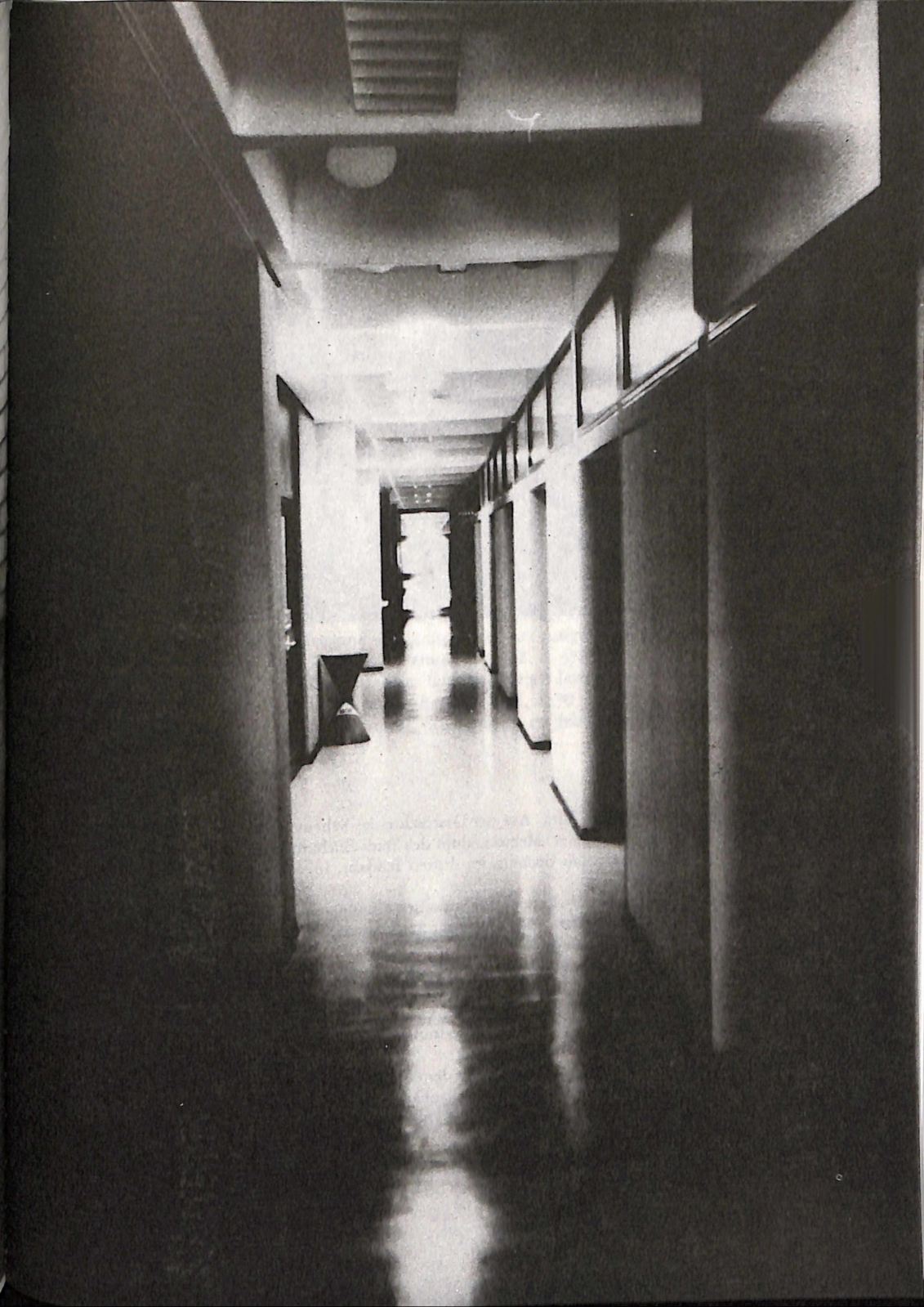
EINTOPF (2)
GEDECK (3)

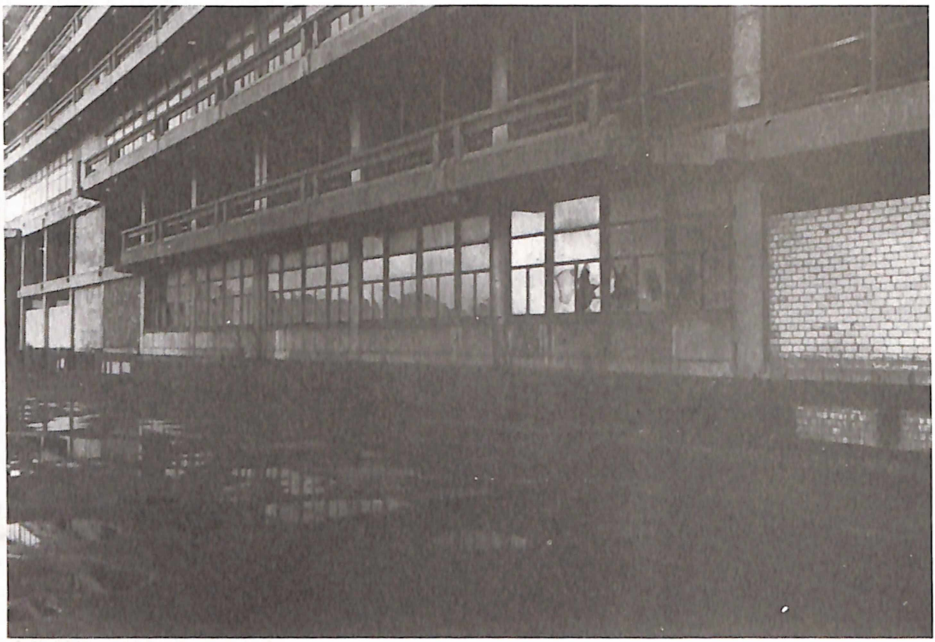
»Eine architektonisch so komprimierte Hochschule wie die Ruhr-Universität muß, um ästhetisch befriedigend zu wirken, auch von der Landschaft her in ein 'Rahmengrün' eingeordnet werden.«[27]

»Das Studienbüro wurde – entsprechend den verschiedenen Problemlagen der Studenten – in drei Abteilungen aufgegliedert:
1. Abteilung 'Information': Hier arbeiten vor allem akademische Berufsberater und Psychologen zusammen, um Wünsche nach Auskunft über Berufs- und Studienlaufbahnen, Berufschancen und -anforderungen sowie über die eigenen Begabungen und Neigungen zu befriedigen. Kurse für zweckmäßige Studientechniken wurden ebenfalls eingerichtet.
2. Abteilung 'Therapie und Beratung': Wenn die persönliche Problematik (etwa Kontaktschwierigkeiten, sexuelle Probleme, Sprechangst, depressive Verstimmung ...) überwiegt, werden die Studenten von klinischen Psychologen in therapeutischen Gesprächen dazu gebracht, sich mit ihrer Situation aktiv und konstruktiv auseinanderzusetzen. Auch verschiedene Techniken der Entspannung werden gelehrt.
3. Abteilung 'Erhebung': Diese Abteilung, in der ein Team von Psychologen, Pädagogen und Soziologen zusammenarbeiten sollte, besteht vorerst nur auf dem Papier. Es wurde daran gedacht, größere und systematischere Erhebungen über Studienbedingungen und ihre Auswirkungen auf bestimmte studentische Einstellungen und Aktivitäten zu machen. Die Ergebnisse solcher Erhebungen könnten dazu dienen, auch der Universität Korrekturvorschläge zu unterbreiten.«[28]

»Qualitativ sind unsere Arbeitsmöglichkeiten bisher noch eingeschränkt gewesen, da die für die prophylaktische Arbeit notwendige Untersuchungs- und Auswertungsabteilung zwar konzipiert, aber nicht besetzt war. Die Abteilung hat aber jetzt mit ebenfalls begrenztem Personalbestand ihre Arbeit begonnen. Damit werden nun die Möglichkeiten geschaffen, nicht nur am Klienten selbst – wenn es gewissermaßen schon reichlich spät ist – zu arbeiten, sondern in die Universität selbst hineinzuwirken, damit belastende Bedingungen frühzeitig erkannt und beseitigt werden können. Die prophylaktische Arbeit zur Vorbereitung auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen an der RUB soll dann schon an den Schulen beginnen.«[29]







Anmerkungen

1 Helmut Färber, Baukunst und Film. Aus der Geschichte des Sehens, München 1977, S. 38 f.
2 Technische Universität Ruhrgebiet. Memorandum der Stadt Bochum vom 1.12.1960, S. 2
3 F. Hallauer, Die Ruhruniversität Bochum im dritten Baujahr, in: Die Bauverwaltung 5/1966, S. 272
4 rh: Der Irrationalismus mit der »Rationalität«. Vorbemerkungen zu einer Architekturkritik der Ruhr-Universität, in: Ruhr-Reflexe. Zeitschrift der Studentenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, 4/1967, S. 12
5 F. Hallauer, Die Ruhr-Universität Bochum. Ein organisatorischer und fertigungs-technischer Wendepunkt?, in: fördern und heben 5/1968, S. 264
6 Ingenieurbüro J. Rüping, Anwendung moderner Organisationsmittel für Planen und Bauen an der Ruhr-Universität Bochum, in: Die Bauverwaltung 12/1965, S. 801
7 ebd., S. 807
8 Das PERT-System ist eine Netzplantechnik mit dem Ziel, »umfangreiche und vielschichtige Entwicklungs- und Bauaufgaben möglichst überschaubar zu gestalten, damit eine rechtzeitige und vorausschauende Steuerung möglich ist.« ebd., S. 807, PERT-COST zielt dabei speziell auf Zeit- und Kostenoptimierung ab.
9 ebd., S. 807

10 Bosshard/Einsele/Grüneke/Stierand, Neue Universitäten im Ruhrgebiet. Zur Universitätsplanung im industriellen Ballungsraum, in: Baumeister 8/1971, S. 932
11 H. Thol/D. Diesner, Ruhr-Universität Bochum. Halbzeit im Universitätsbau, in: Die Bauverwaltung 2/1970, S. 70
12 F. Hallauer, Ruhr-Universität Bochum - eine Revieruniversität?, in: Baumeister 8/1971, S. 926
13 ebd., S. 926
14 Bosshard u.a., a.a.O., S. 929
15 F. Hallauer, Die Ruhr-Universität im dritten Baujahr, a.a.O., S. 272
16 Heinrich Kost, zit. nach: Nachruf auf Dr. Ing. E.h. Heinrich Kost, in: Jahrbuch Ruhr-Universität Bochum 1978, S. 7
17 Planungsbüro Umlandplanung Ruhr-Universität Bochum, Ruhr-Universität Bochum. Die »Universitätswohnstadt« Teil II. Das Wohnstadt-Zentrum, in: Die Bauverwaltung 12/1966, S. 726
18 F. Hallauer, Die Planungsgrundsätze für die Ruhr-Universität Bochum, in: db - Deutsche Bauzeitung - Die Bauzeitung - Vereinigt mit 'baukunst und werkform', 6/1966, S. 457 f.
19 F. Hallauer, Ruhr-Universität Bochum - eine Revieruniversität?, a.a.O., S. 926
20 F. Hallauer, Werden und Gestalt der Ruhr-Universität Bochum, in: Die Bauverwaltung 5/1965, S. 331
21 F. Hallauer, Planungsgrundsätze für die Ruhr-Universität Bochum, a.a.O., S. 458
22 Helmut Hentrich/Hubert Petschnigg, Die Ruhr-Universität Bochum, in: db - Deutsche Bauzeitung - Die Bauzeitung - Vereinigt mit 'baukunst und werkform', 6/1966, S. 460
23 H. Hentrich/H. Petschnigg, Ruhr-Universität Bochum, in: Baumeister 12/1965, S. 1385
24 Maximilian Thurn, Die Bauidee der Ruhr-Universität. Eine kritische Würdigung, in: Materialien zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum. Bauidee und Baugeschehen, Bochum 1972, S. 100
25 H.J. Taurit, Freiraumplanung Ruhr-Universität, in: Garten und Landschaft 1/1969, S. 4
26 Adolf Schmitt, Kolloquium über Universitäts-Grünplanung, ebd., S. 3 f.
27 K. Esser, Ruhr-Universität Bochum - Botanischer Garten. Aufgaben des Botanischen Gartens im Bereich der Universität, in: Die Bauverwaltung 12/1968, S. 678
28 Eva Jaeggi, Beratungsstelle für Studenten: Ein überflüssiger Luxusartikel? (Bericht aus dem Studienbüro), in: Jahrbuch Ruhr-Universität Bochum 1969, S. 90
29 Berichte der zentralen Einrichtungen, II. Studienbüro, in: Jahrbuch Ruhr-Universität Bochum 1973, S. 226

Dominique Vanoli

DIE SEIDENKLÖSTER

Die Geschichte bleibt stumm

Den glorreichen Lyoner Seidenwebern (canuts) könnte man wegen ihrer hartnäckigen Revolten den Siegerkranz der französischen Arbeiterbewegung verleihen. Lyon: 1830 - 1831 - 1834 - 1848 - 1849: 20 Jahre revolutionärer Geschichte. Aber wer kennt schon die Geschichte ihrer unbekannten Stellvertreterinnen, der Seidenweberinnen, die Geschichte ihrer Unterdrückung, ihrer Revolten?
Auch sie stellen die luxuriösen Kleider der »Großen dieser Erde« her und sind der kapitalistischen Arbeit in befestigten Industrieinternaten - aber auch den Utopien - gegen die soziale Unordnung unterworfen. Utopien - denn die Revolte macht vor diesen Bastionen der Arbeit, der Moral und der Religion nicht halt. Zwischen 1890 und 1914 kann man in der Seidenindustrie (Weben, Spinnen und Zwirnen) mindestens 300 Frauenstreiks zählen; mehrere davon in den Internaten.
»Sie haben gespürt, daß es die Frau ist, mit der man beginnen muß, daß sie es ist, mit der man den Sozialismus und seine abscheulichen Lehren bekämpfen muß, und daß der Mann an der Seite einer tiefgläubigen Christin nicht lange ein furchtbarer Sozialist bleiben wird.«[1]
Ergreift einer das Wort, schweigen die anderen. Angesichts der Arbeiterrevolten begannen die Unternehmer von Lyon ab 1831 nach Lösungen zu suchen. Die Löhne waren zu sehr gestiegen. Diesem ökonomischen und politischen Problem boten sich technische Lösungen an. Die Webstühle wurden vereinfacht und konnten so von Frauen und dann von Kindern bedient werden. Es sollten dort also hauptsächlich Kinder und junge Mädchen eingestellt werden. Dieser Bruch mit der Tradition geht einher mit der Entwicklung und dem Verfall der Korporationen. Diejenigen, die man »patrons« nennt, rekrutieren sich aus Fabrikanten und Händlern, die Handwerksmeister, die eine begrenzte Anzahl von Webstühlen besaßen, für sich arbeiten ließen. Der Meister arbeitete an einem Webstuhl und vermietete die übrigen an Gesellen; Gesellinnen gab es sehr wenige. Das Reglement der Korporationen wurde mehr und mehr überschritten, was die Konzentration der Produktionsmittel in einer immer kleiner werdenden Anzahl von Händen ermöglichte. So konnten die enteigneten Seidenweber (canuts) durch Weberinnen ersetzt werden, Arbeiterinnen, deren Qualifikationen mit zunehmender Mechanisierung abnahmen. Zur Lohnsenkung aufgrund der Dequalifikation kommt die alters- und geschlechtsbedingte hinzu. Doch blieb der Ersatz der Männer durch Frauen nicht die einzige Lösung. Da die Frauen in Lyon den Aufständen nicht fernblieben, und das soziale Klima in der Stadt sehr bewegt war, wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Webereien in die ländliche Umgebung verlegt. Mit zunehmender Mechanisierung orientierten sie sich nach Südosten und konzentrierten sich im Isère, in dem Voiron zum wichtigsten Zentrum wird. Im Südosten standen ausreichend Wasserkraft und überschüssige weibliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Zwar bleibt Lyon das Finanzzentrum der Seidenindustrie, aber 90% der Stoffe werden 1890 woanders hergestellt. Zu einer Zeit, wo die manufakturelle und dann die industrielle Konzentration die Städte erobert, weichen die Webereien in die entlegensten Dörfer aus.

»Die Seidenspinnereien wurden zu richtigen Frauenzuchthäusern.«[2]
In den Spinnereien dagegen waren die Arbeitskräfte traditionellerweise immer weiblich und ländlicher Herkunft gewesen. Die einzige Veränderung, die eintrat, war – ebenso wie beim Weben – der Übergang von der Arbeit im Hause zur Arbeit in der Fabrik. Okzitanien mit den Departements Ardèche, Gard und Hérault kennt diese Produktion seit Jahrhunderten.
Ohne Erfahrungen mit kollektiven Arbeitsformen und Revolten mußten die jungen Bäuerinnen des Südostens neben der »normalen« Ausbeutung noch die Tortur erleiden, ihre ganze Jugend (von 12 bis 21 Jahren) in »Seidenklöstern« eingesperrt zu sein, in denen das Patronat und die Kirche ihnen mit dem Einverständnis ihrer Familie die harten »Tugenden« der Arbeit und der Moral, deren »höchste« die Unterwerfung ist, vermittelten. Der Anstaltsgeistliche von Montboucher definiert ganz deutlich das Ziel des Systems: *»Man muß die Arbeiterklasse moralisieren«...»Im übrigen sollte jeder Industrielle darauf bedacht sein, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften. Wie kommt es, daß jene, die so reden, nicht ein solches System übernehmen, das ihrer Meinung nach so prächtige Gewinne garantiert?«* Meistens erhielten die Arbeiterinnen keinen Lohn: *»Als erste Vergütung der von ihnen geforderten Arbeit werden ihnen Nahrung, Unterkunft, Licht und Beheizung gewährt; ihre Wäsche wird in der Fabrik gewaschen und darüber hinaus wird ihnen ein Bett zur Verfügung gestellt«...»je nach Fähigkeit und Qualität ihrer Arbeit werden die Arbeiterinnen in drei Gruppen eingestuft. Diese Einstufung wird alle drei Monate erneuert«.*[3]
Nur die beiden ersten Gruppen erhielten Prämien. Die Arbeiterinnen erhielten davon nur die Hälfte, die andere Hälfte floß in die Unterstützungskasse.
»Es handelt sich um eine Anpassung und Verfeinerung der Apparate, die das alltägliche Verhalten der Individuen, ihre Identität, ihre Tätigkeit, ihre scheinbar bedeutungslosen Gesten erfassen und überwachen.«[4]
Das 1835 gegründete Internat von **Jujurieux** im Ain stellt den ausgeprägtesten Typus dieser Art von Einrichtungen dar. Es ist das erste, wird Vorbild, und die Einsperrung, die dort vorgenommen wird, bleibt unerreicht. Durch die patronale Leitung unterscheidet sich das Industrieinternat grundsätzlich von der Nähstube eines Klosters. Die Nonnen sind hier nur Angestellte des Patrons und reproduzieren außerhalb der Arbeitsstunden eine ähnliche Hierarchie, die während der Arbeitszeit in der Fabrik herrscht. Das Internat von Jujurieux arbeitete seit seiner Gründung mit mechanischen Antrieben wie die großen Internate, die in der Folgezeit gegründet wurden. Die Arbeiterinnen führten dort alle Arbeitsgänge der Seidenherstellung vom Spinnen bis zum Weben durch. *»Die jungen Mädchen kamen etwa zu einem Sechstel aus dem Findelhaus von Lyon; die anderen wurden auf Empfehlung Geistlicher oder von Personen, die die Einrichtung kannten oder selbst dort angestellt waren, aufgenommen.«*[5] Es war die größte mechanisierte Einrichtung und blieb es bis 1914. 1896 waren dort 1800 Mädchen, davon 1500 Interne, und eine große Anzahl von Heimarbeitern beschäftigt. Reybaud schätzt die Gesamtzahl der Mädchen, die im ganzen Südosten diesem System unterworfen waren, auf 40.000. 1906 sind es ungefähr 100.000. In Tarare dauert *»die Lehrzeit ... 3 Jahre, ein Monat Pflichtprobezeit nicht eingerechnet«*[6]. Im allgemeinen wird der Vertrag für den Zeitraum von 3 Jahren verlängert. Bei den Lehrmädchen wird noch stärker Wert auf Gehorsam gelegt: *»Jedes Lehrmädchen, das das Haus vor Ablauf seines Vertrages verläßt oder wegen schlechten Benehmens, Mitgliedschaft in Vereinigungen, Teilnahme an Rebellionen, Faulheit oder eines schweren Verstoßes gegen das Reglement entlassen wird, verliert seinen Anspruch auf den Lohn des laufenden Jahres;*

darüberhinaus muß der Vater oder Vormund der Schülerin sich verpflichten, dem Direktor der Einrichtung wegen Vertragsverletzung als Entschädigung die Summe von 100 F zu zahlen. Die Hälfte davon wird an das Fürsorgeamt der Gemeinde der Schülerin gezahlt.«[7] Wenn dadurch die Mädchen nicht zur Besonnenheit gebracht werden! Die Eltern, in meisten Fällen gläubige und unpolitische Bauern, sind froh, wenn sie eine Tochter loswerden und dafür noch Geld bekommen. So können sie der Tochter eine Mitgift geben und eine gute Partie (mit Land) suchen. Und in der Tat werden die Mädchen nach Verlassen des Internats verheiratet, nachdem sie viele Jahre in Unterwürfigkeit festgehalten und nun zu fleißig arbeitenden und fügsamen Ehefrauen vorbereitet worden sind.

»Wenn ein junger Arbeiter oder Bauer, der in der Nähe der Fabrik wohnt, sich zu verheiraten wünscht, so wird er beim Direktor vorstellig, der sich mit soviel Sorgfalt nach seinen Verhältnissen erkundigt, als handele es sich um eines seiner eigenen Kinder. Und wenn er die erhaltenen Auskünfte für gut befindet, so willigt er in die Heirat ein.«[8] *»Die Nonnen unterstützen gern diese Verbindungen und der Gründer der Einrichtung nimmt regen Anteil daran. Er verheiratet gerne seine Arbeiterinnen und sucht ihnen im Bedarfsfall auch eine Partie. Manchmal regelt er die Verträge und nimmt persönlich an der Zeremonie teil. Das ist dann ein großes Glück für Braut und Bräutigam und ein Freudenfest für das Haus, dann wird die Kapelle geöffnet und der Altar mit Blumen und Kerzen geschmückt; die Orgel ertönt unter dem Gewölbe, wozu sich der Gesang gesellt; kein anderes Fest bewegt die Herzen tiefer. Für die Nonnen geht jemand aus der Familie weg und für die Mädchen ist es eine erfreuliche Perspektive; auch sie werden ihren Tag erleben und sind umso eher geneigt, fleißig und folgsam zu sein, um die Zeit bis dahin zu verkürzen.«*[9] Das ganze Leben der Arbeiterinnen wird durch das Internat bestimmt. Die Arbeiterinnen von Jujurieux sind von den jungen Bauern sehr begehrt: *»Diese Verbindungen mit den Arbeiterinnen von Jujurieux kommen sehr häufig vor, da diese in dem Ruf stehen, folgsam zu sein und eine gute Erziehung genossen zu haben.«*[10] Die guten Arbeiterinnen haben bessere Chancen als die anderen: *»Im allgemeinen gibt der Verdienst Auskunft über Geschicklichkeit und gutes Benehmen der Mädchen. Er erleichtert ihnen die Gründung eines Hausstandes, nicht nur, weil die jungen Bewerber so besser ihre guten Qualitäten feststellen können, sondern auch, weil die durch ihre Arbeit akkumulierten Ersparnisse höher sind als die ihrer Kolleginnen.«*[11] Dieser *»gute Ruf«* der Anstalt erlaubt dem Patron die Einführung eines Auswahlverfahrens, das sich an den Berichten der Dorfpfarrer orientiert, die Auskunft über die Moral der Bewerberinnen geben: *»Der Direktor wird in der Fabrik als Arbeiterinnen nur solche Personen zulassen, die entweder gute Zeugnisse oder einen guten Leumund besitzen.«*

In einigen Internaten kommen die Arbeiterinnen praktisch nie nach Hause. In der Séauve *»können die Lehrlinge nur alle sechs Wochen ausgehen«*[12]. In den meisten anderen Internaten können die Arbeiterinnen Samstag abends nach Hause gehen und kommen Montag früh wieder zur Fabrik zurück. Oft wohnen sie 10 oder 20 Kilometer entfernt und müssen die ganze Nacht hindurch gehen. Wenn sie ihre Verpflegung für die Woche von zu Hause mitbringen, erhalten sie einen höheren Lohn.

Von innen als auch von außen sehen die Internate wie Klöster aus, *»obwohl dort keine Gelübde abgelegt werden«*[13]. Es geht darum, die *»religiöse Energie«*[14] auf die Industrie anzuwenden. Die im 19. Jahrhundert gebräuchlichen Begriffe für Fabrik wie Gefängnis, Zuchthaus, Kloster, Kaserne, Festung, werden für die Internate zur gängigen Bezeichnung. In Tarare *»stört nichts die Ruhe, die die Zurückgezogenen genießen«*[15], obwohl die Arbeiter

der benachbarten Fabrik das Internat den Eltern gegenüber, die ihre Töchter dort abholen, »*Cayenne*«[15a] schimpfen. Die Arbeiterinnen des Internats Permezel in Paviot in der Nähe von Voiron nennen die Wagen, die sie in die Fabrik bringen, »Galeeren«. Diejenigen Arbeiterinnen, die am Sonntag nicht nach Hause gehen, gehen nicht einmal immer zur Messe hinaus, denn oft gibt es in der Fabrik eine Kapelle. Sie haben nicht die geringste Freiheit, den harten einengenden Disziplinarstrukturen zu entgehen. Die ganze Woche über ist es untersagt, bei der Arbeit, im Eß- und Schlafraum zu sprechen. Nur die Pausen sind etwas lebhafter, obwohl die Gespräche überwacht werden und es verboten ist, zu laufen oder zu schreien. Der größte Teil der Arbeiterinnen, die dort eingesperrt sind, sind Italienerinnen und Waisenkinder. »*Und folgendermaßen hat man sie aus Italien herausgeholt: Monsieur Permezel schickte seinen Direktor in Begleitung des Geistlichen nach Italien, um in Piemont Frauen und Kinder anzuwerben. Man versprach ihnen 3 F pro Tag, 25 F für die Lehrzeit, die Übernahme der Fahrtkosten und eine jährliche Reise nach Hause... Aber! Einmal in dem Kerker angekommen, sahen die Dinge ganz anders aus. Unmöglich, nach Italien zurückzukehren, denn was sie verdienten, reichte kaum zum leben*« ... »*Es stimmt, daß die Fabrik Permezel keine Ausnahme ist. Hier ist auch die Fabrik Ruby in Paviot zu nennen. Ja, es handelt sich hierbei um Waisenkinder, die der allzu berühmte Abbé Santol aus Paris besorgt hat. Einmal im Zuchthaus, hatten diese jungen Mädchen kaum eine Chance, dort jemals wieder herauszukommen. Selbst in den Fabrikräumen werden sie streng von Nonnen bewacht, die ihnen sogar das Sprechen verbieten, und auf keinen Fall dürfen sie sich in roten Gewerkschaften organisieren... Und mit diesen Ahnungslosen hat man in Voiron eine gelbe Gewerkschaft gegründet.*«[16]

Dieser Typ von Internat funktioniert durch Repression, bei der die Disziplin durch zwei hierarchische Strukturen erzeugt wird.

»*Die Arbeiterin hat allen Personen, die mit ihrer Überwachung beauftragt sind, Ehrfurcht und Gehorsam entgegenzubringen.*«

Die Unterwerfung der Körper

»*Eine unkontrollierte Arbeiterin wird nie gute Arbeit leisten.*«

An der Spitze der Hierarchie thront der Patron, von seinen Untergebenen mit hohem Ansehen bedacht; weit weg und bei den Arbeiterinnen fast unbekannt, hat er alle Trümpfe des Paternalismus in der Hand, wie aus verschiedenen Zitaten deutlich wir. Gott, der Patron und der Vater sind eine dreifache Macht, die man achtet und fürchtet. In Konflikten wird der **Patron** sehr oft als Schlichter betrachtet, als Wohltäter, der von seinen Angestellten, die die Arbeiterinnen schlecht behandeln, hintergangen wird. »*Im Haupthaus weiß man nicht, was hier passiert; man weiß nichts von den enormen Beträgen, die man uns von unserem Anteil (dîme) einbehält, sei es durch die Bußgelder oder durch jeden Webstuhl.*«

Durch die gesellschaftliche Anerkennung wird diese Meinung noch verstärkt und Bonnet, dem Patron von Jujurieux, wird 1844 die »Légion d'Honneur«[16a] verliehen und er wird anschließend zum Offizier ernannt.

»*Der Direktor ist Repräsentant der Verwaltung, von der alle Entscheidungen und Regelungen ausgehen*« ... »*Ihm obliegt die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Moral und der Disziplin, die zwar nicht die Disziplin eines Militärcorps oder einer religiösen Gemeinschaft ist, die aber dennoch streng und kontinuierlich überwacht werden muß.*«[17] Die Direktoren sind es, die für die Situation der Arbeiterinnen verantwortlich gemacht werden. In Jujurieux werden anläßlich des ersten Streiks im Jahre 1896 der Direktor und die

Direktorin, seit 1886 Schloßherren in der Gegend, voller Haß in den Artikeln der regionalen sozialistischen Zeitung angeklagt. Aber der Direktor *»kann selbstverständlich nicht allein auf alle Kleinigkeiten achten; deshalb hat er auch die Vorarbeiter unter sich.«*
»Die Vorarbeiter haben nicht nur die Aufgabe, in den ihrer Aufsicht unterstellten Räumen auf gute Fabrikation zu achten, sondern auch überall für die Einhaltung und Ausführung des internen Reglements zu sorgen. Sie können in den Fällen, die später genau bestimmt werden, Geldstrafen auferlegen, den Arbeiterinnen Rügen erteilen, ihnen wöchentlich Zensuren geben, auf Sauberkeit der Werkstätten achten etc. etc.« ... »Er muß jederzeit in der Lage sein, den Patrons oder dem Direktor des Hauses Auskunft über den Betrieb aller seiner Aufsicht unterstellten Webstühle zu geben, ebenso über die Arbeiterinnen, die diese bedienen.«[18] Diese Härte, die man von ihnen verlangt und die sie die Arbeiterinnen unmittelbar spüren lassen, macht sie zu den unerträglichsten Unterdrückern. Und schließlich überwacht ein Arzt die körperliche Arbeitsfähigkeit: *»Die Arbeiterinnen schulden ihm Dankbarkeit und haben seinen Anweisungen uneingeschränkt Folge zu leisten.«*[19]
»Wir werden über Ihre Arbeiterinnen nur in der Zeit, in der sie nicht von Ihnen beschäftigt werden, verfügen, um sie zu lehren, Gott zu erkennen und zu lieben, zu ihrem Seelenheil beizutragen, Ihnen zu gehorchen und Ihr Eigentum zu respektieren.«[20]

Die Unterwerfung der Seele

Gott, unbestrittene und höchste Autorität, steht an der Spitze dieser zweiten Hierarchie. Die **Superiorin** dirigiert die Tätigkeiten der Nonnen.
»Außerhalb der Werkstatt braucht der Vorarbeiter sich nicht um die Arbeiterinnen zu kümmern, die Aufsicht obliegt dann den Nonnen« ... »Wegen des großen Vertrauens in ihren glücklichen und heilsamen Einfluß haben die Eigentümer der Fabrik von La Séauve die Nonnen von Saint-Joseph geholt, damit sie durch ihr Wirken dazu beitragen, in der Anstalt einen im Sinne der Patrons aufrichtigen religiösen Charakter herrschen zu lassen.«
»Der Geistliche schließlich, als Arzt für die Seele, achtet auf den moralischen Gesundheitszustand der Arbeiterinnen.
Der Geistliche kommt an Sonn- und Feiertagen, um die Messe zu lesen. Es ist selbstverständlich, daß alle Arbeiterinnen und Lehrlinge mit Andacht daran teilnehmen... Der Geistliche hält jeden Sonntag Unterricht in Form von Predigten oder für alle Zuhörer verständlichen Vorträgen. Am Sonntag vor der Vesper lehrt er die Lehrlinge den Katechismus, woran auch die Arbeiterinnen teilnehmen sollen. Die Lehrlinge, die Arbeiterinnen und alle Arbeiter schulden dem Priester Respekt, der ihm nicht nur als Geistlicher sondern auch als Beichtvater gebührt.«[21]
Mehrere Dutzend religiöse Gemeinschaften haben sich in den Dienst der Industrie gestellt. Einige sind eigens zu dem Zweck gegründet worden, die Aufsicht in den Werkstätten der Seidenindustrie zu übernehmen, wie der Orden der »Saints Coeurs de Jésus et Marie«, gegründet 1851 in Recoubeau im Drôme: *»Die Satzung der Kongregation ist entsprechend den Erfordernissen der Fabrik verfaßt worden, um Hindernisse, die die industrielle Arbeit stören könnten, zu vermeiden«*[22]. Man findet diese Orden in sehr vielen Webereien, unter anderem in der von Montboucher, von der Reybaud sagt: *»Man würde eher annehmen, es sei ein Kloster als eine Weberei«.*

Der Stundenplan

»Die Freiheitsberaubung ist also so vollkommen wie nur möglich, und die Zeit wird einge-

teilt in Arbeit und geistliche Übungen, von einigen Zerstreuungen begleitet«[23].
Tarare: *»Die effektive Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Sommers wie winters beginnt der Tag um 5 Uhr und endet um viertel nach 7. Es wird zwischen halb 8 und viertel nach 8 gefrühstückt. Von 12 bis 1 Uhr wird zu Mittag gegessen, von 5 Uhr bis halb 6 das Vesperbrot eingenommen und von 7 bis viertel nach 7 zu Abend gegessen. Nach dem zweiten Jahr erhalten die Schüler Lese-, Schreib- und Rechenunterricht. Es wird ihnen Nähen und ein wenig Kochen beigebracht«.* 1896 läuft in Jujurieux der Tag folgendermaßen ab: 5.00 Uhr Aufstehen, Gebet, Kaffee. Arbeit: von 6.00 bis 8.30 Uhr. Ruhepause: 8.30 bis 9.00 Uhr; Essen. 9.00 bis 12.00 Uhr: Arbeit. Mittagessen: 12.00 bis 12.30 Uhr. 12.30 Uhr bis 13.00: Pause. 13.00 bis 16.00 Uhr: Arbeit. 16.00 bis 16.30: Ruhepause, Vesperbrot. 16.30 bis 19.30: Arbeit. 19.30: Abendbrot, anschließend eine viertel Stunde Pause. Beten, dann Zubettgehen. Früher gab es in Jujurieux nicht jeden Tag Kaffee: *»Sonntags, dienstags und donnerstags gab es Milchkaffee, und das war ein großes Fest für das ganze Haus. Der Direktor bestätigte uns, daß der Mehraufwand für den Kaffee durch einen Anstieg der Arbeitsleistung aller Arbeiterinnen und besonders der an den Abdampfschalen beschäftigten, bei weitem wettgemacht würde; und auch die Qualität der Produkte habe sich verbessert«*[24].
La Séauve: *»Die Arbeiterinnen müssen beim Glockenschlag aufstehen und sobald das Wasser eingelassen wird, in die Werkstätten herunterkommen. Um 5 Minuten vor acht wird in den Werkstätten das Morgengebet verrichtet. Von dort aus begibt man sich in den Eßsaal, um zu frühstücken... Um 9 Uhr, wenn die Glocke läutet, wird im Eßraum das Abendgebet gesprochen, wonach sich die Arbeiterinnen in die Schlafräume begeben«.*
Sonntags: *»Die Arbeiterinnen stehen um 6 Uhr auf und nachdem sie sich angezogen haben, gehen sie in die Kapelle hinunter um dort unter Anleitung der Nonnen das Morgengebet zu sprechen; darauf folgen geistliche Übungen, die bis zum Frühstück dauern. Für diejenigen Arbeiterinnen, die die Sakramente empfangen wollen, findet um 9 Uhr morgens die Messe statt. Erst nach der Messe können die Arbeiterinnen, die an diesem Tag Ausgang haben, die Fabrik verlassen, wohin sie um 8 Uhr abends wieder zurückgekehrt sein müssen. Nach der Messe gibt es eine Pause bis halb elf. Anschließend werden die Arbeiterinnen, die nicht ausgehen, bis viertel vor zwölf unter Leitung der Nonnen mit Lesen und Schreiben beschäftigt. Um halb eins Mittagessen, von ein bis zwei Uhr Pause, von 2 Uhr bis 3 Uhr Katechismus. Nach der Vesper können die Nonnen, wenn das Wetter es erlaubt, mit den Lehrlingen und Arbeiterinnen Spaziergänge machen, die in der schönen Jahreszeit bis 7 Uhr ausgedehnt werden können. Bei schlechtem Wetter wird anstelle der Spaziergänge gemeinsam gelesen. Alle Arbeiterinnen sollen daran teilnehmen«*[25].
Nähen, für mildtätige Zwecke oder für die Aussteuer ist eine wichtige Tätigkeit außerhalb der Arbeitsstunden: *»Es ist ihr Ehrgeiz, sich durch ihre Arbeit eine vollständige Aussteuer zuzulegen, um an dem Tag, an dem sie die Fabrik verlassen, einen größeren und volleren Koffer zu haben als ihre Kolleginnen«.* Von Kindheit an werden sie auf die Ehe vorbereitet: *»Eine der vorrangigsten Wissenschaften für die Frau ist es, mit der Nadel umgehen zu können, Wäsche zu pflegen und einen Haushalt nach den Regeln der Ordnung und einer vernünftigen Sparsamkeit zu führen.«*
»Die Arbeiterinnen werden zur rechten Zeit geschult«.[26] Und gut konditioniert... *»Sie bekommen in Jujurieux so gute Grundsätze von Ordnung und Sparsamkeit beigebracht, daß die meisten von ihnen anscheinend keine Minute verlieren wollen und ihre Pausen strickend und nähend verbringen. Sie stricken sogar auf dem Weg zu den Mahlzeiten und*

während sie von dort zurückkommen. In den Zwischenzeiten, die durch den Arbeitsvorgang entstehen, oder sobald ein Webstuhl stehenbleibt, haben sie ihr Strickzeug sofort zur Hand; sobald irgendeine Unterbrechung eintritt oder die Glocke zum Essen läutet, werden die Nadeln in Bewegung gesetzt«[27].

Kein Wunder, daß man die Stimmen derer, die so von der Welt abgeschnitten sind, nicht hört! Das verleiht den zwei Tagen der Revolte von ungefähr hundert Arbeiterinnen von Jujurieux nach 61 Jahren gemeinsamer Unterwerfung ihre große Bedeutung. Die Revolte dringt in die am besten gegen sie geschützten Orte ein. Verstummt zwar neben den Parolen der proletarischen Männer, haben auch die Arbeiterinnen angesichts der Unterdrückung, der sie ausgesetzt waren, ihre gewaltigen Revolten gehabt. Nur eine einzige Arbeiterin, **Lucie Baud**, erzählt von den Kämpfen, die sie geführt hat, denen von Vizille 1905 und von Voiron 1906. Um etwas über die anderen Kämpfe zu erfahren, muß man auf Behördenakten und auf die lokale Presse zurückgreifen.

»Was! Das sollen Streikende sein? Soll sich die abschreckende Hydra der direkten Aktion und der Sabotage, um besser entlarvt werden zu können, diese angenehme Verkleidung von hübsch aufgeschürzten Kleidern zugelegt haben?«[28]

Streiks waren in der Seidenindustrie keine Seltenheit. Das Jahr 1893 erfährt eine sehr wichtige Bewegung in den Spinnereien der Ardèche wegen der Anwendung des Gesetzes vom 2. November 1892, das die Arbeitszeit für Kinder auf 10 Stunden beschränkt. Im darauffolgenden Jahr jedoch legen 22 Einrichtungen des Kantons Marcols-Saint-Pierreville, von denen 17 am Streik von 1893 beteiligt waren, die Arbeit aus entgegengesetzten Gründen nieder. In der Bewegung von 1893 wurden keine politischen Auseinandersetzungen geführt, die es den Arbeiterinnen erlaubt hätten, sich den patronalen Argumenten, die eine Arbeitszeit von 11 Stunden befürworteten, zu widersetzen. Einer der Patrons erläutert dem Präfekten der Ardèche den Streik: *»Es handelt sich keineswegs um einen Streik, wie zu Unrecht behauptet wird, sondern um einen Protest gegen das Gesetz vom 2. November 1892, dessen rigorose Anwendung für die Arbeiter genauso wie für die Patrons von Nachteil ist. Es bleibt zu hoffen, daß der Arbeitstag von 11 Stunden zugelassen wird, wenn man die französische Industrie nicht in eine ungünstige Position gegenüber anderen Ländern bringen will; in Italien zum Beispiel ist die Arbeitszeit in der Industrie um 20 bis 25 % länger und die Löhne sind um 40 % niedriger«*[29].

Worum es in den Kämpfen der Arbeiterinnen, die oft nach Leistung bezahlt werden, häufig geht, ist die **Norm**. Meistens repräsentiert die »Norm« nicht die durchschnittliche Leistung, sondern das erreichbare Maximum, das für den Großteil der Arbeiterinnen manchmal ein unerreichbares Ziel ist. Daraus ergeben sich Strafen, die den Lohn sehr belasten. Geld und persönlicher Ehrgeiz werden als Anreize zur Arbeit eingesetzt. Um den Ehrgeiz zu stimulieren, haben die Patrons in zahlreichen Fabriken Leistungstabellen eingeführt, auf denen für alle sichtbar die guten und schlechten Arbeiterinnen aufgeführt sind. Das Internat von Tarare kombiniert beide Anreize:

»Zur Ermutigung und völlig unentgeltlich werden die jungen Mädchen an jedem Monatsende folgendermaßen eingestuft:

1. *Klasse Monatsprämie 1 F 50 c*
2. *Klasse Monatsprämie 1 F -- c*
3. *Klasse Monatsprämie - F 50 c*
4. *Klasse Monatsprämie - F -- c*

Jeden Monat wird eine neue Klassifizierung vorgenommen, und die jungen Mädchen werden, wie sie es verdienen, höher oder niedriger eingestuft. Diese Einstufung beruht auf Beurteilung von Gesamtverhalten, Qualität und Quantität der Arbeit, Gelehrigkeit und Fleiß, etc.«[30].

Es entsteht eine Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen, aber es gibt gewisse Situationen, in denen dieses System zusammenbricht. Wie z.B. 1895 in Saint-Hippolyte du Fort (Gard); als zwei Arbeiterinnen wegen schlecht ausgeführter Arbeit entlassen werden, treten die Arbeiterinnen der beiden Fabriken des Patrons in den Streik. Sie fordern, daß alle Tafeln, die für jedermann sichtbar am Eingang der Fabrik hängen, entfernt werden. Dieselbe Forderung wurde bei dem Streik der Weberinnen der Fabrik Palluat in Largentière (Ardèche) 1907 aufgestellt. Eine solche Tafel gab es in sonst keiner Fabrik mehr. Die Arbeiterinnen, deren Leistung über dem Durchschnitt lag, verzichteten auf die ihnen gewährte Gratifikation. Um die zwischen ihnen bestehende Konkurrenz zu bekämpfen, forderten die Streikenden einen einheitlichen Tageslohn.

Oft war es so, daß bei kleinen Streiks in Dörfern von den klassenkampfunerfahrenen Arbeiterinnen keine Versammlungen abgehalten und auch keine Streikforderungen an den Patron gestellt wurden, da sie annahmen, daß er ausreichend über ihre Lage unterrichtet sei. Häufig zogen sie nur singend durch die Straßen und nahmen nach einigen Tagen die Arbeit spontan wieder auf. So z.B. 1898: *»Als sie erfuhren, daß sie als einzige in der Gegend 10 1/2 Stunden arbeiteten, haben sich die Spinnerinnen von Saint-Beauzille zusammengeschlossen, um, nachdem ihre Forderung nach einer 1/2-stündigen Arbeitszeitverkürzung bei den Patrons ungehört geblieben war, durch einen Streik ihre Unzufriedenheit zu demonstrieren. Da aber diese Forderung niemals Gegenstand eines regulären Vorgehens gegenüber den Patrons war und niemand gewagt hätte, die Initiative zu ergreifen, war die Forderung letzteren nur durch umlaufende Gerüchte bekannt und wurde gar nicht zur Kenntnis genommen. Waren sie erst einmal im Streik, so stellten die Arbeiterinnen keine offiziellen Forderungen auf. Sie nahmen an, daß der Anlaß ihres Streiks bekannt genug sei, und daß sie auch ohne offizielles Vorgehen zufriedengestellt würden«*.[31]

Meist jedoch bemühten sich die Arbeiterinnen, ihre Bewegung bekannt zu machen, sie stellten Forderungen auf und demonstrierten lauthals, vor allem vor den Fenstern der Patrons, wenn sie in der Gemeinde wohnten. Dies geschah z.B. 1905 in Vizille, als die Arbeiterinnen mit Verstärkung der meisten Frauen aus der Stadt dem Patron jeden Abend mit Töpfen und Kesseln bewaffnet ein »Ständchen« brachten. Der subversive Einsatz von Küchenutensilien als Musikinstrumente fand solch großen Gefallen, daß die Sozialisten sich darüber beunruhigten und den Streikenden nahelegten, doch endlich erwachsen zu werden. Das Schauspiel sollte jedoch noch vergnüglicher werden, denn die 150 Streikenden erhielten Verstärkung von 3000 Frauen aus Vizille und von den »Apachen«, Lyoner Straßenjungen, freiwillig oder unfreiwillig arbeitslosen Jugendlichen, deren Beschäftigung darin bestand, die Palisaden, die zum Schutz der Fabrik dienten, in Brand zu setzen, wobei sie immer von der Polizei gestört wurden. Die Sozialisten beschimpften diese »Apachen« als von der Polizei bezahlte Provokateure und die Polizei gab ihren Truppen Befehl, diese Anarchisten zu verhaften. Die Sozialisten hatten etwas gegen diese zügellosen Demonstrationen. Sie liebten die proletarische Ordnung, wie man aus dem Bericht über die »grandiose Demonstration« während des Streiks von Renage 1911 ersehen kann:

1) An der Spitze marschiert eine Gruppe von jungen Mädchen, die die rote Fahne tragen.
2) Danach kommen die Persönlichkeiten.

3) Dann die aktiven Sozialisten und Gewerkschafter von Renage.
4) Ihnen schließt sich das Streikkomitee an.
5) Schließlich kommen die 150 Streikenden, in Sonntagskleidern, mit roten Bändern in den Haaren und um die Hüfte, *»munter und lieblich«*, *»die der Demonstration einen festlichen Charakter verleihen«*.
6) Zum Schluß die Menge (3000 Personen), die sich zum größten Teil aus den Familien der Streikenden zusammensetzt.

Unter die sozialistischen und revolutionären Gesänge mischen sich Lieder, die während des Streiks entstanden sind. Vor den Wohnungen der Gelben werden Buhschreie ausgestoßen und bei der Abschlußkundgebung ergreift die «Bürgerin Durand«, Sekretärin der Textilgewerkschaft und stellvertretende Vorsitzende, nicht einmal das Wort. Die Sozialisten dagegen, die alle Männer sind, sprechen reichlich.

In den Fabriken, und vor allem in den Internaten, ist das Zusammenleben der Französinnen mit den Italienerinnen oder der Waisenkinder mit den anderen Arbeiterinnen nicht problemlos. Die rentableren Italienerinnen und Waisenkinder verdrängen die anderen. So führen in der Fabrik Permezel in Voiron die Internen zahlreiche Streiks, wobei die Französinnen in einem (1899) fordern, von den Italienerinnen in den Schlaf- und Eßräumen getrennt zu werden, da sie sich in einer Sprache, die sie nicht verstehen, verhöhnt fühlen. Man benutzt die »Ausländerinnen«, Italienerinnen ebenso wie Waisenkinder, als Instrument gegen die Streiks: *»Die Fabrik von Ecluse, Léon Armandy und Cie., die ein industrielles Waisenheim ist, beschäftigt ungefähr 200 Fremde am Ort, die zum größten Teil von einer Wohltätigkeitsorganisation aus Paris geschickt worden sind. Ähnliches gilt auch für die industriellen Waisenheime der Wwe. G. Armandy und Cie. Die Fabriken der Gebrüder Boutet beschäftigen ungefähr 40 Italienerinnen. Das sind also ungefähr 450 fremde Arbeiterinnen, die in den Seidenfabriken von Taulignan beschäftigt sind. Nachdem die Herren Boutet dem Friedensrichter schriftlich erklärt haben, daß, wenn die Arbeit nicht innerhalb kürzester Frist wieder aufgenommen würde und neue Streiks vorauszusehen seien, sie die Fabrik Guion, deren Eigentümer sie sind, in ein industrielles Waisenhaus umwandeln, und die Fabriken Berculle und Aubert, deren Mieter sie sind, schließen würden, ist zu befürchten, daß als Folge dieser Provokation der Groll der Arbeiterinnen sich gegen die industriellen Waisenhäuser wenden wird.«*[32]

Es ist bei den Streiks in den Internaten nur ein Fall von **Gewaltanwendung** der Arbeiterinnen bekannt, nämlich im Internat Genthon in Saint-Paul en Cornillon im Departement Loire im Jahre 1912: *»Einer Arbeiterin wurde vor drei Tagen, nachdem sie Apfelsinenschalen und eine Gabel in Richtung einer Aufseherin geworfen hatte, mitgeteilt, daß ihre Arbeit nach Ablauf von drei Tagen beendet sei. Dieselbe Mitteilung erhielten vier Kameradinnen, die für sie Partei ergriffen hatten, und als heute morgen gegen 10 Uhr diese 5 Arbeiterinnen aufgefordert wurden, sich im Büro einzufinden, um ihren Lohn in Empfang zu nehmen, wollten sie sich dieser Formalität nicht unterziehen. Die anderen Arbeiterinnen haben sofort die Arbeit niedergelegt, sich in den Haupthof der Fabrik begeben und Steine in die Fenster der Werkstätten und Speisesäle geworfen; dann haben sie sich in die Küche begeben, mehrere Küchenutensilien zerschlagen und daraufhin in einem Schlafraum alles umgeworfen.«*[33] Die Aufseherinnen des Internats, ehemalige Nonnen, waren sehr streng. Sechs jungen Mädchen wurde vorgeworfen, Sachschaden angerichtet zu haben und die Anführerin ist angeschuldigt worden, die Aufseherinnen bedroht zu haben. Sie sind 16 bis 21 Jahre alt. Die Presse spiegelt das Erstaunen der Bevölkerung über die Gewalt

wider, die die Mädchen an den Tag gelegt haben: »*Wohl niemals waren die Bänke der Strafkammer, die legendären Bänke, die im Ruf der Schandtat und Ehrlosigkeit stehen, so hübsch, so reizend geschmückt... Was können sie wohl getan haben, sie mit ihren strahlenden Gesichtern, und welches Verbrechen wirft ihnen die repressive Justiz vor? Welches Verbrechen? Sie haben die Freiheit der Arbeit mißachtet und sich in der Fabrik ihres Patrons zu einer regelrechten Plünderung hinreißen lassen.*«[34]

Der einzige Streik, der in **Jujurieux** stattgefunden hat, **1896**, ist von externen Arbeiterinnen durchgeführt worden. Doch dieser Streik erlangte große Bedeutung: »*Es ist das erste Mal seit mehr als einem halben Jahrhundert, seit Bestehen der Fabrik, daß die Arbeiterinnen sich weigern, den Anordnungen der Patrons gehorsam Folge zu leisten*«. »*Die Fabrik beschäftigt auf die eine oder andere Weise fast die gesamte Bevölkerung von Jujurieux. Die Väter, Mütter, Brüder und Schwestern der Streikenden arbeiten dort und zwar immer noch. Die Situation liegt klar auf der Hand. Der gute Wille des Herrn von Jujurieux reicht aus, um eine ganze Bevölkerung in Hunger und Elend zu stürzen. Und tatsächlich ist damit nicht gezaudert worden. Die Fabrik hat um sich herum Geschäfte organisiert, Bäckereien, Kurzwarengeschäfte, Lebensmittelgeschäfte usw., mit einem Wort, sie hat den ganzen Handel unter ihrem Dach vereint, und alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen ihre Konsumgüter und alles, was sie sonst brauchen, dort kaufen. Das also ist die Philantrophie der Patrons, ihre Menschenliebe; nicht nur aus der Arbeit, sondern auch noch aus dem, was der Arbeiter konsumiert, Profite zu schlagen*«... »*Man hat den Streikenden das Brot entzogen, man hungert sie aus*«... »*Woher sollen die Streikenden Brot bekommen? Für gewöhnlich versorgt die Fabrik sie damit, und um kein Geld zu verlieren, ist man darauf bedacht, das für die Bezahlung dieser Ware notwendige Geld von vornherein einzubehalten*«.[35]

Einer solchen Macht können die Streikenden nur zwei Tage standhalten. Aber auf jeden Fall haben sie es gewagt, ihrem Unwillen über eine Lohnsenkung, die mit technischen Verbesserungen begründet wurde, Ausdruck zu verleihen. Doch hat man die, die gestreikt haben, nicht vollkommen kleingekriegt; am 14. Juli, d.h. 4 Tage nachdem sie wieder angefangen haben zu arbeiten, verlassen sie die Fabrik und »*ziehen mit Pauken und Trompeten durch die Straßen des Dorfes und singen dabei die Marseillaise. Der Zug wird immer größer. Die Einwohner klatschen diesem Erwachen des Geistes der Freiheit Beifall. Mittags versammelt sich eine große Zahl von Bürgern und Bürgerinnen zu einem großen Essen, anschließend wird ein Volksfest organisiert. Die Sklavinnen, einmal ihren Ketten entkommen, hatten viel Freude dabei*«... »*Hoch die Arbeiterinnen von Jujurieux, ohne irgendwelche Hilfe habt ihr mit Euren zierlichen Händen das Joch, das Euch unterdrückte, abgeschüttelt*«.[36] Nur 120 Arbeiterinnen nahmen an diesen Aktionen teil, die anderen hatten Angst, einen Streik aus reiner Solidarität zu führen, denn sie waren von der Lohnsenkung nicht betroffen.

Die Internen führten keine Streiks von langer Dauer, außer wenn sie an einem Generalstreik beteiligt waren, der sie unterstützte, denn sie sind von den Patrons wegen ihrer Unterkunft abhängig. Die Externen, die freier sind, können länger Widerstand leisten.

In **Vizille** halten **1905** 200 Arbeiterinnen ihren Streik vier Monate lang durch und demonstrieren eine »*Energie, die man bei Männern häufig vermißt*«[37]. Seit einiger Zeit schon führten die Arbeiterinnen unter Leitung ihrer Delegierten, Lucie Baud, wegen der sich in der Fabrik ausbreitenden Arbeitslosigkeit Unterredungen mit dem Patron. Da diese ergebnislos blieben, beschließen sie einen Streik »*bis zum äußersten*«[38]. Sie organisieren Mahlzei-

ten für alle. Von den Sozialisten werden zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen mit der Bevölkerung organisiert. Die erste Demonstration ruft bei den Honoratioren der Stadt, die beim Präfekten um Schutz nachsuchen, Schrecken hervor. Der Patron beklagt sich über die tagtäglich stattfindenden Demonstrationen: »*Sehr geehrter Herr Präfekt. 8. April 1905. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, meinen Brief vom 4. März bestätigt zu finden. Seit 2 Tagen finden in Vizille unter dem Vorwand friedlicher Demonstrationen Szenen gröbster Unordnung statt, die eine tragische Wende zu nehmen drohen. Agitatoren jedweder Herkunft haben die Streikenden unserer Fabrik, mit denen sich die schlimmsten Elemente der Bevölkerung von Vizille solidarisiert haben, bis zum äußersten aufgewiegelt. Offensichtlich ist das Ziel dieser Ausschreitungen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch in der Fabrik arbeiten, zu terrorisieren. Eine Wiederholung solcher Szenen, die gestern und vorgestern stattgefunden haben, gibt uns Anlaß zur Befürchtung neuer schwerer, ja sogar blutiger Auseinandersetzungen. Es erscheint uns unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Ordnung, solche Demonstrationszüge zu dulden, die zum größten Teil aus Betrunkenen bestehen, die nachts unsere Scheiben einwerfen, unsere Zäune niederreißen und unserem Personal gegenüber Morddrohungen ausstoßen. Die Demonstranten von gestern Abend haben sich mit Stämmen bewaffnet, die sie aus unseren Einzäunungen herausgerissen haben, und diese mehr als einen Kilometer mitgenommen, offensichtlich in der Absicht, sie als Rammböcke zu benutzen, um das Haupttor der Fabrik aufzubrechen. Dank der Anwesenheit des Polizeikommissars hat dieses Vorhaben nicht ausgeführt werden können, doch läßt eine solche Stimmung uns für die Zukunft neue Gewalttaten befürchten*«[39]. Der Patron drängt nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit, denn er ist in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Er wartet darauf, eine ausreichende Zahl von »Abtrünnigen« zu bekommen, um die Wiederaufnahme der Arbeit nach seinen Bedingungen zu organisieren. »*Der Patron schickte die Frau seines Chauffeurs und die seines Buchhalters zu den Arbeiterinnen nach Hause, um sie anzuwerben. Neunzehn von ihnen ließen sich verführen. Diese wenigen Abtrünnigen entschieden über das Schicksal des Streiks, der ein schnelles Ende fand*«[40]. Häufig werden Arbeiterinnen auf dem Lande geworben, die vom städtischen Zentrum des Streiks isoliert sind. Deshalb sind die Streikenden von Voiron 1906 darauf bedacht, daß ihre Kolleginnen vom Lande nicht sich selbst und den Lügen der Patrons überlassen bleiben. Lucie Baud wird aus Vizille verjagt, mit ihr werden 150 der 200 Streikenden entlassen. Im Februar **1906** findet sie Arbeit in **Voiron**. Im März bricht der Generalstreik aus, der einen einheitlichen Tarif auf lokaler und dann auf regionaler Ebene anstrebt. Die Gewerkschaft der mechanischen Weber von Lyon mit Joseph Auda an ihrer Spitze führt den Streik an, denn die Gewerkschaft von Voiron gibt es erst seit 1905. Sie ist folglich schwach, nur ungefähr 100 von den 1500 Arbeiterinnen und Arbeitern zählen dazu. Audas Rolle wird folgendermaßen definiert: »*Wir haben von unserem Recht Gebrauch gemacht, einen Redner zu haben, einen Fachmann der Seidenweberei, der in der Lage ist, uns zu verteidigen, und uns vor den Fallen zu warnen, die uns die Patrons stellen können*«[41]. Drei Monate lang beherrschen die Arbeiterinnen die Straße. Die reaktionäre Presse kann sich angesichts des entstehenden Bewußtseins der Frauen nicht zurückhalten: »*Wie überall und bei allen Streiks sind durch unsere Straßen lange Züge von Streikenden gezogen. Hinter der weit ausgebreiteten Fahne ertönt der chaotische Lärm revolutionärer und anderer noch schmutzigerer Lieder. Aber diese Gewalt der Worte ist die einzige, die unsere Demonstrantinnen anwenden. Doch die Leidenschaft, mit der die Arbeiterinnen diese blutrünstigen Worte hervorbringen, zeigt wohl, welche Gefahren die schuldhafte*

Geringschätzung durch die Behörden denen gegenüber zur Folge haben kann, die solche revolutionären Lieder wie die 'Internationale', die 'Carmagnole', oder 'Ça ira' verbreiten, wodurch unsere Nationalhymne, die 'Marseillaise' beinahe verdrängt wird. Diese subversiven Gesänge erregen bei diesen Individuen alle niederen Instinkte, säen Haß aus, den Anfang allen Übels, sie vergiften das Herz, indem sie den Verstand ausschalten.
Die Unglücklichen, die solche Lieder singen, denken sicherlich nicht über die Inhaltsschwere der Worte, die sie aussprechen, nach, noch bemerken sie, daß, wenn sie sich daran gewöhnen, solche unmenschlichen Gesänge vorzutragen, sie ihre Humanität beschämen. Diese barbarischen Hymnen im Munde der verführerischen Frauen machen selbst die schönsten von ihnen zu Mannweibern, zu abstoßenden Furien!!«[42]
Die größten Demonstrationen waren gegen die Gelben gerichtet. Der Präfekt schickte zum Schutz der Fabriken eine 3000 Mann starke Truppe (d.h. ein Mann pro Arbeiterin), darunter viele Dragoner: *»Um neun Uhr morgens sieht die Stadt düster aus. Der Bahnhof ist militärisch besetzt, kleinere Abteilungen sind an Straßenkreuzungen, vor Banken und mehreren Geschäften postiert; die Eingänge einiger Häuser sind von Soldaten besetzt. Ungefähr 100 Männer sind unter der Eisenbahnbrücke versammelt. 400 Dragoner stehen auf der Promenade und sind bereit, beim kleinsten Zeichen durchzuladen. Alle Fabriken sind von größeren Einheiten besetzt. Patrouillien von Gendarmen und Dragonern laufen durch die Stadt«.* Die Anwesenheit der Armee ließ die Gewalt eskalieren. Am 17. April hat am Bahnhof, wo die Gelben ankommen sollten, eine heftige Demonstration stattgefunden. Die Polizei versuchte, die Demonstranten auseinanderzujagen. Knallkörper und Steine werden nach ihnen geworfen. Es gibt einen Verletzten. Doch das Ziel der Streikenden ist erreicht, denn die Gelben können den Zug nicht verlassen und müssen die Nacht dort verbringen, bevor sie wieder nach Hause fahren können. Die Demonstration war um so wichtiger, als die Patrons für den Morgen die Arbeitsaufnahme mit den Gelben beschlossen hatten. Alle Korporationen von Voiron, d.h. 10.000 Arbeiter waren in den Streik getreten.
Selbstverständlich wurde die Demonstration zum 1. Mai verboten, sie sollte dennoch stattfinden. Ein öffentlicher Treffpunkt wird angegeben, aber die Soldaten treffen sich dort allein. Währenddessen haben sich 2.000 Arbeiter, die aus Voiron und Moirans kommen, in kleinen Gruppen in einem Wald versammelt. Um 16 Uhr setzt sich der Zug in Dorfrichtung in Bewegung. Es wird die 'Internationale' gesungen. Alle Straßen, die nach Voiron führen, sind gesperrt, doch vermeidet die Armee den Zusammenstoß mit den Demonstranten und läßt sie in 10er-Gruppen passieren. In Voiron werden die kleinen Gruppen angegriffen, und es entfesselt sich eine brutale Gewalt gegen die Frauen, die von Pferden getreten und schwer verletzt werden. Einige werden bis aufs Land gejagt. Dennoch wird eine Aktion gegen die Soldaten versucht, und Lucie Baud wird verhaftet, *»weil sie den Soldaten Zettel zugeworfen hat, die sie dazu aufforderten, nicht zu schießen«.* Ihre miserable Unterbringung hätte die Soldaten dazu bringen können, sich gegen ihre Offiziere aufzulehnen, sie wandten sich jedoch gegen die Streikenden, die sich noch über sie lustig machten. 1500 Frauen beschließen am 5. Mai ein Picknick zu veranstalten, in 10er-Gruppen und an einem für die Pferde unzugänglichen Ort. Die Dragoner, wütend darüber, sind gezwungen, umzukehren. Dennoch herrscht eine gewisse Unzufriedenheit in der Armee vor, die jedoch nicht öffentlich zu Tage tritt, außer bei den schlechten Soldaten, die den Alltag der Streikenden ihrem eigenen vorziehen würden. Ein Bataillonschef beantragt die Verlegung seiner Einheit, in der Unruhe auftritt. Die Soldaten beklagen sich über ihre Untätigkeit, die Unsicherheit, und sie fühlen sich von der Bevölkerung verhöhnt. Sobald eine Gel-

be gesichtet wird, tauchen plötzlich 300 Leute auf, um sie auszubuhen, ohne daß die Soldaten irgendetwas bemerkt hätten. Ebenso werden hinter den Rücken der Polizisten feindselige Rufe ausgestoßen, ohne daß diese deren Urheber ausfindig machen können. Nach Wiederaufnahme der Arbeit werden die Gelben einer in Verruf geratenen Fabrik jeden Tag, wenn sie an einer anderen Fabrik vorbeigehen, von den Arbeiterinnen, die ihre Arbeitsplätze verlassen und sich an die Fenster stellen, beschimpft. Auch hier ist die Polizei machtlos.

Sehr viele Fabriken, in denen gestreikt wurde, verbanden 'Internat' und 'Externat'. Die Fabrik Permezel beschäftigte zahlreiche Italienerinnen, *»dazu gezwungen, die Gemüsereste, die ihre französischen Kolleginnen wegwarfen, aus den Abfalleimern auszulesen«. »Eine von ihnen, die an Tuberkulose litt, starb sogar im Verlauf dieses Streiks wegen fehlender Pflege: Sie war gezwungen, in Essig eingetunktes Brot zu essen«*[43]. Sie war 16 Jahre alt. Auda, selbst Italiener, konnte mit ihr sprechen und den Patron zur Anklage bringen.

Der Streik, ein Erfolg für die Arbeiterinnen, hat zur Bildung zahlreicher Gewerkschaften in der ganzen Gegend geführt. Lucie Baud hat darüber mehrere Vorträge gehalten: *»Scharfsinnig und unermüdlich berichtete die Genossin Baud über den Streik von Voiron und über die Ereignisse, die diesen Streik zierten und die beinahe zu Blutvergießen geführt hätten. Sie forderte die Arbeiter und Arbeiterinnen von Saint-Jean in Royans auf, den Textilarbeitern von Voiron nachzueifern und sich ernsthaft in ihrer Gewerkschaft zu organisieren«.*

»Die gewerkschaftliche Aktion muß sich gegen die ungerechtfertigten Ansprüche der Patrons durchsetzen«[44].

Die Gewerkschaft **in der Weberei** wird 1895 gegründet, von Männern und gegen das Eindringen der Frauen in diesen Beruf. Da sie an diesem Punkt scheitert, versuchen die Weber die Weberinnen zum Kampf in ihrer Organisation zu bewegen. Doch wenn auch die Basis immer mehr weibliche Mitglieder zählt, bleibt die Führung doch in den Händen der Männer. Nur Lucie Baud erlangt gewisse Verantwortlichkeit auf regionaler Ebene. Von Anfang an Mitglied des Büros, greift sie als Delegierte des Kongresses der 'Fédération Nationale du Textile' von 1904 dennoch kein einziges Mal ein. Überdies ging der Kongreß keine Frauenprobleme an. Die Arbeiterinnen von Vizille, immer noch sehr aktiv, problematisieren die Effizienz der Struktur auf nationaler Ebene im Verhältnis zur Basis. 1907 schicken sie einen Brief an V. Renard, Sekretär der F. N. T., zum Abdruck im »Ouvrier Textile«, dem Organ der Gewerkschaft. Renard lehnt dies ab und antwortet mit einem Brief, der sehr aufschlußreich ist. Die Gewerkschafterinnen von Vizille lassen sich nicht so leicht unterkriegen. Sie wenden sich an die »La Voix du Peuple«, das Organ der C. G. T., die den Brief, die Antwort von Renard und die öffentliche Antwort der Arbeiterinnen in der Nummer vom 12. Mai 1907 veröffentlicht:

1 – *»Das Seidenproletariat im Südosten*

Es ist zutiefst bedauerlich, daß sich nicht mehr Organisationen öfter und regelmäßiger unseres Organs, des »Ouvrier Textile« bedienen, um die genaue Situation jedes Berufes in unserem Industriezweig und in jeder Region bekannt zu machen. So kommt es fatalerweise dazu, daß trotz guten Willens gewisse Gegenden völlig im Stich gelassen werden und daß die Kämpfe, die sie gegen die Ausbeuter durchzustehen haben – die gleichen überall – unbekannt bleiben und dadurch gar keine oder nur sehr wenig Hilfe dort ankommt«...

»Wenn unsere Genossen im Norden in der Textilindustrie auch zahlreich organisiert sind,

so muß man doch auch sagen, daß das mechanische Weben der Region von Lyon und des Südostens keine zu vernachlässigende Quantität darstellt und daß unsere Departements an Kraft und gewerkschaftlicher Macht gewinnen würden, wenn sie öfter von den Propagandisten der Föderation besucht würden. Und wievielen Regionen geht es vielleicht genauso wie uns? In Vizille befindet sich unsere Korporation in einer äußerst kritischen Phase. Wir hatten den 'Conseil Fédéral' darüber informiert, daß infolge eines sogenannten Führungswechsels in der Fabrik Trisca und Cie (heutzutage Mouly, Schulz und Cie) eine richtige Aussperrung gegen unsere Gewerkschaft organisiert wurde«... »Mehr als 500 Arbeiterinnen, Familienmütter, wurden mitten in einem strengen Winter für 4 Monate arbeitslos. Wir alle haben gelitten und leiden immer noch. Und abgesehen von unseren Genossen aus der Region gab es nichts oder fast nichts, was uns bewiesen hätte, daß Solidarität existierte und diese für die Textilarbeiter nicht nur ein leeres Wort ist«... »Vielleicht würden wir Recht bekommen, wenn wir als Frauen behaupten, daß unser Geschlecht dem sogenannten starken Geschlecht unterlegen sei, so wie es von unseren männlichen Genossen des Nordens propagiert wird. Wir wollen über diese 'politische' Frage diskutieren, die bei jeder passenden Gelegenheit immer wieder aufs Tapet gebracht wird, wodurch wertvolle Zeit für unsere Organisation, unsere Propagandaarbeit verloren geht. Wir, Frauen, die wir weder aktives noch passives Wahlrecht haben, meinen, daß wir ausschließlich auf wirtschaftlicher Ebene organisiert sind und daß wir solche Praktiken nicht gutheißen und fortführen sollten, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur schädlich für unseren Marsch vorwärts sein können. Wir meinen, 'aktive Gewerkschaftspolitik' erfordert etwas mehr Mut, als Behörden anzubetteln oder einen Wahlzettel in eine Urne zu werfen«... »Nichts von dem, was außerhalb der Gewerkschaft gemacht werden kann, fügt dieser föderalen und konföderalen Aktion Schaden zu, die wir bis zur vollständigen Befreiung der Elenden aller Länder führen. Dies hat der Gewerkschaftskongreß von Amiens verstanden und mit den Stimmen der Delegierten des französischen Proletariats beschlossen«.

2 - Brief des Bürgers Renard. »*Lille, 26. März 1907.*

Ich habe Ihren Brief und Ihren Artikel unserem 'Conseil Fédéral', der sich letzten Sonntag versammelt hat, vorgelegt. Er zeigte sich über die hohen Ansprüche, die Sie in Ihrem Brief und Ihrem Artikel stellen, sehr verwundert. Was die Unterstützung betrifft, so möchte ich Sie nur darauf hinweisen, daß innerhalb der letzten acht Monate mehr als 2.000 Francs als Hilfeleistung in den Südosten geflossen sind. Über 900 Francs nach Voiron, ungefähr 600 nach Saint-Jean en Royans, 50 Francs letzten Sonntag nach Saint-Jean en Royans, ohne meine zweimaligen Reisen und das, was wir für den Streik von Vizille getan haben, hinzuzuzählen«... »Wie Sie wissen sollten, sind von den O F 05, die Sie einzahlen 4 für die Föderation. Sie bekommen von uns die Zeitung kostenlos. Wir übernehmen die Beiträge für die internationale Föderation für Sie, O F 06 pro Mitglied für die Konföderation, 4 F 80 für hundert Mitglieder pro Jahr. Wenn Sie die Hilfe, die wir Ihnen seit 18 Monaten in den Südosten geschickt haben, verachten, dann berücksichtigen Sie bitte, daß wir Ihnen von diesen sous keine Klaviere zu Ihrer Unterhaltung schicken können«... »Was die Genossen aus dem Norden angeht, so waren sie schon ganz in Ordnung, und oft haben sie auf den Streikcentime verzichtet, um ihn Euch, den Leuten von Vizille oder anderen Orten, zu überlassen«... »Ihr Artikel, der stark nach der 'Prosa von Grenoble' riecht, kann nicht abgedruckt werden, weil Sie sich dort einer regelrechten Kritik des 'Conseil Fédéral' hingeben oder besser 'man hat Sie dazu benutzt'«... »Sie suchen wie nach einer Nadel im Heuhaufen nach Gründen, um sich aus der Föderation zurückzuziehen, nicht wahr? Nun, ob-

wohl es uns immer sehr schwer fällt, machen Sie sich nichts daraus! Verbünden Sie sich mit dem Finanzministerium, vielleicht werden Sie dort mehr Hilfe bekommen«...

3 – *»Die Antwort der Gewerkschaft von Vizille.*
Der Brief des Bürgers Renard überrascht auf besondere Weise alle Aktiven und Gewerkschafter Frankreichs. Wir wollen uns nicht bei den Bizarrheiten eines eher befremdlichen Stils aufhalten; wir messen der Tatsache, daß dieser Brief immerhin aus der Feder des Bürgers Renard stammt, und daß er nie verbreitet worden ist, nur zweitrangige Bedeutung zu, vielmehr begnügen wir uns damit, jene Sätze, die uns in besonderem Maße erschüttert haben, hervorzuheben«... »Wir haben es nicht nötig, an die Beträge, die an die Organisation des Südostens gezahlt werden konnten, erinnert zu werden. Keineswegs sind wir im Unklaren über die Verteilung dieser Hilfen. Da wir es vorziehen, auf der rein gewerkschaftlichen Ebene zu bleiben, halten wir nicht viel von diesen Betrachtungen, die mehr politischer Art sind, und bringen unsere Überraschung über die Argumentation von Renard zum Ausdruck. Seit wann wird denn die Arbeitersolidarität an den Streikgroschen oder an der Höhe der Beträge, die regelmäßig eingezahlt werden, gemessen«... »Oder ist die Arbeitersolidarität etwa eine Sparkasse, bei der man das Recht auf eine Summe in Höhe seiner Einzahlungen hat? Die Leute von Vizille und vielleicht auch von woanders hatten ganz andere Vorstellungen von Solidarität, was sie oft genug gezeigt haben«... »Was aber die lebhafteste Phantasie übersteigt, ist sicherlich der Gedanke, daß wir uns mit den Hilfen des Bürgers Renard Klaviere anschaffen könnten. Glaubt er denn nicht, daß seine Briefe diesen 'Leuten von Vizille', die er verachtet, ausreichend Zerstreuung liefern, die sie sich für die wenigen freien Stunden wünschen, die ihnen die Habsucht der Patrons des Südostens noch läßt. Ich verbitte mir jedoch die Behauptung des Bürgers Renard, daß die Forderungen, die ich aufgestellt habe, mir von irgendwelchen Schäfern eingegeben worden seien. Diese Herdenhaltung und das Mitläufertum, von denen er eine genaue Vorstellung zu haben scheint, gibt es in unseren Gegenden nicht und wenn meine Prosa 'stark nach Grenoble riecht', dann nur, weil sie noch nicht die bedenklichen Verfälschungen erlitten hat, die in manchen Köpfen ihre Spuren hinterlassen haben. Die Prosa von Grenoble, wie er es nennt, ob nun von 'Leuten von Vizille oder von woanders' geschrieben, riecht nach Offenheit und Aufrichtigkeit. Und es ist offenbar dieser Geruch, der auf so unangenehme wie besondere Weise das Riechorgan unseres eminenten Sekretärs getroffen hat. Weit davon entfernt, aus der Föderation austreten zu wollen, der wir unsere Hochachtung und unser Vertrauen schenken, bedauern wir einfach, daß sie an ihrer Spitze einen Mann wie ihn behält. Es sei hinzugefügt, daß wir uns entgegen dem Rat, den man uns gibt, weder mit dem Finanz- noch mit dem Arbeitsministerium verbünden werden. Föderierte, Konföderierte, solche sind wir und solche werden wir auch bleiben. Auch wenn es dem Papst, der da glaubt, als einziger Maßstäbe für die Gewerkschaftsbewegung und das gesamte Proletariat festlegen zu können, nicht paßt«... »Aber zuletzt kann ich den Bürger Renard darüber in Kenntnis setzen, daß Bettelei und Almosen nicht zu den Gebräuchen der Leute von Vizille und auch nicht von anderswo gehören.«

In der Spinnerei entsteht die erste Gewerkschaft während des Generalstreiks der Spinnerinnen 1906 in den Cevennen. Die Streikenden forderten statt der 1 F 50 2 F pro Tag. Der Streik scheiterte durch Verschulden der schlechten Führung der Arbeiterinnen von Ganges, die die Arbeit mit 1 F 60 wieder aufnahmen. Die Arbeiterinnen von Vigan klagten das

Streikkomitee von Ganges des Verrats an, und beschlossen die Gründung einer Gewerkschaft, damit sich so etwas nicht noch einmal wiederholte. Der erste Kongreß fand am 24. Dezember 1906 statt. Die Arbeiterinnen forderten einen männlichen Delegierten und soviele weibliche Delegierte wie möglich pro Gewerkschaft und pro Komitee. Es waren zahlreiche Spinnerinnen im Vorstand; 800 befanden sich im Saal. Dennoch griff keine einzige ein, und 7 Männer monopolisierten die Diskussion. Der Kongreß endete mit Rufen wie: *»Es lebe die Emanzipation der Arbeiter beiderlei Geschlechts«*. Der Kongeß von 1908 bot zahlreiche interessante Aspekte. Eine Spinnerin von Saint-Hippolyte du Fort war Präsidentin der Regionalunion (die Gewerkschaft existierte nur auf regionaler Ebene). Es waren 150 männliche und weibliche Delegierte von Gard, Hérault und Ardèche anwesend. Im Saal waren über 1.500 Spinnerinnen. Der Kongreß fand am Vorabend der Neuordnung der Zuschüsse in der Seidenzucht und -spinnerei statt. Diese Zuschüsse wurden an die Patrons zum Ausgleich der Risiken der wirtschaftlichen Konjunktur gezahlt. Die Spinnerinnen, die mehr noch als die Patrons Opfer dieser Krisen waren, erhielten keinerlei Unterstützung vom Staat. Diese Zuschüsse, die situationsunabhängig ausgezahlt wurden, entsprachen ungefähr 1 F 33 pro Spinnerin; also zahlten die Patrons ihren Arbeiterinnen nur noch 27 Centimes. Deshalb forderten die Spinnerinnen 2 F pro Tag. Die Gewinne beliefen sich pro Tag auf 2 - 3 F pro Arbeiterin, ohne die Strafgelder hinzuzuzählen. Die Frage der Zuschüsse stand im Mittelpunkt des Kongresses. Die Patrons bekamen sie auch dann, wenn eine Spinnerin wegen Schwangerschaft aufhören mußte. Die Arbeiterinnen verlangten, daß sie der Spinnerin einen Monat vor und nach der Entbindung ausgezahlt würden. Die Mutterschaft stand im Vordergrund der Begründung der Forderungen. Um schöne Kinder zu bekommen und nicht ständig eine »Rasse von Armen« zu reproduzieren, forderten die Spinnerinnen einen Arbeitstag von 8 Stunden an fünf Tagen in der Woche und 6 Stunden am Samstag. Aber das war nicht der einzige Grund: *»Je kürzer der Tag, desto besser und intensiver ist die Arbeit«... »Man hat festgestellt, daß es besonders die letzten Arbeitsstunden sind, in denen sich Unfälle ereignen«*. Auch fand man Argumente für die Rückkehr der Frau an den häuslichen Herd: *»Ist die Frau den ganzen Tag in der Werkstatt, so bedeutet das einen erloschenen Herd und eine verwahrloste Wohnung«... »Ihr Platz ist vor allem am Herd, im Haus, wo ihre Tugenden als Hausfrau ein angenehmes und ein liebevolles Milieu zu schaffen wissen, das den Ehemann, auf den das Wirtshaus lauert, zuhause hält«*. Bei der Beschreibung ihres Arbeitstages kamen die Spinnerinnen zu dem Schluß, daß ihr *»Geschlecht oft zu unrecht als das schwache bezeichnet wird«*. Auch wenn diese Positionen, die man als politische (für diese Gewerkschaft) bezeichnen könnte, nicht revolutionär sind, so gehen sie zumindest die spezifischen Frauenprobleme an.

Die Frauen von Lyon beschlossen 1914 die Gründung einer »Ligue Féminine d'Action Syndicale«. Jede Gewerkschaft, in der Frauen sind, schickt zwei weibliche Delegierte dorthin. Die »Ligue« hat sich die gewerkschaftliche Organisation der Frauen, ausgehend von Frauenproblemen zum Ziel gesetzt. Es sind zahlreiche feministische Akzente hervorgehoben worden: Kritik der Ehe, wo die Frau *»sich legal prostituieren und sich zur Magd eines Mannes machen muß, der ihr oft gar nicht gefällt«*. Die »Ligue« ehrt die auswärtigen Feministinnen und betrachtet deren Aktionen als komplementär zu ihren eigenen: *»Eine Emanzipation, die nicht nur in der Gleichheit der Bürgerrechte besteht, sondern vor allem in dem Erwerb einer wirtschaftlichen Situation, die es der Frau ermöglicht, für ihre eigenen Bedürfnisse selbst aufzukommen«... »Nur Frauen konnten dieser 'Ligue' angehören«*[45]. 1914 sind die Seidenarbeiterinnen gewerkschaftlich stark organisiert. Die Weberinnen jedoch,

die in die Kampfstrukturen der Männer integriert sind, befinden sich auf einer untergeordneten Stufe; hier, in den Gewerkschaften, findet man die angebliche Unterlegenheit der Frau wieder. Der Feminismus konnte nur bei einigen Arbeiterinnen von Lyon Fuß fassen. Für die Männer war dies keine Frage. Es ist klar, daß ein Anwachsen der Artikulationsmöglichkeiten der Frauen innerhalb der Gewerkschaften Probleme hinsichtlich ihres häuslichen Gehorsams stellen würde. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Lucie Baud Witwe ist und daher »Familienoberhaupt«. Das Problem ist noch immer aktuell:
»*Weshalb haben die spezifischen Frauenprobleme bei LIP (und anderswo): Unter-Qualifikation, schlechte Ausbildung, wenig Aufstiegsmöglichkeiten, die Schwierigkeit, Familienleben, Hausfrauendasein und Engagement miteinander zu verbinden, die Einsamkeit der Frauen der Aktiven etc. während dieses phantastischen Gedankenaustausches, den unser Konflikt hervorgebracht hat, keine Berücksichtigung gefunden?*«[46].

Formular des Lehrvertrages. TARARE. (Verpflichtung von 3 Jahren)

(aus: Reybaud, S. 330 - 333)

Zwirnen, Spulen und Zetteln

Bedingungen für die Lehrzeit

Artikel 1 - Die Mädchen sollen nicht unter 13 Jahre und nicht über 15 Jahre alt, gesittet, gesund, intelligent, fleißig und geimpft sein. Sie haben Geburtsurkunde, Impfbuch und Wäscheausstattung mitzubringen.

Artikel 2 - Die in die Einrichtung aufgenommenen jungen Mädchen werden von dem Direktor je nach ihrer Intelligenz und den Erfordernissen der Einrichtung entweder beim Zwirnen, beim Spulen oder beim Zetteln (Einflechten der Kette - d.Ü.) eingesetzt.

Artikel 3 - Während der Lehrzeit wird das Lehrmädchen entlohnt, erhält Verpflegung und Unterkunft einschließlich Beheizung und Licht und Reinigung der Leibwäsche. Schürzen werden gestellt.

Artikel 4 - Das Lehrmädchen verspricht, den mit ihrer Führung und Unterrichtung beauftragten Meisterinnen ergeben und gehorsam zu sein, sowie sich dem Reglement der Einrichtung anzupassen.

Artikel 5 - Im Krankheitsfall benachrichtigt der Direktor den Vater oder Vormund des kranken Lehrmädchens und wenn der Zustand das Verlassen der Einrichtung notwendig macht, wird ihm dieses bis zur Genesung eingeräumt.

Artikel 6 - Bleibt das kranke Lehrmädchen in der Einrichtung, wird ihm alle je nach Lage erforderliche Pflege zukommen.

Artikel 7 - Wenn der Lehrling aus gesundheitlichen oder anderen genügend schwerwiegenden Gründen die Einrichtung verlassen muß, wird er dazu angehalten, die Lehrzeit um die Zeit seiner Abwesenheit zu verlängern.

Artikel 8 - Allein der Direktor hat das Recht, den Ausgang zu genehmigen oder abzulehnen. Ausgang wird nur auf Antrag des Vaters oder des Vormundes gewährt.

Artikel 9 - Die Lehrzeit dauert drei Jahre, ein Monat Pflichtprobezeit nicht eingerechnet. Um das Lehrmädchen zu ermutigen, wird ihm gewährt:

- im ersten Jahr eine Entlohnung von 40 bis 50 F
- im zweiten Jahr eine Entlohnung von 60 bis 70 F
- im dritten Jahr eine Entlohnung von 80 bis 100 F

Nach der Lehrzeit richtet sich die Entlohnung nach der Leistung. Am Ende der Lehrzeit wird dem Lehrmädchen eine Gratifikation von 20 F gewährt, um es für die Exaktheit seiner Pflichterfüllung zu belohnen.

Artikel 10 - Die effektive Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Im Sommer wie im Winter beginnt der Tag um 5 Uhr und endet um viertel nach 7. Es wird zwischen halb 8 und viertel nach 8 gefrühstückt. Von 12 bis 1 Uhr wird zu Mittag gegessen, von 5 Uhr bis halb 6 das Vesperbrot eingenommen und von 7 bis viertel nach 7 zu Abend gegessen. Nach dem zweiten Jahr erhalten die Schüler Lese-, Schreib- und Rechenunterricht. Es wird ihnen Nähen und ein wenig Kochen beigebracht.

Artikel 11 - Zur Ermutigung und völlig unentgeltlich werden die jungen Mädchen an jedem Monatsende folgendermaßen eingestuft:

1. Klasse Monatsprämie 1 F 50 c
2. Klasse Monatsprämie 1 F -- c
3. Klasse Monatsprämie 1 F 50 c
4. Klasse Monatsprämie - F -- c

Jeden Monat wird eine neue Klassifizierung vorgenommen, und die jungen Mädchen werden höher oder niedriger eingestuft, je nachdem, wie sie es verdienen. Diese Einstufung beruht auf Gesamtverhalten, Qualität und Quantität der Arbeit, Gelehrigkeit und Fleiß, etc.

Artikel 12 - Die Löhne sind erst zum Jahresende fällig und werden im folgenden Monat ausgezahlt. Die Prämien, Ermutigungsgelder und Zulagen für zusätzliche Aufgaben werden jeden Monat ausgezahlt.

Artikel 13 - Jedes Lehrmädchen, das das Haus vor Ablauf seines Vertrages verläßt oder wegen schlechten Benehmens, Mitgliedschaft in Vereinigungen, Teilnahme an Rebellionen, Faulheit oder eines schweren Verstoßes gegen das Reglement entlassen wird, verliert seinen Anspruch auf den Lohn des laufenden Jahres; darüberhinaus muß der Vater oder Vormund der Schülerin sich verpflichten, dem Direktor der Einrichtung wegen Vertragsverletzung als Entschädigung die Summe von 100 F zu zahlen. Die Hälfte davon wird an das Fürsorgeamt der Gemeinde der Schülerin gezahlt.

Artikel 14 - Erweist sich das Lehrmädchen im Laufe des ersten Jahres als unfähig, so behält sich der Direktor im Interesse beider Parteien und ungeachtet der Verpflichtung das Recht vor, es ohne Entschädigung zu entlassen.

Artikel 15 - Das Lehrmädchen, das die Einrichtung nach einem Monat unter dem Vorwand, daß es sich nicht an das Haus gewöhnen könne, verläßt, zahlt 50 c pro Tag für einen Teil der Unkosten, die es verursacht hat und darüber hinaus die Kosten der Fahrt.

Artikel 16 - Das Lehrmädchen wird bei seiner Ankunft einer Untersuchung durch den Arzt des Hauses unterzogen. Wer von einer Hautkrankheit befallen oder kränklich veranlagt ist, wird nicht angenommen und unverzüglich auf eigene Kosten zurückgeschickt.

Anmerkungen

1 Der Geistliche des Internats von Montboucher bei Montélimar, in: Reybaud, Etudes sur le régime des manufacturesles ouvriers en soie (Pièces justificatives), Paris 1859

2 Kongreß der Seidenspinnerinnen, 1908

3 Reglement des Internat von La Séauve (Haute-Loire), in Reybaud
4 Foucault, Überwachen und Strafen, Frankfurt 1976, S. 99
5 Turgan, Les grandes usines
6 siehe Anhang
7 ebd.
8 Turgan: Les grandes usines
9 Reybaud
10 Reybaud
11 Turgan
12 Reybaud, Pièces justificatives. Règlement de La Séauve
13 Reybaud
14 ebd.
15 Reybaud
15a Guayana (fr. Kolonie), im 19. Jh. berüchtigte Strafkolonie (A.d.Ü.)
16 Lucie Baud, Le tisseuses de Vizille et de sa région. Mouvement socialiste, 1. Juni 1908
16a von Napoleon I. gestifteter Orden (A.d.Ü.)
17 Règlement de La Séauve
18 ebd.
19 ebd.
20 Aumônier de Montboucher
21 Règlement de La Séauve
22 Frédéric Monnier, De l'organisation du travail manuel des jeunes filles. Les internats industriels, 1869
23 Reybaud
24 Turgan, Les grandes usines
25 Règlement de La Séauve
26 Aumônier de Montboucher
27 Turgan
28 Le Mémorial de la Loire, 28. Febr. 1912, »Une grève en jupons« (Internat des Saint-Paul en Cornillon)
29 A.N.F. 12 4673 - grèves Ain-Haute-Loire. 1894
30 Art. 11, contrat d'apprentissage (siehe Anhang)
31 A.D. Hérault. 194M12. Grèves 1898
32 A.D. Drôme. 10M9. Grèves 1899
33 A.D. Loire. 92M204. Grèves des industries textiles 1912
34 Le Mémorial de la Loire, 28. Feb. 1912
35 Le Peuple, journal socialiste de la région Est, 11. Juli 1896
36 Le Peuple, 19. Juli 1896
37 Le Droit du Peuple, journal de la Fédération Socialiste de l'Isère
38 Lucie Baud
39 A.D. Isère. 166M9. Grèves de 1905 et 1906
40 Lucie Baud
41 Le Droit du Peuple, 11. Mai 1906
42 Le Petit Dauphinois, in: Le Droit du Peuple, 24. März 1906
43 Lucie Baud
44 Lucie Baud
45 La Voix du Peuple, 14. März 1914
46 Lip au féminin

aus: Les révoltes logiques, 2/1976, S. 19 - 39.
(aus dem Französischen von Helga Friedhoff und Jörg Hausmann)

Leo Kofler

Geistiger Verfall und progressive Elite

ca. 160 S., ca. DM 15,—, ISBN 3-88663-103-6, Mai 1981

Die in diesem Band vereinigten Beiträge sehr unterschiedlicher Thematik wollen eine Vorstellung davon vermitteln, was der dialektisch orientierte Theoretiker unter dem methodologisch grundlegenden Begriff der Totaltiät versteht: sowohl die strukturelle Durchwirktheit einer bestimmten historisch geprägten Gesellschaftsordnung wie auch die implizite Notwendigkeit, die große Vielfalt praktischer wie theoretischer Erscheinungen im Sinne des »Verstehens« zueinander zu vermitteln.
So stehen daher Untersuchungen zu politischen, religiösen und philosophischen Erscheinungen nebeneinander, die die geistige Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zusammenfassen. Exemplarisch werden dabei 'führende' Theoretiker (Adorno, Habermas, Marcuse, Holzkamp) ebenso zerlegt wie moderne Zeiterscheinungen (Neoreligiosität, Sekten) und eine heruntergekommene Soziologie. So wie dem »nihilistischen« Theater Becketts das »historische« Bert Brechts gegenübergestellt wird, zeigt Kofler aber neben der Analyse spätbürgerlichen Denkens auch Möglichkeiten und Wege auf, die marxistische Theoretiker in Zukunft gehen können — oder vielleicht gehen müssen.

Weitere Titel aus unserem Programm:

Ernst Bloch u.a. (Hg)
MARXISMUS UND ANTHROPOLOGIE. Festschrift für Leo Kofler
310 S., DM 29,—, ISBN 3-88663-102-8
mit Beitr. von H.-D. Bahr, W.F. Haug, A. Heller, E. Mandel, G. Márkus u.a.

K.-H. Lehnardt / L. Volmer
POLITIK ZWISCHEN KOPF UND BAUCH. Zur Relevanz der Persönlichkeitsbildung in den politischen Konzepten der Studentenbewegung
288 S., DM 15,—, ISBN 3-88663-100-1

katalyse Technikergruppe
PRODUKTIVITÄT UND LEBENSSTANDARD. Zur bisherigen und künftigen Entwicklung der industriellen Wirtschaft
64 S., 28 Abb., DM 6,—, ISBN 3-88663-105-2

R. Großmaß / Ch. Schmerl
PHILOSOPHISCHE BEITRÄGE ZUR FRAUENFORSCHUNG
ca. 100 S., ca. DM 10,—, ISBN 3-88663-104-4, Juni 1981

Germinal Verlagsgesellschaft mbH • Friederikastr. 38 • 4630 Bochum • Tel. 0234/330329

Gareth Stedman Jones

Die Grenzen proletarischer Theoriebildung in England vor 1850

Es ist sicherlich paradox, daß es dem Chartismus, der nach übereinstimmender Auffassung die erste selbständige proletarische Massenpartei darstellte, nicht gelungen sein soll, einen nennenswerten Beitrag zu einer sozialistischen Gesellschaftstheorie, zu einer sozialistischen Theorie der politischen Umwälzung oder auch nur zu einer sozialistischen Zukunftsvision zu leisten. Vielen Historikern, die sich mit dieser Epoche befaßt haben, dürfte die hier aufgeworfene Fragestellung freilich keinerlei Kopfzerbrechen bereiten. »*Der Chartismus*«, versichert man uns in der neuesten Darstellung der Thematik, »*war eine typisch britische Bewegung und hatte als solche nichts mit der Dialektik kontinentaler Philosophen zu tun. Das Wesen des Chartismus, seine wirkliche Stärke und Moral sind nicht in begrifflichen Haarspaltereien zu finden, schon eher aber in der Unerschrockenheit einfacher Basisaktivisten.*« Es ist überflüssig, sich mit der nichtssagenden Gegenüberstellung von Theorie und »Unerschrockenheit« auseinanderzusetzen. Ernster zu nehmen ist allerdings die Art und Weise, in der landläufige Annahmen über die »typisch britischen Eigenschaften« der Wirklichkeitsnähe, der Insularität und der Theoriefeindschaft die Untersuchung einer Fragestellung verhindern, die von zentraler Bedeutung für jede Interpretation des Chartismus sein müßte. Denn in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts passen die antikapitalistischen Theorien Hodgskins, Thompsons und Brays, die Landtheorien den Spenceaner, die syndikalistischen Theorien Morrisons und Smiths von der Grand National Consolidated Trades' Union (G.N.C.T.U.), der von Doherty und den Regenerationisten propagierte Plan eines Generalstreiks zur Durchsetzung des Achtstundentags, Owens »*Wissenschaft vom menschlichen Charakter*«, die Vielfalt genossenschaftlicher und gütergemeinschaftlicher Zukunftsvisionen und schließlich die klassentheoretisch begründete politische Analyse O'Briens, Hetheringtons und der ungestempelten Presse einfach nicht in die herkömmliche Gegenüberstellung von britischem Pragmatismus und kontinentalem »doktrinärem« Sozialismus. Wenn sich der Chartismus schon eher in den Kategorien dieses Gegensatzes interpretieren läßt, dann verdienen die Gründe dafür eine eingehendere Untersuchung. Der wesentliche Punkt ist, daß es eine **entscheidende Phase theoretischer Innovation** und **experimenteller Praxis** in der englischen Arbeiterbewegung gab, allerdings nicht in den 1840er, sondern in den 1830er Jahren. Trotz des beeindruckenden Erfolgs der Bildung einer landesweiten Arbeiterpartei gab es in der Chartistenbewegung zumindest vor 1848 kaum eine Idee, die nicht schon in den 30er Jahren, wenn nicht schon viel früher formuliert worden war, und selbst der sogenannte Charter-Sozialismus der 50er Jahre machte kaum wirkliche Fortschritte über die Horizonte hinaus, die bereits in den unmittelbar auf die Reform Bill folgenden Jahren abgesteckt worden waren. Annahmen über das, was »typisch britisch« sei, tragen ebensowenig zur Aufhellung dieser Problematik bei wie die komplementäre Behauptung, die Jahre 1833 und 1834 stellten bloß eine zeitweilige Abweichung von der Geschichte der britischen Arbeiterklassenbewegung dar. Sie verdecken vielmehr das Problem.

Natürlich haben nicht alle Historiker dieses Problem übersehen. G.D.H. Cole stellte beispielsweise ausdrücklich die Frage: »*Warum gab es so wenig Sozialismus in der Chartistenbewegung? Oder warum hatten die Sozialisten in ihr so wenig Einfluß, daß sie selbst in den*

'hungrigen vierziger Jahren' feststellen mußten, die Bewegung entgleite immer mehr ihrer Kontrolle?« Seine Antwort enthält zwei Hauptaussagen: Erstens konnte es in Großbritannien keine revolutionäre Allianz zwischen Liberalen und Demokraten mehr geben, weil das Land schon eine konstitutionelle Regierung hatte; zweitens war Großbritannien schon ein »fortgeschrittenes kapitalistischen Land«, so daß die Kapitalisten, obwohl sie noch keine herrschende Klasse bildeten, bereits die politische Vorherrschaft in einem System ausübten, das einer *»Minderheit von qualifizierten Arbeitern, Vorarbeitern und kleinen Handwerksmeistern zunehmende Chancen eröffnete und im großen und ganzen einen steigenden Lebensstandard mit sich brachte«*. Der Sozialismus, so seine Schlußfolgerung, war im Europa der 1840er Jahre ein aufstrebender Machtfaktor, in Großbritannien aber *»setzte sein Niedergang schon vor 1848 ein, nicht weil er gemeinsam mit dem Bürgertum eine Niederlage erlitten hatte, sondern weil er durch dessen Aufstieg seiner Anziehungskraft beraubt wurde«*.

So bestechend Coles Argumentation auch ist, seine Erklärung für das Scheitern des Chartismus ist nicht wirklich überzeugend. Er unterschätzt das Ausmaß der Unzufriedenheit, die in den zwei Jahrzehnten nach 1832 in bestimmten Teilen der Mittelklasse noch herrschte, und auch die Hervorhebung kapitalistischer Expansion und wachsenden Lebensstandards während der 40er Jahre ist sehr fragwürdig, insbesondere im Lichte der subjektiven Erfahrungen der Arbeiter. Aber selbst wenn wir zugeständen, daß die Stärke des Liberalismus und die Expansion des Kapitalismus für den Niedergang des Chartismus als einer durch Not und Elend hervorgerufenen Massenbewegung ursächlich verantwortlich waren, wäre damit noch nicht die Schwäche sozialistischer Theoriebildung innerhalb und außerhalb des Chartismus auch und gerade in den Jahren seiner Hauptwirksamkeit erklärt.

Coles Argumentation ist einseitig. Sie lenkt die Aufmerksamkeit ausschließlich auf jene Faktoren, die die Schwäche einer jeden selbständigen Bewegung der Arbeiterklasse im England der 1840er Jahre erklären können, unabhängig vom Charakter einer solchen Bewegung. Andere Deutungen aber, die größeres Gewicht auf die inneren Wesensmerkmale des Chartismus legen, kommen der Beantwortung der Frage nach den Gründen der vergleichsweise theoretischen Sterilität der Bewegung ebenfalls nur wenig näher. Einige Historiker bestreiten einfach, daß der Chartismus in dieser Hinsicht steril war. Andere wiederum lenken, selbst wenn sie die Unzulänglichkeit der reinen Charterprogrammatik herausstellen, die Diskussion fast unvermittelt auf die von ihnen angenommene Ursache, den ambivbalenten Charakter der Bewegung. Die erste Generation von Historikern des Chartismus, ehemalige Chartisten wie Gammage, Lovett und Cooper konzentrierten sich unverhältnismäßig stark auf organisatorische Spaltungen, auf die Entscheidungsunfähigkeit der Führung sowie auf die erbitterten und sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den führenden Persönlichkeiten. Spätere Historiker haben ihr Augenmerk vor allem auf die sozialen und geographischen Wurzeln dieser Fraktionierungen gerichtet. Obgleich diese Untersuchungen überaus wertvoll waren, tendierten sie jedoch dazu, der Frage auszuweichen, die wir in den Vordergrund gerückt haben. Eine zu starke Konzentration auf die sozialen und beruflichen Unterschiede sowie auf die regionalen Besonderheiten führt leicht zur Vernachlässigung wichtiger Aspekte der Problematik: daß nämlich das Problem der Chartisten nicht nur in dem bestand, was sie trennte, sondern auch in der programmatischen Grundlage, auf der man sich einigen konnte. Denn was bisher, auch in neueren Untersuchungen, nicht genügend Beachtung fand, ist die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der allgemeinen Ausdrucksformen von Theorie und Politik, die der Bewegung

zur Verfügung standen, des Ausmaßes, in dem diese Erkenntnisschranken, Zersplitterung und Unklarheit der Strategie zur Folge hatten, sowie der Gründe des schließlichen Scheitern des Chartismus, einen angemessenen theoretischen Ausdruck für die Formen zu finden, die der Klassenkampf anzunehmen begonnen hatte.

Es ist sinnvoller, von einer allgemeinen Sprache (general language) der Theorie und der Politik zu sprechen als von den jeweiligen Positionen der verschiedenen Richtungen, weil es nicht so sehr um die Vielfalt individueller Standpunkte geht als um die gemeinsame Grundlage der gemeinsamen Sprache und Analyse, auf die sich die differierenden Ziele und Strategien stützten. Es ist klar, daß jede Untersuchung der Staats- und Gesellschaftstheorien dieser Epoche zu prüfen hat, inwieweit sie imstande waren, die vielfältigen Formen des Klassenkonflikts zu artikulieren, die von dem sich durchsetzenden industriellen Kapitalismus hervorgerufen wurden. Denn um sich im Bewußtsein einer politisch aktiven Masse festsetzen zu können, muß das jeweilige politische und soziale Vokabular hinreichend in der Lebenswirklichkeit verankert sein, die es erklären will, um so seine potentiellen Anhänger zu befähigen, innerhalb seiner Kategorien zu denken. Es muß einigermaßen klar und angemessen sein, damit diejenigen, die es sich zu eigen machen, es in der Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Alltagsproblemen verwenden, auf seiner Grundlage Taktiken und Parolen entwickeln und sich den Versuchen feindlicher sozialer Gruppen widersetzen können, es zu mißbrauchen, umzuinterpretieren oder in Extremfällen durch eine völlig neue Sprache zu ersetzen. Wenn wir nun unter dieser Perspektive die Periode von 1830 bis 1850 betrachten, so kann angenommen werden, daß Anfang der 30er Jahre eine annähernde Entsprechung zwischen der Ebene des Kampfes und der Ebene der politischen und theoretischen Ausdrucksformen bestand. In den 40er Jahren hatte sich jedoch eine immer tiefer werdende Kluft zwischen den neuen Formen des Kampfes und der schwindenden Fähigkeit der verfügbaren Sprache der Analyse und der Zielsetzungen aufgetan, diese zu verstehen und auszudrücken.

Es ist nicht schwierig, die emanzipatorische Funktion jener Sprache in der entscheidenden Phase der Herausbildung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, also in den Jahren 1829 bis 1834, zu erkennen. Seit der Zeit der London Corresponding Society und während der meisten Kampfjahre Cobbetts und Hunts war die vorherrschende Sprache der Radikalen eine Art konstitutioneller Rhetorik, die mit Präzedenzfällen arbeitete, um die Vorstellung eines organisch gewachsenen Gemeinwesens zu rechtfertigen, und eine mythologische Geschichte der Angelsachsen und des mittelalterlichen England ersann, um Rechte zu reklamieren, die geschichtlich dem englischen Volke gehörten. Selbst so entschiedene Schüler Thomas Paines wie Richard Carlile sahen keinen Widerspruch darin, zwischen der Cobbettschen Kritik der »*Old Corruption*« und der Paineschen Kritik von »*kingcraft, lordcraft and priestcraft*« hin- und herzupendeln. Und auch in den schon vor den 20er Jahren verbreiteten Varianten einer Arbeitswertlehre wurde eher ein Stand als eine Klasse beschrieben, dessen Ideal eher ein »*fairer Lohn für faire Arbeit*« als das Postulat des vollen Arbeitsertrags war.

Vom Ende der 20er Jahre bis zur Mitte der 30er Jahre vollzog sich eine gewaltige Erweiterung des geistigen Horizonts der politisch aktiven Arbeiter. »*Das Unheil, das diese beiden Männer in mancher Hinsicht angerichtet haben, ist kaum absehbar*«, schrieb Francis Place über Owen und Hodgskin. Owen hatte eine vollständige Lehre vom Wesen des Menschen, die Vision von der sofortigen Möglichkeit einer völlig neuen Welt sowie die Vorstellung von der Realisierbarkeit einer unmittelbaren und totalen Veränderung der Gesellschaft,

gegründet auf die eben erst entdeckten Wahrheiten seiner »*Wissenschaft von der Natur des Menschen*«, entwickelt. Für den »*Kapitalismus*«, den er als ein egoistisches System individualistischer Konkurrenz kennzeichnete, gab es keine natürliche Notwendigkeit; er war vielmehr das Resultat falscher Vorstellungen, die durch künstliche gesellschaftliche Institution indoktriniert worden waren. Hodgskin hatte dagegen die »*Kapitalisten*« mit einem Ausbeutungsmechanismus identifiziert, durch den die Arbeiter der Früchte ihrer Arbeit beraubt wurden. Um 1830 verbreitete laut Place eine beträchtliche Anzahl ungestempelter Zeitungen »*hartnäckig*« diese »*absurden und unheilvollen Lehren über das Recht auf Eigentum*«. Wichtig am Owenismus und an den verschiedenen Formen des Ricardosozialismus sind nicht so sehr die jeweiligen Vorstellungen und Vorschläge, sondern ist vielmehr die generelle Umwandlung der Terminologie und der Sprache, in denen Wirtschaft und Gesellschaft nunmehr erörtert werden konnten.

Owen lehnte die Sprache der Geschichte ab. Stattdessen drückte er sich in der Aufklärungssprache der universellen Sehnsüchte der Menschheit aus. Die Ursache der Konkurrenz und des gegenwärtigen Unheils war nicht auf einen besonderen geschichtlichen Prozeß zurückzuführen, sondern auf die falschen Vorstellungen über das Wesen des Menschen, wie sie von den bestehenden Religionen verbreitet und durch die Korruption der menschlichen Beziehungen infolge der Institutionen der Familie und des Privateigentums verstärkt wurden. Es ist nicht schwierig, die Grenzen von Owens allgemeinem Gesetz zu erkennen, daß der »*Charakter für den Menschen und nicht von dem Menschen gemacht*« sei. Seine enorme emanzipatorische Funktion lag aber darin, daß es den Boden für den Glauben an die natürliche und allgemeine Gleichheit, an die menschliche Perfektibilität, an die Veränderbarkeit der sozialen und politischen Institutionen sowie für eine Bewegung bereitete, die unzweifelhaft mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit schaute. Es ist interessant, daß die radikale Bewegung im Jahre 1817 Owens Aufklärungssprache mißtraute als der Sprache eines Unternehmers, der den vorhandenen Plänen zur Reform des Armenrechts bloß einen weiteren hinzuzufügen schien – »*Parallelogramm für Paupers*«, spottete man verächtlich darüber. Im Verlauf der 20er Jahre zogen Owens Ideen aber eine wachsende Gruppe von Radikalen aus der Arbeiterschaft an, und zwischen 1828 und 1830 stieg die Zahl der Kooperativgesellschaften von 4 auf 100. Die Schranken der konstitutionalistischen Rhetorik der Radikalen erörternd, schreibt Edward Thompson: «*Sie implizierte die absolute Unverbrüchlichkeit bestimmter Konventionen: die Respektierung der Institution der Monarchie, des Erbrechts, der traditionellen Rechte der Großgrundbesitzer und der etablierten Kirche sowie einer parlamentarischen Repräsentation nicht auf der Basis der Menschen-, sondern der Eigentümerrechte. Einmal in konstitutionalistischen Argumenten befangen – selbst dort, wo sie zur Begründung von Forderungen nach dem allgemeinen Männerwahlrecht dienten –, verhedderten sich die Reformer in den Details einer schrittweisen Verfassungserneuerung. Für die Entstehung einer plebejischen Bewegung war es daher wesentlich, von diesen Kategorien überhaupt wegzukommen und zu weitergehenden demokratischen Zielsetzungen vorzustoßen.*«

Mehr noch als Paine brachte die owenistische Bewegung diesen Wandel zustande. An Stelle der Leiden des »*freigeborenen Engländers*« wie überhaupt an Stelle eines beschränkten Vokabulars, das allenfalls der Abhilfe ganz spezieller Beschwerden angemessen war, bot Owen den Arbeitern eine universelle Sprache an, in der sie ihren Forderungen und Zielsetzungen Ausdruck verleihen konnten. Nach der Aussage des Blechschmieds George Holyoake befähigte Owen die Arbeiter, »*selbst über ihre Lage zu urteilen*«, und dies stellte einen

bleibenden Gewinn selbst für diejenigen dar, die manche Einzelheiten der owenistischen Analyse und Strategie ablehnten.

Ein Gefühl für den anhaltenden Einfluß, den Owen auf die Moralvorstellungen und das Weltverständnis der Arbeiter ausübte, kann einem das Testament Henry Hetheringtons, eines ehemaligen Arbeiterjournalisten und Chartisten, vermitteln, der sich schon lange von der orhodoxen owenistischen Genossenschaftsbewegung gelöst hatte. Er äußerte die Hoffnung, daß man in der Ansprache anläßlich seines Begräbnisses mit derselben Offenheit sowohl die guten als auch die schlechten Seiten seines Charakters aufzeigen werde, so daß »*keiner sich zu gerechten und vernünftigen Prinzipien bekennen könne, ohne sich zugleich von jenen Irrtümern freizumachen, die das Ergebnis falscher, früher angenommener Verhaltensweisen sind, und die den Glanz seiner wunderbaren Prinzipien trüben*«, und er fuhr fort:

»*Dies sind meine Ansichten und Gefühle beim Verlassen eines Daseins, das durch die Leiden und Freuden eines wettbewerblichen, gierigen und egoistischen Systems gekennzeichnet ist, eines Systems, durch das die moralischen und sozialen Strebungen der edelsten Menschen durch unablässige Mühen und physische Versagungen zunichte gemacht werden, durch das wahrhaftig alle Menschen zu Sklaven, Heuchlern oder Verbrechern erzogen werden. Daher meine Hingabe an die Prinzipien jenes großen und guten Mannes - Robert Owen.*«

Aber es war nicht der Owenismus im engeren Sinne, der die Sprache des neuen Arbeiterklassenbewußtseins der 1830er Jahre formte. Die Bestandteile der owenistischen Botschaft, die dem Handwerker am meisten zusagten, unterschieden sich merklich von denen, die Owen selbst am teuersten waren. So schrieb William Lovett:

»*Während der Abwesenheit Owens in Amerika kamen die Führer der Arbeiter, die sowohl dem Owenismus als auch dem politischen Radikalismus wohlwollend gegenüberstanden, zusammen und eröffneten Genossenschaftsläden; schließlich gründeten sie die British Union, denn aus allen Teilen des Landes trafen in London Anfragen mit der Bitte um Informationen über Genossenschaftsangelegenheiten ein. Ein besonderes Organ zur Verbreitung von Informationen wurde daher erforderlich. Die Korrespondenz, die mit den Kooperativeinrichtungen verbunden war, hatte einen solchen Umfang angenommen, daß sie nicht mehr nach den Geschäftsstunden erledigt werden konnte. Unsere Arbeit war sowohl praktisch als auch theoretisch, und wir entnahmen dem Owenismus soviel, wie wir mit ihm übereinstimmten, und schoben alle Streitpunkte beiseite. Alle führenden Leute waren Arbeiter. Als Owen aus Amerika zurückkehrte und unsere genossenschaftlichen Unternehmungen sah, mißbilligte er sie und nannte sie verächtlich Handelsassoziationen, und er erklärte unumwunden, daß Kaufen und Verkaufen mit seinem genossenschaftlichen Gemeinwesen nichts gemein habe. Als er aber entdeckte, daß zahlreiche Mitglieder dieser Vereinigen geneigt waren, viele seiner Ansichten zu unterstützen, trat er mit ihnen in Kontakt und nahm regen Anteil an ihren Diskussionen.*«

Owen vermittelte den Arbeitern zwar eine anscheinend realisierbare Vision des unverzüglichen Aufbaus einer alternativen Gesellschaft, aber keinen Ausdruck ihrer Klassenidentität. Die Arbeiter teilten im allgemeinen nicht Owens Glauben an die rationale Überzeugungsfähigkeit der gesellschaftlichen Klassen. Ihre praktischen Bestrebungen zielten nicht in die Richtung owenistischer Gemeindegründungen, sondern auf Produktionsgenossenschaften und Tauschbörsen als Grundlagen für den unmittelbaren Übergang zu einer nichtkapitalistischen Ökonomie. Viele waren zugleich engagierte Gewerkschafter, die in den Gewerk-

schaften das Kampfmittel sahen, durch das die gesellschaftliche Umwälzung eingeleitet werden könne. Bei einem Treffen der Schuhmacher im Jahre 1833 führte einer der Teilnehmer aus, das ganze Gewerbe werde sich schon bald entsprechend dem Prinzip der Tauschbörsen zusammenschließen, was am Ende zur Folge haben werde, daß den »*Nichtproduzenten die Macht genommen werde, ihr Kapital als Waffe gegen die Interessen der Arbeiter einzusetzen*«, daß die Angehörigen der Mittelklasse Arbeiter würden, die Aristokraten und Geldkapitalisten als Klasse vernichtet und Macht und Reichtum den wirklichen Produzenten zurückgegeben würden. Im selben Jahr erklärten die ausgesperrten Seidenspinner von Derby ihren Meistern: »*Wir werden uns mit den legitimen Früchten unserer eigenen Anstrengungen zufriedengeben. Bisher haben wir für euch gearbeitet ... Von jetzt an werden wir für uns selbst arbeiten.*« Ähnlich äußerten sich die Londoner Schneider, deren Aktivität entscheidend zur Entstehung der Grand National Consolidated Trades Union beitrug.: »*Die wirklichen Produzenten des Reichtums und des Wissens müssen sich als eine von denen, die nichts produzieren, unabhängige und selbständige Körperschaft konstituieren.*« Selbst die Bauarbeitergewerkschaft Operative Builders Union, die sich auf der Basis eines entschieden owenistischen Modells gebildet hatte, um den kapitalistischen Bauunternehmer durch eine »Gilde« des gesamten Gewerbes zu ersetzen, der sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer angehören sollten, artikulierte ihre Forderungen in einer klassenkämpferischen Sprache, die der Owenschen Konzeption völlig fremd war. So erklärte man den Unternehmern:

»*Sollten wir bei näherer Prüfung feststellen, daß ihr gerechte Preise festgesetzt habt, die nicht nur euch für eure Unternehmertätigkeit, sondern auch uns für unsere Mühe entschädigen, so werden wir nichts dagegen einzuwenden haben, uns vertraglich zu binden, und wir werden uns euch gegenüber entsprechen verhalten; freilich erst, nachdem ihr unserer Körperschaft beigetreten seid und ordnungsgemäß dazu erwählt worden seid, das Amt auszuüben, das ihr übernommen habt.*«

Soweit sich in dieser Sprache ein theoretischer Einfluß überhaupt erkennen läßt – und man sollte sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß kooperative Produktion und kooperativer Austausch eigenständige, von Owen unabhängige Wurzeln hatten –, ist es der Einfluß der »Ricardosozialisten«. Die Quellen dieser Schriftsteller unterschieden sich grundlegend von denen Owens, und obgleich einige von ihnen Owens gütergemeinschaftliche Ideen teilten, lehnten andere, allen voran Hodgskin, sie entschieden ab. Ihre Leistung bestand in einer Entmystifizierung des Kapitals, in einer Definition der Arbeiterklasse als nicht mehr bloß undifferenzierter Bestandteil der »produktiven Klassen«, sondern als alleiniger und wirklicher Produzent des ganzen gesellschaftlichen Reichtums sowie in der Entwicklung der allgemeinen Grundlagen einer proletarischen politischen Ökonomie, die besonders den Bedürfnissen der am besten organisierten Gruppen der Arbeiterbewegung jener Zeit entsprach. Den »*Rechten der Menschen*« waren die »*Rechte der Arbeit*« hinzugefügt worden. John Gray, dessen »*Lecture on Human Happiness*« zwanzig Jahre lang eines der Standardwerke der Genossenschaftsbewegung war, vermittelte mit seiner Dramatisierung von Colquhouns Einkommensstatistik aus dem Jahre 1814 ein lebendiges und anschauliches Bild einer Klasse unproduktiver Eigentümer. Aus diesen Tabellen ließ sich ableiten, daß das durchschnittliche Jahresprodukt eines Produzenten 54 £ betrug, sein durchschnittliches Lohneinkommen jedoch nur 11 £ und daß folglich »*in der bestehenden Gesellschaftsordnung die produktiven Klassen um nahezu vier Fünftel ihres Arbeitsprodukts beraubt*« wurden. King und Thompson hatten einen praktikablen Kompromiß zwischen der güterge-

meinschaftlichen Vision Owens und den praktischen Interessen der Handwerker und Kleinhändler an genossenschaftlichen Formen von Produktion und Handel gefunden. Auf der anderenSeite hatte Hodgskin eine neue und systematische Theorie von der Notwendigkeit und dem Sinn gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung entwickelt. Sein »*Labour Defended*« begann als wohldurchdachter Versuch, die inadäquaten konstitutionalistischen Argumente beiseitezuräumen, die von den Gewerkschaftern zur Zeit der Aufhebung des Koalitionsverbots vorgebracht wurden. Gegen ihre Auffassung von der Naturgegebenheit der Löhne, die schon von Ricardo in seinen »*Principles*« in die Kategorien einer Subsistenztheorie des Arbeitslohns gefaßt worden war, polemisierte Hodgskin: »*Herr Ricardo hat herausgefunden, daß die Arbeit in unserer Geselschaft so vergütet wird, als ob der Arbeiter ein Sklave wäre, und er ging davon aus, daß dies seine natürliche Lage wäre.*«

Das Werk der Ricardosozialisten, insbesondere das Hodgskins, war von ungeheurer Bedeutung für die Strukturierung einer klassenkämpferischen Sprache zu Beginn der dreißiger Jahre. Die ältere konstitutionalistische Rhetorik hatte einfach den Wert des Produzenten mit dem verglichen, was er tatsächlich verbrauchte. Der Staat der »*Old Corruption*« war deshalb der einzige wirkliche Feind des Volkes, weil er von den Verbrauchssteuern zehrte, die er dem Volk aufbürdete.Indem Hodgskin aber nun den Wert und das Einkommen des Produzenten mit dem Wert und dem Einkommen des Unternehmers verglich, war er zu einer klassenorientierten Theorie der Ausbeutung vorgestoßen. Die politischen Konsequenzen, die aus dieser neuen Auffassung gezogen werden konnten, ließen nicht lange auf sich warten. Auch wenn die überwältigende Mehrheit der politisch aktiven Arbeiter (selbst in der National Union of the Working Classes) während der Auseinandersetzungen um die Reform Bill das Bündnis mit der Mittelklasse unterstützte, so gab es doch einige Theoretiker aus der Arbeiterklasse selbst, die eine Haltung unversöhnlicher Klassenfeindschaft anzunehmen begannen. Unter dem Pseudonym »One of the Opressed« schrieb im März 1832 ein unbekannter Korrespondent aus Manchester an den »Poor Man's Guardian«:

»*Ich habe euch gesagt, daß die elenden Verhältnisse, unter denen ihr arbeitet, nicht durch die Steuern hervorgerufen werden. Ich habe euch gezeigt, daß sämtliche Ausgaben der Regierung, vom König bis zum gemeinen Soldaten, nicht mehr als einen halben Penny pro Tag und Person betragen, daß folglich die Abschaffung der gesamten Regierung eure Belastung nur um einen halben Penny pro Tag erleichtern würde ... und ich habe euch auch gesagt, daß die* ***unmittelbare*** *Ursache eurer Armut die maßlosen Renten, Zehnten, Geldzinsen, Produktions- und Handelsgewinne sind, die euch durch Gesetze auferlegt werden, die von den Landräubern, Kaufleuten, Unternehmern und Händlern in jenem Haus gemacht werden, aus dem ihr ausgeschlossen seid, und daß man euch durch diesen Ausschluß aus dem Parlament daran hindert, Gesetze zur Festsetzung eurer eigenen Löhne zu machen. Ich habe euch gesagt, daß die staatlichen Steuern nur die natürliche Konsequenz der Renten, Zinsen und anderen Profite sind, die euch auferlegt werden, daß diese Steuern also kurzum nur einen Betrag darstellen, um euch zu Unterwerfung unter jene Renten, Zehnten, Zinsen und Profite zu zwingen, durch die man euch zwanzigmal soviel wegstiehlt wie durch die Steuern.*«

Derselbe anonyme Korrespondent hatte schon 1831 seine alternative politische Strategie propagiert:

»*Die Leute, die von eurer Ausplünderung leben, werden euch auffordern, gegenüber den Dieben unterwürfig zu sein. Für das Volk ist es ein absoluter Schwachsinn, über seine* ***Repräsentation*** *zu faseln, solange es nicht ein Haus der Arbeitsleute hat und sich selbst ver-*

tritt.«
Gewiß war der hier vertretene Standpunkt extrem und blieb es auch die meiste Zeit der 30er Jahre über. Nichtsdestoweniger verlieh er einem Gefühl der Verbitterung und Enttäuschung über die Entscheidungen des Parlaments in der Zeit unmittelbar nach der Reform Bill Ausdruck. Die wachsende Überzeugung, daß gesellschaftliche Macht von weit größerer Bedeutung als der Besitz des Wahlrechts war, wurde während des großen Aufschwungs der Gewerkschaften und Genossenschaften 1833/34 in hohem Maße offenbar. Der »Poor Man's Guardian« bemerkte im Oktober 1833:
»Eine große nationale Organisation, die bald die ganze materielle Gewalt im Lande verkörpert, wächst leise, aber rasch heran. Und ihr Zweck ist der erhabenste, den man sich denken kann: nämlich eine uneingeschränkte Verfügungsgewalt der produktiven Klassen über die Früchte ihres eigenen Fleißes durchzusetzen.«
Zwei der führenden Zeitungen, die 1834 die Sache der Gewerkschaftsbewegung vertraten, die »Crisis« und der »Pioneer«, entwickelten eine neue, antiparlamentarische Definition des allgemeinen Wahlrechts. Nach Ansicht von Smith, dem Redakteur der »Crisis«,
»wird in der momentanen Krise die unmittelbare Folge eines jeglichen Versuchs, die Bestrebungen des Volkswillens zu unterdrücken, die unerschütterliche Entschlossenheit des Volkes sein, sich selbst seine eigenen Gesetze zu geben. Dies wird das Ergebnis sein. Wir hatten noch nie ein wirkliches House of Commons. Ein wirkliches House of Commons kann nur ein House of Trades sein, und dies wird gerade jetzt erst geschaffen.«
Seit dem gescheiterten Streik von Derby, erst recht aber seit der Verurteilung der Arbeiter von Tolpuddle gab es eine breit angelegte Diskussion nicht nur über eine allgemeine Gewerkschaft, sondern auch über einen Generalstreik zur Durchsetzung sowohl politischer als auch industrieller Zielsetzungen. Selbst politische Radikale wie Hetherington und der »Poor Man's Guardian« schlossen sich der Forderung nach einem Generalstreik an. Zum erstenmal schien es, wie Iowerth Prothero dargelegt hat, eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Standpunkten der Regierung und denen der Unternehmer als Klasse zu geben. Sogar diejenigen, die bis dahin selbst in ihrer gewerkschaftlichen Praxis ihren Klassenhaß gegen die Regierung richteten, identifizierten zumindest zeitweilig die Unternehmer als Klassenfeinde. Zweifellos waren in den Tagen nach Tolpuddle sowohl die Regierung als auch die Unternehmer bestrebt, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Doherty, der Sekretär der Baumwollspinner, forderte daher einen Generalstreik *»nicht bloß gegen eine Handvoll geldgieriger und lumpiger Unternehmer, wie wir das bisher getan haben, sondern zugleich auch gegen den ganzen Klüngel der Müßiggänger aller Ränge, Klassen und Stände«*, während der »Poor Man's Guardian« konstatierte:
»Die Kapitalisten werden niemals die Löhne erhöhen, es sei denn aus Furcht von der physischen Gewalt der Arbeiter. Nur die vollständige Vereinigung aller Arbeiter zur Durchsetzung eines bestimmten Ziels aber wird je die Furcht der Kapitalisten erregen. Möge es also einen allgemeinen Streik für einen Mindestlohn in allen Gewerbezweigen geben.«
Es ist hier unmöglich, mehr als einen äußerst fragmentarischen Überblick über die frühen 30er Jahre zu geben. Absicht dieses historischen Exkurses war es nicht, ein vollständiges Bild der Zeit zu zeichnen, sondern nur einige der theoretischen und politischen Perspektiven aufzuzeigen, die sich damals auftaten. Es ist allgemein bekannt, daß frühere Schätzungen der Zahl der G.N.C.T.U.-Mitglieder und der Zahl der an den Auseinandersetzungen um Tolpuddle Beteiligten erheblich überhöht waren, daß viele der ambitionierteren Gewerkschafts- und Genossenschaftskonzeptionen in organisatorischen Fiaskos endeten, daß

einige kaum mehr als Pläne auf dem Papier waren und daß die staatliche Repression im Verein mit dem »Dokument« der Unternehmer (das die Arbeiter zwang, aus ihren Gewerkschaften auszutreten) die Bewegung sehr wirksam unterdrückte. Als John Francis Bray vier Jahre später über die Wirkung dieser Niederlage schrieb, gelangte er zu folgender Einsicht: *»Die Kapitalisten und Unternehmer waren am Ende zu stark für sie; und die Gewerkschaften wurden in den Augen der Feinde der Arbeiterschaft, die sie voller Hohn und Verachtung betrachteten, zum Zeichen der Schwäche der Arbeit gegenüber dem Kapital - eine unauslöschliche Erinnerung an das Unheil, das in dem bestehenden System zwischen den beiden Klassen waltet, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt.«*

Nichtsdestoweniger muß aber betont werden, daß die Jahre 1833 und 1834 theoretisch und praktisch von entscheidender Bedeutung für die Entstehung einer proletarischen Theorie vor 1850 waren. Die Chartisten blieben, auch wenn sie einem industriellen Weg gesellschaftlicher Veränderung den Rücken kehrten, weitgehend innerhalb der Grenzen der in diesem Zeitraum entwickelten Gesellschaftsanalyse.Es ist daher notwendig, nicht nur die Leistungen, sondern auch die Grenzen der neuen Analyse zu untersuchen, die jetzt in Erscheinung getreten war. Patricia Hollis unternimmt in einem der wenigen Bücher, die sich mit der Theorie der frühen Arbeiterbewegung befassen, einen detaillierten Vergleich zwischen dem, was sie die *»alte Analyse«* nennt, die sie mit Paine, Cobbett und Carlile assoziiert, und der *»neuen«*, auf einer Theorie des Klassenantagonismus und der Notwendigkeit einer autonomen Arbeiterklassenbewegung basierenden Analyse der 30er Jahre, die sie insbesondere mit den Publikationen O'Briens, Hetheringtons und Carpenters in der ungestempelten Presse in Verbindung bringt. Ihre Hauptthese lautet, daß innerhalb der ungestempelten Presse *»zwei redikale Rhetoriken fortdauerten, nicht eine einzige«*.

»Die ältere Rhetorik wurde in den Jahren um 1819 geprägt; sie denunzierte Aristokratie, Monopole, Steuern und Korruption; ... die neuere ... denunzierte Ausbeutung, Eigentum und Macht. Die 'sozialistischen' Autoren versuchten - und scheiterten dabei -, die ältere Sprache durch die neue zu ersetzen.«

Ihre zentrale Aussage könnte leicht durch eine Analyse des frühen Chartismus erhärtet werden. So wurde auf dem Konvent der Chartisten im Jahre 1839 laut William Rider viel Zeit und Geld darauf verschwendet, auf der Jagd nach konstitutionellen Präzedenzfällen in Parlamentsakten und im Blackstone (dem maßgeblichen Kommentar zur britischen Verfassung, Anm. d. Übers.) herumzustöbern. Das Manifest, das schließlich der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, war fast völlig in der traditionellen radikalen Terminologie ausgedrückt. Selbst der Vorschlag eines *»Heiligen Monats«* (eines einmonatigen Generalstreiks, Anm. d. Übers.) wurde offensichtlich nicht in einem ökonomischen, sondern in einem traditionellen und rein politischen Zusammenhang gedacht, in dem er neben einer Entschließung stehen konnte, in der zur Abstinenz von besteuertem Alkohol aufgerufen wurde. Auch die National Petition von 1837 enthält nur wenige Hinweise auf die sozialen Wurzeln der Unzufriedenheit des Volkes, wenn man einmal von den *»hohen Steuern«* und von den *»Gesetzen, durch die das Geld knapp und die Arbeit billig gehalten wird«*, absieht. Es wäre nichtsdestotrotz falsch, diese Seite des Chartismus zu überschätzen. Das abgrundtiefe Mißtrauen der Chartisten gegenüber den Unternehmern als Klasse hielt sich hartnäckig während der gesamten Geschichte der Bewegung, und die Leichtigkeit, mit der jene, die für eine Versöhnung der Klassen plädierten - wie beispielsweise Lovett, Vincent und später auch Cooper -, aus der Bewegung herausgedrängt wurden, läßt erkennen, daß die treibenden Kräfte des sozialen Widerspruchs ganz verschieden von jenen waren, die die

ältere radikale Analyse erfassen konnte. Die Dominanz dessen, was Patricia Hollis die *»neue Analyse«* nennt, geht einigermaßen eindeutig aus den Standardargumenten hervor, mit denen die Chartisten ihre Autonomie begründeten. Asa Briggs zufolge fanden sich während der 40er Jahre folgende Gründe für eine selbständige Praxis der Arbeiterklasse nicht nur in den Schriften O'Briens und Brays, sondern wurden auch im ganzen Land von zahllosen Referenten, örtlichen Parteisprechern und Journalisten immer wieder ausgesprochen:

»Erstens, daß Arbeit die Quelle allen Wertes sei und die Rechte der Arbeit nur von den Arbeitern selbst verteidigt werden könnten; zweitens, daß die Unternehmer die Arbeiter zu überlangen Arbeitstagen zwängen und eines Teils ihres gerechten Lohns beraubten; drittens, daß die Ausbeutung verschärft werde durch die Existenz einer 'Reservearmee' von Arbeitskräften, die die Löhne niedrig halte und die Arbeitsbedingungen verschlechtere.«

Der Einfluß dieser neuen Form ökonomischen Denkens beschränkte sich keineswegs auf die besonders qualifizierten und gebildeten Gruppen der Arbeiterschaft. Die Argumentationsweise der streikenden Arbeiter von Ashton-under-Lyne im Jahre 1842 ist ein schlagender Beweis für die Verbreitung einer proletarischen politischen Ökonomie:

»Man spricht viel von Überproduktion und Absatzschwierigkeiten. Laßt uns, um letzteres zu verhindern, nur noch 10 Stunden am Tag arbeiten, und wir sind sicher, dies wird die Menge der auf dem Markt angebotenen Güter vermindern. Die Inlandsnachfrage aber wird beträchtlich steigen, wenn die Löhne der Arbeiter erhöht werden.«

Wenn es Schranken der politischen und ökonomischen Analyse gab, dann offensichtlich nicht so sehr deswegen, weil die *»alte Analyse«* sich so hartnäckig hielt, sondern wohl eher deshalb, weil in einigen wichtigen Punkten die Grenzen der *»neuen Analyse«* schon erreicht waren.

Die wichtigste Veränderung beim Übergang von der *»alten«* zur *»neuen Analyse«* bestand in der Verlagerung des Schwerpunkts der Kritik vom Staat und von der Besteuerung zum *»Kapitalisten«* und zu den Produktionsverhältnissen. Bevor man aber daraus schlußfolgert, diese Entwicklung sei in eine teils noch rohe, teils aber bereits fertige Form des Sozialismus gemündet, sollte man genauer untersuchen, wie diese Kategorien aufgefaßt und welche Zusammenhänge zwischen ihnen hergestellt wurden. Im Fall des *»Kapitalisten«* ist es am besten, mit Hodgskin anzufangen, denn das Bild dieses *»Tyrannen«* während der 30er und 40er Jahre entsprach erkennbar dem, das Hodgskin gezeichnet hatte. Frühere Historiker des Sozialismus brachten die ricardosozialistischen Theorien der Jahre 1825 – 1830 in einen direkten Zusammenhang mit der Periode, in der *»Großbritannien seinen agrarischen Charakter abstreifte und in großem Maßstab zur industriellen Produktionsweise überging«*. Hodgskins These, daß *»nicht die Grundrente, sondern der Zinseszins des Kapitalisten den Arbeiter in Armut hält«*, scheint diesen Wandel widerzuspiegeln. Hodgskins Konzeption der kapitalistischen Ausbeutung weiß jedoch nichts Spezifisches über die neue Produktionsweise zu sagen. Sein Bild des Kapitalisten ist das eines Mittelsmannes:

»Zwischen dem, der die Nahrung, und dem, der die Kleidung produziert, zwischen dem, der die Werkzeuge macht, und dem, der sie gebraucht, drängt sich der Kapitalist, der sie weder anfertigt noch benützt, und eignet sich das Produkt beider an. Mit äußerst knauseriger Hand weist er jedem einen Teil von dem Ertrage des anderen zu, während er den größeren Teil für sich selbst behält. Nach und nach hat er sich, durch ihre wachsenden produktiven Arbeiten an Leibesfülle zunehmend, unbemerkt zwischen sie hineingedrängt und sie soweit voneinander getrennt, daß keiner von ihnen sehen kann, wo jenes Warenan-

gebot hergenommen wird, das ein jeder durch den Kapitalisten empfängt. Während er beide ausplündert, entfernt er den einen so vollständig aus dem Gesichtskreis des anderen, daß beide glauben, ihm ihren Unterhalt zu verdanken. Der Kapitalist ist der Mittelsmann aller Arbeiter.«

Da Hodgskin als Anhänger Loches, Adams Smiths und Godwins die Produktion als einen natürlichen Prozeß betrachtete und die Natur als harmonisch ansah, war die Wurzel des ungleichen Austausches nicht im ökonomischen Prozeß selbst, sondern in künstlichen Gesetzen und politischer Gewalt zu suchen. Die Lage der Arbeiter war folglich aus dem Widerspruch zwischen natürlichen und künstlichen Eigentumsrechten abzuleiten. *»Das Eigentum selbst«*, schrieb er, *»oder das Recht eines Menschen auf den Gebrauch seines Verstandes und seiner Glieder sowie auf die Aneignung dessen, was er durch eigene Arbeit hervorbringt, sind das Ergebnis natürlicher Gesetze.«* Die Natur versorgt den Menschen im Austausch für eine bestimmte Quantität Arbeit mit einem bestimmten Ding: Dies ist der natürliche oder wirkliche Preis eines Dings. Der Kapitalist verlangt jedoch vom Arbeiter, ehe er ihm dasselbe Ding aushändigt, zusätzlich zu der Quantität Arbeit, die die Natur erfordert, eine noch größere Quantität Arbeit. Die Fähigkeit des Kapitalisten, sich diese zusätzliche Arbeit anzueignen, beruht auf seinem Eigentum – denn zirkulierendes Kapital ist nichts anderes als die Kommandogewalt über die Arbeit die Arbeit eines anderen. Dieses Eigentum des Kapitalisten wurde bestimmt als *»das Privileg, das ihm durch die Gesetze der Gesellschaft, der er angehört, verliehen wird, einen Teil vom Ertrag der Arbeit einzubehalten«*. Da die Gesetze der Natur wohlwollend sind, besteht eine natürliche Tendenz des Wissens und der Produktivkräfte, schneller zu wachsen als die Bevölkerung. Die Armut ist daher nicht Resultat der Natur, sondern der künstlichen, durch Gesetze sanktionierten Monopolisierung des Eigentums. Obwohl es also ein natürliches Wachstum der Produktivität gibt und der Mensch eigentlich weniger arbeiten müßte, heimst der Kapitalist dank seiner Macht über Recht und Gesetz den ganzen Produktivitätszuwachs ein und gewährt dem Arbeiter nicht mehr als einen Existenzlohn. Die Gesetze aber, auf die die Kapitalisten sich stützen, sind das Werk jener, die als erste ein Machtmonopol erlangten, von Leuten nämlich, die *»keinen anderen Beruf als den Krieg und keine anderes Gewerbe als Räuberei und Plünderei kannten«*. Im Urzustand der europäischen Gesellschaft war der natürliche Fortschritt der Agrikultur damit identisch, daß die Fläche des Landes, die für jeden einzelnen benötigt wurde, zunehmend kleiner wurde. Doch dieser natürliche Prozeß wurde durch die Invasion barbarischer Horden, durch Hirtenvölker, die nach dem Recht des Eroberers den Grund und Boden in größere und primitivere Besitzeinheiten aufteilten, unterbrochen: Aus dieser Zeit rührt der Widerspruch zwischen dem natürlichen und dem künstlichen Eigentumsrecht. Der Kapitalismus war letztlich nur das Resultat dieser Eroberung und Monopolisierung des Bodens. *»In letzter Instanz läuft der vorgeblich natürliche Lohn der Ricardianer auf nichts anderes hinaus als auf eine durch die Gesetze perpetuierte sklavische Gewohnheit.«*

Hodgskins Theorie hatte unter anderem zur Folge, daß die Steuern, die Kornzölle und die Reform Bill von 1832 als Täuschungsmanöver entlarvt werden konnten, die von den Kapitalisten und ihren politisch-ökonomischen Apologeten inszeniert wurden, um die Arbeiter davon abzuhalten, ihr wichtigstes Ziel zu erkämpfen: die Sicherung des vollen Ertrags ihrer Arbeit und die Aufhebung der Kapitalistenklasse. Wenn der Arbeiter nicht mehr und nicht weniger als einen Existenzlohn erhielt, dann konnte es ihm gleichgültig sein, ob die Steuern und die Preise hoch oder niedrig waren. Denn wenn die Preise sänken, würden

auch die Löhne sinken und umgekehrt. Hohe Preise und Steuern schadeten dem Kapitalisten, da Löhne und Gewinne sich ja umgekehrt proportional verhielten, doch die schwankenden Lohnkosten des Kapitalisten waren für den Arbeiter irrelevant. Ein großer Teil dieser Argumentation tauchte in der Polemik der Chartisten gegen die Anti-Corn Law-League wieder auf, genauso, wie die Konzeption der Gewerkschaften als Instrumente zur Durchsetzung des vollen Arbeitsertrages die Bemühungen beeinflußte, in den Jahren 1833/34 eine einzige große Gewerkschaft aufzubauen.

Inwieweit aber war nun Hodgskins antikapitalistische Theorie als Grundlage proletarischer Programme in den 30er und 40er Jahren geeignet? Hervorgehoben werden sollte vor allem, daß der Kapitalist einzig und allein in seiner Rolle als parasitärer Unterdrücker bestimmt wurde. Selbst in dem Eigentümer des fixen Kapitals sah man bloß eine Art Wucherer, der dem Arbeiter die Produktionsmittel zu einem Wucherzins auslieh. So hat in einem von Hodgskins Beispielen jemand, der Kleidung herstellt, über die natürlichen Kosten der Produktion hinaus dem Schafzüchter, dem Wollhändler, dem Spinnerei- und dem Webereibesitzer, dem Tuchhändler und dem Eigentümer des Schneidereibetriebes jeweils einen bestimmten Zins zu zahlen. Die Schranken der Hodgskinschen Analyse gehen aber auch deutlich aus seiner Konzeption des Unternehmers hervor. »*Die Meister sind*«, schrieb er, »*augenscheinlich ebenso* ***Arbeiter*** *wie ihre Gesellen. In dieser Rolle ist ihr Interesse identisch mit dem ihrer Arbeiter. Sie sind aber zugleich auch entweder Kapitalisten oder Agenten von Kapitalisten, und in dieser Rolle ist ihr Interesse den Interessen ihrer Arbeiter entschieden entgegengesetzt.*« Die produktive Rolle der Unternehmer bestand nach Hodgskins Auffassung in ihren nützlichen Tätigkeiten als Betriebsleiter und Aufseher. Nur in ihrer Funktion als Mittelsmänner, die ein politisches Monopol über das Austauschsystem besaßen, galten sie ihm als Kapitalisten, die zu bekämpfen waren. Was hier fehlt, ist genau all das, was den industriellen Kapitalismus von einem auf politischer Gewalt beruhenden System ungleichen Austausches unterscheidet. Denn gerade in ihrer Rolle als Manager und Kontrolleure der Produktion war die neue Form der Ausbeutung begründet.

Hodgskins Theorie war zwar nur eine Quelle der in den 30er und 40er Jahren dominierenden Konzeption der Ausbeutung, aber die hier aufgezeigten Schranken wurden auch von den anderen Theorien nicht überschritten. John Gray subsumierte beispielsweise einen Teil der Unternehmer unter seine Kategorie der »*nützlichen Klasse*«: Solche Personen seien nützlich »*nur insofern, als sie zur Leitung und Beaufsichtigung der Arbeit und zur Distribution der Arbeitsprodukte erforderlich*« seien. Auch sein Begriff der Ausbeutung bezieht sich ähnlich wie der Hodgskins auf Verhältnisse außerhalb der Produktionssphäre:

»*Das wirkliche Einkommen des Landes ... wird seinen Produzenten hauptsächlich durch die Grundrente, durch Häusermieten, durch den Leihzins sowie durch den Profit jener Leute weggenommen, die ihre Arbeit zu einem bestimmten Preis kaufen und zu einem höheren Preis verkaufen.*«

Auch in dem Werk des Druckergesellen John Francis Bray »***Labour's Wrongs and Labour's Remedy***« dominiert das merkantile Bild des Kapitalismus:

»*Wo auch immer das bestehende System einen Arbeiter reich werden läßt, geschieht dies folgendermaßen: Nehmen wir an, er hat 100 £ gespart oder geliehen und erlangt so die Stellung eines Kapitalisten. Mit diesem Geld 'spekuliert' er nun, d.h. er macht einen ungerechten und ungleichen Tausch: er kauft eine Ware zu einem bestimmten Preis und verkauft sie, ohne ihr durch seine eigene Arbeit einen höheren Wert zuzufügen, zu einem doppelt so hohen Betrag, wie sie ihn ursprünglich gekostet hat. Oder aber er beschafft sich*

für seine 100 £ eine bestimmte Quantität Arbeit und verkauft das Produkt dieser Arbeit für 200 £ ... Er hat also seine Arbeiter eindeutig um die Hälfte dessen betrogen, was ihnen gerechterweise zusteht. ... Auf diese Weise ist die Masse jener Kleinkapitalisten entstanden, die derzeit die arbeitenden Klassen zu Boden drücken. Selbstverständlich aber hat der Kapitalist bei all dem großen Reichtum, der durch ungleichen Austausch erworben wurde, einen gerechten Anspruch nur auf das ursprüngliche Kapital, also auf jene 100 £ (oder wie hoch es auch sonst immer sein mag).«

Schließlich findet sich auch in der Popularisierung dieser Anschauungen durch die bekannten Journalisten der ungestempelten Presse dieselbe undifferenzierte Sicht des Kapitalisten als eines betrügerischen Händlers oder Monopolisten des Austauschs. So kommt man nach Meinung O'Briens, des »*Schulmeisters des Chartismus*«, wie O'Connor ihn nannte,

»*zu Geld nur, indem man billig kauft und teuer verkauft, Lügen erzählt und den Kunden den ganzen Tag über etwas vormacht, Diener und Arbeiter unter Druck setzt, das Kapital illiquid gewordener Kaufleute zum halben Wert aufkauft, Wechsel zu Wucherzinsen diskontiert, zweifelhafte Wertpapiere zu einem Bruchteil ihres Nominalwerts kauft und sie ahnungslosen Geschäftspartnern andreht*«.

Der Dachstubenmeister, der Bankier, der »*shopocrat*« und der »*millocrat*« (der Laden- und Fabriktyrann, kaum übersetzbare Wortschöpfungen O'Briens, Anm. d. Übers.) wurden alle auf dieselbe Weise charakterisiert: sie kauften billig und verkauften teuer. Sie waren »*Mittelsmänner*« (middlemen), die vom »*Kannibalismus einer künstlichen Gesellschaft*« zehrten.

Die Tatsache, daß die Ricardosozialisten ihre Theorie der Ausbeutung eher auf den Austausch als auf die Produktion gründeten, ist oft genug registriert worden, doch der Zusammenhang zwischen der Form ihrer Theorie und der Praxis der englischen Arbeiterklasse nach 1830 ist weitaus seltener erörtert worden. Tatsächlich war jedoch die Form, in der eine systematische Anschauung von Ökonomie und Politik sich seit Beginn der 30er Jahre in der Arbeiterklassenbewegung durchsetzte, von erheblicher Bedeutung für die Strukturierung ihrer Programme und Forderungen. Der Umstand, daß die »*alte Analyse*« sich auf Staat und Besteuerung konzentrierte, während die »*neue Analyse*« den Schwerpunkt auf das Eigentum und den kapitalistischen »*Mittelsmann*« legte, sollte freilich nicht den Blick für das verstellen, was beiden gemeinsam war: daß nämlich die Ursachen der Armut der Arbeiter in letzter Instanz politische waren. »*Was denn sonst*«, schrieb O'Brien, »*erzeugt die Armut, die Mutter der Sklaverei, der Unwissenheit und des Elends, wenn nicht ungerechte Gesetze, durch die die Vielen zum Vorteil der Wenigen ausgeplündert werden?*« So wie es der Staat der »*Old Corruption*« war (egal ob man ihn nun auf die normannische Eroberung oder auf das Wahlrecht vor der Regierungszeit Heinrichs VI. zurückführte), der den Wählerstimmenverkäufer und den Staatsschuldenprofiteur ins Leben gerufen hatte, so war es auch der Staat der Eroberer und Landräuber, der den kapitalistischen Mittelsmann hatte entstehen lassen. Nach einem Plädoyer für eine »*Vereinigung aller Arbeitenden*«, die erklären würden, »*daß die, die nichts produzieren, auch nicht die Produkte anderer verzehren*« sollten, druckte der »**Pioneer**« einen Dialog ab, in dem die Ursache der Ungleichheit folgendermaßen erklärt wird:

»*Frage: Worauf ist es zurückzuführen, daß die Gesellschaft in Arbeiter und Müßiggänger gespalten ist?*

Antwort: In den Anfängen der menschlichen Gesellschaft mußte sich jeder selbst anstrengen, um für seine eigenen Bedürfnisse und das Wohl der Gemeinschaft zu sorgen. Im wei-

teren Verlauf der Geschichte aber errang ein Einzelner die Macht über andere und zwang sie, ihn in seinem Nichtstun zu unterstützten. So wurde der Naturzustand der Gesellschaft zerstört.
Frage: War dies auch in Britannien der Fall?
Antwort: So war es. Ein gemeiner Räuber namens Wilhelm der Eroberer überfiel vor rund tausend Jahren Britannien und verteilte das Land unter seine Gefolgsleute; und ihnen waren ununterbrochen bis zum heutigen Tag die arbeitenden Klassen untertan, ihre Ansprüche zu erfüllen.«
Da die Ausbeutung der Arbeiter in erster Linie aus der Usurpation und Monopolisierung des Eigentums und nur in zweiter Linie aus einer bestimmten Form der Produktion hergeleitet wurde, war es völlig logisch, in der Monopolisierung des Bodens die Hauptursache des Elends der Arbeiter zu sehen, in der Monopolisierung des Geldwesens und in der Besteuerung jedoch nur zweitrangige Ursachen. Rente und Zins waren nicht das Resultat von Arbeit, folglich gab es auch kein Naturrecht, das sie rechtfertigen konnte.
Nach der Auffassung John Grays zum Beispiel
»ist die Erde die Wohnstätte und das natürliche Erbe der ganzen Menschheit: gegenwärtiger und zukünftiger Generationen; eine Wohnstätte, die keinem Menschen allein, sondern allen gemeinsam gehört; und worin alle ein gleiches Recht zu wohnen haben... Es gibt nur drei verschiedene Weisen, Eigentum zu erwerben:
erstens, indem man es selber herstellt; zweitens, indem man es käuflich erwirbt; drittens, indem man es von einem anderen, dessen Eigentum es war, geschenkt erhält. Es ist nun völlig klar, daß weder unsere heutigen Grundeigentümer noch ihre Vorfahren ... die rechtmäßigen Eigentümer von auch nur einem Zollbreit Erde sein können.«
Auch für Bray war es gleichermaßen klar,
»... daß individueller Grundbesitz die Ursache der Ungleichheit des Eigentums war, daß die Ungleichheit des Eigentums notwendigerweise die Ungleichheit der Arbeit zur Folge hatte und daß die Ungleichheit des Reichtums, der Arbeit und der Genüsse das ganze Elend ausmacht.«
Und mehr noch: Obwohl in der *»neuen Analyse«* das kapitalistische Eigentum an Maschinerie immer mehr als der eigentliche Grund für die Konkurrenz zwischen den Arbeitern, für die niedrigen Löhne und für die Existenz einer *»industriellen Reservearmee«* dargestellt wurde, hielt man weiterhin daran fest, daß in erster Linie die Usurpation des natürlichen Rechts, den Boden zu bebauen, die Arbeiter zu *»landlosen«* Lohnsklaven gemacht habe. Diese Auffassung erhielt in den 1830er Jahren Unterstützung durch die ältere Kritik des Grundeigentums, die von den Spenceanern artikuliert wurde. Ihre Argumentation stützte sich nicht auf das Naturrecht, sondern auf die beharrlich vorgetragene Anschauung, daß das Land geschichtlich den Armen gehört habe und ihnen geraubt worden sei. Tatsächlich stellte in den vierziger Jahren die Forderung nach Beendigung der Monopolisierung des Landes die Hauptantwort der Chartisten auf die Herausforderung des Industriekapitalismus dar. Laut James Leach, einem Chartisten aus Manchester, glaubten sie, daß
»wenn die Kapitalisten dem Arbeiter schon jede Chance nähmen, von seiner Arbeit als Handwerker zu leben, sie ihm wenigstens die Mittel geben müßten, aufs Land zurückzugehen als Garantie der Freiheit und des Lebensunterhalts.«
Es gab auch keine Meinungsverschiedenheit zwischen O'Connor und den weiter links stehenden sozialistischen Chartisten, was die Identifizierung der Bodenproblematik als des zentralen Punkts eines chartistischen Sozialprogramms anbetraf. Soweit dieser Punkt über-

haupt umstritten war, lautete die Streitfrage, ob das Land unter Kleinbauern aufgeteilt werden solle oder ob es, wie Harney befürwortete, »*the People's farm*« sein sollte. Auch nach 1848, in der Zeit des »Charter-Sozialismus«, als die Chartisten »*die Charter und etwas mehr*« verlangten, frappiert nichts mehr als die fundamentale Kontinuität ihrer Analyse trotz gewandelter Begrifflichkeit. »*Die Feudalherren sind zum Aussterben verurteilt*«, schrieb Harney,

»*doch die Kapitalisten sind voller Vitalität und Energie und fest entschlossen, auf den Ruinen der Herrschaft ihrer einstigen Herren, jetzt aber aussterbenden Rivalen ihre Hegemonie zu errichten. ... Die Feudalherren haben die Proletarier mit der Peitsche gepeinigt, die Kapitalisten aber werden, wenn sie in ihren Zielen weitervorankommen, sie mit Skorpionen quälen... Da die Grundaristokratie zum Untergang verurteilt ist, sollte man aufpassen, daß keine neue Aristokratie ihre Stelle einnehmen kann. Aus diesem Grunde* ***muß der Boden zum Eigentum der ganzen Nation gemacht werden...Das Land gehört allen,*** *und das Naturrecht aller steht über dem in betrügerischer Absicht geltend gemachten Recht der Eroberung und des Erwerbs.*«

Man erkennt, daß selbst in der letzten Phase des Chartismus, in der bereits der Einfluß von Marx und Engels feststellbar ist, noch eine Sprache des Naturrechts vorherrschend war. Es waren diese Sprache und ihre unausrottbaren individualistischen Prämissen, die im Mittelpunkt der Problematik des englischen Sozialismus standen, die ihn einerseits mit der ganzen Kraft seiner Klassenüberzeugungen ausstatteten, die andererseits aber auch seine analytischen Grenzen markierten. Die Arbeitswerttheorie war untrennbar mit einer Theorie natürlicher Rechte verbunden – der natürlichen Rechte des Produzenten auf sein **Eigentum** sowie auf den vollen Ertrag seiner Arbeit. Nach der Ablehnung der zweiten chartistischen Wahlrechtspetition im Mai 1842 erwiderte der »*Northern Star*« Macauleys Attacken im Unterhaus mit der Bemerkung: »*Das Elend, der Hungertod und die furchtbare Verzweiflung der arbeitenden Klassen verkünden laut, daß ihnen* ***ihr Eigentum,*** *ihre Arbeit und deren Früchte nicht garantiert werden, sondern daß sie vielmehr die gemeinsame Beute all jener legalen Räuber der Gesellschaft sind.*« Die Stärken und Schwächen zeigen sich ähnlich deutlich in O'Briens Ausführungen zum Grundeigentum:

»*Man nimmt an, daß das Land, die Bodenschätze, die Flüsse etc. ebenso geeignete und passende Gegenstände privaten Eigentums sind wie Tuchhallen, Töpferwaren oder irgendwelche anderen Produkte der Geschicklichkeit und des Fleißes der Menschen, daß folglich die Werke der göttlichen Schöpfung genauso auf dem Markt gekauft und verkauft werden können wie die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit. Dieses Prinzip steht so ganz und gar im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand und zur Vernunft, es stellt eine so offenkundige Perversion der natürlichen Gerechtigkeit dar, daß die Rechte des Eigentums unmöglich mit ihm in Einklang gebracht werden können, ja nicht einmal einen einzigen Augenblick lang mit ihm koexistieren können, und zwar einfach deshalb, weil die Rechte der Arbeit und die Rechte des Eigentums, die in Wirklichkeit identisch sein müßten, in diesem System völlig unvereinbar sind.*«

Wenn der Boden nationalisiert, die Staatsschulden liquidiert und die monopolistische Kontrolle der Bankiers über das Geldwesen zu beseitigen waren, dann deswegen, weil all diese Formen des Eigentums das gemeinsame Merkmal aufwiesen, nicht das Resultat von Arbeit zu sein. Aus diesem Grund galten Müßiggang und Schmarotzertum als die hervorstechendsten Charakteristika der herrschenden Klasse. Deshalb nahm Hodgskin von seiner Kritik auch alle jene Merkmale aus, die den »*millocrat*« vom »*shopocrat*«, den Fabrikanten

vom Verleger unterschieden. Es ist frappierend, daß trotz der Intensität der Klassenfeindschaft gegenüber der »*steam-producing class*« (also den industriellen Unternehmern) niemals gefordert wurde, die Fabriken zu verstaatlichen und ihre Besitzer zu enteignen. Die weitgehendste Forderung war, fixes Kapital aufzukaufen und mit Arbeitsschuldscheinen zu bezahlen, doch blieb selbst dieser von Bray in die Diskussion eingebrachte Vorschlag strikt innerhalb der Grenzen der Naturrechtstheorie der Arbeit:

»*Wenn ein Arbeiter einem Kapitalisten oder ein Kapitalist einem anderen Geld bezahlt, gibt er nur einen Stellvertreter der Dinge, die die Arbeit geschaffen hat. Wenn er einen zu einem späteren Zeitpunkt einzulösenden Schuldschein gibt, verspricht er, mit dem zu bezahlen, was die Arbeit schaffen wird. Alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Kapitaltransaktionen bedürfen zu ihrer Realisierung der Arbeit. Wenn dies der Fall ist, warum sollte dann nicht die Arbeit selbst einen Kauf tätigen?*«

Die Expropriation war das wohlverdiente Schicksal des Rentiers, die Notwendigkeit, selbst arbeiten zu müssen, sollte der gerechte Lohn des Müßiggängers sein, in Zukunft würden die »*Drohnen*« genauso arbeiten müssen wie die »*Bienen*«. Doch hohe Löhne, kürzere Arbeitszeiten und die Besteuerung von Maschinen durch eine demokratische Regierung waren das Äußerste dessen, was gegen die Tyrannei der Fabrikherren gefordert wurde. Um weitergehende Vorstellungen entwickeln zu können, hätte man die ganze auf dem Naturrecht beruhende Theorie der Arbeit über Bord werfen müssen.

Natürlich konnte man sich in der Entstehungsphase der Theorie gegen Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre kaum vorstellen, daß speziell die Rolle der Unternehmer als Manager und »*Erfinder*« verändert werden müßte, wenn die Arbeiter jemals die Verfügungsgewalt über den vollen Arbeitsertrag erlangen würden. In einer auf gleichem Austausch beruhenden Gesellschaft würde der Unternehmer jeden nur denkbaren Anreiz haben, an der genossenschaftlichen Produktion des Reichtums mitzuwirken. Er würde seine ungerechten Privilegien insoweit verlieren, als er »*Kapitalist*« war. Es könnte zwar sein, daß der Kampf einer großen Vereinigung der Produzenten erforderlich würde, um diesen Wandel herbeizuführen, danach aber, so glaubte man, werde es keine gravierenden Probleme mehr geben. Es würde, wie Owen sich auszudrücken pflegte, der Wohlstand auf das Land losgelassen werden, und der Überfluß würde so groß sein, daß Konkurrenzdenken und egoistische Instinkte allmählich verschwinden. Gegen eine Klasse von »*Kapitalisten*«, nicht aber gegen eine Klasse von Unternehmern richteten sich dementsprechend die Gewerkschaften in der Zeit ihres großen Aufschwungs 1833/34.

»*Die große Mehrheit der Arbeiterklasse glaubte, daß ihre damaligen Gewerkschaften mächtig genug seien, sie von der Herrschaft der Kapitalisten zu befreien*«, schrieb Bray im Rückblick auf die Zeit der G.N.C.T.U. In den Kämpfen der Jahre 1833/34 zeigte sich ein größeres Maß an Einheit von theoretischer Einsicht und revolutionärer Praxis als zu irgendeinem Zeitpunkt in der Periode nach 1850. Das war kein Zufall.

Die begeistertsten Praktiker des Ricardosozialismus waren genau jene, deren Lebenserfahrung die Theorie am besten auszudrücken vermochte. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der G.N.C.T.U. waren Londoner Handwerker - Schneider, Schuhmacher, Schiffbauer, Goldschmiede, Buchbinder etc. Auch die Außenposten der Gewerkschaft in der Provinz wurden von Handwerkern und Heimarbeitern gehalten - Handschuhmachern, Töpfern und Webern in den Midlands und einigen Handwerksberufen in Manchester. Die einzige große Gruppe mit engen Verbindungen zur »Consolidated« waren die Bauarbeiter, die freilich getrennt organisiert blieben. Aus ähnlichen Berufen kam auch die Masse der

Mitglieder der National Equitable Labour Exchange Association.
In zahlreichen Gewerbezweigen blieben die Übergänge vom Gesellen zum Meister fließend. 1851 beschäftigten zwischen 55 und 60 Prozent aller Betriebe weniger als 5 Arbeitskräfte. Im Baugewerbe sagte man noch in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, daß »*5 £ und eine gehörige Portion Unverschämtheit*« genügten, um sich selbständig zu machen. Mayhew bemerkte, daß es für einen Möbeltischler, der Unternehmer werden wollte, ausreichte, ein Dienstmädchen zu heiraten, das 3 - 4 £ gespart hatte, und dies erwies sich auch noch 40 Jahre später zur Zeit der Booth-Enquiry als zutreffend. Tatsächlich machten sich in schlechten jahren viele Handwerksgesellen, die überhaupt kein Kapital besaßen, als kleine Meister selbständig, nur um der Arbeitslosigkeit in einem überbesetzten Handwerkszweig zu entgehen.
Dasselbe traf in einem erheblich größeren Ausmaß, als gewöhnlich angenommen wird, auch auf die Verhältnisse außerhalb Londons zu. Der Abschluß von Unterverträgen war sowohl in rückständigen als auch in modernen Gewerbezweigen verbreitet. Wie Sidney Pollard gezeigt hat, waren zu einer Zeit und in Branchen, in denen das Problem der Leitung und direkten Kontrolle einer großen Gruppe von Arbeitskräften noch weitgehend ungelöst war, offenbar selbst große Firmen in der Art von Bienenwaben in kleine Produktions- und Beschäftigungseinheiten unterteilt. Es war die Praxis so bahnbrechender Unternehmer wie Josiah Wedgewood oder Bolton und Watt, individuelle Verträge mit den Leitern jeder einzelnen Werkstatt abzuschließen, wobei der eine das Kapital, der andere die technischen Fähigkeiten und die Aufsicht über die Arbeit einbrachte, und diese Praxis wurde in vielen Gewerbezweigen während des gesamten Zeitraums beibehalten.
Es ist nicht verwunderlich, daß der Gedanke, die Unternehmer als eine **Klasse** aufzufassen, als ziemlich abwegig erschienen wäre, und daß Hodgskin folglich eine so scharfe Trennlinie zwischen dem Unternehmer als Meister und Arbeitgeber und als »*Kapitalist*« ziehen konnte. Qualifizierten Handwerkern dieser Art erschien eine annähernde Gleichheit, die durch eine größere oder kleinere, der jeweiligen Geschicklichkeit und Leistung entsprechende Vergütung gemildert würde, als gerecht, und es waren genau diese graduellen Unterschiede zwischen der Lage des einen und der des anderen, die eine Naturrechtstheorie der Arbeit zulassen konnte. Kleine Handwerksmeister mochten streng gegen ihre Lehrlinge sein oder ihre Arbeiter hart arbeiten lassen, aber es war in keiner Weise üblich, sie als Müßiggänger oder Parasiten zu betrachten, und häufig genug war ihr Lebensstandard kaum höher als der ihrer Untergebenen.
In diesen Gewerbezweigen war es freilich nicht mehr derjenige, welcher am härtesten arbeitete und die größte Geschicklichkeit besaß, der auch am meisten verdiente. Dies waren der Besitzer eines Ladens im Londoner Westend, der Großhändler, der ein Warenlager unterhielt und die fertigen Produkte der Handwerksmeister und Gesellen zu niedrigsten Preisen aufkaufte, die »*Geldsäcke*«, die Handelskredite nur zu Wucherzinsen gewährten, oder der Eigentümer des Strumpfwirkrahmens und des Webstuhls, der vom Stücklohn des Arbeiters die Miete für die Maschine abzog. Solche Personen, nicht den kleinen Handwerksmeister, hielt man für die Leute, deren Geschäfte dank der Verelendung des Gewerbes florierten. O'Briens mangelnde Unterscheidung zwischen dem Kapitalisten und dem Ladenbesitzer war daher nicht erstaunlich. Der Kapitalist war Mittelsmann, und die Annahme lag nahe, daß seine Macht unterminiert werden würde, wenn das Zirkulationssystem auf der Grundlage des gerechten Austauschs reorganisiert werden würde. Eine ähnliche, der Wahrnehmungsweise des Handwerkers inhärente Erkenntnisschranke offenbart sich auch

in der Meinung, die Maschine sei bloß ein verbessertes Handwerkszeug - Bestandteil von Hodgskins und Adam Smiths natürlichen Prozeß der Vervollkommnung der Handwerksgeschicklichkeit -, das, so lange es dem Zugriff des Kapitalisten entzogen werden könne, bloß den Umfang der notwendigen Arbeitsmühe verringern werde. Die völlig neuartige Beziehung zwischen dem Arbeiter und seinen Produktionsmitteln, die die moderne Industrie gerade erst entstehen ließ, ist ihm, was nicht überrascht, weitgehend entgangen. Aus ähnlichen Gründen mußte der Gedanke einer Sozialisierung der Produktionsmittel (in Industrie und Landwirtschaft) noch für lange Zeit als eine reichlich abstrakte Idee erscheinen. Die Übereinstimmung von Analyse, Erfahrung und Zielsetzung, die 1833/34 so bemerkenswert war, ist in den Jahren des Chartismus nie wieder erreicht worden. Die Erfahrung von 1833/34 hatte bereits **praktisch** die Grenzen der *»neuen«* Analyse enthüllt, nämlich mit dem Auftreten der Unternehmer als einer besonderen und den Arbeitern feindlichen Klasse. Die Welle antigewerkschaftlicher Unterdrückungsmaßnahmen zur Zeit der Prozesse gegen die Glasgower Baumwollspinner im Jahre 1838 und die Agitation gegen die *»Fabriksklaverei«* in Lancashire und Yorkshire verstärkten weiter das Bild des **kapitalistischen Unternehmers** als des *»Haupttyrannen«*. Die neue Feindschaft gegenüber dieser Klasse wurde sichtbar in dem Gegensatz der Chartisten zur Anti-Corn Law-League, in der sie bloß ein Werkzeug der Unternehmer sahen, obwohl die League tatsächlich viel eher eine typische Protestbewegung der unteren Mittelklassen war. Auf ähnliche Weise wurde auch die neue Armengesetzgebung eindeutig der industriellen Mittelklasse zugeschrieben, obwohl in Wirklichkeit die Grundeigentümer an der Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament einen größeren Anteil hatten als die Unternehmer. Der Unterschied in der Struktur des Klassenempfindens läßt sich ermessen, wenn wir die Behandlung der Unternehmer im »Pioneer« (trotz seiner Forderungen nach einem Generalstreik) mit der in irgendeiner beliebigen Nummer des »Northern Star« gegen Ende der 30er und im Verlauf der 40er Jahre vergleichen.

Der Klassengegensatz in der chartistischen Periode schloß einen wesentlich größeren Anteil der arbeitenden Bevölkerung ein als der Klassengegensatz zu Beginn der 30er Jahre. Der Chartismus, insbesondere bis 1842, war nicht nur eine Bewegung bedrohter Handwerker und Heimarbeiter. Fabrikarbeiter, auch Frauen, wie Dorothy Thompson gezeigt hat, waren ebenso beteiligt und nicht minder bereit, Gewalt anzuwenden, wenn es die Situation erforderte. Ashton-under-Line war eine der stärksten Bastionen der *»»Physical Force«*-Fraktion des Chartismus, und doch war seine Bevölkerung fast ausschließlich in Fabriken beschäftigt.

Diese tatsächliche Verlagerung des Schwerpunkts der Klassenauseinandersetzungen fand jedoch keinen theoretischen Ausdruck. Es fand sich kein neuer Hodgskin oder Morrison der Fabrikstädte, der imstande gewesen wäre, die neuen und spezifischen Merkmale des industriellen Kapitalismus auf eine solche Art begrifflich zu fassen, daß sie zum Gemeingut der Arbeiterbewegung hätten werden können. Die Chartisten in den Industriegebieten hatten es nicht in erster Linie mit feisten Bischöfen zu tun, die von ihren Pfründen lebten, oder mit Besitzern von staatlichen Schuldverschreibungen, Währungsmonopolisten oder *»shopocrats«*. Dennoch tauchten alle diese Gestalten in chartistischen Standardreden immer wieder auf. Der *»millocrat«* wurde bloß einer ohnehin schon langen Liste von Nichtstuern hinzugefügt. Die Folge dieser fehlenden Übereinstimmung zwischen den Manifestationen eines neuen Klassenempfindens und den verfügbaren Ausdrucksformen politischen Bewußtseins war eine Tendenz zur Zersplitterung der Zielvorstellungen und Strategien. Das

Scheitern der Chartisten kann nur zum Teil mit dem massiven Widerstand der Mittelklassen entschuldigt werden, wie dies Cole in seiner Deutung tut. Es waren eher die mangelnde Bestimmtheit und das fehlende Unterscheidungsvermögen der chartistischen Kritik als irgendeine der Mittelklasse selbst innewohnende Einheit, die diese tendenziell als eine »*reaktionäre Masse*« erscheinen ließ. Das Ausmaß, in dem 1848 die Angehörigen der unteren Mittelklasse als Hilfspolizisten in Erscheinung traten, läßt sich einfach nicht aus den expansiven Tendenzen des Kapitalismus ableiten, sondern war auch eine Folge chartistischer Politik.

Mehr noch: So wie die Chartisten dabei scheiterten, eine neue und adäquatere Rhetorik zu entwickeln, so verlor auch die ältere radikale Rhetorik an Überzeugungskraft, insbesondere was ihre Einschätzung des Staates anbetraf. Peel und Sir James Graham waren nicht Elden, Sidmouth und Wellington. Abermals wurde eine neue Analyse erforderlich, aber keine stand zur Verfügung. Der stringenteste Theoretiker, den der Chartismus hervorgebracht hatte, war O'Brien, doch ging seine Analyse, wie wir gesehen haben, nur wenig über den Erkenntnisstand zu Beginn der 30er Jahre hinaus. Mehr als irgendein anderer denunzierte er die Gesamtheit der Mittelklassen pauschal als die Verräter von 1832. Es war, an seinen eigenen Prämissen gemessen, trotzdem konsequent, wenn er bei mehreren Gelegenheiten ein Bündnis mit den Teilen der Mittelklasse vorschlug, die die sechs Punkte der Charter zu unterstützen bereit waren. Aber im allgemeinen war diese Position zu konfus und verwirrend, um eine klare Linie erkennen zu lassen. So kam es beispielsweise zuweilen zu Forderungen chartistischer Aktivisten, alle Angehörigen der Mittelklasse von chartistischen Zusammenkünften auszuschließen.

Aufgrund des Fehlens einer Theorie, die sich allgemeiner Zustimmung hätte erfreuen können, fanden sich die Chartisten gespalten zwischen jenen, die den Tories, und jene, die den Liberalen zuneigten, zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen Bildungsreformern und Revolutionären, Genossenschaftlern und Agrarreformern, Gewerkschaftern und Politikern, und in allen diesen Punkten wurden die Chartisten anfällig für die Spaltungsbemühungen der verschiedenen Reformpolitiker aus den besitzenden Klassen. Theoretische Fragen sind für die Einschätzung des Chartismus alles andere als unwichtig. Das Ausbleiben einer kohärenten Beziehung zwischen der Theorie und der Praxis der Bewegung ist kein abstrakt-theoretisches Problem, sondern verweist auf eine zentrale Ursache des Scheiterns der chartistischen Bewegung.

(aus dem Englischen von Kajo Burkard)

Bibliographische Hinweise

(zusammengestellt von K. Burkard)

1. Quellensammlungen

Die meisten Zitate des Jones-Aufsatzes sind nachzulesen in dem vorzüglichen Quellenband von *Hollis*, Patricia, Class and Conflict in 19th Century England, London 1972

Dazu kann ergänzend die thematisch und zeitlich breiter angelegte, mittlerweile schon »klassische« Quellensammlung zur frühen englischen Arbeiterbewegung herangezogen werden:
Cole, G.D.H. / *Filson*, A.W., British Working Class Movements - Select Documents 1689 - 1875, London 1951

2. Zeitgenössische Zeitungen

Die wichtigsten Periodika der frühen englischen Arbeiterbewegung (auch die im Text genannten: »Crisis«, »Pioneer«, »Poor Man's Guardian«) sind seit Ende der 60er Jahre als Reprints erhältlich (von denen leider viel zu wenig Gebrauch gemacht wird). Ein nahezu vollständiges Verzeichnis der radikalen und sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften, die zwischen 1815 und 1850 erschienen sind, findet sich in der grundlegenden Studie von

Hollis, Patricia, The Pauper Press. A Study in Working-Class Radicalism of the 1830s, Oxford 1970,

so daß hier auf weitere Hinweise verzichtet werden kann.

3. Ausgaben radikaler und frühsozialistischer Autoren

Die folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgeführt werden nur die wichtigsten Werke und Editionen der im Text zitierten oder erwähnten Theoretiker und Publizisten der frühen englischen Arbeiterbewegung, insbesondere der »Ricardosozialisten« Gray, Bray, Thompson, Hodgskin.

Bray, Francis, Labour's Wrongs and Labour's Remedy; or, the Age of Might and the Age of Right, Leeds 1839; Reprints: Series of Reprints of Scarce Tracts in Economics an Political Science, No. 6, London 1931, New York 1968, deutsche Übersetzung von Max Beer unter dem Titel »Die Leiden der Arbeiterklasse und ihr Heilmittel«, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 13/14 (N.F.: Heft 3/4), Leipzig 1920

Cobbett, William, The Opinions of William Cobbett, hrsg. von G.D.H. und Margaret Cole, London 1944

Gray, John, A Lecture on Human Happiness, being the first of a series of Lectures on that Subject in Which will be comprehended a General Review of the Causes of the Existing Evils of Society, and a Development of Means by which they may be permanently and effectually removed, London 1825, Reprint: Series of Reprints of Scarce Tracts in Economics and Political Science, No. 2, London 1931; deutsche Übersetzung von Adolf M. Freund unter dem Titel »Vom menschlichen Glück«, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 8, Leipzig 1907

Godwin, William, Enquiry concerning political Justice and its Influence on General Virtue and Happiness, London 1793, deutsche Übersetzung des 8. Buches (Of Property) von Max Bahrfeldt unter dem Titel »Das Eigentum«, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 2, Leipzig 1904

Hall, Charles, The Effects of Civilisation on the People in European States, London 1805, ^{2}1849, deutsche Übersetzung von B. Oldenberg unter dem Titel »Die Wirkungen der Zivilisation auf die Massen«, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 4, Leipzig 1905

Hodgskin, Thomas, Labour Defended against the Claims of Capital; or the Unproductiveness of Capital proved with Reference to the Present Combinations amongst Journeymen, London 1825; neue, von G.D.H. Cole herausgegebene und eingeleitete Ausgabe, London 1922, Reprint: New York 1963, London 1964; deutsche Übersetzung von Friedrich Raffel: Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals, Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 10 Leipzig 1909; eine zweite deutsche Übersetzung im Anhang von Karl Koepp, Das Verhältnis der Mehrwerttheorien von Karl Marx und Thomas Hodgskin, Wien 1911, S. 180-239

ders., Popular Political Economy. Four Lectures Delivered at the London Mechanics' Instititution, London 1827, Reprint: New York 1966

ders., The Natural and Artificial Right of Property Contrasted. A Series of Letters, Addressed without Permission to H. Brougham, Esq. M.P.F.R.S.&c. (now the Lord Chancellor) by the Author or »Labour Defended against the Claims of Capital«, London 1832, Reprint: New York 1973

Owen, Robert, A New View of Society and other Writings, with an introduction by John Butt, London 1972

Paine, Thomas, Rights of Man: Being an Answer to Mr. Burke's Attack on the French Revolution, London 1791-92, Taschenbuchausgabe, hrsg. und eingeleitet von Henry Collins, Harmondsworth [1]1969, [3]1976

Spence, Thomas, Das Gemeineigentum am Boden, aus dem Englischen von Fritz von Eichmann, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 1, Leipzig 1904

Thompson, William, Inquiry into the Principles of the Distribution of Wealth most conducive to Human Happiness, London 1824, Reprint der 2. Aufl. (von 1850) New York 1968, deutsche Übersetzung von Oswald Collmann unter dem Titel »Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums zur besonderen Beförderung des menschlichen Glücks«, 2 Bde., Berlin 1903/1904

ders., Labor rewarded. The claims of labor and capital conciliated or how to secure to labor the tho whole products of its exertions, London 1827, Reprint: New York 1971

Anmerkung:

Die mittlerweile selten gewordenen Hefte der Reihe »Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik« (hrsg. von Georg Adler, Leipzig 1904ff., Neue Folge, hrsg. von Karl Grünberg, Leipzig 1911 ff.) sind neuerdings auch als Reprint zugänglich (4 Bde., Glashütten 1974).

4. Sekundärliteratur

Die wichtigste Literatur läßt sich aus den teilweise umfangreichen Literaturverzeichnissen folgender grundlegender Arbeiten zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung (vor 1848) erschließen:

Cole, G.D.H. / *Postgate*, Raymond, The Common People 1746 - 1946, London [4]1949, Paperback-Ausgabe 1971

Thompson, Edward P., The Making of the English Working Class, London 1963, published with revisions, Harmondsworth 1968

Vester, Michael, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 - 1848, Frankfurt a.M. [2]1972

Außer auf Patricia Hollis' bereits erwähnte Studie »The Pauper Press« stützt Jones seine Argumentation insbesondere auf die sozialgeschichtlichen Untersuchungen von Sidney Pollard, dessen Hauptwerk von deutschen Historikern immer noch viel zu wenig beachtet wird:

Pollard, Sidney, The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain, London 1965

DER KOMMUNISMUS
ENTWICKELT SICH IM KAMPF
- GEGEN DIE ARBEIT
- GEGEN DIE QUALIFIKATION
- FÜR MEHR LEBEN

Die zweite Auflage des mittlerweile legendären AUTONOMIE-Readers enthält u.a.:

Karl Marx: Abschweifungen über produktive und unproduktive Arbeit

K.-H. Roth / D. Hartmann: Dialektik der Arbeit

Carlo Jäger: Arbeiterstandpunkt und politische Ökonomie

D. Hartmann: Gewalt der formalen Logik

und weitere Artikel von Karl Marx bis Raniero Panzieri

Preis: 6,- DM

2. Auflage

AUTONOMIE reader

Bezugsadresse: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Str. 121
4630 Bochum

BIBLIOTHEK DER UTOPIEN

Revolution, ja; aber welche?
Die, die eine Macht durch eine andere Macht; einen Menschen durch andere Menschen ersetzt? Eine noch traurigere Geschichte! Wir alle haben das Recht und – zum günstigen Augenblick – die Pflicht zu handeln, uns der Muskeln zu bedienen, die uns die Natur gegeben hat, um durch Gewalt die Ketten der Sklaverei zu sprengen, die uns durch Gewalt an Hals und Handgelenke genietet wurden. Einzeln vermögen wir wenig, gemeinsam – sind wir stark. Was uns fehlt, um erfolgreich zu handeln, was die allerwenigsten besitzen, ist die Idee; ist der Glaube, die Leidenschaft, der Fanatismus dieser Idee. Glaube, Leidenschaft, Fanatismus, ohne welche man keine Berge versetzen, keine Wunder bewirken kann. Die Idee, ohne welche die Kraft unfruchtbar ist und nur sät, um Katastrophen zu ernten. Die Kraft ohne Idee ist eine Lokomotive, die mit voller Dampfkraft auf einen schienenlosen Weg gelenkt wird, bis sie sich überschlägt und zerschmettert wird; sie ist ein Schiff ohne Lotse und Kompaß, das unter vollen Segeln inmitten der Klippen über dem Abgrund treibt, der es verschlingen wird.
Also keine Aktion, kein Aufstand, keine Revolution ohne soziales Ziel, wenn wir nicht „ein Verbrechen durch ein anderes Verbrechen" ersetzen wollen.

Joseph Déjacque

Reise nach Utopia

Karin Kramer Verlag, Berlin
1000 Berlin-Neukölln (44), Braunschweiger Straße 22

DIE TEXTE

Etienne Cabet
Reise nach Ikarien
624 S./22,50 DM/ISBN 3-87956-114-1

Giovanni Rossi
Utopie und Experiment
350 S./15,50 DM/ISBN 3-87956-057-9

Théodore Dézamy
Leidenschaft und Arbeit
280 S./14,80 DM/ISBN 3-87956-128-1

Gabriel de Foigny
Sehr curiöse Reise-Beschreibung durch das neuentdeckte Südland
160 S./15,- DM/ISBN 3-87956-103-6

Louise-Sebastien Mercier
Das Jahr 2440. Ein Traum aller Träume
350 S./20,- DM/ISBN 3-87956-117-6

Marie Louise Berneri
Eine Reise durch Utopia
450 S./25,- DM/ISBN3-87956-104-4

NUR DIE PHANTASIELOSEN FLÜCHTEN IN DIE REALITÄT

1981

Autorenkollektiv
»... schön wäre die Natur, wäre der Mensch nicht Sklave des Menschen...«
Wandmalereien und Texte aus Italien, Spanien, Schweden, England, USA, Nicaragua
Mit zahlreichen schwarz/weiß und farbigen Abbildungen
186 Seiten / 20,- DM

Dirk Backes
Bertold Brecht und der Sozialistische Realismus
180 Seiten / 18,- DM

Marie Louise Berneri
Reise durch Utopia
Über das utopische Denken und Darstellungen der ersten herrschaftsfreien Utopien
Deutsche Erstübersetzung
360 Seiten / 20,- DM

Murray Bookchin
Gesammelte Schriften über Ökologie, Technologie, Marxismus, Anarchismus, Stadtplanung und Ökonomie
Deutsche Erstübersetzung
280 Seiten / 18,- DM

André Breton
Harmonie und Überwirklichkeit
Die Begegnung des Surrealismus mit Charles Fourier
Aus dem Französischen übersetzt und herausgegeben von Heribert Becker
100 Seiten / 15,- DM

Hans Peter Duerr
Satyricon
Gesammelte und versammelte Schriften aus Kellern, Dachböden und Gruften
230 Seiten / 18,- DM

Judson Jerome
Von Utopia nach Eden
Über das Neue Bewußtsein. Kommunen und der Neue Anarchismus
260 Seiten / 18,- DM

Karin Kramer Verlag Berlin
1000 Berlin-Neukölln (44), Braunschweiger Straße 22

Archiv
für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

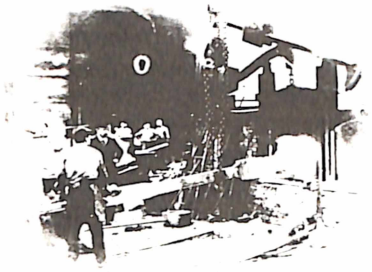
No. 1
Karin Kramer Verlag
Berlin

Inhalt

Auf dem Weg zur Weltausstellung. Der Arbeiter, seine Frau und die Maschinen
Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft. Arbeitersiedlungen
Erkundung der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Klassen: Thomas Hodgskins „Travels in the North of Germany" (1820)
Zur Geschichte des Londoner Arbeiterbildungsvereins
Die Grenzen einer proletarischen Theorie in England vor 1850
Johannes Knief und seine Region

Doppel-Nummer

Archiv
für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit



No. 2/3
Karin Kramer Verlag
Berlin

Inhalt

Zwischen Autonomie und Philanthropie. Zu den Anfängen der Arbeiterbildung in England
Johannes Knief und seine Region. Teil II
Der „wilde" Rotterdamer Hafenstreik 1979
Statische Repräsentanz. Kommunistische Öffentlichkeit in einer Kleinstadt der Weimarer Republik

WISSEN-SCHAFT KAPUTT

Herausgeber: Mai-Gruppe/Theoriefraktion
Anschrift: C. Göstemeyer, Postfach 3112, 4400 Münster
Postscheckkonto: 1881 55-462 (Dtmd)
(BLZ: 440 100 46)

Zur Einführung: Der Produktionsvorgang dieser Publikation

Michel van Nieuwstadt/Maarten van de Oever
Das Gebiet Wissenschaft. Streifzüge im Grenzgebiet Wissenschaft und drumrum

Frans van den Oudenrijn
Massenarbeiterkampf und Sozialdemokratisierung der Wissenschaft

Ahlrich Meyer
Die Entwicklung der Wissenschaft von der Utopie zur Arbeit

Carlo Göstemeyer
Sparkommissare gegen Intellektuelle: Helmut Schelskys Rundumschlag gegen Wissenschaft und Gesellschaft heute

Wolfgang Braunschädel/Jörg Hausmann
Ruhr-Universität Bochum (Fotobericht)

Danielle und Jacques Rancière
Die Legende der Philosophen. Die Intellektuellen und die Reise durch den Gauchismus

Jacques Rancière
Portrait des alten Intellektuellen als eines jungen Dissidenten

Jacques Rancière
Das Denken von anderswoher

Karl-Heinz Roth
Der Untergang der Intelligenz: von der Verantwortung für andere zur sozialrevolutionären Moral

Sergio Bologna
Der Stamm der Maulwürfe

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Archiv heißt zunächst Sammlung und Verarbeitung von Materialien und Dokumenten zur Geschichte des Widerstandes und der Arbeit in Vergangenheit und Gegenwart, heißt aber auch Reflexion über die Rolle als Intellektuelle und Geschichtsarchivare.

Die Geschichte des Widerstandes gegen die Kapital- bzw. Fabrikgesellschaft oder gegen andere Herrschaftsformen wurde primär 'von unten' getragen und geleistet; der Widerstand der unteren Klassen ist Schwerpunktthema der Zeitschrift.

Geschichte der Arbeit beinhaltet Untersuchungen über die Lebensweise, die Lebensformen, die Kultur der arbeitenden Klassen, über deren Wohnverhältnisse, Kommunikationsstrukturen, Wünsche, Feste, Phantasien und Ängste sowie über die konkreten Formen der Arbeit in der Fabrik, im Haushalt und die damit verbundenen Leiden.

12,– DM